



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

INTEGRALER BESTANDTEIL DES  
EUROPÄISCHEN SYSTEMS DER ZENTRALBANKEN

# G E S C H Ä F T S B E R I C H T I 9 9 9





5 Euro, die Klassik



BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 1999  
MIT JAHRESABSCHLUSS 1999



Die neue europäische Währung hat sich im ersten Jahr ihres Bestehens als erstrangiges und verlässliches Element der Stabilitätspolitik erwiesen. Die Oesterreichische Nationalbank hat die geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems mitbestimmt und alle zur Durchführung der gemeinsamen Geldpolitik erforderlichen operativen und technischen Maßnahmen getroffen. Der Euro ist problemlos und plangemäß in das Wirtschaftsleben integriert worden. Den Erwartungen entsprechend ist die Kontinuität der österreichischen Wirtschaftspolitik durch die währungspolitische Integration nicht behindert oder gestört worden. Es ist zu hoffen, dass unser bewährtes, in Europa als vorbildlich beurteiltes System der konsensorientierten Problemlösung auch in Zukunft bewahrt werden kann.

Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs war 1999 von einer vorübergehenden Wachstumsschwäche gekennzeichnet. Doch schon in der zweiten Jahreshälfte erholten sich die Export- und die Industriekonjunktur. Zusammen mit der durchwegs regen Inlandsnachfrage verstärkte sich die konjunkturelle Dynamik deutlich. Diese Tendenz war im gesamten Euroraum zu beobachten. Sie wird sich im laufenden Jahr fortsetzen, wobei die nach wie vor kräftigen Impulse aus den USA eine wichtige Rolle spielen.

Sowohl die Entwicklung des Euroaußenwerts als auch die vom Eurosystem im April des Berichtsjahres vorgenommene Senkung der Leitzinsen haben den Konjunkturverlauf im Währungsgebiet günstig beeinflusst. Trotz rasch ansteigender Erdölpreise blieb der Preisauftrieb vorerst außergewöhnlich moderat. In Österreich betrug die Inflationsrate

1999 (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) auf Jahresbasis 0,5%, das ist die geringste Teuerung in der Geschichte der 2. Republik. Im Herbst des Berichtsjahres signalisierten verschiedene Indikatoren, vor allem die Wachstumsraten der Geldmenge M3 und die reichliche Liquiditätsausstattung im Euroraum, ein zunehmendes inflationäres Potenzial. Das Eurosystem sah sich veranlasst, eine Anhebung der Leitzinsen vorzunehmen.

Die währungspolitische Integration Österreichs hat das Aufgabenspektrum der Oesterreichischen Nationalbank wesentlich erweitert. Das Institut sieht sich als Schnittstelle im wirtschaftspolitischen Dialog, die durch Information und Expertise den inländischen Entscheidungsträgern und der interessierten Öffentlichkeit die geldpolitischen Ziele und Absichten des Eurosystems sowie deren ökonomische Auswirkungen auf Österreich vermittelt. Vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung nimmt die Bank im Rahmen der Kooperation des Eurosystems mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern eine führende Stellung ein. Das einschlägige Know-how der OeNB kann auf diese Weise optimal genutzt werden.

Schließlich ist anzumerken, dass die inländischen Beteiligungen der Oesterreichischen Nationalbank im Sinne einer strategischen Ausrichtung auf die wirtschaftlich wichtige Funktion des Zahlungsverkehrs zu sehen sind. Damit präsentiert sich die Bank nach einem Jahr Währungsunion als modernes Unternehmen mit klaren unternehmenspolitischen Schwerpunkten und einer angesehenen Position im Eurosystem.

Präsident  
Adolf Wala

Das Geschäftsjahr 1999 der Oesterreichischen Nationalbank stand primär unter dem Eindruck des ersten Jahres der Teilnahme Österreichs an der Währungsunion sowie der erforderlichen technischen Vorbereitungen auf das Jahr 2000.

Die OeNB wurde gemeinsam mit zehn anderen an der Währungsunion teilnehmenden Nationalen Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank ein integraler Bestandteil des unabhängigen Eurosystems, das für die einheitliche europäische Geldpolitik zuständig ist. Trotz teilweise tiefgehender Eingriffe in historisch gewachsene geldpolitische Strukturen in allen beteiligten Ländern verlief der Übergang für die europäischen Finanzmärkte und Finanzmarktakteure ohne Friktionen und unter stabilen Rahmenbedingungen. Ein in gleicher Weise positives Resümee kann zu den erforderlichen Vorbereitungsarbeiten auf den Datumssprung zum Jahr 2000 gezogen werden. Das Eurosystem und die OeNB zeigten sich auch für diese Herausforderung bestens vorbereitet.

Die neuen Aufgaben der OeNB umfassen heute ein noch viel weiteres Spektrum an Verantwortung als in der Vergangenheit. Sie reichen von der Mitwirkung an der gemeinsamen europäischen Geldpolitik im unabhängigen Eurosystem – mit dem vorrangigen Ziel der Sicherung eines preisstabilen Euro – über operative Aufgaben wie beispielsweise Bargeldversorgung, Zahlungsverkehr, Währungsreservenmanagement, Statistik oder Bankenaufsicht bis hin zur Einbringung von Expertisen in viele internationale und nationale Institutionen und Arbeitsgruppen. Die OeNB wird auch in der Währungsunion einen aktiven Beitrag zur Sicherung einer stabilen und breit akzeptierten Währung durch eine glaubwürdige und transparente Währungspolitik leisten.

In die Zukunft gerichtet muss es nach diesem Jahr der einmaligen Bewährungsproben nun aus österreichischer Sicht darum gehen, die Chancen der europäischen Integration aktiv zu nützen. Um allerdings das Potenzial der günstigen Rahmenbedingungen für höheres Wachstum, mehr Investitionen und sinkende Arbeitslosigkeit voll ausnützen zu können, sind im Rahmen der österreichischen Wirtschaftspolitik der eingeschlagene Budgetkonsolidierungskurs gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, das heißt mit dem Ziel einer mittelfristig ausgeglichenen Budgetlage, sowie die im Hinblick auf den wachsenden internationalen Wettbewerb erforderlichen Strukturreformen energisch voranzutreiben, um den Wirtschaftsstandort Österreich strategisch wettbewerbsfähig zu erhalten. Dies erfordert z. B. eine weitere Flexibilisierung unserer Arbeitsmärkte, eine Fortführung des Abbaus bürokratischer Hemmnisse, weitere Privatisierungsschritte, eine zeitgerechte Anpassung unseres Pensionssystems an die demographischen Entwicklungen oder eine Erhöhung der Effizienz des Finanzplatzes Österreich.

Die Europäische Union kann mit dem integrationspolitischen Meilenstein der Währungsunion eine neue Dimension der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilität für Europa erarbeiten. Der Euro hat das Potenzial, sich zu einem stabilen Anker, zu einem wichtigen Impulsgeber für ein international wettbewerbsfähiges Europa und zu einer dem US-Dollar vergleichbaren Weltwährung zu entwickeln. Dies stellt eine große historische Chance für Europa und Österreich dar.

Gouverneur  
Dr. Klaus Liebscher



## Zeichenerklärung

–	=	Zahlenwert ist Null
..	=	Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
×	=	Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
0	=	Eine Größe, die kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit ist
∅	=	Durchschnitt
–	=	Neue Reihe

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

## Abkürzungsverzeichnis<sup>1)</sup>

AktG	Aktiengesetz	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
APSS	Austrian Payments System Services	IDA	International Development Association
ARGE SZS	Arbeitsgemeinschaft Sicherheit in Zahlungssystemen	IHS	Institut für Höhere Studien
ARTIS	Austrian Real-Time Interbank Settlement	IWF	Internationaler Währungsfonds
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	JVI	Joint Vienna Institute
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	MAI	Multilaterales Abkommen über Investitionen
ATX	Austrian Traded Index	MFI	Monetäre Finanzinstitute
BGBI	Bundesgesetzblatt	MONSTAT	Monetäre Statistik
BIP	Bruttoinlandsprodukt	NAP	Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich	NBG	Nationalbankgesetz
BMF	Bundesministerium für Finanzen	NZBen	Nationale Zentralbanken
BVA	Bundesvoranschlag	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
BWG	Bankwesengesetz	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
CCP	Central Communication Point	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
EBA	Euro-Banking Association	OFC	Offshore Financial Centers
EBK	Elektronische Bankenkommunikation	ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council	ÖBFA	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur
ECSDA	European Central Securities Depository Association	ÖTOB	Österreichische Termin- und Optionenbörse
EDIFACT	Electronic Data Interchange for Administration, Commerce and Trade	PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility
EFF	Erweiterte Fondsfazilität	RTGS	Real-Time Gross Settlement
EFTA	European Free Trade Association	SDDS	Special Data Dissemination Standard
EG	Europäische Gemeinschaft	STF	Systemtransformationsfazilität
EG-V	EG-Vertrag	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr
EONIA	Euro OverNight Index Average	S.W.I.F.T.	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
ESAF	Erweiterte Strukturanpassungsfazilität	SZR	Sonderziehungsrecht
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	TUG	Target-User-Group
EU	Europäische Union	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate	VPI	Verbraucherpreisindex
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
EWS	Europäisches Währungssystem	WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
EZB	Europäische Zentralbank	WTO	World Trade Organization
FSF	Forum für Finanzstabilität	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
GFR	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	Y2K	Year 2000
HIPC	Highly Indebted Poor Countries		

<sup>1)</sup> Die nicht in diesem Verzeichnis angeführten Abkürzungen von Ausschüssen (Außenvertretung der OeNB) finden sich im Annex A.

<b>GENERALRAT, STAATSKOMMISSÄR, DIREKTORIUM UND PERSONELLE VERÄNDERUNGEN, ORGANISATION DER BANK</b>	
Generalrat, Staatskommissär	10
Direktorium, Personelle Veränderungen	11
Organisationsplan	12
<b>BERICHT DES DIREKTORIUMS ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 1999</b>	
Neue Aufgaben der OeNB durch die währungspolitische Integration Österreichs	16
Mitwirkung an geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems	20
<i>Institutioneller Rahmen des ESZB</i>	20
<i>Vorbereitung für die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats</i>	23
<i>Geldpolitische Strategie des Eurosystems</i>	24
<i>Zinspolitische Entscheidungen des Eurosystems</i>	26
<i>Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Euroraum im Jahr 1999</i>	29
Durchführung der Geldpolitik des Eurosystems	41
<i>Geldpolitische Instrumente</i>	41
<i>Verwaltung der Währungsreserven</i>	42
<i>Zahlungsverkehr</i>	44
<i>Geldversorgung</i>	46
Die OeNB als Partner im wirtschaftspolitischen Dialog zwischen Eurosystem und Österreich	48
<i>Die OeNB als Bindeglied</i>	48
<i>Wirtschaftliche Entwicklung in Österreich</i>	49
Erhaltung der internationalen Finanzmarktstabilität	58
<i>Entwicklungen im Bereich der Finanzmarkt- und Bankenaufsicht</i>	58
<i>Euro und internationale Finanzmärkte</i>	59
<i>Entwicklung des Finanzmarktes in Österreich</i>	68
Die OeNB als Brücke zwischen Ost und West	77
<i>Spektrum der Kooperation der OeNB mit mittel- und osteuropäischen Reformländern</i>	77
<i>Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Reformländern</i>	77
<i>Kosovokonflikt, Stabilitätspakt für den Balkan und Entwicklung in Südosteuropa</i>	83
<i>Wirtschaftsentwicklung in der Russischen Föderation</i>	84
Mitwirkung der OeNB in internationalen Organisationen	88
<i>Europäische Union</i>	88
<i>Finanz- und Wirtschaftsorganisationen</i>	90
Die OeNB als modernes Unternehmen	95
Orientierung und Information zur Währungsunion	99
Annex	
A. <i>Die OeNB in internationalen und nationalen Ausschüssen         und deren Hauptaktivitäten</i>	103
B. <i>Für den österreichischen Finanzsektor relevante Gesetze im Jahr 1999</i>	107
C. <i>Ausgewählte Publikationen der OeNB der Jahre 1998 und 1999</i>	110
<b>JAHRESABSCHLUSS 1999 DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK</b>	
Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999	116
Bilanz zum 31. Dezember 1999	118
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1999	120
Anhang zum Jahresabschluss 1999	121
<i>Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss</i>	121
<i>Kapitalbewegungen</i>	125
<i>Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB         im Geschäftsjahr 1999</i>	125
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz</i>	126
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung</i>	140
<i>Direktorium, Generalrat</i>	144
<i>Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer</i>	145
<i>Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag</i>	145
<b>BERICHT DES GENERALRATS ZUM GESCHÄFTSBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS 1999</b>	
	147
<b>TABELLENTEIL</b>	
Verzeichnis	3*

Redaktionsschluss:

14. April 2000









Generalrat, Staatskommissär,  
Direktorium  
und personelle Veränderungen,  
Organisation der Bank

## Generalrat, Staatskommissär

Stand per 31. Dezember 1999

Adolf Wala

Präsident

Herbert Schimetschek

Vizepräsident

Generaldirektor

der UNIQA Versicherungen AG

Dipl.-Ing. August Astl

Generalsekretär der Präsidentenkonferenz

der Landwirtschaftskammern Österreichs

Dr. Rene Alfons Haiden

Generaldirektor i. P.

der Bank Austria AG

Mag. Dr. Walter Rothensteiner

Generaldirektor

der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Helmut Elsner

Generaldirektor

der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG

Dr. Richard Leutner

Leitender Sekretär

des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Dipl.-Ing. Karl Werner Rüschi

Landesrat a. D.

2. Vizepräsident der OeNB a. D.

Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch

Vorsitzender des Aufsichtsrats

der Österreichischen Postsparkasse AG

Dipl.-Ing. Johann Marihart

Generaldirektor

der Agrana Beteiligungs-AG

Dkfm. Dr. Siegfried Sellitsch

Generaldirektor

der Wiener Städtischen Allgemeinen Versicherung AG

Dkfm. Lorenz R. Fritz

Generalsekretär

der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Mag. Werner Muhm

Direktor-Stellvertreter der Kammer

für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dkfm. R. Engelbert Wenckheim

Generaldirektor

der Ottakringer Brauerei AG

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat

bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Gerhard Valenta

Vorsitzender des Zentralbetriebsrats

Mag. Thomas Reindl

Vorsitzender-Stellvertreter des Zentralbetriebsrats

---

Staatskommissär

Dr. Walter Ruess

Ministerialrat

im Bundesministerium

für Finanzen

---

Staatskommissär-Stellvertreter

Univ.-Doz. Dr. Heinz Handler

Sektionsleiter

im Bundesministerium

für wirtschaftliche Angelegenheiten

## Direktorium

Stand per 31. Dezember 1999



Dr. Klaus Liebscher  
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek  
Direktor

Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell  
Vize-Gouverneurin

Mag. Dr. Peter Zöllner  
Direktor

## Personelle Veränderungen

vom 15. April 1999 bis 14. April 2000

Mit Wirkung vom 1. Mai 1999 wurde Ministerialrat Dr. Walter *Ruess* vom Bundesminister für Finanzen anstelle von Sektionschef a. o. Univ.-Prof. Dr. Anton *Stanzel* zum Staatskommissär bestellt.

Mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 27. Mai 1999 endete die Funktionsperiode von Generalrat Dr. Norbert *Beinkofer*. An seiner Stelle wurde in derselben Sitzung der Generaldirektor der Ottakringer Brauerei AG, Dkfm. R. Engelbert *Wenckheim*, zum Mitglied des Generalrats gewählt.

Die Funktionsperiode von Generalrat Dipl.-Ing. Karl Werner *Rüsch*, Landesrat a. D. und 2. Vizepräsident der OeNB a. D., endete mit 22. April 1999. Die Bundesregierung hat ihn in ihrer Sitzung vom 20. Juli 1999 mit Wirkung vom 1. August 1999 zum Mitglied des Generalrats der OeNB wieder ernannt.

Ferner hat die Bundesregierung in ihrer Sitzung vom 20. Juli 1999 beschlossen, Dipl.-Ing. Johann *Marihart*, Generaldirektor der Agrana Beteiligungs-AG, mit Wirkung vom 1. August 1999 zum Mitglied des Generalrats der OeNB zu ernennen. Er folgte damit Dr. Robert *Launsky-Tieffenthal* nach, dessen Funktionsperiode am 16. April 1999 endete.

Mit 31. März 2000 legte Gerhard *Valenta* seine Funktion als Vorsitzender des Zentralbetriebsrats zurück.

<b>Präsident</b> Adolf Wala	<b>Vizepräsident</b> Herbert Schimetschek
Referat des Präsidenten L DDr. Richard Mader	
<b>Direktorium</b>	
<b>Ressort Notenbankpolitik</b> Gouverneur Dr. Klaus Liebscher	<b>Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte</b> Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
Referat des Gouverneurs L Mag. Dr. Wolfgang Ippisch	<b>Hauptabteilung</b>
<b>Innenrevision</b> AL Wolfgang Winter	Volkswirtschaft HAL Mag. Dr. Peter Mooslechner
<b>Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit</b> L Mag. Wolfdietrich Grau	<b>Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen</b> AL Mag. Dr. Ernest Gnan
<b>Abteilung für Planung und Controlling</b> AL Mag. Gerhard Hohäuser	<b>Abteilung für volkswirtschaftliche Studien</b> AL DRR Mag. Dr. Eduard Hochreiter
<b>Jubiläumsfonds</b> L Dr. Wolfgang Höritsch	<b>Abt. f. Integrationsangelegenheiten u. Internat. Finanzorganisationen</b> AL DRR Dkfm. Alexander Dörfel
<b>Hauptabteilung</b>	<b>Abteilung für die Analyse wirtschaftl. Entwicklungen im Ausland</b> AL Mag. Dr. Kurt Pribil
Rechnungswesen DHA Michael Wolf	Repräsentanz Brüssel Mag. Dr. Reinhard Petschnigg <sup>1)</sup>
<b>Abteilung Bilanzierung</b> AL Friedrich Karrer	Repräsentanz Paris Mag. Konrad Pesendorfer
<b>Abteilung Zentralbuchhaltung</b> AL Otto Panholzer	<b>Hauptabteilung</b>
<b>Hauptabteilung</b>	Analyse und Revision HAL Mag. Andreas Ittner
Recht und Beteiligungen DHA Dr. Bruno Gruber	<b>Abteilung für Finanzmarktanalyse</b> AL Dkfm. Helga Mramor
<b>Rechtsabteilung</b> AL Dr. Hubert Mölzer	<b>Abteilung für Bankenanalyse und -revision</b> AL DRR Peter Mayerhofer
Beteiligungsmanagement	<b>Kreditabteilung</b> AL Mag. Dr. Franz Richter
	<b>Hauptreferat</b>
	Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung HAL Mag. Peter Achleitner

- AL    Abteilungsleiter
- DHA   Direktor der Hauptabteilung
- DRR   Direktionsrat
- DZA   Direktor und Leiter der Zweiganstalt
- HAL   Hauptabteilungsleiter
- L      Leiter
- LZA   Leiter der Zweiganstalt
- TL    Technischer Leiter

**Ressort Informationsverarbeitung und Geldwesen**  
Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek

### Hauptabteilung

Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr  
HAL Wolfgang Pernkopf

Abteilung für DV-Entwicklung  
AL Dr. Reinhard Auer

Abteilung für den Betrieb des Rechenzentrums  
AL DRR Rudolf Kulda

Zahlungsverkehrsabteilung  
AL Mag. Andreas Dostal

### Hauptabteilung

Hauptkasse und Zweiganstalten  
DHA Alfred Scherz

Banknoten- und Münzenkasse  
AL Dr. Stefan Augustin

Hausdruckerei  
TL Gerhard Habitzi

Zweiganstalten-Koordination  
AL Peter Weihs

Bregenz  
DZA Johann Jäger

Eisenstadt  
DZA Mag. Friedrich Fasching

Graz  
DZA Mag. Dr. Gerhard Schulz

Innsbruck  
DZA Dr. Günther Federer

Klagenfurt  
DZA Günter Willegger

Linz  
DZA Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Salzburg  
DZA Elisabeth Kollarz

St. Pölten  
LZA Horst Walka

**Ressort Investitionspolitik und Interne Dienste**  
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Personalabteilung  
AL DRR Dkfm. Maria Zojer

### Hauptabteilung

Treasury  
HAL Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko  
AL Mag. Rudolf Kreuz

Treasury - Front Office  
AL Mag. Walter Sevcik

Treasury - Back Office  
AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London  
Elisabeth Antensteiner

Repräsentanz New York  
Mag. Robert Reinwald

### Hauptabteilung

Organisation und Interne Dienste  
HAL Mag. Albert Slavik

Organisationsabteilung  
AL Dr. Norbert Weiß<sup>2)</sup>

Administrationsabteilung  
AL Dipl.-Ing. Roland Kontrus

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten  
AL Ing. Erich Niederdorfer

Abteilung für Post- und Aktenwesen  
AL Alfred Tomek

### Hauptabteilung

Statistik  
HAL Mag. Dr. Aurel Schubert

Abteilung für Bankenstatistik und Mindestreserve  
AL Mag. Dr. Alfred Rosteck

Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten  
AL Eva-Maria Nesvadba

1 Mit Wirkung vom 1. Mai 2000.

2 Umweltbeauftragter.

Stand per 14. April 2000





Bericht des Direktoriums  
über das Geschäftsjahr 1999



# Neue Aufgaben der OeNB durch die währungspolitische Integration Österreichs

Mit dem Eintritt in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – den Österreich mit Jahresbeginn 1999 durch intensive Vorarbeiten problemlos vollzogen hat – haben sich die Rahmenbedingungen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) grundlegend gewandelt. Die WWU hat eine neue wirtschafts- und geldpolitische Architektur geschaffen, und die einheitliche europäische Währung – der Euro – hat die Rollen in und zwischen den einzelnen Zentralbanken der Europäischen Union (EU) neu verteilt. Einhergehend mit der währungspolitischen Integration Österreichs kam es auch zu wesentlichen Veränderungen des institutionellen und funktionellen Aufgabenfeldes der OeNB.

Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) setzt sich aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Nationalen Zentralbanken (NZBen) aller 15 Mitgliedstaaten der EU zusammen, das heißt, es umfasst neben den Mitgliedern des Eurosystems auch die NZBen der Mitgliedstaaten, die den Euro mit Beginn der dritten Stufe der WWU noch nicht eingeführt haben (so genannte Pre-Ins). Um die komplexe Struktur des ESZB transparenter und verständlicher zu machen, beschloss der EZB-Rat, den Begriff „Eurosystem“ als Begriff für jenen Teil des ESZB zu verwenden, der aus der EZB sowie den NZBen der 11 an der dritten Stufe der WWU teilnehmenden Mitgliedstaaten besteht. Das Eurosystem nimmt die grundlegenden Aufgaben im Zusammenhang mit der einheitlichen Geldpolitik des Euroraums wahr.

Das höchste Entscheidungsgremium im Eurosystem ist der EZB-Rat, der aus den 6 Mitgliedern

des Direktoriums der EZB und den derzeit 11 Gouverneuren/Präsidenten<sup>1)</sup> der teilnehmenden NZBen – darunter auch der Gouverneur der OeNB – besteht. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Bei ihren geldpolitischen Entscheidungen und der Erfüllung der sonstigen Aufgaben des ESZB sind die Mitglieder des EZB-Rats völlig unabhängig. Der EZB-Rat tagt in vierzehntägigem Rhythmus. Die dabei zu diskutierenden geldpolitischen Themen und die daraus resultierenden Entscheidungen erfordern im Vorfeld fachlich fundierte Analysen des neu geschaffenen Währungsraums sowohl von der EZB als auch von den NZBen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für eine effiziente Entscheidungsfindung im ESZB. Sie bedingt, dass Fachexperten in den derzeit 13 ständigen Ausschüssen des Eurosystems sowie den nachgelagerten Arbeitsgruppen dazu wichtige Vorarbeiten leisten.

Die Analyse des Eurogebiets erfordert umfangreiches statistisches Datenmaterial über die Wirtschaft und den monetären Sektor. Im Eurosystem sind die Zentralbanken im jeweiligen Teilnehmerland – in Österreich somit die OeNB – verpflichtet, vom Finanzsektor (Banken, Versicherungen, Investmentfonds, Pensionskassen) Daten über Finanztransaktionen zu erheben. Für die OeNB stellen diese analytischen und statistischen Aufgaben eine große Herausforderung dar, da sie mit knappen Personalressourcen währungspolitisch relevante Themen im selben Ausmaß zu behandeln hat wie die NZBen der großen Länder der Währungsunion.

Die OeNB ist für die operative Umsetzung der entsprechenden

<sup>1</sup> Die Mitglieder des EZB-Rats der NZBen führen mit Ausnahme der Deutschen Bundesbank und der de Nederlandschen Bank – diese tragen den Titel Präsident – die Bezeichnung Gouverneur. Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird im weiteren Text für beide Titel die Bezeichnung Gouverneur verwendet.

geldpolitischen Entscheidungen der EZB bzw. des EZB-Rats in Österreich verantwortlich.

Das Gebot der Subsidiarität gewährleistet bei der Abwicklung geldpolitischer Operationen, dass die Infrastruktur und die Erfahrungen der NZBen genutzt werden. Die OeNB kann daher ihre Expertise über den österreichischen Finanzmarkt einsetzen, um Änderungen im Verhalten der Marktteilnehmer zu verfolgen und entsprechende Maßnahmen zu initiieren. Sie wickelt die Offenmarktgeschäfte und andere geldpolitische Operationen mit den Banken ab und führt allfällige, vom EZB-Rat beschlossene Devisenmarktinterventionen durch. Die Geschäftsbanken sind verpflichtet, bei der OeNB Mindestreserven zu halten. Neben der Funktion als Systemträger beim großvolumigen Zahlungsverkehr (Betrieb des Zahlungssystems ARTIS) hat sie gewisse Aufsichtsagenden über Zahlungssysteme in Österreich. Eine weitere Kernfunktion der OeNB ist der Druck und die Ausgabe von Banknoten und Münzen, die entweder direkt von der OeNB oder durch Tochtergesellschaften gewährleistet wird. Die Einführung des Euro als Währung und Buchgeldeinheit im Jahr 1999 sowie die anstehende Bargeldumstellung in den ersten beiden Monaten des Jahres 2002 erforderte bereits in den letzten Jahren weit reichende Vorbereitungsarbeiten und macht eine weitere Intensivierung der diesbezüglichen Anstrengungen in den Jahren 2000 und 2001 notwendig.

#### Aufgaben der OeNB im Überblick

- *Mitwirkung des Gouverneurs im EZB-Rat und Erweiterten Rat.*
- *Erstellung von volkswirtschaftlichen Analysen und von harmonisierten Statistiken als Grundlage für die geldpolitischen Entscheidungen im EZB-Rat.*
- *Durchführung der Geldpolitik, das heißt die Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den Banken.*
- *Devisenhandel, Management von Währungsreserven.*
- *Gewährleistung bzw. Bereitstellung von zuverlässigen Clearing- und Zahlungsverkehrssystemen in Österreich mit Vernetzung innerhalb der EU sowie im Zahlungsverkehr mit Drittländern.*
- *Druck und Ausgabe von Banknoten, Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit Bargeld.*
- *Dialog und Kommunikation zwischen dem Eurosystem und der österreichischen Wirtschaftspolitik und Bevölkerung.*
- *Unterstützung des Bundesministeriums für Finanzen bei der Aufsicht über inländische Kreditinstitute.*
- *Mitwirkung an der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen.*

Zu den Hauptaufgaben zählt auch das Management der Währungsreserven. Zum einen verwaltet die OeNB einen ihrer eingezahlten Quote entsprechenden Anteil der Währungsreserven der EZB und andererseits die in der Bilanz der OeNB verbliebenen Währungsreserven. Das Reservenmanagement erfolgt innerhalb der Richtlinien der EZB autonom.

Neben diesen Kernfunktionen als Teil der europäischen Währungspolitik ist die OeNB ein aktiver wirtschaftspolitischer Dialogpartner zwischen dem Eurosystem und der Bevölkerung bzw. der Wirtschaftspolitik in Österreich. Der Erfolg der einheitlichen Geldpolitik des Eurosystems in Österreich hängt maßgeblich von der wirkungsvollen Kommunikation mit der Öffentlichkeit und den Trägern der österreichischen Wirtschaftspolitik ab. Das Eurosystem – und als integraler Bestandteil damit die OeNB – klärt die Bevölkerung laufend über Strategie und Motive der geldpolitischen Maßnahmen auf, um sicherzustellen, dass die europäische bzw.

österreichische Öffentlichkeit die einheitliche europäische Geldpolitik versteht, unterstützt und mitträgt. Den NZBen fällt dabei aus mehreren Gründen eine besondere Rolle zu: Sie kennen die Bedürfnisse des Landes am besten, sie genießen das langjährige Vertrauen der Bevölkerung, und sie verfügen über ein dichtes Netz an formellen und informellen Kommunikationskanälen. All diese Eigenschaften prädestinieren sie, ihren Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit des Eurosystems zu leisten. Ein zentraler Aspekt der Schnittstellenfunktion betrifft die Kommunikation mit der nationalen Wirtschaftspolitik. Nach dem Wegfall der nationalen Geldpolitik und der Wechselkurse als Anpassungselement zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklungen obliegt diese Aufgabe nun den anderen, in nationaler Autonomie verbliebenen Wirtschaftspolitiken. Auch wenn diese außerhalb der direkten Kompetenz der OeNB liegen, sieht sie es als Verantwortung, die nationalen Träger der Wirtschaftspolitik und die Bevölkerung auf Anpassungserfordernisse hinzuweisen, um die Vorteile der Währungsunion voll zu nutzen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die OeNB seit dem Beitritt zum Eurosystem als unabhängige Institution in halbjährlichem Rhythmus Wirtschaftsprognosen für Österreich veröffentlicht und damit ihre Rolle als ökonomisches Kompetenzzentrum erweitert und festigt.

Stabile Strukturen des Finanzmarktes sind ein wichtiges Element für die Volkswirtschaft und für die Geldpolitik. Die OeNB leistet Beiträge zur Schaffung jener Rahmenbedingungen, die einen stabilen Finanzmarkt in Österreich gewährleisten, um einerseits eine effiziente

Kapitalallokation zum Nutzen der Volkswirtschaft und andererseits eine reibungslose Durchführung der Geldpolitik zu erreichen. Die OeNB verfügt über das erforderliche Informationsmaterial, und sie beobachtet Veränderungen auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten, um rechtzeitig Systemrisiken erkennen und Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können. Dies erfordert eine verstärkte Teilnahme, Mitarbeit und Diskussion, die über das Instrumentarium des Eurosystems hinausgeht. Die OeNB ist daher in Gremien internationaler Organisationen wie z. B. der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), im Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der OECD vertreten. Diese Institutionen sind unter anderem bemüht, jene Voraussetzungen zu schaffen, die zu einer Verbesserung der internationalen Finanzmarktstabilität beitragen werden.

Im internationalen Kontext ist auch eine Spezialfunktion der OeNB zu sehen: Sie stellt seit Jahren eine Brücke zwischen den westlichen Ländern und den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas dar. Durch die langjährige Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder – und die Kooperationserfahrung mit ihnen – hat sie sich hohe Expertise und damit ein ausgezeichnetes Know-how erarbeitet, das es weiterhin zu nutzen und zu fördern gilt. Die OeNB ist daher für die Erweiterung der EU für die Reformländer Mittel- und Osteuropas (MOEL) und als ein Kompetenzzentrum betreffend die Währungsunion ein wichtiger Ansprechpartner.

Das seit der Teilnahme Österreichs an der WWU umfangreiche institutionell und funktionell ver-

änderte Aufgabenspektrum der OeNB erforderte eine organisatorische Straffung und Restrukturierung der OeNB, ein effizientes Kostenmanagement und den Umbau zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen, um die gestellten Anforderungen erfolgreich zu bewältigen. Diesen Weg ist die OeNB in den letzten Jahren konsequent gegangen.

Unterstützt wurde dies durch die langjährigen Leitwerte der OeNB – Stabilität, Sicherheit und Vertrauen –, die auch im Eurosystem tragende Elemente geblieben sind. Auf Grund der im Gemeinschaftsrecht verankerten Grundsätze kann die seit vielen Jahren in Österreich praktizierte Stabilitätspolitik fortgeführt werden.

# Mitwirkung an geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems

## Institutioneller Rahmen des ESZB

Mitentscheidung der Eurogeldpolitik setzt fundierte Analysen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen voraus. Entscheidungsvorbereitung durch Mitarbeit in ESZB-Ausschüssen und Forschungskoooperationen. Breiter Statistikbedarf. Bestätigung des Referenzwerts von M3 durch EZB-Rat. Zinsschritte des Eurosystems im April und November 1999 sowie im Februar 2000.

Mit dem Übergang in die dritte Stufe der WWU zu Jahresbeginn 1999 gilt in jenen 11 Ländern, deren NZBen dem Eurosystem<sup>1)</sup> angehören, eine einheitliche Geldpolitik, während die Verantwortung für die allgemeine Wirtschaftspolitik innerhalb gemeinschaftsrechtlich definierter Grundsätze bei den einzelnen Mitgliedstaaten verbleibt. Der EG-Vertrag sowie die „Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ (ESZB/EZB-Satzung) übertragen dem ESZB verschiedene Aufgaben, die von der EZB und den NZBen auszuführen sind.

Das ESZB besteht aus der EZB und den NZBen der 15 Mitgliedstaaten. Das ESZB verfügt im Gegensatz zur EZB und den NZBen über keine eigene Rechtspersönlichkeit. Es wird von den Beschlussorganen der EZB (dem EZB-Rat, dem EZB-Direktorium und solange es Mitgliedstaaten gibt, die noch nicht an der gemeinsamen Währung teilnehmen, dem Erweiterten Rat) geleitet.

Die Geldpolitik im Euroraum wird durch die EZB festgelegt. Ihr Sitz ist in Frankfurt. Sie und die Mitglieder ihrer Beschlussorgane sind gemäß EG-Vertrag (EG-V) mit vollständiger Unabhängigkeit – institutionell und finanziell – ausgestattet. Sie trägt die Gesamtverantwortung für die Aufgaben des Systems. Bei der Aufgabenbesorgung gilt der Grundsatz der Dezentralisierung, das heißt, die EZB nimmt die NZBen zur Durchführung von Geschäften, die zu den Aufgaben des ESZB gehören, in Anspruch, „soweit dies möglich

und sachgerecht“ erscheint, wogegen die geldpolitischen Entscheidungen zentral im EZB-Rat erfolgen. Innerhalb des Systems besteht eine Richtlinien- und Weisungskompetenz der EZB gegenüber den NZBen. Die EZB veröffentlicht den Wochenausweis, das ist eine konsolidierte Bilanz des Eurosystems, einen Monatsbericht sowie vierteljährlich einen Tätigkeitsbericht; darüber hinaus muss sie EU-Organen (Europäischer Rat, EU-Parlament, EU-Kommission) einen Jahresbericht vorlegen.

### EZB-Rat

Oberstes Beschlussorgan ist der EZB-Rat, der aus den Mitgliedern des Direktoriums und den Gouverneuren der NZBen der 11 an der dritten Stufe der WWU teilnehmenden Mitgliedstaaten besteht. Der EZB-Rat erlässt die Leitlinien und Entscheidungen, die notwendig sind, um die Erfüllung der dem ESZB übertragenen Aufgaben zu gewährleisten.

An den Sitzungen des EZB-Rats können der jeweilige EU-Ratspräsident und ein Vertreter der EU-Kommission ohne Stimmrecht teilnehmen. Als geldpolitische „Leitlinien“ zur Erreichung des gesetzlich verankerten Ziels hoher Preisstabilität dient dem EZB-Rat die bereits im Herbst 1998 veröffentlichte geldpolitische Strategie, die neben der quantitativen Definition von Preisstabilität auf einem Zwei-Säulen-Konzept beruht. Bei diesen Säulen handelt es sich einerseits um eine herausragende Rolle für die Geldmenge, die in der Bekanntgabe eines quantitativen Referenzwerts für die

<sup>1)</sup> Siehe dazu auch EZB (1999). Monatsbericht, Juli, Seite 59ff.

Wachstumsrate eines breiten Geldmengenaggregats zum Ausdruck kommt, und andererseits um eine auf breiter Grundlage erfolgende Beurteilung der Aussichten für die Preisentwicklung und der Risiken für die Preisstabilität im gesamten Eurogebiet.<sup>1)</sup>

Der EZB-Rat stellte 1999 seine Sitzungsfrequenz von einmal monatlich auf zweimal monatlich um. In insgesamt 24 Sitzungen traf der EZB-Rat sowohl geldpolitische als auch geschäftspolitische Entscheidungen, so z. B. in Fragen des Zahlungsverkehrs, der Veranlagung der Währungsreserven des Eurosystems und der Statistik. Der EZB-Präsident hält jeweils nach der ersten EZB-Ratssitzung jedes Monat eine Pressekonferenz zur gesamtwirtschaftlichen Lage und Einschätzung der Inflationserwartung durch den EZB-Rat sowie zu daraus resultierenden geldpolitischen Entscheidungen für das Eurogebiet ab.

Bei Abstimmungen des EZB-Rats über währungs- und geldpolitisch relevante Entscheidungen hat jedes Mitglied eine Stimme. Dabei agieren die Mitglieder des EZB-Rats bei geldpolitischen Entscheidungen nicht als Vertreter ihres jeweiligen Landes oder ihrer jeweiligen NZBen, sondern sie handeln unabhängig und eigenverantwortlich auf der Grundlage der Ziele und Aufgaben des ESZB. Die Beschlüsse werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Beschlüssen in finanziellen Angelegenheiten (z. B. Fragen zum EZB-Kapital, zu den Währungsreserven, zur Gewinn- und Verlustverteilung im Eurosystem) werden die Stimmen der Gouverneure der NZBen nach den jeweiligen Anteilen am gezeichneten Kapital der EZB gewichtet, die Mitglieder des EZB-Direkto-

riums haben dabei kein Stimmrecht. Das Abstimmverhalten der einzelnen Ratsmitglieder wird nicht veröffentlicht, um die Unabhängigkeit der Mitglieder nicht in Frage zu stellen, die sonst dem Druck nationaler oder anderer Interessen ausgesetzt sein könnten.

### **EZB-Direktorium**

Das EZB-Direktorium setzt sich aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern zusammen, die einvernehmlich durch die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten auf Empfehlung des Europäischen Rats (ECOFIN-Rat) nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des EZB-Rats bestellt werden.

Die Durchführung der Geldpolitik erfolgt durch das EZB-Direktorium gemäß den Richtlinien und Weisungen des EZB-Rats. Das Direktorium erteilt hiezu den NZBen die erforderlichen Weisungen, wodurch das Eurosystem auf Veränderungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt rasch und flexibel reagieren kann.

### **Erweiterter Rat der EZB**

Der Erweiterte Rat setzt sich aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EZB und den Gouverneuren der 15 NZBen der EU-Mitgliedstaaten zusammen, das heißt, auch die Gouverneure der NZBen der nicht dem Eurosystem angehörenden EU-Mitgliedstaaten sind dabei vertreten. Dieses Gremium wirkt bei Themen mit, die für die Pre-Ins von Bedeutung sind (Wechselkursmechanismus II, Zahlungsverkehrsfragen) und berät die Pre-Ins bei den Vorarbeiten, die erforderlich sind, um an der Währungsunion teilzunehmen.

<sup>1</sup> Siehe EZB (1999).  
Monatsbericht, Januar,  
Seite 43.



## Außenvertretung des Eurosystems

### **EZB im IWF**

Die EZB hat seit 1. Jänner 1999 im IWF-Exekutivdirektorium Beobachterstatus. Sie nimmt an jenen Sitzungen teil, bei denen es um die Überwachung der Geld- und Währungspolitik des Euroraums geht bzw. wo die Rolle des Euro im multilateralen Zusammenhang angesprochen wird. Die Auffassungen des Eurosystems werden vom Exekutivdirektor des Landes, das die Präsidentschaft der Euro-11-Gruppe innehat, vertreten. Der entsprechende Exekutivdirektor wird durch die EU-Kommission unterstützt.

### **EZB bei der BIZ**

Um den internationalen Informationsaustausch zu verbessern und ihre Ansichten über Wirtschaftsfragen einbringen zu können, wurde die EZB im November 1999 Aktionär der BIZ. Sie zeichnete 3.000 Stück der 15.000 neuen Aktien; das entspricht einem 0,5-prozentigen Anteil am gesamten Grundkapital der BIZ.

### **EZB bei der OECD**

Die EZB kann an Arbeitsgruppen und Komitees teilnehmen und vertritt das Eurosystem in geldpolitischen Fragen.

### **EZB bei G-7-Treffen**

Hinsichtlich der Außenvertretung des ESZB beim G-7-Treffen hat der ECOFIN-Rat am 12. Juli 1999 in Helsinki dahingehend Einigung erzielt, dass der Präsident der EZB sowie der Präsident der Euro-11-Gruppe an den G-7-Finanztreffen teilnehmen, wenn die Lage der Weltwirtschaft, multilaterale Überwachung und Wechselkursfragen diskutiert werden. Die Gouverneure der NZBen der an der G-7 teilnehmenden Mitgliedstaaten werden dabei durch den EZB-Präsidenten vertreten.

## **Vertretung des Eurosystems in EU-Gremien**

Der EZB-Präsident vertritt das Eurosystem und somit auch indirekt die Interessen der OeNB in europäischen Foren. Er und Mitglieder des EZB-Direktoriums nehmen an regelmäßigen Hearings des Europäischen Parlaments teil. Der EZB-Präsident wird zur Teilnahme an den Tagungen des Rats eingeladen, wenn dieser Fragen im Zusammenhang mit den Zielen und Aufgaben des ESZB erörtert. In der informellen Euro-11-Gruppe, die sich aus den Finanz- und Wirtschaftsministern des Euroraums zusammensetzt, nimmt der EZB-Präsident auf Einladung teil. Diese Gruppe kann

zwar – im Gegensatz zum ECOFIN-Rat – keine Rechtsakte verabschieden, trägt jedoch dem besonderen Koordinierungsbedarf der zum Eurogebiet gehörenden Mitgliedstaaten Rechnung und kann so insbesondere zu einer effizienten Überwachung der fiskalischen Disziplin im Euroraum beitragen. Im Wirtschafts- und Finanzausschuss<sup>1</sup>), der den ECOFIN-Rat in makroökonomischen Fragen berät, sind sowohl EZB als auch die NZBen des ESZB – also auch die OeNB – vertreten.

## **Außenvertretung der OeNB in internationalen bzw. nationalen Institutionen**

Die OeNB ist integraler Bestandteil des Eurosystems. Da sie bei der Wahrnehmung ihrer geldpolitischen Funktionen der EZB untersteht, muss sie den internen Rechtsvorschriften des Eurosystems Folge leisten. Im Rahmen verschiedener Ausschüsse wirkt die OeNB an der Arbeit des ESZB mit. Innerhalb des Eurosystems bestehen 13 ständige Ausschüsse und innerhalb dieser Ausschüsse eine Reihe von Arbeitsgruppen. Zur vollständigen Darstellung der Mitwirkung der OeNB in diversen anderen internationalen und nationalen Gremien wurden auch jene Komitees außerhalb des ESZB aufgenommen, in denen die OeNB ein entsprechendes Mandat wahrnimmt und Aufgaben zu erfüllen hat. Eine Auflistung wichtiger Komitees und deren Aktivitäten im Berichtsjahr sind im Annex dargestellt.

<sup>1</sup> Economic and Financial Committee, EFC.



**Vorbereitung für die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats**

Die laufende Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine wesentliche Grundlage für die Entscheidungen im EZB-Rat. Dazu gehört eine fundierte Beobachtung des Euroraums selbst sowie weiterer Wirtschaftsräume wie die USA, Japan, die Emerging Markets und besonders die EU-Beitrittskandidaten. Als wichtiger Beitrag für die geldpolitische Analyse des Euroraums ist ferner ein detaillierter Abriss der österreichischen Konjunkturlage notwendig.

**Die statistische Basis geldpolitischer Analysen**

Das statistische Anforderungsprofil ist breit gestreut und umfasst die Geld- und Bankenstatistik, die Zahlungsbilanz, die Internationale Vermögensposition (IVP), die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung (GFR), die Preise, die öffentlichen Finanzen und eine Reihe anderer volkswirtschaftlicher Daten. Eine ganz zentrale Rolle nehmen dabei die monetären Aggregate und deren Gegenposten ein, da die erste Säule der geldpolitischen Strategie des Eurosystems auf der Festlegung eines Referenzwerts für die Geldmenge M3 beruht. Die gemeldeten Bilanzdaten der Monetären Finanzinstitute (MFIs) liefern darüber hinaus auch jene Informationen, die die NZBen zur Berechnung des Mindestreserve-Solls der einzelnen mindestreservepflichtigen Kreditinstitute benötigen.

In Art. 5.2 der ESZB/EZB-Satzung wird postuliert, dass die Einholung der für das ESZB erforderlichen statistischen Daten „so

weit wie möglich von den NZBen“ auszuführen ist. Dies entspricht dem der Arbeitsteilung zwischen EZB und den NZBen zu Grunde liegenden Prinzip der Subsidiarität. Dabei werden die Banken-, die Monetär- und die Zahlungsbilanzstatistiken von den NZBen erstellt. Die realwirtschaftlichen Statistiken sowie Statistiken über die Staatsfinanzen werden von den nationalen Statistikämtern bzw. von der Europäischen Kommission (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft, EUROSTAT) bezogen. Für den Euroraum teilt die EZB im Bereich der Zahlungsbilanzstatistik und der GFR die Verantwortung mit EUROSTAT.

Die Harmonisierung der Statistiken im Euroraum und ihre Weiterentwicklung, insbesondere im Bereich der Zins- und Kapitalmarktstatistiken, der Statistiken über Finanzintermediäre sowie Derivatgeschäfte und der GFR erfolgt im Rahmen des Statistics Committee (STC), in dem die EZB und alle NZBen – und damit auch die OeNB – vertreten sind.

Auch im Bereich der nationalen Staatsfinanzen braucht das Eurosystem Informationen. Daten über Budgetgebarung und Finanzierung der öffentlichen Haushalte der Mitgliedsländer stehen dabei wegen ihrer Relevanz für die Finanzmärkte und für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Zentrum. Im Bereich der allgemeinen Wirtschaftsstatistiken des Euroraums, wie z. B. von kurzfristigen Konjunkturindikatoren, Arbeitsmarktdaten und Arbeitskostenindizes, wird an der Verbesserung der Datengrundlage gearbeitet.

### **Vertiefung der volkswirtschaftlichen Analysen**

Von entscheidender Bedeutung für die erfolgreiche Mitwirkung in den diversen Gremien des ESZB ist die theoretische und empirische Fundierung und Absicherung der von den OeNB-Repräsentanten eingenommenen Positionen.

Was die Mitarbeit insbesondere in den wirtschaftspolitischen Gremien betrifft, wurden die Bemühungen fortgesetzt, Grundsatzarbeit zu leisten, entsprechende Expertisen aufzubauen sowie auch in Kooperation mit diversen Institutionen (insbesondere mit anderen Zentralbanken) Forschungsprojekte durchzuführen. Im Berichtsjahr konzentrierten sich die Aktivitäten auf geld- und fiskalpolitische Fragestellungen im weitesten Sinn, insbesondere jedoch im Integrationsprozess, auf Untersuchungen zu den Effekten von Devisenmarktinterventionen, zu den Implikationen elektronischer Geldformen,

zur monetären Transmission, zur Disinflation und zur Zentralbankunabhängigkeit in den Reformländern.

Für die geldpolitische Entscheidungsfindung sind Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung und die Möglichkeit, die Effekte wirtschaftspolitischer Maßnahmen abschätzen zu können, von großer Bedeutung. Im Rahmen des Eurosystems wurden daher eine Working Group on Forecasting sowie eine Working Group on Econometric Modelling eingerichtet, deren Aufgabe es ist, die entsprechenden ökonomischen Strukturen zu erarbeiten und für Prognose- und Simulationszwecke für den EU-11-Raum (teilweise auch unter Einschluss der Pre-Ins) einzusetzen. Die OeNB ist in diesen Arbeitsgruppen vertreten und hat im Berichtsjahr halbjährliche Konjunkturprognosen für Österreich sowie quartalsweise kurzfristige Inflationsprognosen eingebracht.

## **Geldpolitische Strategie des Eurosystems**

Das Eurosystem hat mit 1. Jänner 1999 die Zuständigkeit für die einheitliche Geldpolitik des Euroraums übernommen.<sup>1)</sup> Die Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Währungspolitik werden dem Eurosystem dabei vom EG-V vorgegeben. Der Art. 105 (1) des EG-V legt fest, dass das vorrangige Ziel des Eurosystems die Wahrung der Preisstabilität ist. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das Eurosystem die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft nach Art. 2 EG-V, wie z. B. eine harmonische und aus-

gewogene Entwicklung der Wirtschaft, ein beständiges und nicht inflationäres Wachstum sowie ein hohes Beschäftigungsniveau.

Im Gegensatz zu den Zielsetzungen überlässt der EG-V die Ausgestaltung der geldpolitischen Strategie dem Eurosystem, das die Hauptelemente seiner stabilitätsorientierten geldpolitischen Strategie schon im Jahr 1998 festgelegt hat.

Den Vorgaben des Vertrags folgend definiert das Eurosystem die mittelfristige Wahrung der Preisstabilität als vorrangiges Ziel. Diese ist dann erreicht, wenn der jährliche Anstieg des Harmonisierten Ver-

<sup>1</sup> Siehe dazu auch EZB (1999), Monatsbericht, Januar, Seite 43ff.

braucherpreisindex (HVPI) im Euro-  
raum weniger als 2% beträgt. Da  
das Preisniveau von einer Zentral-  
bank nicht unmittelbar gesteuert  
werden kann und Ergebnis eines  
komplexen Transmissionsmechani-  
smus ist, bedarf es eines Rahmen-  
werks, in dem geldpolitische Ent-  
scheidungen vorbereitet, erörtert  
und getroffen werden. Diesen  
Rahmen bildet die geldpolitische  
Strategie des Eurosystems, die auf  
einem Zwei-Säulen-Prinzip basiert.

Bei der ersten Säule handelt es  
sich um die herausragende Rolle  
für die Geldmenge, die in der  
Bekanntgabe eines quantitativen Re-  
ferenzwerts für die Wachstumsrate  
eines breiten Geldmengenaggregats  
M3 zum Ausdruck kommt und  
einen Anhaltspunkt für die Beurtei-  
lung der Entwicklung der Geld-  
menge bieten soll. Der Geldmenge  
wurde eine besondere Stellung in  
der geldpolitischen Strategie des  
Eurosystems eingeräumt, da Infla-  
tion langfristig als monetäres Phä-  
nomen zu betrachten ist. Sie stellt  
in einem mittel- bis langfristigen  
Konzept den nominalen Anker für  
die Geldpolitik dar.

Die zweite Säule basiert auf  
einer breit fundierten Beurteilung  
der Aussichten für die künftige  
Preisentwicklung und der Risiken  
für die Preisstabilität im Eurogebiet  
insgesamt. In diese Analyse fließt  
eine Reihe von Indikatoren ein,  
wie z. B. verschiedene Messgrößen  
für die reale Wirtschaftstätigkeit,  
Preis- und Kostenindizes, Löhne,  
Anleihekurse, Zinsstrukturkurven,  
fiskalpolitische Indikatoren, der  
Wechselkurs sowie Branchen- und  
Verbraucherumfragen. Damit wird  
dem Umstand Rechnung getragen,  
dass neben der Geldmenge eine  
Reihe anderer Indikatoren die Preis-  
entwicklung beeinflussen.

Im Dezember 1998 wurde der  
Referenzwert der Wachstumsrate  
für M3<sup>1)</sup> erstmals mit 4½% fest-  
gelegt. Am 2. Dezember 1999 be-  
stätigte der EZB-Rat diesen Refe-  
renzwert, weil sich die Komponen-  
ten, die der Ableitung des ersten  
Referenzwerts zu Grunde lagen,  
nämlich die Definition von Preis-  
stabilität sowie die Annahmen für  
das Trendwachstum des realen  
Bruttoinlandsprodukts (BIP) und  
für den trendmäßigen Rückgang  
der Umlaufgeschwindigkeit von  
M3, nicht verändert hatten.

Das Eurosystem analysiert die  
Entwicklung der Geldmenge an-  
hand einer Gegenüberstellung des  
gleitenden Drei-Monats-Durch-  
schnitts der Jahreswachstumsraten  
von M3 und des Referenzwerts.  
Die Informationen, die sich aus die-  
ser Analyse ergeben, sind immer  
parallel mit Informationen aus der  
zweiten Säule der Strategie zu  
betrachten. Der Referenzwert  
beinhaltet daher keine Verpflich-  
tung seitens des Eurosystems,  
mechanistisch auf Abweichungen  
des Geldmengenwachstums vom  
Referenzwert zu reagieren. Auf  
der Grundlage dieser Strategie er-  
läutert der EZB-Rat gegenüber der  
Öffentlichkeit seine Einschätzung  
zu den Inflationsaussichten und der  
gesamten wirtschaftlichen Lage  
sowie die daraus resultierenden  
geldpolitischen Entscheidungen,  
auf die weiter unten im Bericht  
noch näher eingegangen wird.

<sup>1</sup> Siehe dazu EZB (1999).  
Monatshefte, Januar und  
Dezember.

**Die Geldpolitik  
im Zusammenspiel  
mit anderen  
Wirtschaftspolitiken**

Die Wirtschaftspolitik eines Landes oder einer Staatengemeinschaft setzt sich unter anderem aus der Geld-, Fiskal- sowie der Lohn- und der Strukturpolitik zusammen. Die Wirtschaftspolitik des Euroraums stellt dabei eine außerordentliche Konstellation dar, weil die Politikbereiche durch unterschiedliche Grade der Zentralisierung gekennzeichnet sind. Die Entscheidungen der Geldpolitik werden zentral für den gesamten Euroraum getroffen, wobei auf einzelne Regionen begrenzte Entwicklungen nicht berücksichtigt werden. Die anderen Bereiche der allgemeinen Wirtschaftspolitik sind in nationaler Kompetenz geblieben, wobei eine Koordination auf europäischer Ebene stattfindet. Der effiziente Einsatz der Geldpolitik im Euroraum erfordert daher nicht nur die Wahl der richtigen geldpolitischen

Strategie, sondern auch die Unterstützung der Geldpolitik durch die übrige Wirtschaftspolitik.

Aus gesamtpolitischer Sicht ist es daher wichtig, dass die Wirtschaftspolitik gut harmonisiert, damit ein effizientes Gesamtergebnis erreicht werden kann. Dem wird dadurch Rechnung getragen, dass das Zusammenspiel der Teilbereiche der Wirtschaftspolitik auf Voraussetzungen beruht, die Konflikte vermeiden helfen sollen:

- Die Geldpolitik wird vom unabhängigen Eurosystem gestaltet, das dem primären Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist.
- Die Budgetpolitik muss die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten.
- Die Lohnforderungen im Rahmen der Lohnpolitik sollen mit dem Preisstabilitätsziel kompatibel sein.
- Die Strukturpolitik hat die Wirtschaft flexibler und anpassungsfähiger für den internationalen Wettbewerb zu gestalten.

## Zinspolitische Entscheidungen des Eurosystems

Nachdem bereits im Dezember 1998 – noch vor Beginn der dritten Stufe der WWU – die erste konzentrierte Zinssenkung der 11 an der WWU teilnehmenden NZBen durchgeführt wurde, herrschte zum Zeitpunkt der Einführung des Euro ein einheitlicher Leitzinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 3%.

### Zinssenkung im April 1999

Der erste Zinsschritt im Eurosystem erfolgte am 8. April 1999. Der EZB-Rat beschloss, die drei Leitzinssätze – nämlich jene für

das Hauptrefinanzierungsinstrument von 3 auf 2,5%, jene der Einlagefazilität von 2 auf 1,5% und jene der Spitzenrefinanzierungsfazilität von 4,5 auf 3,5% – herabzusetzen.<sup>1)</sup>

Von der im Rahmen der ersten Säule der geldpolitischen Strategie des Eurosystems analysierten Entwicklung der Geldmenge gingen keine Signale für einen möglichen Inflationsdruck aus. Die Beschleunigung des Wachstums der Geldmenge M3 vom Jänner 1999 kehrte sich im Februar um. Sie sank von 5,8% im Jänner auf 5,2% im

<sup>1</sup> Siehe dazu EZB (1999). Monatsbericht April bzw. das Pressestatement von Präsident Duisenberg vom 8. April 1999 (<http://www.ecb.int>).

Februar.<sup>1)</sup> Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der Jahreswachstumsraten der Geldmenge M3 für den Zeitraum Dezember 1998 bis Februar 1999 erhöhte sich auf 5,3% und lag damit weiterhin nahe dem Referenzwert von 4,5%.

Die Indikatoren der zweiten Säule der geldpolitischen Strategie deuteten auf das Risiko eines weiteren Rückgangs der ohnehin sehr geringen Inflation hin: Die Jahreswachstumsrate des HVPI des Euro-raums lag im Februar 1999 bei 0,7% und war damit kaum verändert gegenüber den niedrigen Teuerungsraten der drei vorangegangenen Monate. Die Auswirkungen der Krisen in Asien und Russland erreichten gegen Ende des Jahres 1998 den Euroraum. Die wirtschaftliche Tätigkeit schwächte sich im vierten Quartal 1998 deutlich ab. Während im dritten Quartal eine jährliche Wachstumsrate des BIP von 2,6% verzeichnet wurde, sank das Wachstum im vierten Quartal auf 1,9%. Die Daten legten nahe, dass das Eurogebiet möglicherweise länger als zunächst erwartet benötigen könnte, um sich von dieser Verlangsamung zu erholen. Diese sich verschlechternden Wachstumsperspektiven fanden sich auch in den diversen Prognosen internationaler Organisationen wieder: Zum Beispiel revidierte die Europäische Kommission ihre Wachstumsprognose 1999 für das reale BIP von 2,6 auf 2,2%. Da nachhaltige Wirkungen auf die Verbraucherpreise in der Regel von der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Lage ausgehen, wurden auch die Prognosen der Inflationsraten des Euroraums nach unten revidiert. Bei den finanziellen Indikatoren der zweiten Säule wurden die

Anleihe- sowie die Devisenmärkte maßgeblich durch internationale Faktoren beeinflusst: Der Euro schwächte sich seit Anfang des Jahres gegenüber dem US-Dollar ab, was vor allem mit der Stärke der US-Wirtschaft begründet wurde. Die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen stiegen im Februar und März im Gleichschritt mit den US-Renditen an.

### Zinsanhebung im November 1999

Der zweite Zinsschritt des Eurosystems erfolgte am 4. November 1999, nachdem über den Sommer 1999, nachdem über den Sommer eine wirtschaftliche Erholung im Euroraum eingesetzt hatte und die für die Zinssenkung im April ausschlaggebenden Gründe nicht mehr gegeben waren. Beide Säulen der geldpolitischen Strategie deuteten darauf hin, dass die Aufwärtsrisiken für die künftige Preisstabilität insgesamt gesehen allmählich zugenommen hatten. Der EZB-Rat beschloss daher eine Anhebung der drei Leitzinssätze um jeweils 50 Basispunkte. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems betrug ab 5. November 1999 wieder 3%, jener für die Einlagefazilität 2% und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität 4%.<sup>2)</sup>

Die Analyse der ersten Säule zeigte eine steigende Tendenz beim Wachstum der Geldmenge M3. Der Drei-Monats-Durchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum Juli bis September 1999 betrug 5,8%, das heißt, er lag rund 1½ Prozentpunkte über dem vom Eurosystem definierten Referenzwert. Die Abweichung vom Referenzwert hatte sich im Jahresverlauf stetig vergrößert und wies auf eine großzügige

1 Jene Daten, die zum Zeitpunkt der Entscheidung vorlagen, weichen geringfügig von den hier angeführten Werten ab, da in der Zwischenzeit Datenrevisionen durchgeführt wurden.

2 Siehe dazu EZB (1999). Monatsbericht, November.

Liquiditätsversorgung im Euro-  
raum hin.

Im Hinblick auf die zweite Säule der geldpolitischen Strategie signalisierte eine Reihe von Indikatoren, dass sich die Aufwärtsrisiken für die künftige Preisstabilität allmählich verstärkt hatten. Die jährliche Veränderungsrate der Verbraucherpreise betrug im September 1999 1,2%. Wie auch in den vorangegangenen Monaten war die Entwicklung des HVPI auf die Steigerung der Energiepreise zurückzuführen. Es wurde erwartet, dass auf Grund der weiter steigenden Ölpreise kurzfristig die Jahreswachstumsraten des HVPI weiter zunehmen würden.

Die Wirtschaftsaussichten hatten sich weiter verbessert. Dazu trug vor allem die Entwicklung der Weltwirtschaft bei. Dies bestätigten auch die Ergebnisse der Branchen- und Verbraucherumfragen der Europäischen Kommission, die darauf hindeuteten, dass sich das Vertrauen der Industrie weiter erholt hatte. Die langfristigen Zinsen stiegen seit Mai 1999 kontinuierlich an und befanden sich gegen Ende Oktober im Bereich von 5,5 bis 5,6%. Neben den von den Bewegungen auf den internationalen Rentenmärkten ausgehenden Einflüssen schienen die sich ändernden Erwartungen in Bezug auf die Konjunktur im Eurogebiet eine wichtige Rolle in der Erklärung dieses Anstiegs zu spielen.

### **Zinsanhebungen zu Beginn des Jahres 2000**

Den dritten und vierten Zinsschritt setzte das Eurosystem am 3. Februar bzw. am 16. März 2000, in dem es die Leitsätze um jeweils 25 Basispunkte an hob. Der Zinssatz des Hauptrefinanzierungsgeschäfts

wurde insgesamt von 3 auf 3,50%, der Zinssatz der Einlagefazilität von 2 auf 2,50% und jener der Spitzenrefinanzierungsfazilität von 4 auf 4,50% erhöht.<sup>1)</sup>

Die Entwicklung der Geldmenge M3 setzte ihren Trend seit der letzten Entscheidung im November fort. Der Drei-Monats-Durchschnitt der Jahreswachstumsraten blieb weiterhin über dem Referenzwert. Das Wachstum der Ausleihungen an den privaten Sektor befand sich ebenfalls auf hohem Niveau – die Jahreswachstumsraten nahmen Ende 1999 und zu Beginn des Jahres 2000 Werte von rund 10% an. Das beständig höhere Geldmengenwachstum im Vergleich zum Referenzwert sowie das Wachstum der Kreditvergabe an den privaten Sektor deuteten weiterhin auf eine großzügige Liquiditätsversorgung im Euroraum hin.

Im Rahmen der zweiten Säule stieg die Jahresveränderungsrate des HVPI weiter an und erreichte im Jänner 2000 einen Wert von 1,9%. Ausschlaggebend für diesen Anstieg war die Entwicklung der Energiekomponente. Der stärker als erwartete Anstieg bei den Güter- und Produzentenpreisen sowie die Abwertung des Euro – der nominell-effektive Wechselkurs des Euro wertete seit dem ersten Quartal 1999 um fast 12% ab –, die über steigende Importpreise einen Aufwärtsdruck auf die Inflation ausüben könnten, wiesen auf eine zunehmende Gefahr von Zweit-  
rundeneffekten hin. Das Produktionswachstum im Euroraum stieg Hand in Hand mit jenem der Weltwirtschaft. Es beschleunigte sich von 1,8% im zweiten auf 2,3% im dritten und 3,1% im vierten Quartal 1999. Vorlaufindikatoren, wie die Industrieproduktion oder

<sup>1</sup> Siehe dazu EZB (2000).  
Monatsbericht, Februar und  
März.



Branchen- und Konsumenten-umfragen, deuteten darauf hin, dass sich dieser Aufwärtstrend auch im Jahr 2000 fortsetzen würde. Die Europäische Kommission prognostiziert für das Jahr 2000 ein BIP-Wachstum von 3,4%. Die weitere

Aufwärtsentwicklung der langfristigen Zinsen im Euroraum wurde vor allem durch die Bewegung der US-Renditen erklärt, aber auch das steigende Vertrauen in die Konjunktur des Euroraums spielte eine Rolle.

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Euroraum im Jahr 1999

Geldmengenwachstum über dem Referenzwert.  
Zinsanstieg und steilere Zinsertragskurve auf dem Geld- und Kapitalmarkt.  
Hohe Preisstabilität.  
Festigung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 1999.  
Inlandsnachfrage dominierende Wachstumskomponente. Rückgang der Arbeitslosenquote.  
Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem japanischen Yen.  
Verbesserung der Budgetsituation in fast allen Ländern.

### Eurogebiet Geldmenge

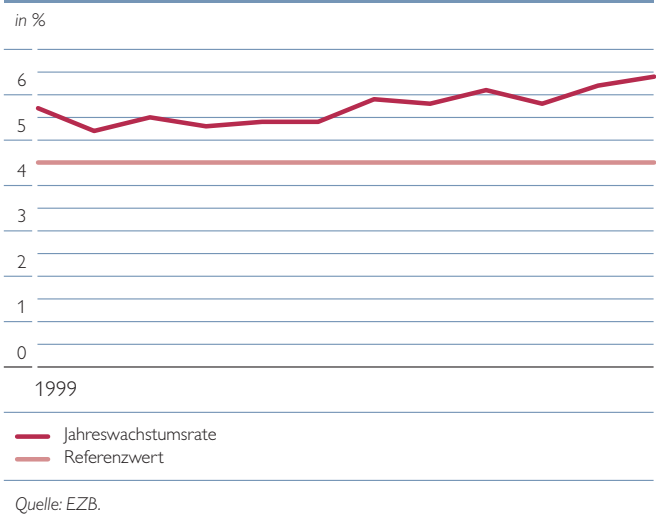
Das jährliche Wachstum der Geldmenge M3 lag im Jahresverlauf durchwegs über dem festgelegten Referenzwert von 4½%. Während der ersten beiden Quartale lag das durchschnittliche Jahreswachstum bei 5,5 bzw. 5,4%, im dritten Quartal bei 5,8% und im vierten Quartal bei 6,0%. Bei der Interpretation der Jahreswachstumsraten müssen jedoch mögliche verzerrende Einflüsse von Basiseffekten berücksichtigt werden. Da etwa im vierten Quartal 1998 die Wachstumsrate von M3 weniger stark stieg, erhöhte sich die Jahreswachstumsrate im vierten Quartal 1999 mit 6,0% kräftig. Eine Beschleunigung des monetären Wachstums und eine weiter steigende Abweichung vom Referenzwert in der zweiten Jahreshälfte ist zwar auf Grund des Basiseffekts bei Jahreswachstumsraten statistisch feststellbar. Daraus lässt sich aber keine beschleunigende Ausweitung des monetären Überhangs ableiten. Die Interpretation des kräftigen Geldmengenwachstums im Jahr 1999 wird generell dadurch erschwert, dass möglicherweise einige mit dem Übergang zur Währungsunion verbundene Sonderfaktoren zur erhöhten Geldhaltung beigetragen haben. Es bedarf daher weiterer Analysen, um das M3-

Wachstum mit größerer Sicherheit interpretieren zu können.

Auf Grund des Übergangs zur Währungsunion ist die Interpretation des Geldmengenwachstums noch mit Schwierigkeiten behaftet. Die Einschätzung der monetären Dynamik ist durch statistische Umstellungen erschwert. Das Geldmengenwachstum, das in den einzelnen Teilnehmerländern der Währungsunion zu Jahresbeginn heterogen verlief, begann sich in den letzten Monaten 1999 etwas anzugleichen.

Im Dezember 1999 bestätigte der EZB-Rat den Referenzwert von 4,5% für das M3-Wachstum im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt für das Jahr 2000 im Euroraum.

### Geldmengenwachstum von M3 im Euroraum





## Zinsen

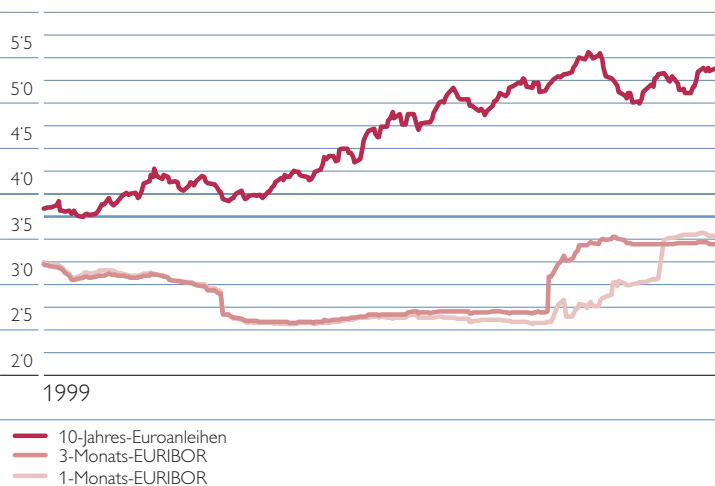
Die Zinsentwicklung auf dem Geldmarkt war in hohem Maße von der Geldpolitik des Eurosystems, gegen Jahresende auch von den Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Millenniumswechsel geprägt. Vor dem Hintergrund reichlich vorhandener Liquidität und einer ruhigen Preisentwicklung hat sich der Drei-Monats-Zinssatz (EURIBOR) von 3,2% zu Jahresbeginn zunächst leicht und nach der Zinssenkung des Eurosystems um 50 Basispunkte deutlich auf 2,58% nach unten bewegt und verharrte bis Ende September zumeist auf einem Niveau von 2,70%. Anfang Oktober kam es dann zu einem abrupten Anstieg, weil die Fälligkeit der Drei-Monats-Kontrakte ins Jahr 2000 hineinreichte. Der Anstieg wurde im Verlauf des Monats Oktober dadurch verstärkt, dass die Finanzmärkte eine Zinsanhebung antizipierten. Dieser Erwartungseffekt hat die tatsächliche Anhebung der Zentralbankzinsen des Eurosystems am 4. November vorweggenommen. Im vierten Quartal lag der Drei-Monats-Zinssatz zumeist relativ konstant bei 3,45%.

Während auf dem Geldmarkt der Einfluss der Geldpolitik der EZB dominant war, ist die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen in erster Linie mit dem Konjunkturverlauf und dem internationalen Zinszusammenhang zu erklären. Die langfristigen Zinsen stiegen von knapp 4% zu Jahresanfang auf rund 5½% zu Jahresende<sup>1)</sup> weitgehend parallel zu jenen der USA, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau und in der ersten Jahreshälfte schwächer, in der zweiten Jahreshälfte hingegen stärker an. Bemerkenswert ist der relativ deutliche Rückgang der Anleiherenditen

<sup>1</sup> Die Renditenkurve wurde im Jahresabstand steiler, die Differenz zwischen kurz- und langfristigen Zinsen erhöhte sich von 80 auf 200 Basispunkte.

## Zinsentwicklung im Eurogebiet im Jahr 1999

Tageswert in % p. a.



Quelle: Datastream.

um rund 50 Basispunkte zwischen Ende Oktober und Mitte November. Er zeigte, dass die Finanzmärkte nach Veröffentlichung von Daten für das M3-Wachstum eine Anhebung der Zentralbankzinsen im Eurosystem Anfang November erwarteten und dass die Unsicherheit, die im vorangegangenen Zinsanstieg zum Ausdruck kam, gewichen war. Die Zinsabstände auf den Kapitalmärkten der Mitgliedstaaten relativ zum Durchschnitt des Eurogebiets bewegten sich fast durchwegs in einer Bandbreite von  $\pm 0,15$  Prozentpunkten. Frankreich, die Niederlande und Deutschland lagen unter dem Durchschnitt, die übrigen Mitgliedstaaten darüber.

### Aktienmarkt

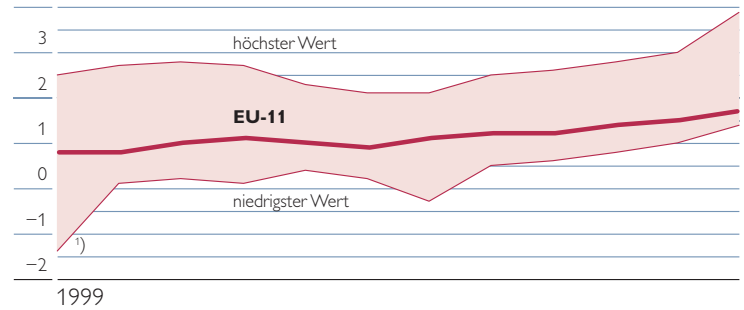
Auf den Aktienmärkten zeigte sich im Berichtsjahr der Optimismus der Anleger hinsichtlich der weiteren Wirtschaftsentwicklung sehr deutlich. Im Euroraum war die Entwicklung im vierten Quartal besonders dynamisch, der Kursanstieg des Jahres 1999 ist fast zur Gänze in dieses Quartal gefallen. Zu Jahresende 1999 notierte der EURO STOXX 325<sup>1)</sup> um rund 40% über seinem Wert vom Jahresanfang, nachdem er bereits im Vorjahr um fast 30% zugelegt hatte. Im Vergleich dazu stieg der Dow Jones Index im Berichtsjahr um 25% (1998: +16%). Der Nikkei 225 Index legte um rund 37% zu (1998: -9%).

### Preise

Die am HVPI gemessene Inflationsrate hat im Euroraum im Berichtszeitraum durchschnittlich 1,1% betragen und liegt deutlich unter der Preisstabilitätsdefinition des Eurosystems. Ab der Jahresmitte stieg die Inflationsrate von knapp 1 auf 1,7% im Dezember an. Dafür war vor allem die Preisentwicklung bei Energie (der Rohölpreis hat sich im Jahresverlauf mehr als verdoppelt) und bei unverarbeiteten Lebensmitteln ausschlaggebend. Der durchschnittliche Preisanstieg blieb bei den Dienstleistungen mit 1,6% deutlich unter jenem des Vorjahres (+2,0%). Der Auftrieb der Lohnstückkosten war zwar stärker als 1998, blieb aber mit der Preisstabilität vereinbar. Der regionale Unterschied der Inflationsraten im Jahresdurchschnitt betrug während des Berichtsjahres 2,0 Prozentpunkte. Die niedrigste Inflationsrate im Euroraum verzeichnete Österreich (+0,5%), die höchsten Preissteigerungsraten wiesen Portugal und

### HVPI-Anstieg und Streuung im Euroraum

Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Quelle: EUROSTAT.

<sup>1)</sup> „Ausreißer“ Luxemburg (Inflationsrate -1,4%).

Spanien mit je 2,2% und Irland mit 2,5% auf. Die Unterschiede in der Preisentwicklung ergeben sich nicht nur aus dem unterschiedlich starken Wirtschaftswachstum, sondern auch aus strukturellen Faktoren, wie dem Liberalisierungsgrad bei Dienstleistungen und dem technologischen Aufholprozess in Mitgliedsländern mit niedrigem Einkommen.

### Konjunktur und Arbeitsmarkt

Die Konjunktorentwicklung im Euroraum während des Berichtsjahres wurde maßgeblich vom Verlauf der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrisen der beiden vorangegangenen Jahre und von deren Auswirkungen auf das weltwirtschaftliche Umfeld geprägt. Im eher gebremsten Wirtschaftswachstum während der ersten Jahreshälfte (+1,7% Zuwachs des realen BIP gegenüber der Vorjahresperiode) kam nicht nur der Nachfrageausfall in den Krisenregionen zum Ausdruck, der den Außenbeitrag belastete, sondern vor allem die Verunsicherung der Konsumenten und Unternehmen über die weiteren wirtschaftlichen Aussichten, die bei den Verbrauchern – mehr

<sup>1)</sup> Umfasst 325 wichtige, im Euroraum börsennotierte Unternehmen.

als bei den Unternehmen – dämpfend auf die Nachfrage wirkte. In der zweiten Jahreshälfte zog die Konjunktur demgegenüber deutlich an, weil die Überwindung der Rezession im asiatischen Raum sowie die ungebremste dynamische US-Konjunktur zu einem Anstieg der Exporte und einem positiven Außenbeitrag führten. Die Konjunkturumfragen der Europäischen Kommission zeigten eine seit März des Berichtsjahres kontinuierliche Zunahme des Vertrauens der Industrie. Das Stimmungsbild der Konsumenten verbesserte sich hingegen erst ab Oktober. Die relativ stabile Inlandsnachfrage sowie die anziehende Auslandsnachfrage ab Jahresmitte führten im Euroraum zu einem realen BIP-Wachstum im gesamten Jahr 1999 von 2,2%. Dieses Ergebnis liegt zwar deutlich unter dem Vorjahreswert von 2,7%, zeigt aber auch, dass die Anfang des Jahres geäußerten Rezessionsbefürchtungen nicht eintrafen.

Ein wachstumshemmender Faktor, nämlich Wechselkursschwankungen zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, ist im Euroraum auf Grund der gemeinsamen Währung weggefallen. Gleichzeitig hat die im Jahresverlauf erfolgte nominell-effektive Abwertung des Euro stimulierend auf das Wirtschaftswachstum gewirkt, ebenso wie das – insbesondere während der ersten Jahreshälfte – niedrige Zinsniveau.

Innerhalb des Euroraums zeigte sich – nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen – keine einheitliche Wachstumsdynamik. Irland, Luxemburg und Spanien verzeichneten die höchsten Wachstumsraten des realen BIP (rund 8 bzw. 5 bzw. 4%), während in Italien und Deutschland das Wirtschafts-

wachstum am niedrigsten war (unter 1,5%).

Auf dem Arbeitsmarkt kam es im Berichtsjahr trotz der vorübergehenden Konjunkturverlangsamung zu einem Anstieg der Gesamtbeschäftigung um rund 1,5% und einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote auf 10,0% (1998: 10,9%). Ab September fiel die Arbeitslosenquote erstmals seit sieben Jahren unter die 10-Prozent-Marke. Der Beschäftigungsanstieg ist vor allem auf eine Zunahme von Teilzeitarbeitsverhältnissen zurückzuführen.

### **Wechselkurs und Zahlungsbilanz**

Die Wechselkursentwicklung der Weltwährungen war von der deutlichen Aufwertung des US-Dollar und einer noch stärkeren Aufwertung des japanischen Yen gegenüber dem Euro gekennzeichnet (um rund 17 bzw. rund 30%, im Vergleich Ende 1999 zu Anfang 1999). Letzteres ist das Ergebnis der allmählichen Überwindung der Rezession in Japan, die im Übrigen auch in den kräftigen Zuwächsen auf dem japanischen Aktienmarkt zum Ausdruck kommt. Die Wechselkursentwicklung des Euro zum US-Dollar wurde im Jahresverlauf vor allem vom negativen Wachstums- und Zinsdifferenzial gegenüber den USA bestimmt, das sich vor allem während der ersten Jahreshälfte ausgeweitet hatte. Während dieses Zeitraums kam es zu einem relativ kontinuierlichen Rückgang des bilateralen Außenwerts des Euro von 1,17 USD/EUR zu Jahresanfang auf 1,01 USD/EUR zur Jahresmitte. Während der zweiten Jahreshälfte war die Wechselkursbewegung von einer hohen Volatilität gekennzeichnet. Gegen Jahres-

ende lag der von der EZB veröffentlichte Referenzkurs des Euro wiederum nahe an der Parität zum US-Dollar. Mit ein Grund für den Wechselkursrückgang zum US-Dollar war nicht nur die konjunkturelle Entwicklung, sondern auch, dass die Finanzmärkte die Fortschritte bei der Flexibilisierung der Güter- und Faktormärkte im Euroraum als nicht ausreichend erachteten. Die hohe makroökonomische Stabilität wäre für solche Strukturreformen eine günstige Voraussetzung.

Das im Vergleich zum Vorjahr und zur USA relativ schwache Wirtschaftswachstum im Euroraum sowie die nominell-effektive Abwertung des Euro ließen einen Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses des Euroraums erwarten. Der Anstieg des Rohölpreises und die Fakturierung der Rohölimporte in US-Dollar haben jedoch dazu beigetragen, dass der Leistungsbilanzüberschuss des Euroraums von 1,4% des BIP (1998) auf 0,9% (1999) zurückging (siehe auch den Kasten „Die Zahlungsbilanz des Euroraums“).

#### Die Zahlungsbilanz des Euroraums

Zur Erstellung der Zahlungsbilanz des Euroraums werden die von den 11 teilnehmenden Mitgliedstaaten gemeldeten Auslandstransaktionen der Ansässigen des Eurowährungsgebiets gegenüber dem Rest der Welt aggregiert. Transaktionen zwischen Ansässigen des Euroraums werden nicht berücksichtigt. Im Rahmen der Statistik werden die Institutionen der EU (mit Ausnahme der EZB selbst) als Gebietsfremde behandelt.

Der Euroraum verzeichnete im Jahr 1999 einen Leistungsbilanzüberschuss gegenüber dem Rest der Welt in Höhe von 43,2 Mrd EUR. Dieser ergab sich aus Warenexporten, die deutlich über den Warenimporten lagen, die Dienstleistungen ergaben dagegen einen leichten Importüberhang. Die Teilbilanzen Einkommen und laufende Transfers zeigten negative Salden (-7,3 bzw. -42,8 Mrd EUR).

Die Struktur der Kapitalbilanz des Euroraums ist von Kapitalexporten im langfristigen und Kapitalimporten im kurzfristigen Bereich bestimmt. Die Direktinvestitionen des Euroraums in den Rest der Welt übertrafen deutlich jene in den Euroraum (-212,5 gegenüber +65,2 Mrd EUR), das Gleiche gilt für Portfolioinvestitionen (-280,5 gegenüber +259,2 Mrd EUR), allerdings mit einer gegenläufigen Entwicklung im Bereich der Geldmarktpapiere (-10,0 gegenüber +82,4 Mrd EUR). Die Nettokapitalimporte im kurzfristigen Bereich der „sonstigen Investitionen“ waren im Wesentlichen auf die Aktivitäten der MFIs zurückzuführen. Bei den Währungsreserven des Euroraums ergaben sich per saldo Kapitalexporte (13,4 Mrd EUR).

Ab dem Beginn der dritten Stufe der WWU werden – gemäß der im Eurosystem einheitlichen Abgrenzung – neben dem Goldbestand, den Sonderziehungsrechten und den Reservepositionen der NZBen beim IWF nur jene Forderungen der NZBen und der EZB als Währungsreserven ausgewiesen, die auf fremde Währung lauten und gegenüber Gebietsansässigen außerhalb des Eurogebiets bestehen.

In der Struktur der Kapitalbilanz ergibt sich aus dieser neuen Abgrenzung der offiziellen Währungsreserven eine wesentliche Änderung: Die nun nicht mehr in den Währungsreserven ausgewiesenen Forderungen, die auf Euro lauten bzw. die gegenüber Gebietsansässigen des Euroraums bestehen, sind in den funktionellen Kategorien „Portfolioinvestitionen“ und „sonstige Investitionen“ enthalten, in denen der Sektor Währungsbehörde damit eine stärkere Bedeutung bekommt, als dies vor 1999 der Fall war.

### Öffentliche Finanzen

Das öffentliche Defizit des Euro-raums ist von 2,0% des BIP im Jahr 1998 auf 1,5% im Berichtsjahr zurückgegangen. Zwar wurden damit die Ziele der Stabilitätsprogramme im Euroraum (Defizitquote von 1,8%) insgesamt übertroffen, jedoch ist die Verbesserung des Budgetsaldos vor allem auf die gesunkenen Zinszahlungen zurückzuführen. Günstig auf das Budget wirkten sich – trotz der zeitweiligen konjunkturellen Verlangsamung – die stabile Arbeitsmarktlage und die höher als erwarteten Budget-einnahmen aus. Durch die Umstellung der VGR auf das ESVG 95 ging die Defizitquote des Euro-raums geringfügig nach unten. Substanzuelle Budgetkonsolidierungsschritte hat es in den meisten Ländern im Berichtsjahr keine gegeben. Die Bruttoverschuldung ist auf Grund der Umstellung der VGR trotz niedrigerer Zinsbelastungen geringfügig auf 73,7% des BIP gestiegen (gegenüber 73,3% im Jahr 1998).

### EU-Staaten außerhalb des Euro-raums

Die Wirtschaftsentwicklung in den EU-Staaten außerhalb des Euro-raums verlief 1999 uneinheitlich. Während in Dänemark und im Vereinigten Königreich das Wirtschaftswachstum schwächer als im Euro-raum ausfiel, lag es in Griechenland und Schweden höher. In Schweden beschleunigte sich im Gegensatz zu den anderen Pre-Ins und zum Euro-raum das Wachstum des realen BIP sogar.

Griechenland hat sich im Jahresverlauf weiter dem Ziel der Preisstabilität genähert (die Jahresinflation betrug 2,3 gegenüber 4,5% 1998), die anderen

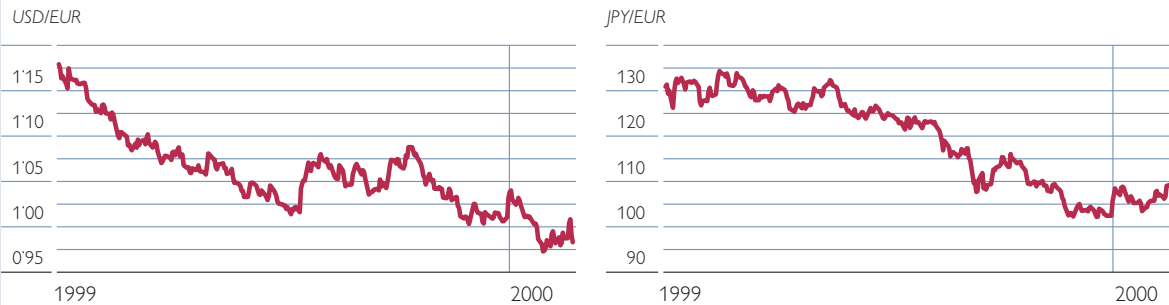
Pre-Ins verzeichneten – gemessen am HVPI – Preisstabilität.

Während der ersten Jahreshälfte senkte die Bank of England ihren Repo-Satz in vier Schritten von 6,25% zu Jahresbeginn auf 5,0% und hob ihn ab Anfang September in zwei Schritten bis Jahresende wieder auf 5,50% an. Auch die dänische Notenbank senkte im Jahresverlauf fünfmal die Leitzinsen von 3,95 auf 2,85% und erhöhte diese Anfang November – zeitlich synchron mit dem Eurosystem – auf 3,30%. Der schwedische Repo-Satz wurde im ersten Quartal in zwei Schritten von 3,40 auf 2,90% gesenkt, mit der Zinsanhebung Mitte November auf 3,25% wurden diese Schritte weitgehend zurückgenommen. Die griechische Notenbank nahm den Leitzinssatz in drei Schritten von 12,25 auf 10,75% zurück.

In Dänemark und Griechenland vollzog sich die Zinspolitik vor dem Hintergrund einer Wechselkursstrategie im Rahmen des Wechselkursmechanismus des EWS, im Vereinigten Königreich und in Schweden vor jenem eines direkten Inflationsziels. Während daher die Aufwertung von schwedischer Krone und Pfund Sterling gegenüber dem Euro im Jahresverlauf (rund +10 bzw. +14%) von den Währungsbehörden bei der Verfolgung des direkten Inflationsziels in Kauf genommen wurde, ist die Wechselkursstabilität der dänischen Krone und der griechischen Drachme explizites Zwischenziel der jeweiligen Zentralbanken. So bewegte sich die dänische Krone im Jahresverlauf innerhalb der angekündigten Bandbreite von  $\pm 2,25\%$  zum Euroleitkurs, die griechische Drachme blieb gleichfalls innerhalb der Bandbreiten von  $\pm 15\%$  relativ

Unterschiedliches  
Wirtschaftswachstum  
in den Pre-Ins.  
Hohe Preisstabilität,  
in Griechenland fort-  
gesetzte Disinflation.  
Wechselkursstabilität  
der dänischen Krone  
zum Euro.  
Realignment der  
griechischen Drachme.  
Aufwertung  
von schwedischer Krone  
und Pfund Sterling  
gegenüber dem Euro.

### Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber US-Dollar und Yen



Quelle: OeNB.

### Strukturelle Kennziffern

		EU-11	EU-15	USA	Japan
Bevölkerung 1998	in Mio	291	375	270	126
<b>Wirtschaftliche Performance 1999</b>					
nominelles BIP	in Mrd EUR	6.108'0	7.960'0	8.683'0	4.146'0
reales BIP-Wachstum	in %	+ 22	+ 22	+ 41	+ 13
BIP	in % des Welt-BIP	15'8	20'3	21'9	7'6
Arbeitslosenquote	in % der Erwerbspers.	10'0	9'2	4'2	4'7
Inflationsrate (HVPi; USA, Japan: VPI)	in %	+ 1'1	+ 1'2	+ 2'2	- 0'3
<b>Wirtschaftssektoren 1996<sup>1)</sup></b>					
Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	in % des BIP	2'7	2'7	1'7	1'8
Industrie (inkl. Bauwirtschaft)	in % des BIP	29'1	29'0	25'5	36'3
Dienstleistungen	in % des BIP	68'2	68'3	72'8	61'9
<b>Außenwirtschaft 1999</b>					
Exporte i. w. S.	in % des BIP	17'5	..	11'8	13'6
Importe i. w. S.	in % des BIP	15'6	..	15'5	11'1
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	+ 0'9	+ 1'0	- 3'5	+ 3'0
<b>Staatshaushalt 1999</b>					
Ausgaben, insgesamt (USA: 1998)	in % des BIP	49'8	47'7	32'4	38'6
Einnahmen, insgesamt (USA: 1998)	in % des BIP	48'3	46'1	32'4	30'5
Budgetsaldo	in % des BIP	- 1'5	- 1'0	+ 1'7	- 8'2
Bruttoverschuldung	in % des BIP	73'7	67'4	59'3	105'4
<b>Finanzmärkte 1999</b>					
kurzfristige Zinsen	in %	2'96	..	5'41	0'28
langfristige Zinsen	in %	4'66	4'73	5'64	1'76
M3-Wachstum	in %	+ 5'7	+ 9'4	+ 8'4	+ 2'8
Schuldverschreibungen (Ende Juni 1999)	in Mrd ECU	5.422'7	..	14.140'8	5.061'1
	in % des BIP	88'8	..	164'6	126'5
Börsenkapitalisierung (Ende Okt. 1999)	in Mrd ECU	4.346	..	13.861'1	6.275'8
Bankeinlagen (Ende Juni 1999)	in Mrd ECU	4.752'2	..	4.742'8	4.467'5
	in % des BIP	77'8	..	55'2	111'7

Quelle: EUROSTAT, EZB, IWF, OECD, OeNB.

<sup>1)</sup> EU-11 und EU-15: ohne Österreich, Irland, Luxemburg.

konstant auf einem Niveau von rund 8% über dem Euroleitkurs. Am 15. Jänner 2000 wurde der Leitkurs der griechischen Drachme um 3'5% nach oben angepasst und damit dem

Marktkurs angenähert (neuer Leitkurs: 340'750 GRD/EUR).

Die positiven Zinsabstände zum Eurogebiet am langen Ende lagen in den Pre-Ins – mit Ausnahme



Griechenlands – während fast des ganzen Jahres unter 0·2 bis 0·3 Prozentpunkten. In Griechenland ist der Zinsabstand von rund 2½ Prozentpunkten zu Jahresanfang auf rund 1 Prozentpunkt gegen Jahresende gesunken, worin sich die Erwartung der Finanzmärkte eines Beitritts Griechenlands zum Euroraum widerspiegelt. Demgegenüber lagen die Geldmarktzinsen (Drei-Monats-Satz) relativ konstant zwischen 9 und 11%, als Ergebnis der auf Wechselkurs- und Preisstabilität orientierten Notenbankpolitik. Dänemark und Schweden wiesen im Berichtsjahr eine ähnliche Zinsstruktur wie der Euroraum auf, Griechenland hingegen eine deutlich und das Vereinigte Königreich eine schwach inverse.

Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich hatten 1999 Budgetüberschüsse, Griechenland wies eine Defizitquote von 1·5% auf.

### **USA, Japan, aufstrebende Märkte Asiens und Lateinamerikas USA**

Die konjunkturelle Dynamik in den USA war mit einem realen BIP-Zuwachs von insgesamt 4·1% im Berichtsjahr weiterhin überaus kräftig. Dieses Wachstum wurde von der inländischen Konsumnachfrage, die durch die günstige Beschäftigungslage und die Vermögenseffekte infolge der Entwicklungen auf den Kapitalmärkten Auftrieb erhielt, sowie den Ausrüstungsinvestitionen getragen.

Das US-Wirtschaftsministerium hat die Berechnung des BIP auf eine neue Grundlage gestellt. Die wichtigste Änderung bei der neuen Berechnungsweise betrifft die Erweiterung des Investitionsbegriffs

(z. B. Anschaffung von Computer-Software). Die neue Rechenmethode wurde rückwirkend auf die vergangenen 40 Jahre angewandt. Für die Jahre 1997 und 1998 betrug das Realwachstum damit 4·3 bzw. 4·5%, an Stelle der bisher ausgewiesenen 3·9% für beide Jahre. Bezüglich der vergangenen acht Aufschwungsjahre wurde die durchschnittliche BIP-Wachstumsrate von 3·1 auf 3·5% nach oben revidiert. So wie in der Vergangenheit Innovationen, wie z. B. die Eisenbahn oder das Auto, Motor des Wirtschaftsaufschwungs waren, wird die aktuelle Expansionsphase der US-Wirtschaft vor allem durch Computer und Informationsverarbeitung in Schwung gehalten.

Die neuen Ziffern zeigen auch, dass sich die Produktivität im Internet-Zeitalter schneller entwickelt als früher. Während diese in den Siebziger- und Achtzigerjahren jährlich um 1·4 bis 1·6% zunahm, stieg sie nach der neuen Berechnung ab 1996 um durchschnittlich 2·6% pro Jahr (nach alter Methode: Zunahme um 1·9%). In den Jahren 1998 und 1999 beschleunigte sich das Produktivitätswachstum sogar auf jeweils 2·75%.

Diese Revisionen bestärken jene Ökonomen, die bereits seit einigen Jahren darauf hinweisen, dass sich der Produktivitätsfortschritt auf Grund der technologischen Entwicklung nicht nur temporär, sondern dauerhaft beschleunigt habe und damit das Wachstumspotenzial höher als bisher angenommen sei (siehe Kasten: Gibt es eine New Economy?).<sup>1)</sup>

Fortsetzung des  
Wirtschaftsaufschwungs  
in den USA. Erholung in  
Japan nach wie vor  
unsicher. Hingegen in den  
asiatischen Krisenländern  
rascher als erwarteter  
Aufschwung.  
Stagnierendes Wachstum  
in Lateinamerika.

<sup>1)</sup> Siehe dazu Herzenberg, S. (1998). *New Rules for a New Economy; Employment and Opportunity in Postindustrial America*. New York: Cornell University Press. Wadhani, S. B. (1999). *The US Stock Market and the Global Economic Crisis*. London: London School of Economics.



### Gibt es eine New Economy?

Ökonomen rätseln darüber, ob der ungewöhnlich lang anhaltende Aufschwung der USA in eine „sanfte Landung“ oder in eine Rezession münden wird. Immer mehr neigen zu der Annahme, dass eine grundlegende, positive Veränderung in der Wirtschaftsstruktur erfolgt ist. Dazu zählen unter anderem technologische Innovationen (Informationstechnologie), ein dynamischer Finanz- und Unternehmenssektor, flexible Kapital- und Arbeitsmärkte, eine stabile Wirtschaftspolitik sowie erhöhte Risikobereitschaft (z. B. Unternehmensgründungen, Risikokapitalfonds). Die „Revolte“ der Aktionäre in den Achtzigerjahren löste eine stärkere Unternehmenskontrolle aus, die die Strukturreform des US-Unternehmenssektors beschleunigte und den Wettbewerb erhöhte.

Das langfristige Produktionspotenzial der US-Wirtschaft stieg deutlich auf das Niveau vor der Abschwächung Mitte der Siebzigerjahre.

Bei der gegenwärtigen Expansion ist bisher kein deutlich steigender Inflationsdruck feststellbar, während in den konjunkturellen Aufschwungsphasen der Sechziger- und Achtzigerjahre die Inflation schrittweise in dem Ausmaß stieg, in dem die Kapazität der Wirtschaft nicht mit der wachsenden Nachfrage Schritt halten konnte.

Für die Befürworter der These des „new paradigm“ ist der derzeitige geringe Inflationsdruck ein Zeichen dafür, dass die aktuelle Wirtschaftsdynamik auf Grund der strukturellen Veränderungen nachhaltig ist. Es gibt allerdings auch warnende Stimmen, die auf die Gefahren eines übermäßigen Optimismus aufmerksam machen, der in vergangenen Perioden eines kräftigen Wachstums in eine Rezession führte.

In Zusammenhang mit den strukturellen Veränderungen wäre eine Erhöhung des Potenzialwachstums auf 3,5% plausibel; die derzeitige wirtschaftliche Expansion von ca. 4% pro Jahr hat aber bereits zum Aufbau von Ungleichgewichten geführt, wie etwa das steigende Leistungsbilanzdefizit, die zunehmende Verschuldung des privaten Sektors, der stark angespannte Arbeitsmarkt und die sehr hohen Aktienkurse, die auf der Annahme beruhen, dass das gegenwärtige Wachstumstempo unbegrenzt aufrechterhalten werden kann.

Die Geschichte zeigt jedoch, dass technologische Veränderungen keinen Schutz vor zyklischen oder finanziellen Problemen darstellen. Als Beispiel sei die Verbreitung der Elektrizität in den Zwanzigerjahren erwähnt, die die ökonomischen Fundamentals der US-Wirtschaft veränderte. Dennoch kam es Ende der Zwanzigerjahre zur größten Finanzkrise in der Geschichte der USA, die strukturellen Veränderungen blieben jedoch bestehen.

Die niedrige Preissteigerungsrate in den USA (derzeit niedriger als zu Beginn des Aufschwungs Anfang der Neunzigerjahre) gilt als Symbol der Stärke der US-Wirtschaft, aber auch als Faktor, der wesentlich zu dieser langen Expansion beigetragen hat. Damit wird der Geldpolitik ein hohes Maß an Verantwortung für die US-Wirtschaftsentwicklung attestiert. Die restriktive Geldpolitik 1994 ermöglichte eine nachhaltige Erholung der US-Wirtschaft und legte die Fundamente für ihre außergewöhnliche Dynamik ab 1995.

Obwohl die jährlichen Wachstumsraten der Investitionen in Produktionsmittel bereits seit 1990 doppelt so stark wie in den 30 Jahren davor zunahmen, lag das Produktivitätswachstum erst seit 1996 deutlich über den Werten der Jahre zuvor. Dieses trug zwei Drittel zum stärkeren Wachstum bei; der Rest ist auf das erweiterte Arbeitskräfteangebot zurückzuführen. Dieses ist mitverantwortlich für die niedrigen Reallohnerrhöhungen in den vergangenen Jahren.

Günstig entwickelte sich auch die Arbeitsmarktlage mit einer Arbeitslosenquote von 4,2% im Jahresdurchschnitt 1999 – das ist der niedrigste Wert in den letzten drei Jahrzehnten – und einer Fortdauer der Beschäftigungsausweitung. Die Jahresteuierung erreichte 1999 – trotz gestiegener Energiepreise in der zweiten Jahreshälfte – nur 2,2%.

Der Offenmarktausschuss der US-Notenbank (FOMC) erhöhte den Zielsatz für Taggeld 1999 in drei Schritten um insgesamt 0,75

Prozentpunkte auf 5,5% und machte damit die drei Zinssatzreduktionen vom Herbst 1998 – als Reaktionen auf die krisenbedingten Finanzmarkturbulenzen – wieder rückgängig. Die Zinserhöhungen wurden vor allem mit dem überaus kräftigen Wirtschaftswachstum und dem dadurch weiter angespannten Arbeitsmarkt begründet, die eine Verringerung der künftigen Inflationsrisiken erforderlich machten. Im Anschluss an die Zinsanhebungen modifizierte das FOMC die geldpolitische Grundhaltung auf

„neutral“ und änderte diese Position bis Jahresende nicht. Anlässlich der Sitzungen des Offenmarktausschusses vom 1./2. Februar und 21. März 2000 erhöhte die Fed den Zielsatz der Federal Funds Rate und den Diskontsatz um jeweils 25 Basispunkte. Damit dokumentierte die US-Notenbank, dass ihrer Meinung nach die Inflationsrisiken derzeit überwiegen, sie diese jedoch mittels kleiner Zinsschritte für kontrollierbar hält.

Der Budgetsaldo wies im abgelaufenen Fiskaljahr (30. September) einen Überschuss von 123 Mrd USD (1,4% des BIP) aus. Dies ist auf eine vorsichtige Ausgabenpolitik während des Konjunkturaufschwungs zurückzuführen. Der Voranschlag für das Fiskaljahr 2000 sieht einen Anstieg des Überschusses auf 176 Mrd USD vor.

Die Hauptrisiken für die US-Konjunktur liegen in einer möglichen Korrektur der hohen Aktienkurse. Die Gefahr, dass ein negativer Vermögenseffekt eine deutliche Einschränkung des privaten Konsums bewirkt, ist in Kombination mit dem starken Rückgang der Sparquote besonders groß. Ein weiterer Gefahrenherd liegt in dem hohen und weiter steigenden Leistungsbilanzdefizit, das sich 1998 auf 2,6% des BIP und im abgelaufenen Jahr auf 3,5% des BIP (300 Mrd USD) belief. Der deutliche Anstieg des negativen Leistungsbilanzsaldos ist vor allem auf die zyklische Position der USA im Vergleich zu seinen Handelspartnern in Europa und Japan zurückzuführen. Der negative Saldo soll mittelfristig in dem Maße korrigiert werden, in dem ein ausgeglicheneres globales Nachfragewachstum erzielt wird. Eine Zunahme des Wirtschaftswachstums,

vor allem in Europa, und ein Anspringen der Konjunktur in Japan sollten zu einer Umkehr der Safe-Haven-Kapitalzuflüsse und zu einer Abschwächung des US-Dollar führen und damit zu einer Reduktion des Leistungsbilanzdefizits beitragen.

### Japan

Japan konnte die rund drei Jahre anhaltende Rezession im abgelaufenen Jahr noch nicht überwinden. Nach Schätzungen des IWF ist im Kalenderjahr 1999 das reale BIP – durch signifikante Konjunkturankurbelungsprogramme – um 1,0% gestiegen. Die japanische Regierung hingegen schätzt für das Fiskaljahr 1999 – das Ende März 2000 endet – das Wachstum auf 0,6%. Die Hoffnung auf eine binnenwirtschaftlich getragene Erholung hat sich jedoch auch im Berichtsjahr nicht erfüllt, weil der Konsum im gesamten Jahr rückläufig war. Der Plan der Regierung, mit Einkaufsgutscheinen den sinkenden privaten Konsum anzukurbeln, ist gescheitert. Lediglich ein Drittel der rund 6 Mrd USD, die dafür zur Verfügung gestellt wurden, gingen 1999 in zusätzliche Konsumausgaben, der Rest wurde gespart. Eine Belastung für die Entwicklung des privaten Konsums stellt auch die Unsicherheit der Pensionen dar, wodurch es zu einem Ungleichgewicht von steigender Sparquote und sinkenden Investitionen kommt. Dies ist damit zu begründen, dass Pensionisten auf Grund unsicherer Erwartungen ihre Ersparnisse erhöhen.

Die Arbeitslosenquote hat sich im Jahresdurchschnitt wegen der Umstrukturierungen bei Großunternehmen auf 4,7% (1998: 4,1%) erhöht.

Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt 1999 um 0,3% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (1998: +0,7%).

Im Februar 1999 entschied der Geldpolitische Rat der Bank of Japan (BoJ), die Geldmarktkonditionen zu lockern, und die BoJ unterstützte danach ein Absinken des Taggeldsatzes auf rund 0,1%. Der Diskontsatz liegt seit September 1995 bei 0,5%.

Der japanische Yen war im Berichtsjahr volatil, sowohl gegenüber dem Euro als auch gegenüber dem US-Dollar. Die BoJ intervenierte im Auftrag des Finanzministeriums ab Juni 1999 wiederholt, um den Wechselkurs des japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar zu drücken. Tendenziell wertete jedoch der japanische Yen gegenüber dem US-Dollar sowie dem Euro auf. Mitte Februar 1999 erreichte der Euro gegenüber dem japanischen Yen mit 134,4 JPY/EUR seinen höchsten, am 22. Dezember mit 102,5 JPY/EUR seinen niedrigsten Jahreswert. Die G-7 haben bei ihrem Treffen im Jänner 2000 in Tokio keine Entscheidung zur Teilnahme an konzertierten Aktionen zur Schwächung des japanischen Yen getroffen.

Im laufenden Haushaltsjahr – das im März 2000 endet – ist ein Anstieg des Budgetdefizits auf 9,2% des BIP vorgesehen. Japan weist damit weiterhin die höchste Quote unter den großen Industriestaaten auf. Auch hat sich seit Beginn der Neunzigerjahre die Staatsverschuldung auf 105,4% des BIP verdoppelt.

Im Berichtsjahr wurden Fortschritte bei der Stabilisierung des Bankensektors erzielt. Allerdings ist die Ende Dezember 1999 erfolgte Verlängerung der unbe-

schränkten Staatsgarantien für Bankeinlagen um ein weiteres Jahr sowie die Verschleppung von Strukturereformen im Unternehmenssektor kritisch zu beurteilen. Auch müssen die gesellschafts- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen an den internationalen Standard angepasst werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft zu erhöhen.

### **Aufstrebende Märkte Asiens und Lateinamerikas**

Die Lage in den asiatischen Krisenländern hat sich seit der Asienkrise und nach einer Kontraktion des realen BIP (von 10% im Jahr 1998) in unterschiedlichem Ausmaß verbessert. Für 1999 schätzt der IWF für die ASEAN-4-Länder Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand wieder ein reales BIP-Wachstum von 1½%. Die Leistungsbilanzüberschüsse fielen hingegen niedriger aus als 1998, da sich die Wechselkurse wieder auf einem höheren Niveau stabilisierten und die Importnachfrage stieg. Die größten wirtschaftlichen Fortschritte erfolgten in Südkorea und in Thailand, ersteres erzielte mehr als 9½% reales BIP-Wachstum. Allerdings ist in Südkorea durch die hohe Verschuldung der schwer angeschlagenen Konglomerate ein erheblicher Teil des Finanzsektors stark belastet. In Indonesien hat zumindest die Tiefe der Rezession nachgelassen. Gegenüber 13,7% (1998) ging das reale BIP im Berichtsjahr nur noch um 0,8% zurück; auch die Inflationsrate war mit 22% (1998: +60%) rückläufig.

Seit Ende der Asienkrise ist eine wachsende Stabilität der Finanzsysteme festzustellen. Positiv kann vermerkt werden, dass die Emission von Staatsanleihen der aufstrebenden

den Märkte wieder zugenommen hat, da die Risikoprämien zurückgingen. Der Prämienrückgang spiegelt eine bessere Bonitätsbewertung und ein größeres Vertrauen der Investoren wider.

Der IWF warnt im letzten Kapitalmarktbericht davor, die sich rasch erholenden Kapitalzuflüsse und wieder günstigere Entwicklung auf den Finanzmärkten in den Krisenländern Asiens bereits als Indiz für die Gesundung der kranken Bankensysteme zu werten. Zwar haben sich die von der Asienkrise betroffenen Länder entschlossen, mit teilweise hohen öffentlichen Mitteln die Sanierung ihrer Banken in Angriff zu nehmen, sind aber von einer normalen Kreditgewährung durch die Banken noch weit entfernt.

Für die Länder Lateinamerikas, die in den Sog der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten gerieten, stagnierte das reale Wirtschaftswachstum 1999. Mit Ausnahme Mexikos, das von der ungebrochenen Dynamik der USA profitierte, führten eine drastische Verschlechterung der Terms of Trade sowie die spürbare Verknappung der Kapitalzuflüsse in allen wichtigen Ländern der Region zu einem abrupten Konjunkturreinbruch. Die Leistungsbilanzdefizite nahmen deutlich ab, und die Inflation entwickelte sich rückläufig. Dies ermöglichte eine Rückführung der hohen inländischen Zinssätze und begünstigt damit die Chancen einer Erholung. Die Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Wachstums dürfte zu einem Aufwärtstrend der Rohstoffpreise führen. Es ist auch mit einer Rückkehr der

Investoren in die aufstrebenden Märkte mit relativ günstigen Rahmenbedingungen zu rechnen.

Die Konjunkturdaten ab dem dritten Quartal 1999 deuten darauf hin, dass die Krise Lateinamerikas rascher als erwartet – ähnlich wie bei den asiatischen Krisenländern – überwunden sein dürfte.

Brasilien gelang es, nach der erzwungenen Abwertung des Real, den befürchteten scharfen Konjunkturreinbruch 1999 zu verhindern. Die Inflation zeigte sich resistent gegenüber der drastischen Abwertung der Landeswährung Anfang 1999 und blieb im einstelligen Bereich. Die Einführung eines Inflationsziels in der zweiten Jahreshälfte trug zu einem Rückgang der Zinsen bei. Die noch existierenden Kapitalverkehrskontrollen sollen schrittweise und in Übereinstimmung mit den angestrebten fiskalischen Reformen im Jahr 2000 aufgehoben werden.

Ein Wirtschaftsaufschwung in Brasilien sollte sich positiv auf das Nachbarland Argentinien auswirken, dessen Wirtschaft von 1997 bis zum Sommer 1999 schrumpfte.

### **Mittel- und Osteuropa, Russische Föderation**

Die zunehmende Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die internationale Arbeitsteilung und deren wirtschaftlicher Aufhol- bzw. Transformationsprozess wird zu einer immer wichtigeren Rahmenbedingung für die österreichische Wirtschaftsentwicklung (siehe ausführlich im Kapitel „Die OeNB als Brücke zwischen Ost und West“).<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Siehe dazu OeNB (1999).  
Focus on Transition 2/1999,  
Jänner 2000.

# Durchführung der Geldpolitik des Eurosystems

## Geldpolitische Instrumente

Problemlose Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute über 14-tägigen Mengentender. Neues Asset-Management für Reserven. Stabilisierung des Goldpreises durch Abkommen der Zentralbanken. Steigendes Transaktionsaufkommen über TARGET. Produktion von Eurobargeld begonnen.

Als integraler Bestandteil des Eurosystems besteht eine wesentliche Aufgabe der OeNB in der operativen Umsetzung der Geldpolitik in Österreich. Die Liquiditätssteuerung erfolgt im Eurosystem über eine Reihe von geldpolitischen Instrumenten.<sup>1)</sup>

Die Liquiditätsversorgung der österreichischen Banken erfolgte im ersten Jahr der gemeinsamen Währung problemlos. Das Hauptrefinanzierungsinstrument – der 14-Tages-Tender – war den Kreditinstituten bereits aus der Stufe 2 der WWU in der gegenwärtigen Form geläufig. Auch die Bestände an refinanzierungsfähigen Sicherheiten wiesen ein komfortables Niveau auf. Damit erreichten die österreichischen Banken Zuteilungsquoten, mit denen das aus den Mindestreserve-Verpflichtungen resultierende Liquiditätserfordernis – der österreichische Anteil an den Mindestreserve-Verpflichtungen des Eurowährungsgebiets beläuft sich auf 3,5% – problemlos refinanziert werden konnte. Der Satz für die der Mindestreserve-Pflicht zu unterliegenden Verbindlichkeiten war im Jahr 1999 unverändert 2%. Das Mindestreserve-Soll ist erwartungsgemäß um rund 300 Mio EUR von rund 3,3 Mrd EUR im Dezember 1998 (erste Grundlagedaten für die ESZB-Mindestreserve) auf 3,6 Mrd EUR im Dezember 1999 gestiegen. Die Verzinsung der Mindestreserve erfolgt auf Basis des durchschnittlichen Zinssatzes des ESZB-14-Tage-Tender-Satzes. In der Erfüllungsperiode 24. März bis 23. April ergab sich infolge der Zinssenkung vom 8. April ein Mischsatz von 2,84% und in der

Erfüllungsperiode 24. Oktober bis 23. November als Folge der Zinserhöhung vom 4. November ein Mischsatz von 2,73%.

Auch der Liquiditätsausgleich auf dem Eurogeldmarkt, bei dem das TARGET-Zahlungsverkehrssystem eine wichtige Rolle spielte, präsentierte sich – nach einer kurzen Anpassungsphase – als zunehmend effizient.

Seit Beginn der Stufe 3 der WWU werden sämtliche Refinanzierungsgeschäfte der OeNB mit Geschäftsbanken auf Basis des so genannten Pfandpool-Verfahrens abgewickelt. Das bedeutet, dass Transaktionen nicht mehr in Form unechter Pensionsgeschäfte, sondern mittels Pfandkredit durchgeführt werden. Dies hat den Vorteil, dass keine individuelle Kennzeichnung einzelner Sicherheiten gegenüber bestimmten Refinanzierungstransaktionen durchgeführt werden muss, sondern lediglich eine globale Betragssperre auf dem Sicherheitendepot des Geschäftspartners für alle ausstehenden Operationen erfolgt.

Die Inanspruchnahme bei den ständigen Fazilitäten, der Spitzenrefinanzierungsfazilität und der Einlagefazilität, reduzierte sich – nach der etwas stärkeren Ausnützung infolge der Unsicherheiten zu Jahresbeginn – auf ein sehr geringes Niveau. Daraus lässt sich ableiten, dass die regelmäßigen Refinanzierungsgeschäfte den Zentralbankgeldbedarf sehr gut abgedeckt haben.

In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass die EZB im abgelaufenen Jahr keine einzige Feinsteuerungsoperation durchführen musste. Vielmehr ist es

<sup>1</sup> Siehe dazu EZB (1998). Die einheitliche Geldpolitik in Stufe 3, September.

gelungen, durch eine großzügige Liquiditätszuteilung den EONIA im Wesentlichen auf einem Niveau nahe dem Zinssatz des 14-tägigen Tenders zu halten. Die im Jahresverlauf 1999 durchgeführten Hauptrefinanzierungsoperationen des ESZB im Mengentenderverfahren<sup>1)</sup> erfolgten zwischen 4. Jänner und 7. April 1999 sowie dann wieder ab Mitte November zu einem Fixzinssatz von 3%, wogegen als Folge der Zinssenkung von Mitte April bis Anfang November der Mengentender zu einem Zinssatz von 2,5% erfolgte.

Das bestehende Zuteilungssystem für das Hauptrefinanzierungsinstrument im Wege eines Mengentenders kann im Sinne einer – gerade für die Anfangsphase einer neuen Währung besonders wichtigen – eindeutigen Signalpolitik der EZB als sehr zielführend bezeichnet werden. Die österreichischen Banken konnten mit dieser Methode ihren Bedarf an Liquidität ausreichend abdecken.

Bei den refinanzierungsfähigen Sicherheiten trat mit 1. Jänner 1999 die Einteilung in Kategorie-1- und Kategorie-2-Sicherheiten in Kraft.<sup>2)</sup> Während die erste Gruppe in Österreich schwerpunktmäßig den

früheren lombardfähigen Titeln entspricht, befinden sich die Kategorie-2-Sicherheiten – insbesondere Bankforderungen gegen bonitätsmäßig einwandfreie Unternehmen mit maximal zweijähriger Laufzeit – erst in der Entwicklungsphase. Die Entwicklung der Kategorie-2-Sicherheiten stellte sich mit Quartalsende folgendermaßen dar:

	<i>in Mio EUR</i>
März 1999	275,5
Juni 1999	182,8
September 1999	153,9
Dezember 1999	172,4

Im ersten Halbjahr 2000 wird seitens der EZB eine Evaluation aller Kategorie-2-Sicherheiten vorgenommen.

1999 wurde im Rahmen der Kategorie-2-Sicherheitendiskussion an „Guidelines and benchmarks for in-house risk assessment“ gearbeitet, deren Finalisierung nur noch von der Zustimmung der EZB abhängig ist. Dies ist als wesentliche Vorarbeit für die angelaufenen Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Vorgangsweise bei der Anerkennung von internen Ratings der Kreditbeurteilung der Banken durch die Bankenaufsicht anzusehen.

## Verwaltung der Währungsreserven

Eine der Kernfunktionen der OeNB im Rahmen der operativen Geldpolitik ist die Verwaltung der Währungsreserven. Das Management der Fremdwährungsreserven ist seit Jänner 1999 von einer Zweiteilung zwischen EZB-Reserven und Reserven der NZBen geprägt.<sup>3)</sup>

Gemäß Art. 31.2 der ESZB/EZB-Satzung bedürfen alle Ge-

schäfte mit Währungsreserven, die den NZBen nach der Übertragung der erforderlichen Bestände auf die EZB verbleiben, sowie von Mitgliedstaaten mit ihren Arbeitsguthaben in Fremdwährung durchgeführte Transaktionen oberhalb eines bestimmten im Rahmen des Art. 31.3 festzulegenden Betrags der Zustimmung der EZB. Inner-

<sup>1</sup> Zur Funktionsweise des Mengentenders siehe Grafik „Mengentender im ESZB“ im Geschäftsbericht 1998, Seite 41.

<sup>2</sup> Siehe dazu EZB (1998). Die einheitliche Geldpolitik in Stufe 3 – Allgemeine Regelungen für die geldpolitischen Instrumente und Verfahren des ESZB, September.

<sup>3</sup> Siehe auch EZB (2000). Monatsbericht, Januar, Seite 55 ff.



halb dieser Richtlinien, die sowohl Bewilligungs- als auch Meldebestimmungen zwecks Wahrung der Einheitlichkeit der Geld- und Devisenpolitik des Systems vorsehen, können die NZBen das Reservemanagement autonom durchführen.

Mit dem Übergang zur Stufe 3 der WWU wurden die am 31. Dezember 1998 vorhandenen, in „Euro-In-Währungen“ (das sind Währungen der an der Stufe 3 der WWU teilnehmenden Länder) denominierten Reserven der NZBen zu Inlandswährung.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem veränderten Umfeld für das Reservemanagement haben gezeigt, dass die vorliegenden Rahmenbedingungen aus Sicht der OeNB ausreichende Flexibilität gewährleisten und im operativen Bereich problemlos anzuwenden sind.

Unterstützt wird das Reservemanagement der OeNB durch die Repräsentanz in New York sowie die im Oktober 1999 neu eröffnete Repräsentanz in London. Die OeNB folgt mit diesem Schritt anderen Zentralbanken innerhalb und außerhalb des ESZB, die ebenfalls auf diesen Plätzen vertreten sind.

Insbesondere soll die Repräsentanz London einer verbesserten Information der OeNB über aktuelle Marktentwicklungen, die für das Management der Gold-, Devisen- und Wertpapierstände der Bank relevant sind, dienen. Darüber hinaus soll eine zusätzliche Intensivierung des jeweils aktuellen Informationsstandes der Entwicklungen im Risiko-Management-Instrumentarium gewährleistet werden.

### **Internationales Abkommen der Zentralbanken bezüglich Goldverkäufen**

Der starke Rückgang des Goldpreises im Jahr 1999 – er fiel von ca. 290 USD/oz zu Beginn des Jahres auf knapp über 250 USD/oz im August 1999 – veranlasste die NZBen des Eurosystems, die EZB, die Bank of England, die Sveriges Riksbank und die Schweizerische Nationalbank, eine gemeinsame Erklärung zur Stabilisierung des Goldpreises abzugeben.

Am 26. September 1999 kündigten diese Zentralbanken an, dass das Gesamtvolumen ihrer Goldverkäufe in den nächsten fünf Jahren 2.000 t nicht übersteigen werde. Die maximale verkaufte Goldmenge pro Jahr würde damit bei ca. 400 t liegen.

Die Zentralbanken erklärten ferner, dass Gold weiterhin eine wichtige Komponente der globalen Währungsreserven darstellt. Die bestehenden Goldausleihungen sollen nicht ausgeweitet werden. Dies gilt ebenso für den Einsatz von derivativen Instrumenten (Optionen und Futures).

Die unmittelbare Auswirkung der Erklärung war beeindruckend. Der Goldpreis stieg im September 1999 auf bis zu ca. 330 USD/oz und pendelte sich gegen Jahresende um 280 USD/oz ein.

Am 6. Dezember 1999 gab die Nederlandsche Bank in Übereinstimmung mit dieser Erklärung bekannt, dass sie 300 t Gold insgesamt zu verkaufen beabsichtigt, wobei 100 t im ersten Jahr abgegeben werden. Die Verkäufe werden von der BIZ arrangiert.



## Zahlungsverkehr

### ARTIS/TARGET

Der Plan zur Schaffung einer Einheitswährung implizierte, dass nicht nur national, sondern auch systemweit Geldmarkttransaktionen durchgeführt werden können. Das heutige ESZB stand daher vor der Herausforderung, Zahlungsverkehrssysteme bereitzustellen, die einen möglichst reibungslosen Ausgleich nationaler Ungleichgewichte gewährleisten (Lamfalussy-Standards).

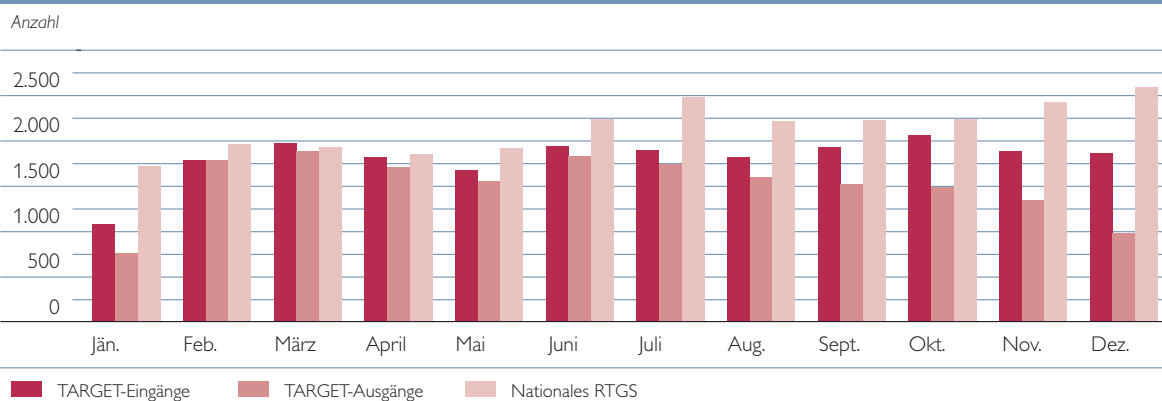
In Österreich hat die OeNB mit der Einführung von ARTIS<sup>1)</sup> im Jahr 1998 für alle Banken die Möglich-

keit zur Teilnahme an einem euro-paweiten Zahlungsverkehrsverbund TARGET<sup>2)</sup> geschaffen. Insgesamt wurden die nationalen RTGS-Systeme<sup>3)</sup> von 15 NZBen des ESZB unter Einbeziehung der EZB in TARGET zusammengeschlossen.

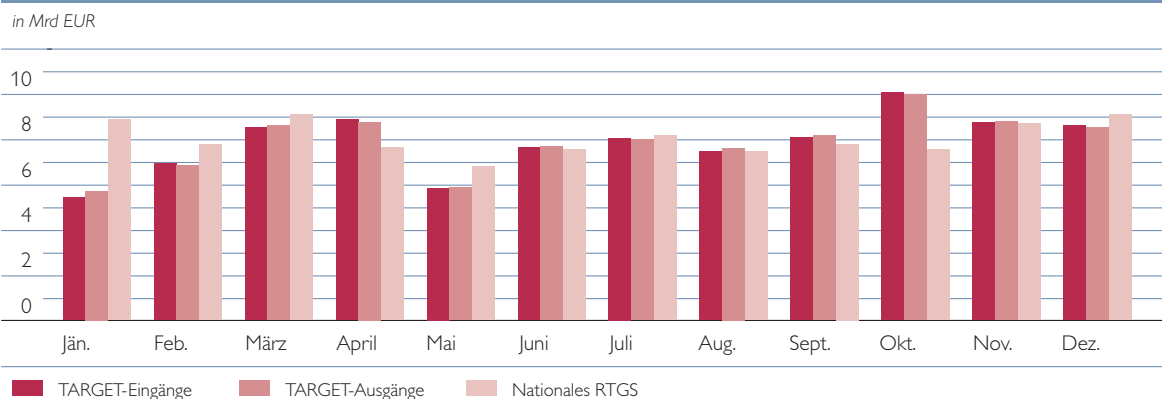
Das TARGET-System ist für die Banken unter mehreren Gesichtspunkten besonders attraktiv.

- Mit den Notenbanken des ESZB stehen besonders sichere Systembetreiber zur Verfügung, die darüber hinaus auch für die Liquiditätsversorgung zuständig sind.

### ARTIS - TARGET Anzahl der Tagesdurchschnitte 1999



### ARTIS - TARGET Beträge der Tagesdurchschnitte 1999



1 Austrian Real-Time Interbank Settlement – nationales RTGS.

2 Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer.

3 Real-Time Gross Settlement.

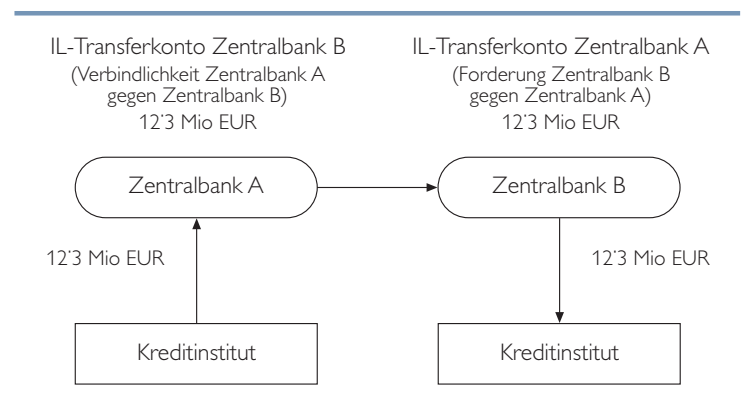
- Die Zahlungen erfolgen nach dem Finalitätsprinzip (Unwiderruflichkeit des Zahlungseingangs).
- Das System ist sehr schnell. Zahlungen werden innerhalb weniger Minuten nach Kontobelastung gutgeschrieben. Die erwähnten Eigenschaften von RTGS/TARGET erklären den Anstieg der Teilnehmer (siehe Grafiken).

Derzeit gibt es 76 ARTIS-Teilnehmer. Von den von der OeNB zur Verfügung gestellten Anbindungen wählten 43 Banken den Zugang über APSS<sup>1)</sup> und EBK<sup>2)</sup>, 12 weitere Banken entschieden sich für S.W.I.F.T.<sup>3)</sup> und 21 Banken verwenden beide Zugangsmöglichkeiten.

Der EZB-Rat einigte sich am 15. Juli auf eine Feiertagsregelung für TARGET im Jahr 2000. TARGET wird an allen Samstagen und Sonntagen sowie am 25. Dezember und am 1. Jänner geschlossen bleiben; am Karfreitag, Ostermontag, am 1. Mai und am 26. Dezember bleibt das TARGET-System eingeschränkt geöffnet.

Die Zur-Verfügung-Stellung von Liquidität im ESZB erfolgt ausschließlich in den jeweiligen RTGS-Systemen. Diese RTGS-Systeme bzw. TARGET als Bindeglied werden von den Banken des ESZB wegen ihrer hohen Sicherheit überwiegend für Treasury-Transaktionen herangezogen. Darüber hinausgehend wird der Zahlungsausgleich auch für Dienstleistungen, den Handel und den Kapitalverkehr über TARGET abgewickelt.

In anderen Zahlungssystemen, etwa dem so genannten EBA-Clearing-System<sup>4)</sup>, einem Massenkleinzahlungssystem, können täglich große Salden entstehen, die letztlich ebenfalls über das TARGET-System ihren Ausgleich finden.



Im TARGET-System übertragene Zentralbankgeldbeträge führen bei den betroffenen Zentralbanken zu positiven oder negativen Salden auf so genannten Interlinking(IL)-Transferkonten.

Sofern sich im System Ketten von Zentralbanken mit gleichnamigen Salden ergeben (z. B. A schuldet B, B schuldet C, C schuldet D, und D schuldet A jeweils einen unterschiedlich hohen Saldo), lassen sich diese Beträge durch so genannte „multilateral triangulations“ reduzieren, wodurch unnötige Bilanzverlängerungen bei den NZBen vermieden werden. Die Liquidität eines Landes in Europa wird dadurch ebenso wenig verändert wie seine Gesamtposition gegenüber dem ESZB. Positive TARGET-Salden werden zum jeweiligen Tendersatz verzinst (bzw. ist für negative TARGET-Salden ein entsprechender Zinsaufwand zu bezahlen). Eine NZB, die über TARGET von einer anderen NZB Liquidität erhält, wird zinsmäßig so gestellt, als wäre dieses Zentralbankgeld bei ihr selbst im Tenderverfahren geschöpft worden.

#### S.W.I.F.T.-Anbindung

Die Funktionalität der seit Jänner 1999 bestehenden S.W.I.F.T.-Anbindung als Zugangsweg zum ARTIS wurde auf Grund von Kundenanfor-

1 Austrian Payment System Services.

2 Elektronische Bankenkommunikation.

3 Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication.

4 Euro-Banking Association.

derungen mit dem Einsatz des ARTIS-Release 99 per September 1999 wesentlich erweitert. Neben Zahlungsaufträgen werden auch Servicenachrichten (Kontoinformationsabfrage etc.) angeboten. Ebenso wird die Wahlmöglichkeit des Mediums für den Erhalt von Zahlungsverweiterungen unterstützt. Die Anzahl der abgesandten Nachrichten ist gegenüber dem Vorjahr um mehr als das Zwölfwache auf insgesamt rund 1 Mio gestiegen.

#### TARGET-User-Group

Die TARGET-User-Group (TUG) ist eine Informations- und Diskussionsplattform zwischen der OeNB und den österreichischen Kreditinstituten, die im Jänner 1999 von der OeNB ins Leben gerufen wurde. Teilnehmer der TUG sind Experten des österreichischen Inlands- und Auslandszahlungsverkehrs, die ARTIS/TARGET operativ nutzen und gemeinsam mit der OeNB an

Vorschlägen für die Weiterentwicklungen des Systems arbeiten.

#### Bankenkontakte

Im Rahmen der Erstellung der Studie „Relevante Entwicklungen und abgeleitete Thesen für den österreichischen Massenzahlungsverkehr“ wurden von Vertretern österreichischer und ausländischer Kommerzbanken Expertisen eingeholt, um internationale Entwicklungen auf deren Relevanz für den Finanzplatz Österreich zu untersuchen.

In der APSS-Arbeitsgruppe für Nachrichtentypen beschäftigten sich Vertreter österreichischer Kommerzbanken und der OeNB mit der Definition bzw. Spezifikation der EBK-Nachrichtenformate. Im Koordinationsausschuss der APSS werden von den Banken und der OeNB Entwicklungen beschlossen und die Kontrolle der Projektfortschritte durchgeführt.

## Geldversorgung

Eine Kernkompetenz der OeNB ist die Erhaltung der Qualität der in Umlauf befindlichen Banknoten und Münzen. Durch eine Sicherheitsprüfung auf Notenbankstandard soll das Vertrauen in die Fälschungssicherheit des Schillings und in Kürze des Euro gewährleistet werden. Gerade mit der Euro bargeldeinführung könnten grenzüberschreitende Einflüsse an Bedeutung gewinnen (Problem: Flächenfälschung), und diese verlangen eine offensive Antwort der Zentralbanken zur Sicherung der Umlaufqualität. Die OeNB hat diesbezüglich Vorkehrungen getroffen und eine entsprechende Infrastruktur

geschaffen. Details dazu siehe im Kapitel „Die OeNB als modernes Unternehmen“.

#### Bargeld

Die Geldversorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe der OeNB. Die Produktion von Schillingbanknoten der OeBS<sup>1)</sup> ist im Jänner 2000 ausgelaufen, als gesetzliches Zahlungsmittel werden Schillingbanknoten und -münzen<sup>2)</sup> von der OeNB noch bis Ende 2001 in Umlauf gebracht. Im Oktober 1999 wurde mit der Produktion der Eurobanknoten begonnen. Für den österreichischen Erstbedarf

<sup>1</sup> Über die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der OeNB.

<sup>2</sup> Über die Münze Österreich AG.

müssen rund 340 Mio Stück Euro-  
geldscheine (Papiergewicht rund  
350 t) gedruckt und von der Münze  
Österreich AG 1,5 Mrd Stück Euro-  
und Centmünzen (rund 7.500 t) ge-  
prägt werden.

### Service Valutenumtausch

Die im Geldzentrum der Haupt-  
anstalt sowie in den Zweiganstalten  
(außer St. Pölten) eingerichteten  
Schalter, an denen Kunden bis zur  
Ausgabe von Euro bargeld Haus-  
haltungsmengen (bis zu einem Gegen-  
wert von 3.000 EUR) an Banknoten  
von zum Eurogebiet gehörenden  
Mitgliedstaaten zum fixierten  
Wechselkurs spesenfrei in Schilling  
umtauschen können, wurde von  
der Bevölkerung positiv aufgenom-  
men. An diesen gemäß Art. 52  
ESZB-Statut eingerichteten Schal-  
tern wurden im abgelaufenen Jahr  
62.159 Transaktionen mit einem  
Gegenwert von rund 75 Mio EUR  
durchgeführt.

„Die OeNB als modernes Unterneh-  
men“). Damit wird sichergestellt,  
dass – im Hinblick auf die von  
ursprünglich sechs auf zwei Monate  
verkürzte Phase des Parallelumlaufs  
von Schilling- bzw. Eurobanknoten  
und -münzen ab dem 1. Jänner  
2002 – der Umtausch dem hohen  
Qualitätsstandard der OeNB ent-  
sprechend durchgeführt werden  
kann. In diesem Zusammenhang  
wurde von der OeNB auch bereits  
festgelegt, dass zur Verteilung  
der Euro- und Centmünzen mit  
17. Dezember 2001 so genannte  
„Starter-Pakete“ im Wert von  
200 ATS bzw. 14,54 EUR für die  
Bevölkerung und ein weiteres Paket  
für die Unternehmen bereitgestellt  
werden.

### Geldservice Austria

Eine Tochtergesellschaft der OeNB  
für Bargeldbearbeitung, die „GELD-  
SERVICE AUSTRIA Logistik für  
Wertgestionierung und Transport-  
koordination GmbH“ (GSA) errich-  
tet in Österreich eine schlagkräftige  
Logistikorganisation für Bargeld,  
die den künftigen Währungsaus-  
tausch gewährleistet.

Ziel des mit österreichischen  
Geschäftsbanken gegründeten Toch-  
terunternehmens der OeNB ist die  
Konzentration der Bargeldbearbei-  
tung von derzeit ca. 100 Haupt-  
kassen auf 7 Cash-Center, in denen  
die Geldver- und -entsorgung der  
Geldinstitute (und deren Kunden)  
durchgeführt wird. Daraus resultie-  
ren für die OeNB und die Banken –  
und damit für den Finanzplatz  
Österreich – wesentliche Kosten-  
einsparungen durch Volumen-  
konzentration und Dienstleistungs-  
synergien. Mit der geschaffenen  
Infrastruktur sichert die OeNB  
einen effizienten Bargeldkreislauf  
über das Jahr 2002 hinaus.

### Anzahl und Gesamtsumme des Service Valutenumtausch

Währung	Anzahl	in EUR	in ATS
DEM	46.875	66,262.532'88	911,729.331'22
ITL	7.713	5,482.332'50	75,438.539'93
FRF	2.854	1,057.073'87	14,545.653'63
BEF	999	841.853'84	11,584.161'44
ESP	1.674	626.801'52	8,624.977'—
NLG	1.088	415.605'95	5,718.862'50
PTE	472	90.177'67	1,240.871'81
FIM	221	66.255'95	911.701'79
IEP	233	43.640'90	600.511'86
LUF	30	6.355'99	87.460'33
Insgesamt	62.159	74,892.631'08	1.030,545.071'51

Quelle: OeNB.

### Bargeldumtausch 2001/2002

Um den Währungsaustausch im  
vorgegebenen Zeitraum durchfüh-  
ren zu können, ist eine logistische  
und bauliche Infrastruktur bis Mitte  
2001 zu errichten (siehe Kapitel

# Die OeNB als Partner im wirtschaftspolitischen Dialog zwischen Eurosystem und Österreich

## Die OeNB als Bindeglied

OeNB ist Schnittstelle für den Informationsfluss zwischen nationaler Wirtschaft und Eurosystem. Sie bringt in den wirtschaftspolitischen Dialog Expertisen und Prognosen ein, publiziert laufend Konjunkturanalysen. OeNB ist aktiver Partner für österreichische Wirtschaftspolitik. Hohe Preisstabilität. Konjunktureller Aufschwung, Binnennachfrage ist Motor des Wirtschaftswachstums von rund 2%. Arbeitsmarkt deutlich erholt. Leistungsbilanzdefizit höher als 1998. Öffentliches Defizit stabilisiert, keine weiteren Konsolidierungserfolge.

Eine wichtige neue Aufgabe für die OeNB, die aus dem veränderten Umfeld der währungspolitischen Integration und der Teilnahme Österreichs an der WWU entsteht, ist die eines Kommunikators und einer Schnittstelle zwischen dem Eurosystem und der nationalen Wirtschaftspolitik bzw. der Bevölkerung. Als unabhängige Institution und Träger der langjährig praktizierten Stabilitätspolitik mit hoher Glaubwürdigkeit genießt die OeNB das Vertrauen der Bevölkerung, eine wichtige Voraussetzung, die zur Wahrnehmung dieser Aufgabe erforderlich ist. Die Informationspflicht der OeNB ist auch gesetzlich verankert. Im Rahmen der Novelle zum NBG haben der Gouverneur und sein Stellvertreter unter Wahrung des Berufsgeheimnisses dem Finanzausschuss des Nationalrats gemäß § 32 (5) NBG halbjährlich über die erfolgten geld- und währungspolitischen Maßnahmen zu berichten.

Die OeNB erfüllt in diesem Zusammenhang mehrere Aufgaben: Sie ist Bindeglied und Informant aktueller österreichischer wirtschaftspolitischer Ereignisse für das Eurosystem. Da Informationen nicht automatisch verfügbar sind, muss sie das für ihre Analysetätigkeit erforderliche Primärdatenmaterial über Österreich von anderen Institutionen einholen, was eine intensive innerösterreichische Koordinationstätigkeit erfordert. Die OeNB analysiert und interpretiert die Daten und liefert regelmäßige Berichte an das Eurosystem. Die aktive Mitwirkung an den geldpolitischen Entscheidungen im Eurosystem erfordert überdies eine

umfangreiche Vorbereitung und fundierte Analysetätigkeit in allen wichtigen volkswirtschaftlichen Bereichen. Der Bogen der Entscheidungsfindung der EZB ist weit gespannt. Er reicht von komplexen ökonomischen Anforderungen bis zu technischen Fragestellungen und der Übermittlung periodischer und spezifischer Daten. Eine Hauptaufgabe ist dabei die Erstellung von Wirtschaftsprognosen. Die OeNB publiziert seit 1999 halbjährlich gesamtwirtschaftliche Prognosen über Österreich und gibt damit auch eine eigene Einschätzung der konjunkturellen Perspektiven ab.

Die intensive Auseinandersetzung mit heterogenen und komplexen Themen hat die OeNB zu einem Kompetenzzentrum gemacht und ein Expertentum etabliert, das von nationalen und internationalen Wirtschaftsinstitutionen anerkannt wird und den Ausschlag für die Mitarbeit in diversen Gremien<sup>1)</sup> gegeben hat. Diese aktive Teilnahme in vielen Fachgremien forciert und stärkt die Rolle der OeNB als Dialogpartner für die nationale Wirtschaftspolitik einerseits und zwischen der Geldpolitik des supranationalen Eurosystems und der nationalen Wirtschaftspolitik andererseits.

Wichtige Aufgaben obliegen nach wie vor der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Länder. Ein effizienter und friktionsfreier Einsatz der einheitlichen und unabhängigen Geldpolitik im Euroraum erfordert eine Unterstützung der übrigen Wirtschaftspolitik. Es gehört zu den Aufgaben der OeNB, die Funktionsträger der nationalen Wirtschaftspolitik auf Entwicklun-

<sup>1</sup> Zur Struktur der Arbeitsgruppen, in denen die OeNB maßgeblich mitarbeitet, siehe Annex A.

gen im Eurosystem aufmerksam zu machen bzw. auf Anpassungserfordernisse der österreichischen Wirtschaft hinzuweisen.

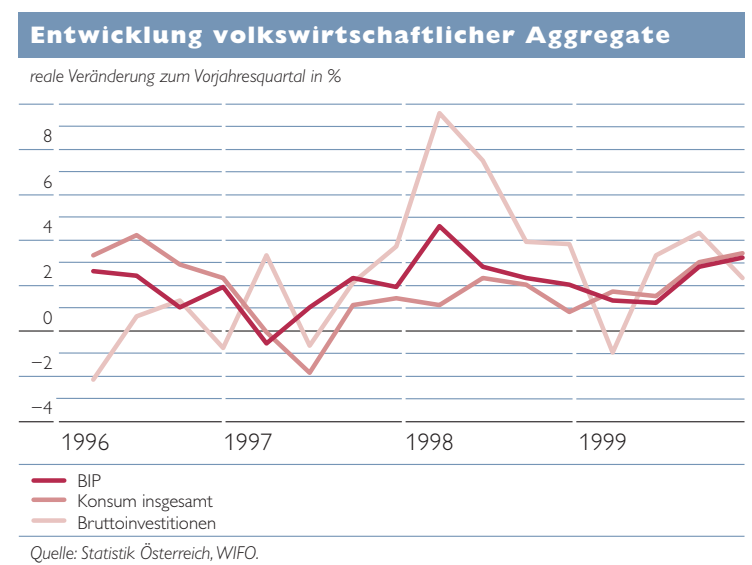
Die wirtschaftspolitische Dialogfunktion nimmt die OeNB mit ihrem Mitarbeiterstab in unterschiedlichster Weise wahr: Das Spektrum reicht von periodischen

Wirtschaftsanalysen in diversen Publikationen<sup>1</sup>), Forschungsberichten, volkswirtschaftlichen Tagungen, Seminaren mit geldpolitischen Inhalten, Fachgesprächen, Vorträgen, Fernsehfilmen bis hin zu Pressekonferenzen sowie zur aktiven Teilnahme an Diskussionen zu aktuellen Wirtschaftsthemen.

### Wirtschaftliche Entwicklung in Österreich

Die österreichische Wirtschaft schwenkte im Sog der internationalen Konjunktur mit Fortdauer des Jahres allmählich auf einen höheren Wachstumspfad ein. Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1999 war noch schwach. Bedingt durch die Nachwirkungen der internationalen Finanzkrisen 1998 und der gedämpften Wirtschaftsentwicklung bei wichtigen Handelspartnern wie Deutschland und Italien, aber auch bei einigen ost- und mitteleuropäischen Exportabnehmern, blieb die externe Nachfrage zurückhaltend, die Exporte verzeichneten zur Jahreswende 1998/99 eine leichte Rezession. Demgegenüber expandierte die inländische Nachfrage infolge günstiger Entwicklungen bei den Einkommen und auf dem Arbeitsmarkt sowie stabiler Preise recht kräftig, womit jedoch auch deutliche Importzuwächse einhergingen.

Mit der allmählichen Erholung der Konjunktur in der EU bzw. im Euroraum erhielt auch die österreichische Wirtschaft ab dem Sommer wieder eine stärkere Dynamik, das reale Wirtschaftswachstum auf Jahresbasis war im zweiten Halbjahr recht kräftig. Die Vertrauensindikatoren der Industrie und Konsumenten zu den konjunkturellen Aussich-



ten signalisierten den Aufschwung, der Außenhandel gewann allmählich an Schwung, die Binnennachfrage blieb unverändert belebt. Die Investitionstätigkeit legte begünstigt durch die monetären Rahmenbedingungen – die Zinssenkung im April 1999 und ein insgesamt stabiles Preisumfeld waren wichtige Stimuli – an Schwung zu. Der reale Output in der österreichischen Sachgütererzeugung erreichte etwa ab Jahresmitte beachtliche Zuwächse, auch der Geschäftsgang im Bauwesen erholte sich, blieb aber weniger expansiv als der restliche Produktionssektor. Die Belebung im Tourismus und ein florierender

<sup>1</sup> Siehe dazu das Kapitel „Orientierung und Information zur Währungsunion“ und den Annex C.



Handel setzen ferner wesentliche Wachstumsimpulse. Die österreichischen Haushalte investierten verstärkt in dauerhafte Konsumgüter, darunter vor allem in Fahrzeuge, bei denen besonders hohe reale Umsatzzuwächse zu verzeichnen waren.

Insgesamt erhöhte sich das reale BIP<sup>1)</sup> im Jahr 1999 um rund 2%. Dies entsprach etwa dem EU-Durchschnitt bzw. dem Wirtschaftswachstum des Eurogebiets.

Der konjunkturelle Aufschwung leitete auch eine markante Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ein, gleichzeitig blieb die Inflationsrate trotz einer im zweiten Quartal einsetzenden Ölpreishausse im Jahresdurchschnitt 1999 sehr niedrig. Begünstigt wurde die niedrige Teuerung durch eine anhaltend moderate und flexible Lohnpolitik. Gemäß Statistik Österreich stieg das öffentliche Defizit im Jahr 1999 schwächer als das BIP, womit eine Reduktion der Defizitquote von 2,5% (1998) auf 2,0% einherging. Infolge der anfänglichen Schwächephase der Exporte bei gleichzeitig kräftigen Importzuwächsen sowie einer weiteren Passivierung bei den Vermögenseinkommen erhöhte sich das Leistungsbilanzdefizit gegenüber dem Vorjahr.

### **Geldmenge und Zinsen**

Der österreichische Beitrag zur Geldmenge M3 des Euroraums erhöhte sich 1999 um 4,6% oder 6,1 Mrd EUR. Die Entwicklung war von einer hohen Liquiditätspräferenz im Jahresverlauf geprägt, die sich in einer starken Nachfrage nach täglich fälligen Einlagen niederschlug.

Die verstärkte Liquiditätshaltung im Jahr 1999 kann einerseits auf das stabile Preisumfeld zu-

rückgeführt werden, das nicht zur Entwertung der Realkasse beitrug. Andererseits dürften die zu Beginn des Jahres bestehenden niedrigen Opportunitätskosten den Aufbau von liquiden Beständen unterstützt haben; dabei weist eine sich ausweitende Zinsstruktur im Laufe des Jahres auch auf nichtökonomische Bestimmungsfaktoren hin, die eine bedeutende Rolle bei der hohen Liquiditätsnachfrage gespielt haben dürften.

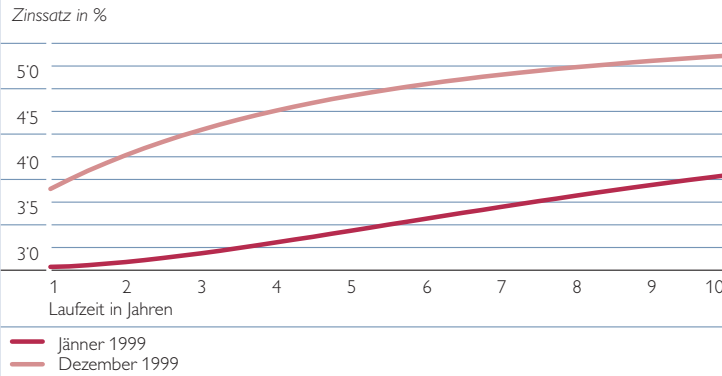
Im Vergleich dazu erzielten Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren als größte Geldmengenkomponente moderate Zuwächse im Verlauf des Jahres 1999. Ein beobachtbarer Wandel der Anlegerpräferenzen in Österreich hin zu längerfristigen, weniger liquiden und höher verzinsten Anlageformen schwächte die Nachfrage nach dieser Einlagenkategorie.

Die österreichische Benchmark-Rendite für 10-jährige Staatsanleihen wies im Jahr 1999 einen trendmäßigen Anstieg um 155 Basispunkte von 3,9% (4. Jänner 1999) auf 5,45% (29. Dezember 1999) auf. Diese Entwicklung entspricht weitgehend dem Trend im gesamten Eurogebiet. Deutschland hat im 10-jährigen Laufzeitsegment einen Benchmark-Status erlangt. Die Zinsdifferenz Österreichs gegenüber Deutschland betrug Anfang des Jahres 1999 15 Basispunkte und weitete sich bis zum Ende des Jahres nur um wenige Basispunkte aus (am 29. Dezember 1999 betrug der Zinsabstand gegenüber Deutschland 19 Basispunkte). Die Zinsdifferenz der Länder des Eurogebiets zu Deutschland betrug gegen Ende des Jahres zwischen 11 und 26 Basispunkten. Der Zinsabstand von Österreich und Deutschland gegenüber den USA

1 Siehe dazu auch den Kasten „Neuberechnung der VGR nach dem ESVG 95“.



### Zinsstrukturkurve österreichischer Bundesanleihen



Quelle: OeNB.

hat sich 1999 um rund 20 Basispunkte erhöht. Anfang Jänner 1999 betrug die Rendite der 10-jährigen US Treasuries noch 4,64% (4. Jänner 1999), diese stiegen aber bis Ende Dezember 1999 um 176 Basispunkte auf 6,45% an.

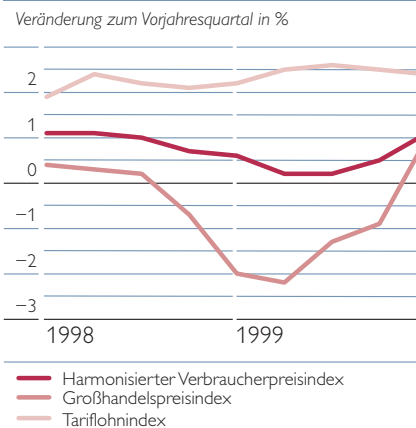
Die österreichische Fristenstruktur der Kassazinssätze hat sich im Jahresverlauf 1999 über den gesamten Laufzeitenbereich sukzessive nach oben verschoben. Im 1-jährigen Laufzeitsegment betrug die Verschiebung 69 und im 10-jährigen Laufzeitsegment 122 Basispunkte. Die steiler gewordene Zinsstruktur spiegelt zum einen die günstigeren Wachstumsperspektiven wider, ist aber auch ein Indikator für den im zweiten Halbjahr 1999 – insbesondere durch die gestiegenen Energiepreise – aufgetretenen erhöhten Inflationsdruck.

### Preise und Löhne

Die Preisstabilität blieb in Österreich 1999 in hohem Maße gewahrt. Mit einer Inflationsrate auf Jahresbasis von 0,5% gemäß HVPI verzeichnete Österreich nicht nur die niedrigste Teuerung seit 1945<sup>1)</sup>, sondern auch innerhalb des Eurogebiets. Im unterjährigen Verlauf bewegte sich die Inflationsrate vor-

übergehend nahe der Null-Prozent-Marke, erst im vierten Quartal zog sie – wie auch im gesamten Euroraum – bedingt durch die Hausse bei den Erdölpreisen an. Der Angebotsschock im Energiebereich, der an Effektivität deutlich hinter vergleichbaren historischen Erdölschocks zurückblieb (siehe dazu auch den nachstehenden Kasten „Die Bedeutung der Energieimporte für die österreichische Volkswirtschaft“), wurde durch eine Reihe von Verbilligungen bei anderen Gütern kompensiert. Preisdämpfend wirkten der intensive Wettbewerb, die Liberalisierungen und Deregulierungen in wichtigen Bereichen der Wirtschaft (Telekommunikation, Versicherungen, Strom). Nach einer ersten Preissenkungswelle fast unmittelbar nach dem EU-Beitritt gingen auch die Preise im Nahrungsmittelsektor wieder zurück, ebenso wie im gesamten Elektronik- und EDV-Bereich. Leichter Preisdruck kam von den Wohnungsmieten, die zwar deutlich schwächer – aber nach wie vor überdurchschnittlich – stiegen, sowie von einigen staatlich beeinflussten Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen.

### Inflationsindikatoren



Quelle: Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Sieht man von dem einmaligen Preisrückgang im Jahr 1953 im Ausmaß von 5,4% ab.

Das stabile Preisniveau wurde von einer anhaltend moderaten Lohnpolitik unterstützt. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten stiegen 1999 nur mäßig (im Sachgüterbereich rückläufig), die relativen Lohnstückkosten im Sachgüterbereich verbesserten sich gegenüber den Haupthandelspartnern im Zeitraum 1997 bis 1999 um rund 6%. Die nominellen Einkommenszuwächse und die stabilen Preise führten 1999 zu beachtlichen

Realeinkommenssteigerungen und stärkten die Kaufkraft der Haushalte. Die Tarifabschlüsse der Lohnrunde 1999 fielen durchwegs schwächer aus als noch 1998; von der Lohnseite ist somit auch im Jahr 2000 nur ein geringer Inflationsdruck zu erwarten. Daneben kann wie schon in den Vorjahren in einzelnen Branchen eine Optionsklausel für eine flexiblere innerbetriebliche Lohnanpassung verwendet werden.

#### Die Bedeutung der Energieimporte für die österreichische Volkswirtschaft

*Die beiden „historischen“ Erdölshocks der Siebziger- und frühen Achtzigerjahre waren in Österreich mit erheblichen makroökonomischen Auswirkungen verbunden. Das Wirtschaftswachstum wurde signifikant gebremst bzw. war sogar leicht negativ, das Beschäftigungswachstum verflachte und die Arbeitslosigkeit stieg, mit der anziehenden Inflation wurde eine Preis-Lohn-Spirale in Bewegung gesetzt, und die Leistungsbilanz verschlechterte sich. Diese Effekte verdeutlichen, welche Auswirkungen mit einem negativen Angebotsschock durch steigende Ölpreise einhergehen können. Aus stabilitätspolitischer Sicht sind vordergründig die Auswirkungen eines Ölpreisschocks, wie er seit dem zweiten Halbjahr 1999 wieder zu verspüren ist, auf die Inflationsrate von Interesse.*

*Im langfristigen Vergleich zeigt sich, dass die Bedeutung von Energie als Produktionsfaktor und dementsprechend die wirtschaftlichen Auswirkungen vor allem auf Wachstum, Inflation und Beschäftigung abgenommen hat. 1998 wies Österreich eine Importquote der Energie von rund 1½% des BIP auf. In der ersten Hälfte der Siebzigerjahre, in der Periode der 1. Erdölkrise, lag diese noch bei 3 bis 4%; Anfang der Achtzigerjahre, in der Periode der 2. Erdölkrise, betrug sie 4 bis 6%. Allerdings erreichten die Erdölpreise in dieser Phase ihr absolut höchstes Niveau. Zusätzlich belastete die Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Schilling die österreichische Energierechnung. Der Preisanstieg von Erdöl dämpfte die heimische Nachfrage, das Wirtschaftswachstum ging stark zurück. Auch der Bruttoenergieverbrauch war zu Beginn der Achtzigerjahre rückläufig. In den Neunzigerjahren hat sich die Energieimportquote weitgehend stabilisiert. Sie erhöhte sich nur zweimal – 1991 (2. Golfkrieg) und 1997 (vorübergehender Anstieg der Rohölpreise) – temporär, lag aber jeweils unter dem Niveau der beginnenden Achtzigerjahre. Eine wesentliche Rolle für diese Entwicklung spielt – speziell in den Neunzigerjahren – die stattgefundenen Entkoppelung des Energieverbrauchs vom Wertschöpfungsbeitrag, besonders in den energieintensiven Branchen. Dies lässt sich daraus ableiten, dass bei gleich bleibendem oder steigendem Wertschöpfungsanteil der Energiekostenanteil sinkt. Wurde Mitte der Siebzigerjahre noch fast 1 Petajoule Energie für 1 Mrd ATS produzierter Wertschöpfung benötigt, so betrug die Relation 1998 nur mehr 0,7:1. Die nachlassende Bedeutung von flüssigen Energieträgern zeigt sich auch in der Verbrauchsstruktur, der Anteil von Mineralölprodukten als Energiequelle für Wirtschaft und Haushalte ist seit den Siebzigerjahren kontinuierlich von über 50 auf unter 40% gesunken.*

*Verglichen zu den Siebziger- und Achtzigerjahren spielen die Energiepreise für die Produktion somit eine weniger dominante Rolle. Auch wenn die Preisentwicklung bei energetischen Produkten die österreichische Inflationsrate unverändert deutlich vorzeichnet, ist der Inflationsbeitrag merklich schwächer geworden. Die geringere Sensibilität der Inflation auf Angebotsschocks dieser Art wird aber auch durch zusätzliche strukturelle Phänomene erklärt: Mit dem EU-Beitritt hat sich das Preis- und Wettbewerbsgefüge in Österreich verändert. Stärkere Konkurrenz, einhergehend mit der Notwendigkeit zu Kostenreduktionen bzw. Effizienzsteigerungen durch Rationalisierungen, bestimmten das unternehmerische Umfeld in den Neunzigerjahren. Die Wettbewerbsintensivierung und damit verbundene moderate Lohnzuwächse, die Liberalisierung und Deregulierung in Verbindung mit dem Aufbrechen von Monopolen haben die Gewinnspannen unter Druck gesetzt. Die neuen Marktverhältnisse erschweren einerseits die Überwälzung von Preiserhöhungen, andererseits müssen Preisreduktionen rascher weitergegeben werden.*

### Arbeitsmarkt

Im Laufe des Jahres 1999 hat sich die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt stetig verbessert. Hohe Beschäftigungseffekte durch die starke Inlandsnachfrage – vor allem im Dienstleistungssektor – und die aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Rahmen des nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP) führten zu einer Ausweitung um rund 30.000 Personen auf durchschnittlich 3,1 Mio unselbständige Arbeitskräfte, womit sich das Wachstum gegenüber 1998 nochmals beschleunigt hat. Gleichzeitig konnte die Arbeitslosigkeit (222.000 Stellensuchende) – unterstützt durch verstärkte Schulungsaktivitäten – deutlich unter das Niveau von 1998 zurückgeführt werden. Der Stellenmarkt zeigte sich überdies äußerst dynamisch. Diese Arbeitsmarktindikatoren ergaben eine Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition von 6,7% und nach EU-Kriterien von 3,7%, beide Quoten unterschritten das Vorjahresniveau stärker als allgemein erwartet. Im EU-Vergleich wies Österreich eine sehr günstige Arbeitslosenquote auf, besonders niedrig war die Jugendarbeitslosenquote.

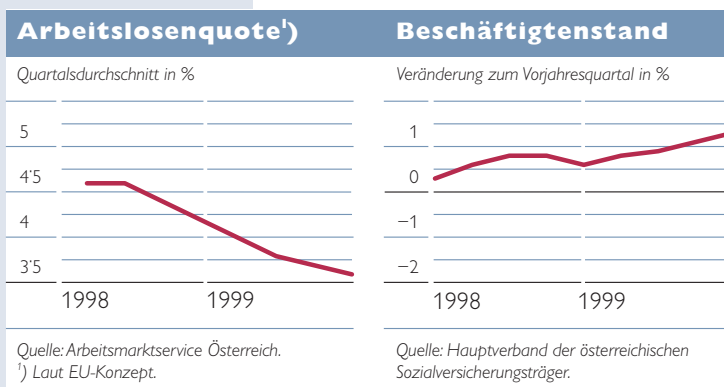
Branchenmäßig relativ am stärksten ausgeweitet wurde der Beschäftigtenstand in den unternehmensnahen Dienstleistungen,

darunter vor allem im Bereich der Informationstechnologie. Das Unterrichts-, Gesundheits- und Sozialwesen, der Tourismussektor und die Nachrichtentechnik konnten ebenfalls beachtliche Zunahmen der Beschäftigten verbuchen, wengleich ein Großteil davon Teilzeitarbeitsplätze sind.

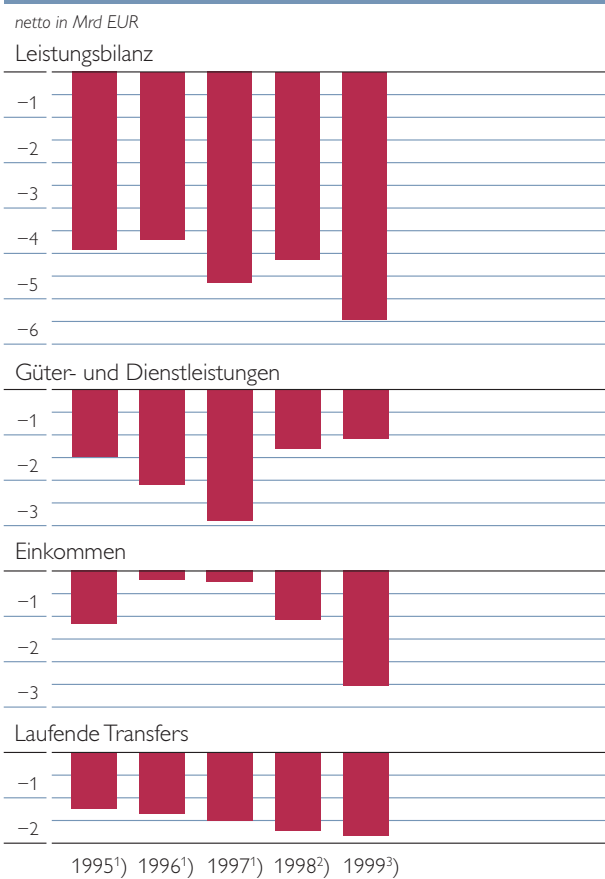
### Zahlungsbilanz

Die österreichische Leistungsbilanz wies 1999 mit 5,42 Mrd EUR ein um 1,08 Mrd EUR höheres Defizit auf als im Jahr 1998. Österreich hat ein hohes Leistungsbilanzdefizit gegenüber den anderen Ländern des Euroraums und gegenüber dem Rest der Welt ein kleines Leistungsbilanzaktivum.

Wesentlich für die Erhöhung des globalen Leistungsbilanzdefizits Österreichs waren die um 1,10 Mrd EUR höheren Abflüsse in der Position Einkommen. Der negative Saldo der Güter- und Dienstleistungstransaktionen verbesserte sich dagegen um 0,14 auf 1,02 Mrd EUR. Der höhere Überschuss aus der Position Dienstleistungen konnte das höhere Defizit aus der Position Güter jedoch nicht zur Gänze kompensieren. Hervorgehoben sei, dass etwas mehr als die Hälfte der Ex- und Importe Österreichs bereits in Euro fakturiert werden. Motor für die günstige Entwicklung der Güter und Dienstleistungen war vor allem die weiterhin sehr günstige Entwicklung des Reiseverkehrs: Der Einnahmenüberschuss aus dem Reiseverkehr erhöhte sich im Vergleich zu 1998 um 0,24 auf 1,74 Mrd EUR, wobei der Anstieg auf die Zunahme der Reiseverkehrseinnahmen aus dem Ausländertourismus zurückzuführen war. Aber auch eine Reihe anderer Dienstleistungspositionen wie



### Beitrag zur Leistungsbilanzentwicklung



Quelle: OeNB, Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Endgültige Daten.

<sup>2)</sup> Revidierte Daten.

<sup>3)</sup> Provisorische Daten.

z. B. Transport sowie Patente und Lizenzen konnten Saldenverbesserungen verzeichnen.

Das Defizit der Teilbilanz Einkommen lag im Berichtsjahr mit 2'54 um 1'10 Mrd EUR über dem Vergleichswert 1998. Dieses neuerliche Wachstum war insbesondere auf die gestiegene Nettoverschuldung aus langfristigen festverzinslichen Wertpapieren sowie auf den niedrigeren positiven Saldo aus Zinsderivaten zurückzuführen.

Die Nettoabflüsse aus laufenden Transfers (im Wesentlichen EU-Zahlungen) waren mit 1'86 Mrd EUR etwas höher als 1998.

Die Kapitalbilanz zeigte 1999 per saldo langfristige Kapitalexporte aus Portfolioinvestitionen, denen Kapitalimporte im Wesentlichen aus Krediten und Einlagen gegenüberstanden.

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich mit 2'53 Mrd EUR beinahe so hohe Investitionen von Österreichern im Ausland wie im Vorjahr (Rekordwert), während die Investitionen von Ausländern in Österreich mit 2'77 Mrd EUR deutlich den Ausnahmewert des Vorjahres verfehlten, jedoch immer noch das dritthöchste Ergebnis erreichten.

Die Verdoppelung der österreichischen Nettowertpapierkäufe im Ausland (vor allem im Euroraum) auf 25'83 Mrd EUR und der ebenfalls deutlich gewachsene Erwerb inländischer Wertpapiere durch ausländische Anleger (+8'59 auf 24'61 Mrd EUR) sind deutlicher Ausdruck des Eurokapitalmarktes, der österreichische Wertpapiere für einen breiteren Anlegerkreis attraktiv macht und österreichischen Anlegern erweiterte Diversifikationsmöglichkeiten ohne Wechselkursrisiko bietet.

Bei den sonstigen Investitionen erreichten die Bruttoforderungen und -verpflichtungen im Berichtszeitraum ein Vielfaches des Wertes von 1998. Die Nettokapitalzuflüsse in diesem Bereich betragen 5'87 Mrd EUR. Die wesentlichsten Zunahmen betrafen forderungsseitig die Kredite der Banken und verpflichtungsseitig die Sicht- und Termineinlagen.

### Öffentliche Finanzen

Mit dem Bundesvoranschlag 1999 wollte die Bundesregierung stabile Rahmenbedingungen für die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft, die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie für die Steuerreform 2000 schaffen. Gegenüber dem schon 1998 erstellten ursprünglichen Entwurf wurden die Maßnahmen des Familienpakets und die Aufwendungen für den NAP eingearbeitet. Im Vergleich zu 1998 ergaben sich keine zusätzlichen Restwirkungen aus dem Konsolidierungspaket der Jahre 1996/97. Das Budgetjahr 1999 war durch ein geringeres Wirtschaftswachstum, als noch bei Voranschlagserstellung angenommen worden war, gekennzeichnet.

Im Vollzug waren die Einnahmen um 1,6 Mrd EUR bzw. 3,2% höher als veranschlagt. Die Ausgaben waren infolge der Ausnützung von Überschreitungsermächtigungen auch um 1,5 Mrd EUR oder 2,6% höher. Dadurch ergab sich allerdings keine Saldoverschlechterung, weil die Mehrausgaben durch Ausgabeneinsparungen bzw. Mehreinnahmen zur Gänze bedeckt werden konnten. Insgesamt konnte somit das veranschlagte Nettodefizit des Bundes von 5,1 Mrd EUR (2,6% des BIP) um rund 0,1 Mrd EUR unterschritten werden. Gemäß vorläufigem Gebarungserfolg beträgt es 5,0 Mrd EUR oder 2,5% des BIP.

Bei der Beurteilung der Ausgabenüberschreitungen und Mehreinnahmen ist allerdings zu berücksichtigen, dass jeweils ca. 0,7 Mrd EUR als saldoneutrale „Bilanzverlängerung“ anzusehen sind. Dies betrifft vor allem die Finanzierungen für sonstige Rechtsträger, die EU-Rückflüsse, Zinszahlungen aus Währungstauschverträgen,

Rücklagenentnahmen sowie die zweckgebundene Gebarung.

Bei den Personalausgaben und bei den Ersätzen an Länder für den Personalaufwand der Landeslehrer sowie bei den Ersätzen an ÖBB und Post für Pensionen war eine merkliche Überschreitung des Voranschlags zu verzeichnen, die allerdings durch eine zu Jahresanfang verfügte Bindung der Ermessensausgaben in Höhe von 0,3 Mrd EUR abgedeckt werden konnte. Neben nicht veranschlagten Sachaufwendungen für humanitäre Maßnahmen und für Hilfseinsätze des Bundesheeres im In- und Ausland ergaben sich weitere nicht erwartete Mehrausgaben vor allem für Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich und im Rahmen der Zahlungen des Bundes für die gesetzliche Pensionsversicherung. Auch aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, dem nationalen Beschäftigungsplan und aus Aktivitäten zur Sicherung der Jugendausbildung resultierten Budgetüberschreitungen. Außerdem wurden den Rücklagen (nicht veranschlagte) 0,7 Mrd EUR zugeführt. Merkliche Unterschreitungen waren bei den Ausgaben für Haftungen zu verzeichnen.

Der sonstige Aufwand für die Finanzschuld war gegenüber dem Voranschlag um netto 0,3 Mrd EUR geringer. Der budgetierte Zinsaufwand wurde um 0,2 Mrd EUR unterschritten. Gegenüber veranschlagten 2,0 Mrd EUR erreichte der Primärüberschuss somit im Jahr 1999 eine Höhe von 1,9 Mrd EUR (1998: 2,0 Mrd EUR).

Bei den öffentlichen Abgaben wurde brutto (vor Finanzausgleich, das heißt vor Überweisung der Ertragsanteile an Länder, Gemeinden und Fonds bzw. des Beitrags an die EU) der für 1999 laut Vor-

anschlag geschätzte Ertrag um 0,8 Mrd EUR verfehlt. Die größten Abweichungen von den veranschlagten Beträgen waren bei der Umsatzsteuer, der Kapitalertragsteuer auf Zinsen, der Körperschaftsteuer sowie der veranlagten Einkommensteuer zu verzeichnen. Mehreinnahmen ergaben sich vor allem bei der Lohnsteuer und den Verbrauchsteuern (Tabaksteuer, Mineralölsteuer). Auf Grund geringerer Überweisungen gemäß Finanzausgleich und einem niedrigeren EU-Beitrag beträgt gegenüber der ursprünglichen Schätzung das Minus beim (budgetrelevanten) Nettoabgabenerfolg 0,5 Mrd EUR.

Die sonstigen Einnahmen übertrafen den Voranschlag um 2,1 Mrd EUR. Davon entfielen auf nicht budgetierte Rücklagenentnahmen rund 0,5 Mrd EUR. Außerdem waren unter anderem die EU-Rückflüsse, Rückflüsse von der Pensionsversicherung, die Gewinnabfuhr der OeNB, die Zinsen aus Wertpapieren des Bundes sowie die Emissionsgewinne höher als erwartet.

Die Bundesschuld betrug zu Ende 1999 (abzüglich des Eigen-

besitzes an Bundestiteln in Höhe von 4,9 Mrd EUR) 118,0 Mrd EUR. Gegenüber 1998 bedeutet dies einen Anstieg von 5,7%. Bedingt durch die Wechselkursentwicklung des japanischen Yen ergaben sich im Berichtsjahr per saldo (buchmäßige) Kursverluste von insgesamt 2,1 Mrd EUR. Das niedrige Zinsniveau führte wie in den Vorjahren zu einer weiteren Erhöhung der Anleihefinanzierung mit fixer Verzinsung. Die Bruttoverschuldung des Bundes erhöhte sich 1999 um 1,4 Prozentpunkte und erreichte 60,0% des BIP.

Da ab 1999 die Denominierung nur mehr in Euro erfolgt, umfasst die Fremdwährungsschuld ab diesem Jahr nur mehr Schulden, die in Währungen außerhalb des Euro-raums denominiert sind. Unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen betrug die (neu definierte) Fremdwährungsschuld abzüglich des Eigenbesitzes an Bundestiteln 16,8 Mrd EUR. Das sind 14,2% der gesamten Bundesschuld (1998: 12,2%).

### Bundshaushalt

	Bundes- rechnungs- abschluss 1998 <i>in Mio EUR</i>	Bundes- voranschlag 1999	Vorläufiger Gebarungser- folg 1999	Unterschied vorläufiger Gebarungserfolg 1999 gegenüber			
				BRA 1998 <i>in %</i>		BVA 1999 <i>in Mio EUR</i> <i>in %</i>	
<b>Allgemeiner Haushalt</b>							
Ausgaben <sup>1)</sup>	56.510	55.783	57.238	+ 727	+ 1,3	+ 1455	+ 2,6
Einnahmen <sup>1)</sup>	51.712	50.685	52.282	+ 570	+ 1,1	+ 1597	+ 3,2
Abgang	4.798	370	360	+ 158	+ 3,3	- 142	- 2,8
<b>Ausgleichshaushalt</b>							
Ausgaben <sup>1)2)3)</sup>	24.887	19.191	30.655	+5.768	+23,2	+11.464	+59,7
Einnahmen <sup>1)2)3)</sup>	29.685	24.289	35.611	+5.926	+20,0	+11.322	+46,6
Überschuss	4.798	370	360	+ 158	+ 3,3	- 142	- 2,8

Quelle: BMF.

<sup>1)</sup> Währungstauschverträge in Bruttodarstellung.

<sup>2)</sup> Davon für Kassenstärkungsoperationen: BRA 1998: Ausgaben 3.713 Mio EUR und Einnahmen 3.727 Mio EUR; BVA 1999: Ausgaben 5.450 Mio EUR und Einnahmen 5.450 Mio EUR; vorläufiger Gebarungserfolg 1999: Ausgaben 11.078 Mio EUR und Einnahmen 11.089 Mio EUR.

<sup>3)</sup> Inklusive 6.954 Mio EUR (1998) bzw. 4.737 Mio EUR (1999), die für öffentliche Rechtsträger (z. B. Schieneninfrastrukturgesellschaft) aufgenommen wurden (saldoneutral).



Laut budgetärer Notifikation vom 29. Februar 2000 wird vom BMF für 1999 eine Defizitquote von 2,0% des BIP ausgewiesen (Zentralstaat: -2,4%; Länder und Gemeinden: +0,4%; Sozialversicherung: -0,1%). Damit wurde der im österreichischen Stabilitätsprogramm vom November 1998 enthaltene Wert („Normalszenario“) erreicht.

Im Jahr 1999 belief sich die öffentliche Schuld laut Februarnotifikation 2000 auf 64,9% des BIP (1998: 63,5%). Die Erhöhung ist vor allem auf die Aufwertung von Fremdwährungsverbindlichkeiten zurückzuführen (+2,1 Mrd EUR).

Für 2000 hat das BMF eine Defizitquote von 1,7% (Zentralstaat: -2,2%; Länder und Gemeinden: +0,4%; Sozialversicherung:

+0,1%) und eine Schuldenquote von 64,3% notifiziert.

Auch das Stabilitätsprogramm vom 28. März 2000 sieht für das Jahr 2000 eine Defizitquote von 1,7% (Defizit des Zentralstaats: -2,2%; Überschuss der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger: +0,5%) und eine Schuldenquote von 64,1% des BIP vor. Für die Jahre 2001 bis 2003 wird von einem Überschuss der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger in Höhe von 0,5% des BIP ausgegangen. Die angestrebten Defizitquoten für die Jahre 2001, 2002 und 2003 sollen 1,5, 1,4 sowie 1,3% des BIP betragen. Die Schuldenquote soll sich 2001 auf 62,7%, 2002 auf 61,9% und 2003 auf 61,2% des BIP verringern.

#### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) nach dem ESVG 95

Die VGR in den EU-Staaten wurde im Jahr 1999 entsprechend der ESVG-95-Ratsverordnung (2223/96) auf eine neue Basis gestellt. Das ESVG 95 als Grundlage zur Erstellung eines volkswirtschaftlichen Kontensystems löst das in den EU-Staaten bislang in Anwendung befindliche Regelwerk (ESVG 79) ab und baut – wie in der Vergangenheit – auf internationale Vorgaben (System of National Accounts 1993 der UN) auf. Der Umstieg ist als wichtiger Schritt in Richtung Harmonisierung der Konzepte, Definitionen, Klassifikationen und Buchungsregeln zu sehen, deren Anwendung eine vergleichbare und eine weitestgehend vollständige quantitative Beschreibung der volkswirtschaftlichen Kreisläufe in den EU-Staaten sicherstellen soll.

Hervorzuheben ist der Umstand, dass künftig das Informationsspektrum der VGR weitaus breiter und rezenter sein wird. Durch die ESVG-95-Ratsverordnung sind die EU-Staaten verpflichtet

- neben den Jahres- auch Quartalergebnisse über die volkswirtschaftlichen Eckgrößen bereitzustellen,
- finanzielle Interdependenzen der Volkswirtschaft in Form von Finanzierungsmatrixen, gegliedert nach Wirtschaftssektoren und Finanzierungsinstrumenten, abzubilden und
- Input-Output-Tabellen jährlich (auch zu konstanten Preisen) zu implementieren.

Der terminlich gestaffelte Ausbau des Berichtsumfanges soll Ende 2003 abgeschlossen sein. Für Österreich liegen gegenwärtig ESVG-95-Hauptergebnisse für die Jahre 1995 bis 1998 vor. Eine Rückrechnung bis zum Jahr 1988 ist in Ausarbeitung.

Als wichtigste systematische Änderungen, die die wirtschaftspolitischen Kenngrößen BIP und öffentliches Defizit betreffen, sind folgende zu nennen:

- Der Produktions- bzw. Investitionsbegriff wurde um immaterielle Güter (Software, Urheberrechte) und zivil nutzbare militärische Anlagen erweitert.
- Die Bewertung der Produktionswerte erfolgt nicht wie früher zu Markt-, sondern zu Herstellungspreisen (Marktpreise minus Gütersteuern plus Gütersubventionen).
- Markt- und Nichtmarktproduzenten können prinzipiell in jedem Wirtschaftsbereich vorkommen, was dazu führt, dass auch in „klassischen“ Marktbereichen „öffentliche Einheiten“ enthalten sind.
- Das ESVG 95 weitet die periodengerechte Zuordnung der Transaktionen („accrual principle“) auf Zinsen aus.
- Die VGR-Ergebnisse zu konstanten Preisen beruhen nunmehr auf Preisbasis 1995 gegenüber 1983 beim ESVG 79.

Bei einem Datenvergleich nach neuem und altem System ist zu beachten, dass die Unterschiede nicht nur vom Systemwechsel, sondern auch von statistischen Revisionen (Einbeziehung neuer, verlässlicherer Primärdaten und Berechnungsmethoden) herrühren. Die beträchtlichen Abweichungen zwischen den Ergebnissen nach ESVG 79 und ESVG 95 (modifizierte Konzepte, neue Klassifikationen, bedeutende statistische Korrekturen) stellen einen statistischen Bruch dar und erlauben daher keine gemeinsame Verwendung.



# Erhaltung der internationalen Finanzmarktstabilität

## Entwicklungen im Bereich der Finanzmarkt- und Bankenaufsicht

Neue internationale Finanzarchitektur schafft Grundlage für stabilen globalen Finanzmarkt. OeNB verstärkt in zahlreichen internationalen Gremien eingebunden. Schlüsselrolle für Bankenaufsicht, Schaffung von Serviceeinrichtungen am Finanzplatz Österreich, weitere Anpassung der Gesetzgebung. Fortschreitender Restrukturierungsprozess bei Kreditinstituten. Ertragsstruktur verschiebt sich zu Nichtzinsgeschäften. Dynamische Entwicklung bei sonstigen Finanzintermediären. Österreichischer Aktienmarkt trotz wichtiger Innovationen wenig schwungvoll.

### Internationale Finanzarchitektur

Die schweren Finanzmarktkrisen der jüngsten Vergangenheit haben Schwächen im internationalen Finanzsystem deutlich gemacht und auf die Notwendigkeit hingewiesen, Finanzmarktstabilität als globales wirtschaftspolitisches Ziel zu verfolgen. Die Krisen haben die maßgeblichen Organisationen auf internationaler und europäischer Ebene veranlasst, vermehrte Anstrengungen zur Stärkung der internationalen Finanzarchitektur zu unternehmen. Eine bessere und stabilere Finanzarchitektur soll dazu beitragen, die gesamtwirtschaftliche Effizienz zu erhöhen und schwere Krisen zu vermeiden. Zur Erreichung dieser Ziele haben auf internationaler Ebene vor allem der IWF, die BIZ sowie der bei ihr angesiedelte Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und das neu geschaffene Forum für Finanzstabilität Aktivitäten gesetzt. Auf europäischer Ebene haben insbesondere das Economic and Financial Committee (EFC), das Banking Advisory Committee (BAC) und das Banking Supervision Committee (BSC) sowie zahlreiche Untergruppen dieser Ausschüsse an der Verbesserung der Finanzarchitektur gearbeitet.

Die vom IWF zur Stärkung der internationalen Finanzarchitektur im Jahr 1999 gesetzten Maßnahmen beinhalten die stärkere Einbeziehung des Privatsektors in die Finanzierung von Hilfsprogrammen zur Lösung von Finanzkrisen, die Erhöhung der Transparenz in der eigenen Institution und in den Mitgliedsländern und die Entwick-

lung verschiedener Standards und Kodizes, die Mindestanforderungen und Verhaltensweisen zur Gewährleistung einer soliden Wirtschaftspolitik festschreiben wollen.

Im Februar 1999 wurde von den Finanzministern und Notenbankgouverneuren der G-7<sup>1)</sup> das FSF ins Leben gerufen.<sup>2)</sup> Sein Zweck ist die frühzeitige Koordinierung und der Erfahrungsaustausch im Bereich der Sicherung der internationalen Finanzstabilität. Teilnehmer sind Vertreter der Zentralbanken, Finanzministerien, Aufsichtsbehörden und internationale Organisationen.

Die BIZ und der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht bearbeiten ebenfalls Themen der Stabilität und Sicherheit der Finanzmärkte. Die BIZ bietet mit der Veröffentlichung von finanzmarktbezogenen Statistiken die Möglichkeit von vergleichenden Analysen der internationalen Märkte.

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht formuliert allgemeine Prinzipien zur Verbesserung der Finanzmarktstabilität, die in erster Linie international aktive Banken aus dem G-10-Raum<sup>1)</sup> ansprechen sollen. Obwohl Österreich kein G-10-Mitgliedsland ist, werden diese Vorschläge von der OeNB bearbeitet und an die österreichische Struktur angepasst. Neben konkreten Anregungen für das Risikomanagement der Banken wurden allgemeine aufsichtliche Prinzipien (Kernprinzipien) sowie anlassbezogene Analysen publiziert.

Das EFC der EU, das Nachfolgekomitee des Währungsausschusses, hat eine Ad-hoc Working Group on Financial Stability ein-

1 Details dazu siehe Kapitel „Mitwirkung der OeNB in internationalen Organisationen“.

2 Im April 1999 wurden drei Arbeitsgruppen mit folgenden Schwerpunkten eingerichtet:

- Highly leveraged institutions: Untersuchung des systemischen Risikos;
- Kapitalflüsse (vor allem kurzfristige): Vorschläge für Maßnahmen zur Eindämmung der Volatilität von Kapitalflüssen und zur besseren Risikobeurteilung;
- Offshore Financial Centers (OFCs): Untersuchung der Aktivitäten von OFCs und Vereinheitlichung von internationalen Standards zur Vermeidung von OFCs.

gerichtet, die im November 1999 ihre Arbeit aufnahm. Die erste Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist eine Bestandsaufnahme über die derzeitige Verteilung der Zuständigkeiten für Krisenvorbeugung und Krisenmanagement sowie über die vorhandenen Kanäle für den Informationsaustausch zwischen den Zentralbanken, Finanzministerien und Aufsichtsbehörden.

Das BAC bei der EU-Kommission und seine Untergruppen widmeten im Berichtsjahr einen erheblichen Teil ihrer Zeit der Diskussion der künftigen Eigenmittelerfordernisse der Banken, einer Thematik, die parallel vom Basler Ausschuss behandelt wurde.

Das BSC nahm als Nachfolgekomitee des Banking Supervisory Sub-Committee im Oktober 1998 seine Arbeit auf und besitzt ein zweifaches Mandat: Zum einen ist es ein Ausschuss des ESZB und befasst sich in dieser Funktion vor allem mit makroprudenziellen Analysen, den (strukturellen) Entwicklungen im Banken- und Finanzsystem sowie dem Informationsaustausch zwischen dem ESZB und den nationalen Aufsichtsbehörden. Zum anderen ist es ein Forum für Konsultationen zwischen hochrangigen Bankenaufsehern der EU-Länder über Fragen, die nicht in direktem Zusammenhang mit den aufsichtsbezogenen Aufgaben des ESZB stehen.

## Euro und internationale Finanzmärkte

Nach der erfolgreichen Währungs- umstellung auf den Euro per 1. Jänner 1999 stellt sich nun die Aufgabe, die erreichten Stabilitäts- erfolge langfristig im verstärkten internationalen Wettbewerb abzu- sichern und den Euro – neben dem US-Dollar und dem japanischen Yen – auf den internationalen Finanzmärkten zu einer bedeutenden und breit akzeptierten Reserve-, Transaktions- und Ver- anlagungswährung zu etablieren.<sup>1)</sup>

Der Euro hat gute Vorausset- zungen, im Wettbewerb der inter- nationalen Währungen zu reüssie- ren. Dazu tragen vor allem die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik des Eurosystems, die zunehmende Attraktivität des Eurogeldmarktes und -kapitalmarktes sowie das wirt- schaftliche Potenzial des Euro- gebiets bei. Ein wesentlicher Faktor, der einen potenziellen Einfluss auf die internationale Rolle des Euro

hat, ist die Größe der Eurofinanz- märkte und damit zusammen- hängend auch das Volumen der grenzüberschreitenden Transaktio- nen zwischen dem Euroraum und der übrigen Welt. Durch weiter sinkende Transaktionskosten, die sich im Allgemeinen aus der zu- nehmenden Verwendung des Euro ergeben werden, wird die Attrak- tivität dieser Währung zusätzlich gesteigert.

Die vorrangige Ausrichtung der einheitlichen Geldpolitik des Euro- systems auf die Preisstabilität – und damit die Sicherung der inne- ren Stabilität des Euro – ist ein wesentlicher Faktor, um das Ver- trauen der Anleger in den Euro noch weiter zu erhöhen. Die Inter- nationalisierung des Euro ist aber kein ausdrückliches währungspoli- tisches Ziel des Eurosystems. Die künftige internationale Bedeutung des Euro wird primär in seiner

<sup>1</sup> Siehe auch EZB (1999).  
Die internationale Rolle des  
Euro. Monatsbericht, August,  
Seiten 35–58.

Funktion als Anlage- und Emissionswährung durch private Anleger bestimmt werden.

Wegen des kurzen Beobachtungszeitraums und des Mangels an statistischen Daten seit der Einführung des Euro ist die Bewertung der Entwicklung der internationalen Rolle des Euro allerdings schwierig. Die zur Verfügung stehenden Daten erlauben jedoch den Schluss, dass der Euro die traditionellen Geldfunktionen (Wertaufbewahrungs-, Zahlungsmittel- und Verrechnungsfunktion) im internationalen Finanzsystem als zweitwichtigste Währung nach dem US-Dollar erfüllt. Dies ist weitgehend auf die Bedeutung der Vorgängerwährungen des Euro, insbesondere der D-Mark, des weltwirtschaftlichen Gewichts des Euroraums und möglicherweise Markterwartungen betreffend die zukünftige Entwicklung der Eurofinanzmärkte zurückzuführen.

Weitere Entwicklungen werden sowohl von Marktfaktoren (vor allem der Entwicklung der Eurofinanzmärkte) als auch von der Geld- und Wirtschaftspolitik des Euroraums abhängen. Allerdings zeigt die historische Entwicklung, dass Veränderungen in der internationalen Verwendung von Währungen nur sehr langsam stattfinden und daher auch eine Bedeutungszunahme für den Euro erst langfristig zu beobachten sein wird. Die Entwicklungen im Jahr 1999 lassen allerdings eine unterschiedliche Entwicklung für die einzelnen Geldfunktionen erwarten: Eine Verwendung des Euro als internationales Zahlungsmittel wird wahrscheinlich weniger rasch stattfinden als eine Verwendung als Veranlagungs- und Emissionswährung. Die Entscheidung privater Wirt-

schaftsakteure zur Verwendung des Euro wird in hohem Maße vom Integrations-, Liquiditäts- und Diversifizierungsgrad der Eurofinanzmärkte abhängig sein. Es ist zu erwarten, dass mit der zunehmenden Integration der Märkte der Euro eine weiter wachsende Rolle in internationalen Finanztransaktionen spielen wird.

Auch wenn der Euroraum am weltweiten Export von Waren und Dienstleistungen einen Anteil von knapp über 20% hat, wird sich der Euro vermutlich nur langsam als internationale Fakturierungswährung durchsetzen,<sup>1)</sup> da strukturelle Veränderungen in der Fakturierungspraxis wahrscheinlich nur längerfristig stattfinden werden. Ähnliches dürfte auch für die Verwendung des Euro als Transaktionsmedium im Devisenhandel zwischen Drittwährungen zutreffen.

Hinsichtlich der Rolle des Euro als internationale Reservewährung ist ebenfalls mit keiner kurzfristigen Veränderung zu rechnen, da die Höhe und Zusammensetzung der offiziellen Währungsreserven von den Zentralbanken normalerweise nicht abrupt verändert werden. Eurobedingte Umschichtungen im Zentralbankenbereich werden langsamer ablaufen als im privaten Bereich. Ende 1998 waren ca. 60% aller offiziellen Währungsreserven in US-Dollar denominiert; auf die im Euro enthaltenen Währungen entfielen ca. 14%. Daher stellt der Euro nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Reservewährung dar. Hinsichtlich des Euroanteils an den Währungsreserven der G-10-Länder hat sich vorderhand keine wesentliche Veränderung ergeben.

Die Einführung des Euro und seine Entwicklung zu einer inter-

<sup>1</sup> Zur Rolle des Euro als Fakturierungswährung im österreichischen Außenhandel siehe Kapitel „Die OeNB als Partner im wirtschaftspolitischen Dialog zwischen Eurosystem und Österreich“.

nationalen Währung wird gewiss auch Auswirkungen auf die internationale wirtschaftspolitische Kooperation, vor allem im Rahmen der G-7, aber auch des IWF haben. Weniger Akteure auf globalem Niveau und ausgeglichene Beziehungen zwischen diesen dürften den Prozess der internationalen Kooperation erleichtern, gleichzeitig auch das Verantwortungsbewusstsein einzelner Akteure erhöhen. Das Verhandlungsgewicht des Euroraums im internationalen Wirtschaftsgefüge ist sicher deutlich größer als die Summe der Gewichte der einzelnen Länder vor Beginn der Stufe 3 der WWU.

### Der Euro als internationale Währung

Für die Beurteilung der Verwendung des Euro als internationale Währung kann auf die Funktionen einer internationalen Währung Bezug genommen werden:<sup>1)</sup>

Geldfunktion	Verwendung der Währung durch Gebietsfremde	
	privat	öffentlich
Wertaufbewahrungsmittel	Anlage- und Emissionswährung	Reservewährung
Transaktionsmittel	Fakturierungswährung für Waren- und Dienstleistungen, Transaktionsmedium im Devisenhandel zwischen Drittwährungen	Interventionswährung
Recheneinheit und Wertmaßstab	Preis- und Kursangabe	Ankerwährung für Wechselkursarrangements

- Die Akzeptanz des Euro als internationale Währung wird vor allem durch die künftige Verwendung des Euro als Anlage- und Emissionswährung durch private Anleger geprägt, denn das Volumen der von Privaten verwalteten Finanzaktiva übertrifft jenes der offiziellen Währungsreserven bei weitem.
- Im Zusammenhang mit der internationalen Verwendung des Euro als Wertaufbewahrungs-, Zahlungs- und Rechnungsmittel zeigen empirische Daten, dass der Euro die am zweithäufigsten verwendete Währung im internationalen Geld- und Finanzsystem sein dürfte.
- Die verfügbaren Daten zeigen, dass der Euro auf den internationalen Finanzmärkten bereits eine nennenswerte Rolle als Anlage- und Emissionswährung einnimmt.
- Der US-Dollar dominiert als Recheneinheit/Wertmaßstab vor allem in homogenen, zentralisierten und effizienten Märkten, wie den Rohstoffbörsen. Daran wird sich nur langsam etwas ändern.
- Kurzfristige Veränderungen bei der Rolle des Euro als internationale Reservewährung sind nicht zu erwarten.
- Hinsichtlich der Auswirkungen der internationalen Rolle des Euro für den Transmissionsmechanismus der Geldpolitik des Euroraums ist auf Grund zunehmender internationaler Verwendung eine gesteigerte Effektivität der einzelnen Kanäle zu erwarten. Auswirkungen auf den Informationsgehalt der geldpolitischen Indikatoren der EZB dürften nicht signifikant sein, weder für M3 noch für die verschiedenen anderen Indikatoren.
- Im Zusammenhang mit der globalen und regionalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur ist wahrscheinlich keine Zunahme von Integrationstendenzen auch in den beiden anderen großen Wirtschafts- und Währungsräumen um die USA und Japan, wohl aber eine zunehmende Integration um den Eurowährungsraum, zu erwarten.

1 Siehe auch EZB (1999). Die internationale Rolle des Euro. Monatsbericht, August, Seite 36.

### **Finanzplatz Österreich**

Seit der Einführung des Euro hat sich in Europa die wirtschaftliche Verflechtung zwischen nationalen Finanzmärkten weiter fortgesetzt bzw. noch beschleunigt. Dies führt zu immer stärker werdenden wechselseitigen Abhängigkeiten der einzelnen Finanzmärkte. Die WWU hat verschiedene, derzeit vorherrschende Trends im Bankensektor, wie z. B. den wachsenden Wettbewerb, die Reduzierung von Überschusskapazitäten und die geografische Expansion verstärkt.

Die österreichischen Banken versuchen durch strukturelle Reformen und die Festlegung individueller Anpassungsstrategien die Wettbewerbsfähigkeit und Ertragskraft zu erhalten bzw. zu verbessern. Das Engagement der größeren österreichischen Banken in Mittel- und Osteuropa ist durch wachsende kapitalmäßige Beteiligungen und Geschäftsausweitungen bedeutend und liefert einen wesentlichen Beitrag zum Geschäftserfolg.

Es ist zu erwarten, dass der Konzentrationsprozess in Österreich weiter fortschreiten wird. In den letzten Jahren zeigte sich eine weit reichende Umgestaltung der österreichischen Bankenlandschaft. Nach den – 1997 erfolgten – Zusammenschlüssen von Bank Austria/Creditanstalt-Bankverein sowie Erste Oesterreichische Spar-Casse Bank/GiroCredit entstanden zwei große Bankengruppen, nämlich Bank Austria und Erste Bank, mit einem Anteil von knapp über 37% an der Bilanzsumme aller österreichischen Banken zu Jahresende 1999. Weiters gab es zahlreiche kleinere, meist sektorinterne Fusionen in den mehrstufigen Sektoren.

Die Internationalisierungsstrategien der österreichischen Banken

sind zwar erfolgreich verlaufen, und in den nächsten Jahren werden die geplanten Einsparungseffekte der Bankenfusionen wirksam, der Restrukturierungsprozess ist aber noch nicht abgeschlossen. Es ist daher weiterhin mit einem harten Konkurrenzkampf und Druck auf die Ertragssituation zu rechnen.

Stabile und funktionsfähige Finanzmärkte bzw. Finanzintermediäre haben auch für den Finanzplatz Österreich eine zentrale Bedeutung. Die Finanzmarkt- und Bankenaufsicht, die in Österreich dem BMF obliegt, hat eine wichtige Rolle im Rahmen des Restrukturierungsprozesses des österreichischen Bankensektors. Sie trägt wesentlich zur Systemstabilität bei und wirkt unterstützend bei der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und der Effizienz des Finanzsektors.

Ein effektives Aufsichtssystem muss die Stabilität des Bankensystems und den Schutz der Anleger gewährleisten. Der Stärkung der Finanzmarktaufsicht kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu. Das Ziel dieser Bemühungen ist es, ein stabiles und für die Marktteilnehmer berechenbares aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für die Finanzmärkte aufzubauen, und zwar mit effizienten, international abgestimmten und akzeptierten Standards. Gerade im Zeitalter globaler Märkte können viele aufsichtsrelevante Themen nicht mehr allein innerhalb der nationalen Grenzen gelöst werden.

### **Umsetzung der Geldwäsche-Richtlinie**

Die Europäische Kommission hat im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinie über die Geldwäsche beim Europäischen Gerichtshof ein Verfahren gegen Österreich initiiert, da sie die

Anonymität bei Sparbüchern für Deviseninländer als nicht richtlinienkonform ansieht.

Nach dem Abschluss des schriftlichen Verfahrens sowie der mündlichen Verhandlung im März 2000 ist mit einem Urteilspruch voraussichtlich gegen Ende 2000 zu rechnen.

Überdies hat Österreich auf internationaler Ebene nach Auffassung der FATF<sup>1</sup>) – eine bei der OECD installierte Arbeitsgruppe – im Rahmen der Empfehlung 10 der FATF keine ausreichenden Maßnahmen zur Aufhebung der Anonymität der österreichischen Sparbücher für Deviseninländer gesetzt. Daher hat dieses Gremium entschieden, Österreich eine Frist bis 20. Mai 2000 einzuräumen. Sollte bis zu diesem Termin keine klare politische Entscheidung der österreichischen Regierung zur Abschaffung des Systems anonymer Sparkonten bis Ende Juni 2002 vorliegen, wird Österreich mit Wirkung vom 15. Juni 2000 von der FATF-Mitgliedschaft suspendiert. In diesem Zusammenhang wurde von der österreichischen Bundesregierung eine Gesetzesinitiative verabschiedet, die dem Nationalrat zur weiteren Behandlung vorgelegt wurde, mit dem Ziel, die Anonymität für österreichische Spareinlagen ab November 2000 abzuschaffen.

#### **Aktivitäten der OeNB gemäß BWG**

Auch 1999 wurden im Auftrag des BMF seitens der OeNB zahlreiche §-70-BWG-Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt. Die Schwerpunkte der Prüfungen lagen einerseits bei systemrelevanten Kreditinstituten (insbesondere bei den Geschäftsaktivitäten in den mittel- und osteuropäischen Ländern), anderer-

seits bei Y2K-Prüfungen mit dem Ziel, den Jahr-2000-Vorbereitungsstand der Institute zu evaluieren.

1999 wurden Gutachten gemäß § 26 b BWG über den Modelleinsatz bei drei österreichischen Kreditinstituten erstellt und dem BMF zur Verfügung gestellt. Weiters wurde in Form von §-70-BWG-Prüfungen die Umsetzung und Einhaltung der in österreichisches Recht übergeführten Kapitaladäquanz-Bestimmungen evaluiert.

#### **Verstärkte Serviceeinrichtungen der OeNB für den Finanzplatz Österreich**

Die in der OeNB geführte Großkreditevidenz ermittelt – auf Grund der monatlichen Meldungen des Finanzsektors – die Verschuldung von Kreditnehmern, wobei Kredite bzw. Kreditrahmen ab 5 Mio ATS (das sind ca. 363.400 EUR) berücksichtigt werden. Die Meldungen werden den Meldepflichtigen auf Anfrage in aggregierter Form zurückgemeldet; solcherart wird die Kreditprüfung der meldenden Institute unterstützt, zudem dienen die Daten der Großkreditevidenz bankenaufsichtlichen Zwecken und leisten daher gegenüber dem Kreditwesen einen Stabilitätsbeitrag.

Um die Aussagekraft der OeNB-Großkreditevidenz zu erhalten bzw. auszubauen, wird der grenzüberschreitenden Kreditaufnahme besonderes Augenmerk geschenkt. Die Zusammenarbeit zwischen den sieben, in Euroländern bestehenden, Großkreditevidenzen wurde im Rahmen der bestehenden EZB-Working Group on Credit Registers weiter verbessert. Der Datenbestand der nationalen Evidenzen soll mit Obligodaten nationaler Firmen/Personen aus den anderen Evidenzen ergänzt werden. Daneben gibt es Bemühungen zur Er-

<sup>1</sup> Financial Action Task Force on Money Laundering.



richtung eines Großrisikoregisters mit Kreditinstituten aller Euro-länder.

Die OeNB publiziert jährlich gemeinsam mit der OeKB die Broschüre „The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria’s Capital Markets“, in der umfangreiche Informationen über den österreichischen Finanzmarkt und dessen Rahmenbedingungen enthalten sind. Dabei werden Faktoren, die den Finanzmarkt mittel- und unmittelbar beeinflussen, wie rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen, Realwirtschaft, Bankenstruktur etc. und schließlich der Geld- und Kapitalmarkt selbst detailliert abgebildet.

Darüber hinaus wurde eine sechsbändige Leitfadenreihe zum Marktrisiko erstellt, die im Herbst einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert wurde. Die Publikationen haben vorrangig folgende Ziele: Die bei Prüfungen zur Anwendung kommenden Kriterien sollen offen gelegt werden, um eine Gleichbehandlung der Kreditinstitute zu gewährleisten und um die Effizienz der Prüfungen zu fördern. Weiters werden konkrete Lösungsvorschläge für die Umsetzung der Eigenkapitalbestimmungen aufgezeigt. Fehlentwicklungen und damit einhergehende Fehlinvestitionen sollen auf diese Weise frühzeitig verhindert werden. Oberstes Ziel ist aber wohl, dass das Risikomanagement in der österreichischen Kreditwirtschaft als Ganzes aufgewertet wird und damit ein Beitrag zur Systemstabilität geleistet wird.

1 Report on „The Framework for Payment Systems Oversight in Stage Three of EMU“.

2 Gemäß Art. 105 EG-V und Art. 3 und 22 des Statuts des ESZB/EZB.

### Zahlungssystemaufsicht

Im Eurosystem wurden weitere maßgebliche Schritte zum Auf- und Ausbau der Zahlungssystemaufsicht gesetzt. Die EU-Zahlungssystemstatistik wurde in Form des Addendums zum Blue Book fortgesetzt.

Im Herbst 1999 wurde vom EZB-Rat das Rahmenwerk<sup>1)</sup> für den künftigen Ausbau der Zahlungssystemaufsicht beschlossen, die im Wesentlichen auf die Aufrechterhaltung der Systemstabilität, die Förderung der Effizienz sowie die Sicherung des Transmissionskanals für die Geldpolitik abzielt.

Die EZB verabschiedete die prinzipiellen Grundlagen und die Kompetenzregelungen innerhalb des ESZB für die Ausübung der Zahlungssystemaufsicht im Eurosystem.<sup>2)</sup> Die Umsetzung wird bei den nationalen Systemen in Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch die NZBen erfolgen. Die OeNB hat 1999 entsprechende Vorbereitungsarbeiten für die Übernahme dieser Aufsichtsfunktion aufgenommen und auf nationaler Ebene sowohl die erforderlichen organisatorischen als auch legislatischen Maßnahmen initiiert.

Am 21. Mai 1999 wurde das Zentrum für sichere Informationstechnologie Austria – A-SIT vom BMF, der OeNB und der Technischen Universität Graz gegründet. Für die OeNB soll A-SIT im Zuge des weiteren Ausbaus der technischen Zahlungssystemaufsicht die in elektronischen Zahlungssystemen eingesetzten Sicherheitstechnologien evaluieren.

Im Massenzahlungsverkehr wird bei grenzüberschreitenden Überweisungen (siehe Annex B: Überweisungsgesetz) erheblicher Nachholbedarf hinsichtlich Effizienz und



Gebühreenniveau gegenüber Binnenüberweisungen festgestellt. Das Eurosystem postulierte daher 1999 an die Kommerzbanken gerichtete Empfehlungen, die bewirken sollen, dass in der WWU spätestens zum Zeitpunkt der Einführung des Euro bargelds auch im unbaren Massenzahlungsverkehr effiziente Überweisungssysteme zur Verfügung stehen.

Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Regulierung von mit der Ausgabe von elektronischem Geld befassten Instituten<sup>1)</sup> wurde 1999 bis auf ECOFIN-Ebene vorangetrieben.

**OeNB als Behörde für die Anerkennung von Zahlungs- und Wertpapierabwicklungssystemen im Sinne des Finalitätsgesetzes**

Mit dem Finalitätsgesetz wurden der OeNB per 10. Dezember 1999 unter anderem folgende Aufgaben übertragen:

- Gemäß § 2 Abs. 2 Finalitätsgesetz hat die OeNB mit Bescheid Zahlungs- und Wertpapierabwicklungssysteme, die den Voraussetzungen in § 2 Abs. 1 Z 1 und 2 des Finalitätsgesetzes entsprechen und deren Regeln zweckdienlich sind, anzuerkennen.
- Gemäß § 7 Abs. 3 Finalitätsgesetz kann die OeNB auf Antrag eines Teilnehmers durch Bescheid genehmigen, dass ein indirekter Teilnehmer für die Zwecke des Finalitätsgesetzes als Teilnehmer anzusehen ist, wenn dies unter dem Aspekt des Systemrisikos gerechtfertigt ist und der indirekte Teilnehmer dem System bekannt ist.
- Gemäß § 20 Finalitätsgesetz hat die OeNB die Mitteilungen der zuständigen Gerichte über die

Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über einen Teilnehmer eines von der OeNB anerkannten Zahlungs- oder Wertpapierabwicklungssystems unverzüglich an die korrespondierenden Behörden der anderen Mitgliedstaaten zu melden sowie die entsprechenden Meldungen aus den anderen Mitgliedstaaten entgegenzunehmen.

**Mitwirkung der OeNB bei der Aufsicht über Wertpapierabwicklungssysteme**

Seit Anfang 1999 sind Wertpapiere bzw. andere zentralbankfähige Sicherheiten, die in einer zentralen Lagerstelle eines anderen EU-Landes verwahrt sind, bei der NZB refinanzierungsfähig. Um eine sichere und schnelle grenzüberschreitende Abwicklung garantieren zu können, wurde dafür das Korrespondenz-Zentralbanken-Modell („correspondent central banking model“) implementiert, das heißt, es wurden wechselseitig Wertpapierdepots zwischen allen NZBen eingerichtet. Dieses System hat sich seit seiner Inbetriebnahme am 4. Jänner 1999 erfolgreich entwickelt, da zahlreiche Banken Sicherheiten grenzüberschreitend verwenden. Mit Anfang Oktober 1999 wurde eine neue Gebührenstruktur für die Abdeckung der Kosten der korrespondierenden NZBen beschlossen.

Die bei der Vereinigung der Europäischen Wertpapiersammelbanken (ECSDA) vertretenen Institute haben den Aufbau eines Verbunds durch die Einrichtung von wechselseitigen Verbindungen („links“) fortgesetzt (ECSDA-Modell). Vor ihrem Einsatz im Rahmen der grenzüberschreitenden Sicherheitenverwendung müssen diese Schnittstellen zwischen den nationalen Wertpapierabwicklungs-

<sup>1</sup> Proposal for a European Parliament and Council Directive on the taking up, the pursuit and the prudential supervision of the business of electronic money institutions.

systemen hinsichtlich der Erfüllung gewisser Mindeststandards evaluiert werden. Ein Schwerpunkt im Jahr 1999 war daher die Beurteilung dieser Verbindungen durch die jeweiligen NZBen und die EZB. Die OeKB hatte Ende 1999 insgesamt sechs Verbindungen zu Wertpapierabwicklungssystemen im Euroraum und zählte damit zu den am stärksten vernetzten Wertpapierabwicklern.

#### Vorbereitende Arbeiten im Zusammenhang mit den geplanten neuen Eigenkapitalvorschriften

Nach der Veröffentlichung des Konsultationspapiers des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht im Juni 1999 präsentierte die Europäische Kommission im November 1999 ihr Konsultationspapier, das der Grundstruktur aus Basel entspricht und in einigen Bereichen erweiternde Beiträge einbringt.

Beide Konsultationspapiere stellen ein neues Aufsichtskonzept in Form eines Drei-Säulen-Prinzips vor. Neben der dringend notwendigen Reform der Mindestkapitalvorschriften soll die Aufsicht in einem Supervisory-Review-Prozess die Eigenkapitalausstattung auf ihre Risikoadäquanz überprüfen. Abgerundet wird das Konzept mit einer angestrebten Vereinheitlichung der Veröffentlichungsvorschriften.

Die beiden erstgenannten Säulen enthalten folgende Schwerpunkte:

Das Kernstück der Reform der Eigenmittel ist die Verknüpfung der Risikogewichtung mit dem wirtschaftlichen Risiko sowie die Differenzierung zwischen den Risikoklassen. Eine Möglichkeit, die Positionen entsprechend ihrem Risiko zuzuordnen, ist die Verwendung von Ratings externer Kredit-

bewertungsgesellschaften wie z. B. Ratingagenturen. Eine mögliche Ergänzung zu der Verwendung externer Ratings ist die Anerkennung der internen Methoden zur Kreditbewertung der Banken, basierend auf der quantitativ gemessenen Ausfallswahrscheinlichkeit (Default Probability) des Kreditnehmers und dem wahrscheinlichen Verlust bei Ausfall (Loss Given Default) des Kredits. Diese Variante wäre ein Anreiz für die Banken, ihre internen Methoden der Kreditbewertung zu verbessern, zu strukturieren und risikominimierend einzusetzen. Die im Bankwesen verwendeten risikominimierenden Techniken sollen in verstärktem Maße für die Berechnung der Eigenmittel herangezogen werden können (Risk Mitigation). Eine weitere Neuerung ist das Bestreben, Eigenmittelanforderungen für das Zinsrisiko im Bankbuch zu schaffen. Weiters sollen zusätzliche Eigenmittel für die Abdeckung der sonstigen Risiken (operationales Risiko, Rechtsrisiko und Reputationsrisiko) gehalten werden.

Der vorgeschlagene Supervisory-Review-Prozess, das heißt die Überprüfung der Eigenkapitalausstattung durch die Bankenaufsichtsbehörden, stellt eine Erweiterung der kontinentaleuropäischen Aufsichtsphilosophie dar. Die wesentliche Neuerung ist, dass Aufsichtsbehörden in der Lage sein sollen, im Gegensatz zu den aktuellen pauschalen Eigenmittelerfordernissen von 8%, Banken individuelle Kapitalerfordernisse vorzuschreiben. Die 8-Prozent-Eigenmittelquote stellt jedoch nach wie vor das Minimum dar.

**Y2K-Aktivitäten**

Die Jahr-2000-Aktivitäten betreffend den Umstellungsstandard bei den österreichischen Kreditinstituten wurden in Koordination mit dem BMF durchgeführt. So wurden im Rahmen der Bankenaufsicht seitens der OeNB gemeinsam mit dem BMF vier Empfehlungsschreiben an die österreichischen Kreditinstitute übersandt, die auf die wesentlichsten Anforderungen im Rahmen der Jahr-2000-Umstellungsarbeiten abstellten. Weitere Aktivitäten zur Erlangung von Informationen über den Umstellungsstand bei den österreichischen Kreditinstituten bestanden in der Aussendung von drei – mit dem BMF abgestimmten – Fragebögen, und zwar im Jänner und November 1998 sowie im Juni 1999. Darüber hinaus wurden im Auftrag des BMF seitens der OeNB §-70-BWG-Vor-Ort-Prüfungen, die sich auf die wichtigsten Projektbereiche konzentrierten, bei einer umfassenden Stichprobe von österreichischen Kreditinstituten durchgeführt.

Eine wesentliche Funktion der OeNB anlässlich des Jahrtausendwechsels war, als Kommunikationsdrehscheibe für den österreichischen Finanzplatz zu fungieren. In dem für diesen Zweck eingerichteten Central Communication Point (CCP) war auch das BMF vertreten. Die größten österreichischen Banken, Versicherungen und Investmentfondsgesellschaften, die OeKB sowie die Börse meldeten dort laufend ihren Status und schließlich den erfolgreichen Abschluss ihrer Tests. Der CCP fasste alle Meldungen zusammen und leitete den Gesamtstatus an die EZB und das Bundeskanzleramt weiter. Als ein wichtiges Finanzzentrum nahm der österreichische CCP in

der OeNB auch erfolgreich am internationalen Meldesystem, das von der BIZ organisiert wurde, teil.

Dank der guten Vorbereitung konnten der Millenniumswechsel und der 29. Februar 2000 problemlos abgewickelt werden.

**Reformen im Zusammenhang mit der Wiener Börse AG**

Mit dem im Jahr 1998 eingeleiteten umfangreichen Umbau der Rahmenbedingungen des österreichischen Kapitalmarktes und der internen Infrastruktur wurden für die Wiener Börse AG die Weichen für das nächste Jahrtausend gestellt. Die wesentlichen externen Infrastrukturmaßnahmen für die Steigerung der Attraktivität des österreichischen Kapitalmarktes waren im Berichtsjahr das neue Übernahmegesetz (siehe Annex B), die weitere Etablierung der Bundeswertpapieraufsicht, die gesetzliche Regelung des Rückkaufs eigener Aktien sowie das Konzernabschlussgesetz (siehe Annex B), das den börsennotierten Unternehmen nunmehr ermöglicht, ihren Jahresabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften zu erstellen.

Ein Meilenstein in der Entwicklung der Wiener Börse AG war im abgelaufenen Jahr die Anbindung des Wiener Kassamarktes an das von der Deutschen Börse AG entwickelte elektronische Handelssystem Xetra am 5. November 1999. Mit der Neusegmentierung des Kassa- und Terminmarktes wurde die Marktorganisation der Wiener Börse AG angepasst, und die Liquiditätsbereitstellung wurde verbessert. Wesentliche Vorbereitungen für die Errichtung einer selbständigen Börse für mittel- und osteuropäische Wertpapiere mit Sitz in Wien – ein Gemeinschaftsprojekt

der Deutschen Börse AG und der Wiener Börse AG – wurden getroffen. Eine völlig neue Plattform für den vollelektronischen und

fortlaufenden Handel von Optionscheinen in der ÖTOB wurde errichtet.

## Entwicklung des Finanzmarktes in Österreich

### Kreditinstitute Struktur

Die Anzahl der selbständigen Kreditinstitute und Niederlassungen verringerte sich gegenüber 1998 nur geringfügig von 5.547 auf 5.527, womit die Bankstellendichte gleich blieb. In den mehrstufigen Sektoren wurden weiterhin kleinere Banken durch größere Institute übernommen, wodurch größere regionale Einheiten bzw. überregional tätige Institute entstanden. Dabei handelt es sich um sektorinterne Bereinigungen, die aber keine wesentlichen gesamtstrukturellen Auswirkungen hatten. Durch Fusionen wurden größere Institute gebildet, um auch international wettbewerbsfähig zu sein.

Die Anzahl der österreichischen Auslandsfilialen erfuhr im Berichtsjahr eine Erhöhung von 20 auf 22, 10 davon sind in der EU ansässig (1998: 8).

Mehrheitlich im Besitz von ausländischen Kreditinstituten waren Ende 1999 in Österreich 28 (1998: 26) Banken. Davon stammten 9 Kreditinstitute zur Gänze aus der EU, bei 6 weiteren Kreditinstituten bestanden Beteiligungen aus EU-Ländern in unterschiedlicher Höhe.

Zusätzlich wurden 15 (1998: 12) Zweigstellen, davon 14 aus der EU, und 30 (1998: 31) Repräsentanzen von ausländischen Kreditinstituten betrieben.

Grundsätzlich ist ein Trend zur Umwandlung bisher rechtlich selbständiger Tochtergesellschaften von in der EU ansässigen ausländischen Banken in unselbständige Zweigniederlassungen erkennbar.

### Anzahl der Kreditinstitute und Bankstellendichte

	Hauptanstalten	Zweigstellen	Bankstellen insgesamt	Bankstellendichte <sup>1)</sup>
1985	1.241	4.090	5.331	1.419
1990	1.210	4.497	5.707	1.360
1995	1.041	4.686	5.727	1.406
1996	1.019	4.694	5.713	1.412
1997	995	4.691	5.686	1.422
1998	971	4.576	5.547	1.457
1999	951	4.576	5.527	1.463 <sup>2)</sup>

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Einwohner pro Bankstelle.

<sup>2)</sup> Vorläufiger Wert.

### Geschäftsentwicklung

Die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute wuchs im Jahr 1999 (+9,1%) geringfügig schwächer als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Sowohl aktiv- als auch passivseitig wurde das Bilanzsummenwachstum zu einem großen Teil vom Auslandsgeschäft getragen, während im Vorjahr noch der inländische Zwischenbankverkehr hauptverantwortlich für den Bilanzsummenanstieg war.

Das Volumen der aushaftenden Direktkredite an inländische Nichtbanken stieg 1999 etwas dynamischer als im Vorjahr. Gleichzeitig sanken auf Grund des im Vergleich zu 1998 geringeren Zinsniveaus

die aufgelaufenen debitorischen Zinsen um rund 6%.

Die Kreditausweitung erfolgte zum weitaus überwiegenden Teil in Fremdwährung. Mehr als die Hälfte des gesamten Fremdwahrungskreditzuwachses entfiel auf Schweizer-Franken-Ausleihungen. Über zwei Drittel der aushaftenden Fremdwährungskredite waren Ende 1999 in Schweizer Franken denominiert. Massiv erhöhet haben sich im vierten Quartal 1999 die Japanischen-Yen-Ausleihungen an inländische Nichtbanken, auf die praktisch das gesamte Wachstum der Fremdwährungskredite im vierten Quartal 1999 entfiel. Der Anteil der Fremdwährungskredite an den gesamten Direktkrediten nahm von 10,9% im Jänner auf 15,7% im Dezember zu.

Die Kreditnachfrage war sektoral unterschiedlich ausgeprägt. Die Kreditvergabe an Unternehmen wuchs 1999 mit einer Jahreswachstumsrate von 4,1% merklich langsamer als im Jahr zuvor, gewann jedoch angesichts der anziehenden inländischen Nachfrage sowie einer Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen im Jahresverlauf an Dynamik. Sie zeigte – wie schon in den Jahren zuvor – eine relativ hohe Übereinstimmung

mit der Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen.

Weiterhin überaus dynamisch gestaltete sich die Entwicklung der Forderungen an die privaten Haushalte. Neben der Zinsentwicklung wurde die Kreditaufnahme auch durch die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern begünstigt. Der öffentliche Sektor reduzierte seine Bankverbindlichkeiten weiter (–2,4%), wengleich etwas langsamer als im Vorjahr.

Die Einlagen inländischer Nichtbanken bei den Kreditinstituten erhöheten sich spürbar schwächer als noch 1998. Die Struktur der Einlagen (von nichtfinanziellen Unternehmen) verschob sich dabei in den liquiden Fristigkeitsbereich, die Sichteinlagen stiegen um 11,1%, wogegen die Termineinlagen um 2,3% abnahmen. Die Spareinlagen wuchsen zwar um 2,5 Mrd EUR (+2,1%), was jedoch ausschließlich auf die zum Jahresultimo 1999 kapitalisierten Spareinlagenzinsen zurückzuführen war; ohne diese ergab sich ein Nettoabgang von 0,6 Mrd EUR. Damit sind die Spareinlagen nun schon fünf Jahre hintereinander nach Abzug der kapitalisierten Zinsen gesunken.

Der Zuwachs eigener Inlandsemissionen an Nichtbanken

#### Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute

	1998		1999	
	Stand in Mrd EUR	Veränderung in %	Stand in Mrd EUR	Veränderung in %
<b>Bilanzsumme</b>	480,86	+10,3	524,64	+ 9,1
<b>Aktiva</b>				
Direktkredite an inländische Nichtbanken	200,28	+ 3,9	210,80	+ 5,2
Auslandsaktiva	110,74	+ 5,1	131,38	+18,5
<b>Passiva</b>				
Einlagen von inländischen Nichtbanken	166,71	+ 5,0	171,83	+ 3,1
Auslandspassiva	126,94	+ 5,9	147,24	+16,0

Quelle: OeNB.

(+12·1%) war 1999 prozentmäßig beinahe viermal so hoch wie jener der Einlagen und entfiel je rund zur Hälfte auf die begebenen Schuldverschreibungen und die anderen verbrieften Verbindlichkeiten.

Etwa die Hälfte des Bilanzsummenanstiegs resultierte sowohl aktiv- als auch passivseitig aus der Ausweitung der Auslandsforderungen bzw. -verbindlichkeiten. Der Anteil der Auslandsaktiva an der Bilanzsumme stieg um 2 Prozentpunkte auf 25·0%, das ist der höchste je verzeichnete Jahresultimowert. Besonders dynamisch expandierte im abgelaufenen Jahr der Bestand an ausländischen Wertpapieren und Beteiligungen. Auch die Kredite an ausländische Nichtbanken wiesen ein erheblich stärkeres Wachstum als im Vorjahr auf. Bei den Auslandspassiva wuchsen vor allem die Zwischenbankverpflichtungen sowie der Absatz von inländischen Bankenemissionen an Ausländer. Die Einlagen der ausländischen Nichtbanken erhöhten sich hingegen etwas schwächer als im Jahr zuvor.

Nach den Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten im Jahr 1998 und dem damit verbundenen Einbruch bei den besonderen außerbilanzmäßigen Finanzgeschäften konnten die Kreditinstitute 1999 diese wieder massiv steigern (+51·2%). Zum Jahresende betrug der Stand der besonderen außerbilanzmäßigen Finanzgeschäfte 656·4 Mrd EUR, die damit rund 125% der Gesamtbilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute ausmachten.

Der Stand der Eigenmittel der österreichischen Kreditinstitute betrug zum Jahresultimo 35·2 Mrd EUR und ist im Vergleich zu

1998 um 5·8% gestiegen. Der Eigenmittelstand in Prozent der Bemessungsgrundlage gemäß § 22 (2) BWG lag bei 13·9% (1998: 14·3%).

### **Ertragslage**

Im Jahr 1999 lag das Betriebsergebnis um 7·7% unter dem Wert der Vergleichsperiode 1998. Dabei stiegen die Betriebserträge um 0·4%, die Betriebsaufwendungen allerdings um 4·1%. In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme sanken sowohl die Betriebserträge als auch die Betriebsaufwendungen. Das Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen (cost income ratio) betrug im Jahr 1999 70·6% und hat sich somit im Vergleich zum Vorjahr um 2·6 Prozentpunkte verschlechtert.

Der Abwärtstrend der letzten Jahre im Bereich des Nettozins-ertrags setzte sich – wenn auch in abgeschwächter Form – 1999 fort. Die Relation Nettozins-ertrag zu den gesamten Betriebserträgen betrug im Jahr 1999 52·0% (1998: 52·7%), jene zur durchschnittlichen Bilanzsumme 1·24% (1998: 1·36%). Erwähnenswert ist allerdings, dass der Nettozins-ertrag aus dem Inlandsgeschäft unter dem Wert des Jahres 1998 (–11·6%) lag, jener aus dem Auslandsgeschäft allerdings mit 77·4% den Wert des Vorjahres deutlich übertraf. Mit der Einführung des Euro begannen die österreichischen Kreditinstitute, ihr Kredit- und Wertpapierportfolio international zu diversifizieren.

Auf Grund des im Vergleich zu den Einlagen bei den Krediten stärker gefallenem Zinsniveau, hat sich die Zinsmarge im Kundengeschäft infolge des verstärkten Zinswettbewerbs in der Kreditwirtschaft im Jahresverlauf von 2·51 auf 2·23 Prozentpunkte verringert.



Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft stieg neuerlich um 10,9%, wobei insbesondere die Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft zunahmen. Darin spiegelte sich die Abkehr von traditionellen Sparprodukten hin zu höher rentierenden Veranlagungsformen wider. Die Relation Saldo aus dem Provisionsgeschäft zu den Betriebserträgen betrug 22,0% (1998: 19,9%).

Der positive Saldo aus Finanzgeschäften war um 23,8% deutlich geringer als 1998. Dies ist vorwiegend auf den Rückgang des Saldos aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft zurückzuführen (-52,1%). Die mit der Euroeinführung erwarteten Einbußen im Devisengeschäft sind somit eingetreten.

Auf der Aufwandsseite sind die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen um beachtliche 4,0% angestiegen. Die Relation der Personalaufwendungen (gegenüber 1998 +3,6%) zu den Betriebsaufwendungen betrug im Jahr 1999 51,5% (1998: 51,8%). Der Sachaufwand stieg deutlich um 4,8% an. Trotz straffen Kostenmanagements sind vor allem die Vorkehrungen zur Lösung des Jahr-2000-Problems, die Umstellung auf den Euro, die Investitionen in die Informations-

technologie (z. B. Internet-Banking) und der in diesem Zusammenhang vermehrte Einsatz von Fremdpersonal als Grund für diesen Anstieg zu nennen.

Der Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wird mit 1,8 Mrd EUR und damit um 17,6% unter dem Wert der Vergleichsperiode angesetzt, der in Folge der russischen Finanzkrise im Vorjahr besonders hoch war. Für Wertpapiere und Beteiligungen werden neuerlich mehr Wertberichtigungen aufgelöst als gebildet; es wird ein Saldo von 0,3 Mrd EUR erwartet, der 1999 ertragswirksam werden soll (Schätzung 1998: 0,5 Mrd EUR). Die Abschwächung gegenüber dem Vorjahr ist vorwiegend auf eine deutliche Verringerung der bereits realisierten Veräußerungsgewinne zurückzuführen.

Damit ergibt sich ein erwartetes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von knapp 2 Mrd EUR, das sich gegenüber 1998 um 8,1% verschlechtert hat. Unter Einrechnung des außerordentlichen Ertrags und einer gegenüber dem Vorjahr höheren Steuerleistung (0,3 Mrd EUR) rechnen die Kreditinstitute für das gesamte Jahr 1999 mit einem Jahresüberschuss von 1,7 Mrd EUR, der damit um 1,6% über dem vergleichbaren Schätzwert 1998 läge.

### Zinserträge und Zinsaufwendungen im Nichtbankengeschäft

	1998	1999
<b>Forderungen an Kunden</b>		
Erträge in Mrd EUR	13,37	12,54
Durchschnittsstand in Mrd EUR	233,26	251,21
Durchschnittliche Verzinsung in % p. a.	5,73	4,99
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
Aufwendungen in Mrd EUR	5,97	5,37
Durchschnittsstand in Mrd EUR	185,37	194,53
Durchschnittliche Verzinsung in % p. a.	3,22	2,76
<b>Zinsspanne im Nichtbankengeschäft in %</b>	2,51	2,23

Quelle: OeNB.



## Versicherungen, Pensionskassen, Investmentfonds, Bausparkassen

### Versicherungen

Ende Dezember 1999 waren in Österreich 70 Vertragsversicherungsunternehmen tätig. Auf Grund von Fusionen und Restrukturierungen reduzierte sich die Anzahl der meldepflichtigen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um 2 Institute. Von den 70 Vertragsversicherungsunternehmen waren 50 österreichische Aktiengesellschaften, 5 österreichische Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und 15 Zweigniederlassungen ausländischer Versicherungsunternehmen.

Die gesamten Vermögensanlagen der heimischen Versicherungswirtschaft erreichten zum Jahresende 1999 ein Volumen von 52,0 Mrd EUR. Gegenüber 1998 bedeutet dies eine Zunahme um rund 10%. Die größten Zuwächse im Vergleich zu 1998 ergaben

sich im Bereich „Auslandsaktiva“ (+62,8%). In der Kategorie „Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere“ setzte sich die Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre mit 2,3 Mrd EUR (+28,6%) gegenüber 1998 stetig fort. Rückgänge waren bei den Rentenwertpapieren (-13,0%) sowie bei den Darlehen (-7,0%) zu beobachten.

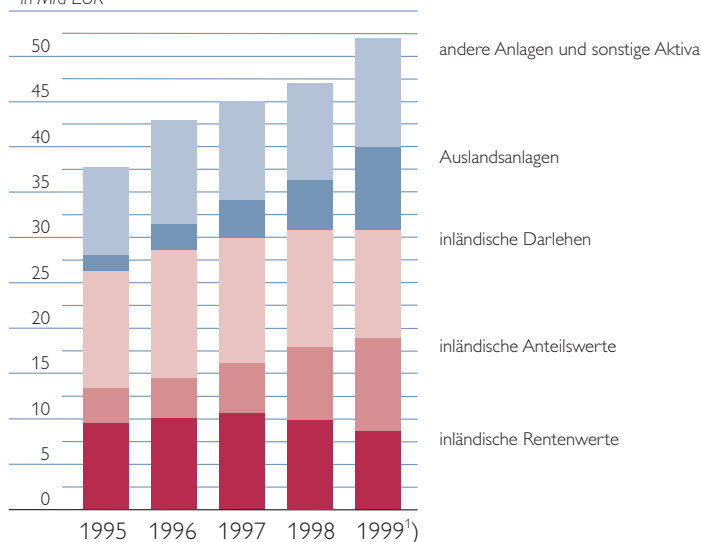
In der Geschäftssparte „Leben“ waren die Zuwächse der Rückstellungen mit 3,3 Mrd EUR bzw. 11,3% höher als 1998 (+2,1 Mrd EUR bzw. +7,7%). Wie schon in den letzten beiden Jahren zu beobachten war, stiegen die Rückstellungen in der Geschäftssparte „Krankenversicherung“ weiter an (1999: +7,6%, 1998: +7,4%, 1997: +8,6%). Marginale Schwankungen kennzeichneten die Entwicklung der Rückstellungen bei der Schaden- und Unfallversicherung.

Das Grundkapital und die Rücklagen nahmen gegenüber dem Vorjahr um 9,7% auf 4,4 Mrd EUR zu.

## Vermögensbestand

### der Vertragsversicherungsunternehmen

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Schätzwerte.

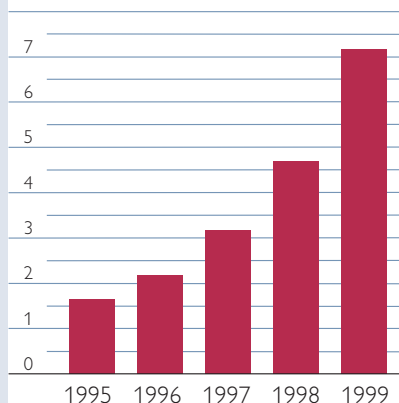
### Pensionskassen

In Österreich waren zum Jahresende 1999 – wie auch schon 1998 – 17 Pensionskassen tätig, wovon 10 als betriebliche und 7 als überbetriebliche Pensionskassen bezeichnet werden können.

Der Vermögensbestand der inländischen Pensionskassen vergrößerte sich im Berichtsjahr gegenüber 1998 um mehr als die Hälfte. Obwohl 1999 eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung beobachtet werden konnte, verlangsamte sich die Wachstumsrate in den ersten drei Quartalen zusehends, ehe sie im vierten Quartal sprunghaft anstieg. Das Auslaufen der steuerbegünstigten Übertragung der direkten Leistungszusagen in

### Vermögensbestand der Pensionskassen

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

eine Pensionskasse mit Jahresende hat diese Entwicklung sicherlich nachhaltig beeinflusst, wenngleich eine derartige Entwicklung – wenn auch etwas schwächer – auch in den Jahren 1996 bis 1998 festgestellt worden war.

Als Hauptveranlagungsform wurden Wertpapiere inländischer Emittenten bestätigt, die vor allem im ersten und dritten Quartal eine steigende Nachfrage verzeichneten.

Innerhalb der Kategorie Wertpapiere schrumpfte das in Rentenwerten angelegte Vermögen kontinuierlich. Zu Jahresende 1999 betrug dieses Vermögen 21,3%. In der 1998 noch deutlich größten Teilkategorie „Eurorentenwerte inländischer Emittenten“ fiel der Wert auf nur 6,4%.

Das Verhältnis Euro zu Fremdwährung zeigte sich 1999 während des gesamten Jahres unverändert. Eine Fortsetzung der Entwicklung 1998 in Richtung mehr Euroveranlagungen konnte nicht festgestellt werden, das Verhältnis hat sich 1999 stabilisiert.

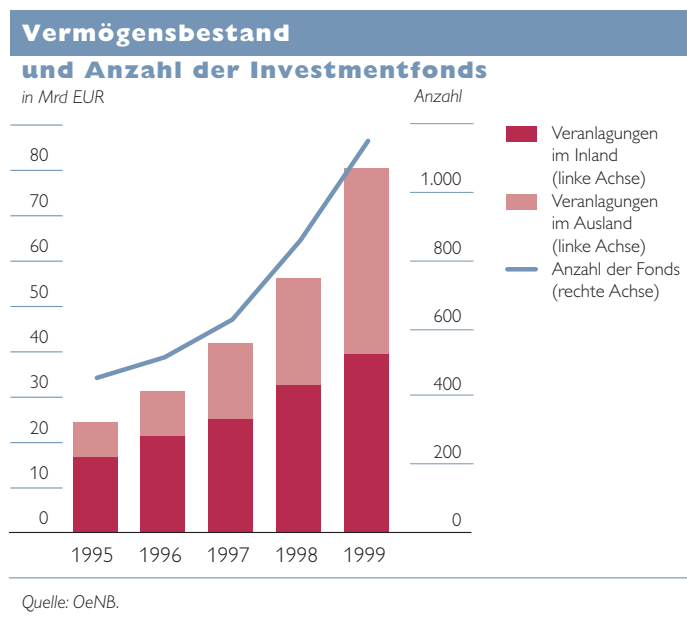
### Investmentfonds

Das schon jahrelang zu beobachtende dynamische Wachstum der heimischen Investmentfonds verstärkte sich 1999 und erreichte mit einem Anstieg des Vermögensbestands von 44,3% die höchste Zunahme seit 11 Jahren. Im vierten Quartal konnte das Fondsvolumen der österreichischen Kapitalanlagegesellschaften die 1.000-Mrd-ATS-Grenze durchbrechen. Auch die Anzahl der Fonds zeigte mit einem zusätzlichen Angebot von 290 Fonds die zunehmend breiter werdende Diversifizierung der heimischen Investmentfondsbranche.

Ende Dezember 1999 verwalteten die 24 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften mit ihren 1.148 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand von 80,3 Mrd EUR. Dies entspricht 41% des BIP.

1999 zeigte sich eine Tendenz von Inlands- zu Auslandsveranlagungen. Diese Verlagerung hat sich nach einer Verlangsamung im Jahr 1998 im Berichtsjahr massiv verstärkt. Wurden 1998 noch rund 52% des Vermögenszuwachses in ausländische Wertpapiere veranlagt, so haben im Berichtsjahr die Veranlagungen im Ausland mit einer Zunahme von 18,3 Mrd EUR (+87,5%) gegenüber der inländischen Fondsvolumensteigerung (bereinigt um inländische Investmentzertifikate) mit 2,6 Mrd EUR bzw. 12,5% massiv überwogen.

Die stärkste Verlagerung in das Ausland erfolgte wie im Vorjahr bei Aktien. So wurde 1999 in Aktien rund zwanzigmal mehr auf ausländischen Kapitalmärkten investiert als im Inland. Aber auch im Rentenbereich floss erstmals mehr Kapital in das Ausland als auf dem inländischen Markt veranlagt wurde.



Vom gesamten Vermögenszuwachs entfielen 43% auf ausländische Rentenwerte, gefolgt von ausländischen Aktien und Beteiligungspapieren mit 27%.

Wie in den Vorjahren verstärkte sich die Tendenz der Anleger, einen höheren Aktienanteil in ihr Portfolio aufzunehmen. Der Anteil der Aktienveranlagung am Gesamtvermögensbestand stieg auf 20,3% (1998: 16,9%). Der Anteil der Rentenwerte sank hingegen von 73,5 auf 65,0%.

Seit März 1998 ist die Bildung von Dachfonds möglich. Dabei handelt es sich um Fonds, die Investmentzertifikate bis zu 100% in das Portfolio der Fonds einstellen dürfen. Dies hat nach einem leichten Anstieg 1998 und im Berichtsjahr mit einem Zuwachs von 340% zu einer massiven Erhöhung der Veranlagung in Investmentzertifikate geführt. Bei 201 aufgelegten Dachfonds machten per Dezember 1999 die Investmentzertifikate bereits 7,9% (6,4 Mrd EUR) am Gesamtvermögensbestand der Investmentfonds aus.

## Bausparkassen

Die österreichischen Bausparkassen verzeichneten 1999, bedingt durch den Zinsrückgang bei anderen Finanzierungsinstrumenten (passiv- und aktivseitige Zinssatzsenkungen), ein turbulentes Jahr.

Das sinkende Zinsniveau bei anderen Kreditformen und die passivseitige Zinssatzsenkung bei Neuabschlüssen im ersten Halbjahr 1999 sowie die zunehmende Konkurrenz von „neuen“ Finanzvorsorgeprodukten, wie Pensionskassen, Versicherungen und Investmentfonds, ließen die Gesamtzahl an Bausparverträgen bzw. die Gesamtvertragssumme deutlich unter die Vergleichswerte 1998 sinken.

Das Verhältnis zwischen Verträgen im Anspar- bzw. Ausleihungsstadium veränderte sich im Berichtsjahr sukzessive in Richtung der Verträge im Ansparstadium: 1998 lag die Anzahl der im Ausleihungsstadium befindlichen Bausparverträge noch 16,3% über dem Berichtsjahr 1999, auch die Vertragssumme der Bausparverträge ging markant zurück (1999: -12,5%).

Bei den Neuabschlüssen konnte ein starker Abwärtstrend in der ersten Jahreshälfte beobachtet werden, der sich im Gegensatz zu den Steigerungen der Jahre zuvor auch im dritten Quartal fortsetzte. Erst im vierten Quartal erhöhte sich die Zahl, analog der Entwicklung vergangener Jahre, wieder. Das Niveau der Vergleichswerte der Vorperioden konnte jedoch nicht erreicht werden.

Bei den aushaftenden Darlehen führten Umschichtungen in andere, attraktivere Finanzierungsformen zu weiteren Rückgängen im ersten Halbjahr; die Lücke zwischen den Einlagen und den aushaftenden

Darlehen wuchs kontinuierlich an. Auf Grund der aktivseitigen Zinssatzsenkung wurde die auseinanderklaffende Schere zwischen Bausparanlagen und aushaftenden Darlehen wieder eingedämmt. Damit konnte die Attraktivität gegenüber anderen Finanzierungsformen wieder gewährleistet werden.

Die im ersten Halbjahr im Vergleich zu 1998 dramatisch gesunkene Finanzierungsleistung (das ist die Inanspruchnahme der im Anschluss an die Ansparperiode bereitgestellten Bauspardarlehen) nahm auf Grund der Zinssatzsenkung ab dem dritten Quartal 1999 wieder sprunghaft zu, sodass die Finanzierungsleistung 1999 insgesamt sogar fast das Niveau des Vorjahres erreichte.

### Renten- und Aktienmarkt

Die Benchmark-Rendite für 10-jährige Staatsanleihen wies im Jahresverlauf 1999 einen trendmäßigen Anstieg auf, und die Fristenstruktur der Kassazinssätze hat sich über den gesamten Laufzeitenbereich nach oben verschoben (Details dazu siehe im Kapitel „Durchführung der Geldpolitik des Eurosystems“).

Nach der starken Aufwärtsbewegung des Wiener Aktienmarktes zu Beginn des Jahres 1999, hat die Notierung in den restlichen Monaten des Vorjahres kaum Hinweise auf eine eindeutige Tendenz geliefert. Zwischen dem 1. Jänner und dem 4. Mai 1999 (Höchststand 1999) stieg der ATX um rund 18% und wies damit ein deutlich höheres Wachstum auf als die europäischen Aktienmärkte, die – gemessen am Dow Jones EURO STOXX – im selben Zeitraum um etwa 13% höher notierten. Die steigende Tendenz der Aktienkurse dürfte in erster Linie auf das optimistische Unter-

nehmervertrauen im Euroraum und der damit einhergehenden günstigen Gewinnerwartungen zurückzuführen sein. Trotz der positiven Entwicklung auf den Aktienmärkten im ersten Quartal 1999 konnte der ATX lediglich einen Teil des Notierungsverlustes gegenüber dem Höchststand im Jahr 1998 (am 4. Mai 1999 lag der ATX noch immer um rund 19% unter dem Niveau des 26. Mai 1998) gutmachen. Von Anfang Mai bis Ende Oktober 1999 verzeichnete der ATX genauso wie der Dow Jones EURO STOXX Notierungsverluste. Die Abwärtsbewegung der Aktienmärkte im Euroraum dürfte dabei wesentlich durch den Anstieg der langfristigen Anleiherenditen belastet worden sein.

ATX und Dow Jones EURO STOXX



Quelle: Datastream, Wiener Börse AG.

In den letzten Monaten des Jahres 1999 kam es auf den europäischen Aktienmärkten wiederum zu Kursgewinnen. Insbesondere der Dow Jones EURO STOXX verzeichnete zwischen dem 20. Oktober und dem 31. Dezember 1999 ein kräftiges Wachstum von etwa 33%. Schwächer fiel die Kurssteigerung des ATX aus, der im

selben Zeitraum um rund 7% anstieg (Endstand 1999: 1.197'82). Diese günstige Stimmung auf den Aktienmärkten kann auf die optimistischen Konjunkturaussichten und die durch die EZB-Zinserhöhung vom November bewirkte Eindämmung des langfristigen Inflationsdrucks zurückgeführt werden. Selbst der fortgesetzte Anstieg der langfristigen Anleiherenditen im Euroraum konnte das positive Klima auf den europäischen Aktienmärkten nicht mehr eintrüben.

Der Umlauf an Rentenwerten stieg 1999 um 12'7 auf 144'3 Mrd EUR. Der überwiegende Teil der Nettoemissionen des Jahres 1999 wurde vom Bund begeben (11'3 Mrd EUR). Im Vergleich dazu betrug die Inanspruchnahme des Rentenmarktes durch die Kreditinstitute 2'0 Mrd EUR. Das Bruttoemissionsvolumen belief sich im Vorjahr auf 33'5 Mrd EUR, wovon rund 59% auf den Bund, 39% auf Bankenemissionen und 2% auf sonstige öffentliche Stellen und sonstige inländische Nichtbanken entfielen.

# Die OeNB als Brücke zwischen Ost und West

## Spektrum der Kooperation der OeNB

### mit mittel- und osteuropäischen Reformländern

OeNB ist Kompetenzzentrum im ESZB für den Prozess der EU-Erweiterung. Kooperation mit den Zentralbanken der Reformländer intensiviert. In den Reformländern uneinheitliche Wachstumsdynamik bei wieder steigender Importnachfrage der EU, beschleunigtes Tempo bei Strukturreformen. Tendenzielle Lockerung der Geldpolitik. Nach Finanz- und Wirtschaftskrise Beruhigung der Lage in Russland, allerdings schleppende Struktur- und Bankenreform.

Ein zentraler Bestandteil der bilateralen Kooperationsaktivitäten der OeNB mit den Zentralbanken Mittel- und Osteuropas ist mittlerweile die Serie von vier einwöchigen Fachseminaren, die 1997 ins Leben gerufen wurden und auf Grund der großen Nachfrage nunmehr jedes Jahr angeboten werden. Die Seminare 1999 betrafen ausgewählte Aspekte des Personalmanagements, der Analyse von Unternehmen und Banken aus Zentralbanksicht, der Zahlungsbilanz- und Finanzstatistik sowie der EU-Integration. Darüber hinaus ist die OeNB bestrebt, die Zusammenarbeit mit den Reformländern durch gemeinsame Projekte zu stärken.

Auf multilateraler Ebene war die OeNB auch 1999 aktiv in die vom IWF koordinierten und von der EU finanzierten Programme für die russische Zentralbank eingebunden. Im Rahmen dieser Kooperation wurden zwei fünfköpfige Delegationen zu den Themen Zahlungsbilanzstatistik und internationale Grundsätze der Rechnungsführung nach Wien eingeladen.

Die Unterstützung der OeNB für das Joint Vienna Institute (JVI) durch finanzielle Beiträge sowie die Entsendung von Vortragenden und die Einladung von Kursteilnehmern in die OeNB wurde 1999 weitergeführt. Im Gefolge der Verlängerung des Mandats des JVI um fünf Jahre bis 2004 wurde Österreich (die OeNB und das BMF) ersucht, seinen Beitrag zum Lehrprogramm des JVI weiter zu erhöhen. 1999 wurden daher zwei einwöchige Seminare der „Austrian Authorities“ zur Rolle der öffentlichen Hand im wirtschaftlichen Wandel sowie zur Privatisierung und zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen organisiert. Die beiden Seminare werden wegen des großen Andrangs im Jahr 2000 wiederholt. Im Zuge der Umgestaltung des Hauptkurses des JVI, der jetzt den Titel „Applied Economic Policy Course“ trägt, wurde eine Österreich-Woche eingeführt. Die enge Zusammenarbeit zwischen OeNB und JVI wird auch durch eine gemeinsam für November 2000 geplante Konferenz weiter bekräftigt.

## Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Reformländern

In den fünf analysierten Ländern (Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien) verlief die Wirtschaftsentwicklung 1999 uneinheitlich, wenngleich zumindest bis Mitte des Jahres eher Abschwächungstendenzen vorherrschten. Während

im ersten Halbjahr 1999 das reale BIP-Wachstum in Polen, der Slowakischen Republik und Ungarn zurückging, durchschritt die Tschechische Republik zur Jahresmitte 1999 die Talsohle ihrer Rezession. Slowenien setzte seine ökonomische Expansion im ersten Halbjahr fort.



	Inflationsrate (VPI)			Budgetsaldo <sup>1)</sup>			Leistungsbilanzsaldo <sup>2)</sup>		
	1997	1998	1999 <sup>3)</sup>	1997	1998	1999 <sup>3)</sup>	1997	1998	1999 <sup>3)</sup>
	Jahresdurchschnitt in %			zu Jahresende in % des BIP			zu Jahresende in Mio USD		
Polen	+14'9	+11'8	+ 7'3	-1'0	-2'4	-2'0	-4.312'0	-6.900'0	-11.700'0
Slowakei	+ 6'1	+ 6'7	+10'5	-5'7	-2'7	-1'9	-1.952'3	-2.063'1	..
Slowenien	+ 8'4	+ 7'9	+ 6'2	-1'2	-0'8	-1'2	36'6	- 3'8	..
Tschechien	+ 8'5	+10'7	+ 2'1	-0'9	-1'6	-1'6	-3.211'0	-1.059'1	..
Ungarn	+18'3	+14'3	+10'0	-4'0	-3'7	-2'9	- 981'0	-2.298'0	- 2.076'0

Quelle: WIIW, nationale Statistiken.

<sup>1)</sup> Die Budgetsalden sind nur bedingt vergleichbar, da die Berechnungsmethoden von Land zu Land deutlich unterschiedlich sind.

<sup>2)</sup> Zahlungsbilanzdaten.

<sup>3)</sup> Vorläufig bzw. Schätzungen.

In der zweiten Jahreshälfte war, ausgehend von der Belebung der Wirtschaftsaktivität in der EU, eine Stimulierung des Wachstums in den erwähnten Ländern zu beobachten.<sup>1)</sup>

Die Arbeitslosigkeit wuchs 1999 in Polen, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, während sie in Ungarn und Slowenien fiel. Mit Ausnahme Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns zeigte die Inflationsrate im Laufe des Jahres 1999 Auftriebstendenzen. Letztere waren vor allem in der Slowakischen Republik deutlich, wo zur Jahresmitte ein Importzuschlag von 7% eingeführt, die Mehrwertsteuer erhöht und starke Anhebungen administrierter Preise durchgeführt wurden. In Slowenien wurde Mitte des Jahres die Mehrwertsteuer eingeführt.

Die weitere Budgetkonsolidierung gelang den Ländern 1999 in unterschiedlichem Maß. Nur die Slowakische Republik hielt es für notwendig, ein restriktives Maßnahmenpaket zu beschließen, um ihr Budgetdefizit innerhalb der geplanten Zielgröße zu halten. In Reaktion auf schlechter als erwartete ökonomische Entwicklungen akzeptierte die Tschechische Republik eine geringfügige Ausweitung des Fehlbetrags des Staatshaushalts.

Auch die außenwirtschaftliche Entwicklung war uneinheitlich. Alle Länder zeichneten sich 1999 durch Handels- und Leistungsbilanzdefizite aus. Die Tschechische und die Slowakische Republik, die gerade eine Rezession oder ein Austeritätsprogramm durchmachten, konnten Verbesserungen ihrer außenwirtschaftlichen Ergebnisse vorweisen. Die Salden Ungarns lagen in etwa auf dem Vorjahresniveau. Slowenien wies nach Jahren einer ausgeglichenen Leistungsbilanz ein Defizit aus. Für die rückläufigen Fremdenverkehrseinnahmen des Landes war der Jugoslawienkrieg mit verantwortlich. Besorgnis erregend erscheint die weitere Passivierung der Leistungsbilanz in Polen, auch vor dem Hintergrund der Dynamik der Expansion der entsprechenden Fehlbeträge in den vergangenen drei Jahren.

Unterschiedlich entwickelte sich ferner die Bruttoauslandsverschuldung 1999. Während sie

	Bruttoinlandsprodukt real			Arbeitslosenquote		
	1997	1998	1999 <sup>1)</sup>	1997	1998	1999 <sup>1)</sup>
	Veränderung zum Vorjahr in %			zu Jahresende in %		
Polen	+6'8	+4'8	+4'1	10'3	10'4	13'0
Slowakei	+6'5	+4'4	+2'0	12'5	15'6	19'2
Slowenien	+4'6	+3'9	+3'7	14'8	14'6	13'0
Tschechien	+0'3	-2'7	-0'7	5'2	7'5	9'4
Ungarn	+4'6	+4'9	+4'3	11'0	9'6	9'6

Quelle: Nationale Statistiken.

<sup>1)</sup> Vorläufig bzw. Schätzungen.

<sup>1)</sup> Siehe auch Schardax, F. (2000). *Developments in Selected Countries*. In: OeNB, *Focus on Transition*, 2/1999, Seiten 10–27, Jänner.

in der Tschechischen und der Slowakischen Republik gegenüber Ende 1998 sank, blieb sie in Polen<sup>1)</sup> auf hohem Niveau stabil und wuchs in Ungarn und Slowenien. Der Stand der Währungsreserven (exklusive Gold) war in den meisten Ländern 1999 stabil.

Auf den Devisen- und Wertpapiermärkten kam es zu kurzfristigen Ansteckungseffekten der Russland- und Brasilienkrise, die im Fall der Russlandkrise zu einem vorübergehenden Rückgang der Aktienkurse bzw. zu einem Abwertungsdruck führten und in beiden Fällen die Volatilität der Märkte erhöhten. In den Folgemonaten beruhigte sich die Entwicklung wieder, und die meisten Aktienindizes erreichten Mitte 1999 wieder ihr Vorkrisenniveau. Während die Währungen aller beobachteten Länder 1999 gegenüber dem US-Dollar nominell leicht abwerteten, blieben die meisten gegenüber dem Euro mehr oder weniger stabil, mit Ausnahme des polnischen Zloty und des slowenischen Tolar, die an Wert einbüßten. Die Auswirkungen der Russlandkrise auf die Bankensysteme der Reformländer hielten sich in Grenzen, da die Gläubigerposition der Banken gegenüber der Russischen Föderation insgesamt gering ist.

Die Geldpolitik in den untersuchten Ländern war 1999 weiterhin von einer Tendenz zur Lockerung gekennzeichnet, mit Ausnahme Polens, das im September und November Leitzinserhöhungen durchführte. Die Zinsanpassungen durch die polnische Zentralbank im November fielen besonders kräftig aus (Diskont- und Lombardsatz um je 350 Basispunkte auf 19 bzw. 20,5%, Interventionssatz um 250 Basispunkte auf 16,5%). Begründet

wurden die Zinsanpassungen damit, dass Inflation und Leistungsbilanzdefizit stärker als erwartet anstiegen. In der Tschechischen Republik wurden im Jahresverlauf die Zinsen in mehreren Schritten reduziert. So wurde der Diskontsatz von 7,5 auf 5% zurückgenommen. Der Mindestreserve-Satz wurde im Oktober gesenkt. Während die Geldpolitik in der Slowakischen Republik 1999 restriktiv blieb, sorgte eine Senkung des Mindestreserve-Satzes im April (von 9 auf 8%) für eine leichte Entspannung. Nach kurzer Unterbrechung im Gefolge der Russlandkrise kehrte die ungarische Zentralbank im November 1998 wieder zu ihrer Politik der häufigen und kleinen Zinssenkungen zurück. So wurde der Basiszinssatz im Jahresverlauf 1999 von 17,0 auf 14,5% reduziert. Im Jänner 2000 führte die Währungsbehörde eine größere allgemeine Zinssenkung durch, was unter anderem mit gefallenem Risikoprämien infolge der EU-Annäherung des Landes begründet wurde. Nach einer Senkung der Diskont- und Lombardsätze in Slowenien Anfang 1999 (um jeweils 200 Basispunkte auf 8 bzw. 9%) blieb die slowenische Zinspolitik unverändert.

Slowenien und die Slowakische Republik verfolgten in ihrer Geldpolitik 1999 weiterhin Geldmengenziele<sup>2)</sup> und ließen ihre Währungen im Rahmen eines „managed float“ schwanken. Die Tschechische Republik ging Anfang 1998 und Polen Anfang 1999 zu direkten Inflationszielen über, wobei Polen einstweilen sein Crawling-Band-Regime weiter beibehält und die Tschechische Republik einen „managed float“ betreibt. Die tatsächlichen Preisänderungsraten 1999 dürften die angepeilten Werte

1 Erstes Halbjahr 1999.

2 Die Slowakische Republik orientiert sich zunehmend auch an einem Inflationsziel.

jedoch in der Tschechischen Republik deutlich unter- und in Polen überschreiten. Die polnische Zentralbank beschloss im März 1999 die Absenkung der monatlichen Crawling-Peg-Rate von 0,5 auf 0,3% und die Ausweitung des Fluktuationsbands von 12,5 auf 15% beidseitig der Zentralparität. Die Währungsbehörden beabsichtigen, den Zloty im Jahr 2000 frei floaten zu lassen, um ihn später fix an den Euro zu binden. Auch Ungarn führte die schrittweise Senkung des monatlichen Abwertungs-

satzes seines Crawling-Peg-Systems fort: von 0,7% Ende 1998 auf 0,4% am 1. Oktober 1999. Am 1. Jänner 2000 ging Ungarn zu einem 100-Prozent-Euro-Peg über. Die ungarische Zentralbank möchte bis 2001 den Crawling Peg auslaufen lassen, das Fluktuationsband ausweiten und danach den Forint ebenfalls fix an den Euro binden. Die drei Länder mit Managed-Float-Regimes übernahmen Anfang 1999 den Euro (an Stelle der D-Mark) als Referenzwährung.

#### 10 Jahre Ostöffnung: Auswirkungen auf Österreich

*Die Öffnung Osteuropas für Marktwirtschaft und Demokratie war das bestimmende Ereignis des letzten Jahrzehnts. Die EU schloss mit zehn mittel- und osteuropäischen Ländern Europaverträge ab und bot eine Perspektive zum Beitritt an. Die neuen Marktwirtschaften lenkten erfolgreich ihren Außenhandel in den Westen um, führten Wirtschaftsreformen durch und näherten den Rechtsbestand an jenen der EU an.*

*Seit Beginn der Transformation in Osteuropa hat Österreich bei der Intensivierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu seinen Nachbarn im Osten eine Vorreiterrolle innegehabt. Bereits vor dem EU-Beitritt erleichterte Österreich den Osthandel durch Freihandelsabkommen, die 1995 durch die Assoziationsabkommen der EU mit den Ländern Mittel- und Osteuropas (Europaabkommen) ersetzt wurden. Der Anteil dieser Länder (einschließlich GUS und dem ehemaligen Jugoslawien) an den gesamten österreichischen Warenexporten stieg von 9,9% im Jahr 1989 auf 16,6% im Jahr 1998 an. Österreich erwirtschaftet seit der Ostöffnung einen Handelsbilanzüberschuss mit diesen Ländern, der im Jahr 1998 2,3 Mrd EUR betrug.*

*Auch bei ausländischen Direktinvestitionen in den Reformländern (Polen, Kroatien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) rangierte Österreich – vor allem im Finanzsektor und im Handel – 1998 mit 8,8% an vierter Stelle (nach Deutschland, den USA und Frankreich).*

*Steigende Einkommen in diesen Ländern haben positive Auswirkungen auf den heimischen Tourismus. Die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt wichtige Impulse für die regionale Kooperation im Umweltschutz und den Ausbau der Infrastruktur. Das WIFO schätzt das zusätzliche reale BIP-Wachstum Österreichs infolge der Ostöffnung zwischen 1989 und 1994 auf 1,3 Prozentpunkte. In diesem Zeitraum war ein Nettozuwachs von geschätzten 20.000 Beschäftigten zu verzeichnen. Die Anpassungskosten<sup>1)</sup> der von der Öffnung betroffenen Industriezweige in Österreich lagen unter den Erwartungen. Berechnungen haben ergeben, dass sich die positiven Auswirkungen der Ostöffnung auf Österreichs Wirtschaft bei einer EU-Osterweiterung<sup>2)</sup> verstärken werden.*

*Die Effekte eines EU-Beitritts der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten sind auf Grund der unterschiedlichen Wirtschaftskraft beider Regionen asymmetrisch. Die geschätzten BIP-Veränderungen bleiben für die EU sehr gering, wobei hier vor allem Länder mit intensiveren Verflechtungen stärker profitieren dürften (vor allem Österreich, Deutschland und Italien). Massive Auswirkungen sind allerdings in den Beitrittsländern selbst zu erwarten. Die positiven Effekte auf das Wirtschaftswachstum der Beitrittskandidaten werden im konservativen Szenario auf 1,5%, unter Berücksichtigung dynamischer Effekte (vor allem höherer Investitionen in den Beitrittsländern) auf bis zu 18,8% geschätzt, wodurch sich der wirtschaftliche Aufholprozess in Österreichs unmittelbarer Nachbarschaft beschleunigt.*

1 Siehe Breuss, F. und Schebeck, F. (1995). Ostöffnung und Osterweiterung der EU. WIFO-Monatsberichte Nr. 2/1995.

2 Siehe Keuschnigg, C. und Kohler, W. (1999). Die Osterweiterung der EU: Ökonomische Kosten und Nutzen für die gegenwärtigen Mitgliedsländer? Der Fall Österreichs. Studie XIX/B1/9801, Europäische Kommission, Brüssel.

**Strukturreformen**

Fortschritte im Bereich der Strukturreformen verliefen in den fünf Ländern uneinheitlich, doch haben jene Länder, die im Vorjahr mit Reformen nachhinkten – die Tschechische Republik, die Slowakische Republik und Slowenien – 1999 im Reformtempo aufholen können. Die strategische Zielrichtung ist in allen Reformländern klar auf einen EU-Beitritt und damit auf die Anpassung der bestehenden Rechtsnormen an EU-Richtlinien ausgerichtet. In den meisten Ländern ist die Privatisierung des Unternehmenssektors vorangekommen, sodass die Aufmerksamkeit nun auf einzelne Betriebe oder Zweige (z. B. Telekommunikation) gerichtet ist. Das bedeutet aber keineswegs, dass damit der Strukturwandel überall zufrieden stellend bewältigt wäre. Die tschechische Regierung verabschiedete z. B. im April 1999 ein Revitalisierungsprogramm für große verlustträchtige Konglomerate. Die Slowakische Republik hat ähnliche Probleme zu meistern. In Polen steht die Sanierung der überdimensionierten Kohle- und Stahlindustrie überwiegend noch an. Größere Privatisierungsprojekte wurden in den Öl-, Versicherungs- und Luftfahrtbranchen durchgeführt. In Slowenien geht es unter anderem um die Erleichterung der Eigentumskonzentration in privatisierten Betrieben, die früher Gegenstand der Arbeiterselbstverwaltung waren. Damit soll ihre Wettbewerbsfähigkeit angehoben werden.

Im Bereich der Bankenreform und -privatisierung war die Entwicklung 1999 unterschiedlich. In den meisten Ländern leidet der Finanzsektor unter einem erheblichen Ausmaß Not leidender

Forderungen. 1999 privatisierte die Tschechische Republik die drittgrößte Bank des Landes und rekaptitalisierte für die Privatisierung andere Großbanken. Im Februar 2000 wurde etwa die Hälfte des Kapitals der zweitgrößten Bank verkauft. Im Oktober 1999 privatisierte Ungarn die größte Geschäftsbank des Landes. Im Juni wurden die Staatsanteile zweier großer polnischer Geschäftsbanken in Privateigentum übergeführt. In der Slowakischen Republik stehen wichtige Bankenprivatisierungen noch bevor, und es wurden lediglich bei zwei Kreditinstituten Kapitalerhöhungen – durch Übertragung von Zentralbankreserven – durchgeführt. Die slowakische Zentralbank schätzt die Kosten der Bankenrestrukturierung auf insgesamt 10 bis 12% des jährlichen BIP. Ende Juli 1999 billigte die slowenische Regierung die (Teil-)Privatisierung der beiden größten Kreditinstitute des Landes.

Slowenien setzte 1999 auf Grundlage des EU-Assoziierungsabkommens strukturelle Reformschritte. So trat im Februar ein neues Bankwesengesetz in Kraft, das ausländischen Banken Niederlassungsfreiheit gewährt und Auslandsinvestitionen in slowenische Banken liberalisiert. Schrittweise lockerte die slowenische Zentralbank Kapitalverkehrskontrollen, und seit April ist ein neues Devisengesetz in Kraft. Anfang 1999 trat in der Tschechischen Republik ein Regierungserlass über Kapitaltransaktionen in Kraft, der verbleibende Restriktionen wie die Begebung ausländischer Wertpapiere auf tschechischen Märkten abschaffte. In Polen gilt seit Jänner 1999 ein neues Devisengesetz, das Beschränkungen auf mittel- und langfristige

Kapitalbewegungen im OECD-Raum aufhob. Ähnliche Zielsetzungen hat die Anfang 2000 in Kraft getretene slowakische Devisengesetznovelle. Ungarn begab Ende Oktober 1999 als erste Übergangswirtschaft eine zinsvariable Anleihe auf dem Eurokapitalmarkt.

Steuer- und Pensionsreformpläne und -maßnahmen waren 1999 in den meisten der betrachteten Länder von Bedeutung. Bei den Steuerreformen geht es in der Regel um eine Vereinfachung des Systems

(Annäherung des Systems der indirekten Steuern an EU-Normen bei Streichung von Ausnahmeregelungen); bei den Pensionsreformen gibt es Bemühungen, das bisherige Umlagesystem durch ein Kapitaldeckungssystem zu ergänzen. Letzteres erweist sich als kompliziert und kostspielig und führte in Polen und Ungarn zu Problemen. In Slowenien wurde die bestehende Umsatzsteuer am 1. Juli 1999 durch eine 19-prozentige Mehrwertsteuer ersetzt.

#### Entwicklungen der EU-Erweiterung

1999 gelangen den Reformländern weitere Schritte in ihrem EU-Annäherungsprozess. Sloweniens EU-Assoziationsvertrag trat am 1. Februar 1999 in Kraft. Noch im November 1998 wurden substantielle Beitrittsverhandlungen mit den Ländern der „ersten Welle“ (Estland, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Slowenien sowie Zypern) aufgenommen. Der Europäische Rat in Wien (Dezember 1998) folgte der Empfehlung der Europäischen Kommission, den Kreis der Länder, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden, noch nicht zu erweitern, verwies aber unter anderem auf die Fortschritte, die Lettland, Litauen und die Slowakische Republik gemacht haben, und damit auf die künftige Aussicht der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit diesen Staaten.

Das Acquis Screening wurde im Sommer 1999 mit allen zwölf Beitrittskandidaten im Großen und Ganzen abgeschlossen. Im Herbst 1999 erfolgte die Eröffnung von Verhandlungen mit den Kandidaten der „ersten Welle“ zu den aus Zentralbanksicht wichtigen Kapiteln Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), Freier Kapitalverkehr und Dienstleistungsverkehr (Finanzdienstleistungen). Das Kapitel WWU wurde in der letzten Verhandlungsrunde im Dezember 1999 provisorisch abgeschlossen. Demnach werden die Länder als Pre-Ins der WWU beitreten, aber an der gemeinsamen Währung vorerst nicht teilnehmen. Die Notenbankgesetze der sechs Länder hinsichtlich Unabhängigkeit der Währungsbehörde wurden weitgehend an EU-Standards angepasst. Während der Erwerb von Grund und Boden (freier Kapitalverkehr) durch Ausländer die größte Hürde darstellt, haben die Kandidatenländer für die Finanzdienstleistungen ehrgeizige Rechtsharmonisierungsfahrpläne vorgelegt und nur wenige Übergangsregelungen beantragt.

Im Oktober 1999 legte die Europäische Kommission die Fortschrittsberichte 1999 der Kandidatenländer zum EU-Beitritt vor und machte den Vorschlag, die Beitrittsverhandlungen auf alle mittel- und osteuropäischen Kandidaten auszudehnen, also alle Länder der „zweiten Welle“ – Lettland, Litauen, die Slowakische Republik, Rumänien, Bulgarien sowie Malta – einzubeziehen. Der Beitrittsprozess soll in Zukunft vollkommen flexibel ablaufen und sich ausschließlich am Vorbereitungsgrad des jeweiligen Kandidatenlandes orientieren. Die EU soll bis Ende 2002 die internen Voraussetzungen für die Erweiterung schaffen (Institutionenreform). Die Türkei wird erstmals als Beitrittskandidat bezeichnet, erfüllt aber derzeit weder die politischen noch die ökonomischen Kriterien und kommt daher für die Aufnahme von Verhandlungen vorerst nicht in Frage. Der EU-Ratsgipfel im Dezember 1999 in Helsinki folgte weitgehend den Empfehlungen der Europäischen Kommission, sodass die Beitrittsverhandlungen mit den Ländern der „zweiten Welle“ im Februar 2000 aufgenommen wurden.



## Kosovokonflikt, Stabilitätspakt für den Balkan und Entwicklung in Südosteuropa

Der Kosovokonflikt<sup>1)</sup>, der im NATO-Militäreinsatz gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (März bis Juni 1999) gipfelte, hatte negative ökonomische Rückwirkungen für die Länder der Region: Albanien, Mazedonien und die jugoslawische Teilrepublik Montenegro mussten massive Flüchtlingsströme beherbergen. Dies hatte direkte budgetäre Effekte und Nachfrageeffekte, die aber – mit Ausnahme Montenegros – durch internationale humanitäre Hilfe und Finanzhilfe erheblich gemildert wurden. In der Bundesrepublik Jugoslawien wurde der Kapitalstock massiv zerstört, was zur Kontraktion des jugoslawischen BIP um 25 bis 40% im Jahr 1999 führte. Der Außenhandel mit der Bundesrepublik Jugoslawien und der viel größere Transithandel über Jugoslawien wurden schwer beeinträchtigt, was alle Länder der Region in Mitleidenschaft zog.

Das WIIW schätzt die Kosten des Jugoslawienkriegs in Mazedonien auf 5% des BIP, in Bosnien-Herzegowina auf 3%, in Bulgarien und Albanien auf 2%, in Kroatien auf 1% und in Rumänien auf 0,5%.<sup>2)</sup> Für die unmittelbaren Nachbarn der Bundesrepublik Jugoslawien (ohne Ungarn) schätzte der IWF Zahlungsbilanzverluste von insgesamt 2,4 Mrd USD, die in den meisten Ländern durch restriktive makroökonomische Maßnahmen sowie internationale Finanzhilfe ausgeglichen werden konnten.<sup>3)</sup> Die Europäische Kommission schätzt die Kosten für den Wiederaufbau allein im Kosovo auf 2,0 bis 3,5 Mrd USD.

1999 wurden internationale Makrofinanzhilfen für Bulgarien, Mazedonien, Albanien und Bosnien-Herzegowina beschlossen. Für den Kosovo fanden zwei internationale Geberkonferenzen mit Zusagen von insgesamt 3,15 Mrd EUR statt. Die Gebergemeinschaft hat Finanzhilfen für Jugoslawien an die Demokratisierung des Landes geknüpft. Das Land ist auch weiterhin Opfer der „äußeren Mauer der Sanktionen“ (Nichtmitgliedschaft im IWF und der Weltbank), der den Zugang zu internationalen Finanzmärkten versperrt. Einstweilen finanziert Belgrad seine Politik des „autarken Wiederaufbaus“ durch die Notenpresse, was die Inflation des jugoslawischen Dinar, trotz Preiskontrollen, rasch in die Höhe trieb.

Am 10. Juni 1999 wurde im Anschluss an den EU-Rat auf einer internationalen Tagung in Köln der „Stabilitätspakt für den Balkan“ verabschiedet. Seine Ziele sind es, Spannungen und Krisen in der Region zu dämpfen, Demokratie und gute Nachbarschaft zu fördern, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen und die Schaffung funktionsfähiger Marktwirtschaften zu unterstützen. Dies soll durch die Koordinierung konkreter finanzieller Hilfsmaßnahmen und Projekte geschehen. Ende Juni wurde die UNO-Übergangsverwaltung für den Kosovo (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo/ UNMIK) gebildet. Wirtschaftliche Angelegenheiten werden darin von der EU geleitet. Die UNO-Verwaltung schaffte Anfang September 1999 das offizielle Währungsmonopol des jugoslawischen Dinar

- 1 Siehe Barisitz, S. (1999). *The Southeast European Nonassociated Countries – Economic Developments, the Impact of the Kosovo Crisis and Relations with the EU*. In: *OeNB, Focus on Transition*, 1/1999, Seiten 60–95, September.
- 2 Siehe Gligorov, V. (1999). *The Kosovo-Crisis and the Balkans: Background, Consequences, Costs and Prospects*. WIIW *Current Analysis and Country Profiles*, Juni.
- 3 Siehe IWF (1999). *Economic Prospects for the Countries of South East Europe in the Aftermath of the Kosovo Crisis*, 22. September.



in der serbischen Provinz ab und legalisierte den Gebrauch ausländischer Währungen. Die UNMIK führt ihre Bücher und leistet budgetäre Zahlungen in D-Mark.

Die Europäische Kommission schlug vor, den Ländern des „Westbalkan“ (EU-Sprachgebrauch für die fünf nicht an die Union assoziierten Länder Südosteuropas – Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien, Albanien) bei Erfüllung bestimmter politischer und ökonomischer Bedingungen den Abschluss eines neuen Typs von Assoziationsverträgen – „Assoziations- und Stabilisierungs-

abkommen“ – anzubieten. Seit dem Ende des Jugoslawienkriegs gaben politische Spannungen zwischen Belgrad und der reformorientierten Regionalregierung der Teilrepublik Montenegro und die sich beschleunigende Inflation des jugoslawischen Dinar Selbständigkeitsbestrebungen der Teilrepublik Auftrieb. Die montenegrinische Regierung führte Anfang November die D-Mark als offizielle Parallelwährung zum Dinar ein. Kurz darauf brachen die serbischen Behörden die Bankverbindungen und Anfang Februar 2000 den Güterverkehr zwischen Serbien und Montenegro ab.

## Wirtschaftsentwicklung in der Russischen Föderation

Stimuliert von der realen Rubelabwertung seit der Finanzkrise vom August 1998 um etwa 45% und dem Wiederanstieg der Weltmarktpreise für Erdöl und andere wichtige russische Exportrohstoffe erholte sich die russische Wirtschaft im Laufe des Jahres 1999 überraschend schnell. Obwohl damit nur das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden konnte, wurde doch 1999 das größte jährliche Wirtschaftswachstum seit dem UdSSR-Zusammenbruch erzielt. Allerdings beruhen die Erholungstendenzen auf einem schwachen makroökonomischen Fundament, ferner werden Strukturreformen ungenügend vorangetrieben.

### Makroökonomische Entwicklung

Im Jahr 1999 nahmen das BIP (nach vorläufigen Angaben) um 3,2% und die russische Industrieerzeugung um 8% gegenüber dem Vorjahr zu. Dies ist in erster Linie auf eine

erfolgreiche Importsubstitution in verschiedenen Konsumgüterbereichen, aber auch auf eine Exportausweitung in energieorientierten Branchen zurückzuführen. Das verarbeitende Gewerbe hat rasch auf die Rubelabwertung reagiert, obwohl auch einzuräumen ist, dass das inländische Preisniveau für Energieinputs 1999 real gesenkt wurde. Trotz Ölpreisanstiegs und Anhebung der Energieexporte konnte die Extraktionsleistung der Brennstoffindustrie in den ersten

### Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsdaten in der Russischen Föderation

	1997	1998	1999 <sup>1)</sup>
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	+ 0,9	- 4,9	+ 3,2
Arbeitslosenquote <sup>2)</sup> (zu Jahresende in %)	11,2	13,3	12,0
Inflationsrate (VPI; Jahresdurchschnitt in %)	+14,8	+27,6	+85,7
Budgetsaldo <sup>3)</sup> (zu Jahresende in % des BIP)	- 7,0	- 5,0	- 1,7
Leistungsbilanzsaldo <sup>4)</sup> in Mrd USD	+ 4,0	+ 1,6	+19,0

Quelle: Nationale Quellen, IWF, WIW.

<sup>1)</sup> Vorläufig bzw. Schätzungen.

<sup>2)</sup> ILO-Methode.

<sup>3)</sup> Bundesbudget; IWF-Definition.

<sup>4)</sup> Zahlungsbilanzdaten.

drei Quartalen 1999 (im Vergleich zur entsprechenden Periode 1998) nur um rund 2% gesteigert werden. Wenngleich staatliche preispolitische Eingriffe auf dem Binnenmarkt und Exportsteuern in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, ist der Kapitalverschleiß in der Produktions- und Transportinfrastruktur (Pipelines), der zu Engpässen führte, hoch.

Die Agrarproduktion wuchs 1999 um 2,4%, der Tertiärsektor stagnierte. Während die Anlageinvestitionstätigkeit 1999 um etwa 1% zunahm, haben sich die Verbrauchernachfrage und der Lebensstandard von den massiven Kaufkraftverlusten nach der Augustkrise 1998 bisher nur geringfügig erholt. Der Einzelhandelsumsatz schrumpfte, da die Realeinkommen der Bevölkerung 1999 um etwa 15% zurückgingen. Die Arbeitslosenquote betrug Ende 1999 12,0%. Da die Einfuhren stark schrumpften, während die Ausfuhren (insgesamt) stagnierten, wurden Rekordüberschüsse in der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz erwirtschaftet. Vor allem auf Grund kostenbedingter Produktionsverlagerungen wuchsen die bescheidenen ausländischen Direktinvestitionen in Russland. Zahlungsrückstände, Barter und Geldsubstitute sind nach wie vor weit verbreitet und verursachen hohe ökonomische Kosten.

1999 waren sowohl die Fiskalpolitik als auch, in geringerem Maße, die Geldpolitik restriktiv, und es gelang der Regierung, die Steuereinnahmen zu verbessern. Höhere Exporteinnahmen auf nationaler Währungsbasis, bestimmte Steuer- und Zollerhebungen sowie die wirtschaftliche Erholung trugen zur Verbesserung der fiskalischen Position bei. Während im Bundes-

budget erstmals ein Primärüberschuss erwirtschaftet wurde, sank das Defizit 1999 auf 1,7% des BIP (1998: 5,0%). Finanziert wurde der Fehlbetrag überwiegend durch die Zentralbank sowie durch internationale Finanzorganisationen.

Ende Juli 1999 wurde mit dem IWF ein Stand-by-Abkommen in Höhe von 3,3 Mrd SZR (etwa 4,5 Mrd USD) abgeschlossen. Im Anschluss daran nahmen auch die Weltbank und Japan ihre Finanzhilfen wieder auf. Im August einigte sich Russland mit den Pariser-Club-Gläubigerländern auf eine Umschuldung über 8,1 Mrd USD. Eine umfassendere Lösung für die staatlichen Schulden über 42 Mrd USD soll Ende 2000 verhandelt werden. Mitte Februar 2000 konnte auch mit dem Londoner Club der Geschäftsbanken eine Vereinbarung erzielt werden. Die Gesamtverbindlichkeiten Russlands einschließlich der seit September 1998 aufgelaufenen Überfälligkeiten gegenüber dem Londoner Club belaufen sich auf 32 Mrd USD. Etwa ein Drittel (10,6 Mrd USD) der Gesamtschuld wurde erlassen. Der Rest wurde gegen neue langfristige russische Eurobonds (Laufzeit überwiegend 30 Jahre) getauscht. Damit gelang es, den in den nächsten Jahren fälligen Schuldendienst zu reduzieren und die Budgetlage zu erleichtern. Russland beglich 1999 weiterhin die „russischen“ Schulden im Gegensatz zu jenen aus sowjetischer Zeit. Die souveräne Auslandsschuld des Landes betrug Ende 1998 152,4 Mrd USD (davon die „russische“ Schuld 55,4 Mrd USD).

Seit Anfang Oktober 1999 hält der IWF die weitere Auszahlung des Stand-by-Kredits zurück. Obgleich sich die makroökonomischen Daten Russlands in der zweiten

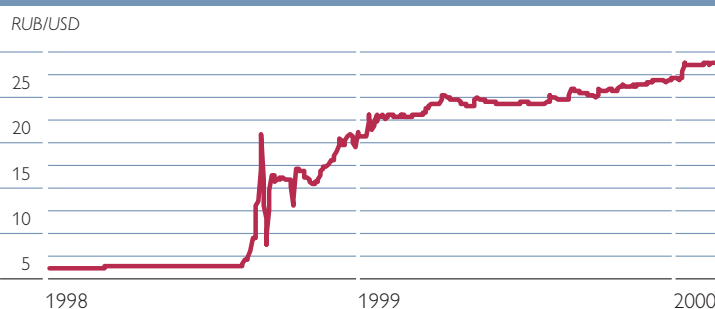
Jahreshälfte 1999 viel günstiger entwickelten, wurden einige strukturelle Zielsetzungen des IWF-Programms nicht zeitig erreicht. Die Hauptgründe der Zurückbehaltung dürften aber im Zusammenhang mit den im Spätsommer 1999 aufgetretenen Geldwäschevorwürfen gegen Teile des russischen politischen Establishments und dem seit Ende September geführten zweiten Tschetschenienkrieg zu suchen sein.

Die Befürchtungen einer Hyperinflation nach der Krise 1998 haben sich 1999 nicht bestätigt. Vielmehr waren die monatlichen Inflationsraten in der Tendenz rückläufig und bewegten sich in der zweiten Jahreshälfte im Durchschnitt unter 2%. Die Jahrespreisänderungsrate 1999 (VPI) betrug 36,5%. Ein wesentlicher Grund für den Rückgang der Inflation war die Stabilisierung der Budgetlage, die das Ausmaß der erforderlichen Defizitfinanzierung durch die Währungsbehörde reduzierte. Zum anderen hat die Zentralbank nur in begrenztem Maße Liquiditätskredite an insolvente Geschäftsbanken gewährt. Die Geldbasis nahm im Laufe des Jahres 1999 um 45%, die Geldmenge M2 um etwa 44% zu. Die während der Krise eingeführten Devisenkontrollen, die zur Wechselkursstützung beitrugen, wurden wieder gelockert bzw. aufgehoben.

Schließlich intervenierte die Zentralbank auch selbst wiederholt auf dem Devisenmarkt. Der Wechselkurs fiel von 21 RUB/USD im Dezember 1998 auf 27 RUB/USD im Jahresverlauf 1999 ab. In den ersten beiden Wochen 2000 kam die Währung unter stärkeren Abwärtsdruck.<sup>1)</sup> Letzteres wird unter anderem auf erhöhte Devisen-

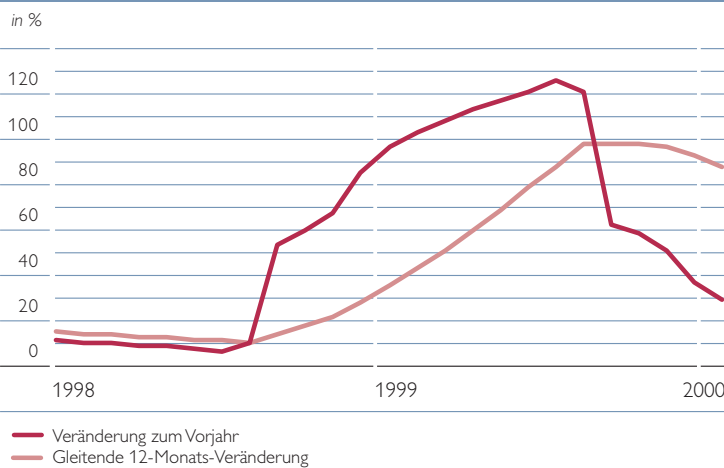
käufe der Zentralbank zur Aufstockung ihrer Reserven zurückgeführt, da diese trotz des hohen Leistungsbilanzüberschusses auf niedrigem Niveau blieben. Das deutet auf weiterhin erhebliche Kapitalflucht hin.

#### Wechselkursentwicklung des Rubel zum US-Dollar<sup>1)</sup>



Quelle: Datastream.  
1) Aufwärtsbewegung = Abwertung.

#### Inflationsentwicklung in Russland



Quelle: WIIW.

1) Anfang Februar 2000 betrug der Kurs 28,6 RUB/USD.

### Strukturreformen

Die Strukturreformen gingen schleppend voran. Das russische Bankensystem ist nach wie vor von der Krise 1998 massiv geschwächt und wird seiner Funktion als Intermediär in völlig unzureichendem Umfang gerecht.<sup>1)</sup> Kurz nach Ausbruch der Krise gelang es der Währungsbehörde zwar, das Zahlungssystem wieder herzustellen und einen „run“ auf die Banken zu verhindern. Die Zentralbank und die russischen Behörden verfügen aber weder über ausreichende Mittel zur Rehabilitierung wichtiger Banken noch über die erforderliche

gesetzliche Handhabe, um effektive Kontrolle über Problembanken zu übernehmen.

Dessen ungeachtet gab es Fortschritte in der Regulierung des Bankensektors, und es wurden im Februar 1999 ein Bankeninsolvenzgesetz und im Juni 1999 ein Gesetz über die Restrukturierung von Kreditorganisationen verabschiedet. Nachdem die meisten großen Unternehmen in den letzten Jahren durch Voucher- und Verkaufsprivatisierung in private Hände übergeführt worden waren, verlangsamte sich das Privatisierungstempo 1999 weiter.

*1 Die geringe Abhängigkeit russischer Firmen von externer Finanzierung ist mitverantwortlich für den beschränkten Einfluss der Bankenkrise auf den realen Sektor.*

# Mitwirkung der OeNB in internationalen Organisationen

**Aktive Teilnahme in internationalen Organisationen außerhalb des Eurosystems und Beobachtung der Entwicklung spezieller Ländergruppierungen. EU-Institutionenreform im Jahr 2000 zur Vorbereitung auf die anstehende EU-Erweiterung, Bemühungen des IWF zur Stärkung der Finanzmarktstabilität. OeNB setzt IWF-Initiative für nationale Wirtschaftsindikatoren über Internet um.**

Die OeNB wirkt auf internationaler Ebene außerhalb des Eurosystems auch in verschiedenen Arbeitsgruppen, Komitees und Gremien mit (siehe dazu Annex A). Sie kann dort entsprechende Positionen einbringen bzw. die aktuellen ökonomischen und währungspolitisch relevanten Entwicklungen laufend beobachten. Die Analysen, Studien und Entscheidungen der diversen internationalen Institutionen und Gruppierungen daraus sind eine wesentliche Hilfestellung für die Expertisen der OeNB sowohl im Eurosystem als auch auf nationaler

Ebene. Eine aktive Rolle nimmt die OeNB in der EU, dem IWF, der BIZ und der OECD wahr. In den Gruppierungen – wie G-7, G-10, G-20 – ist die OeNB zwar nicht direkt vertreten, durch die Teilnahme des EZB-Präsidenten werden jedoch auch Anliegen der OeNB vermittelt. Da die Grundsatzbeschlüsse dieser speziellen Ländergruppen zur internationalen Finanzarchitektur von den internationalen Finanzorganisationen umgesetzt werden, ist auch der österreichische Finanzmarkt direkt betroffen.

## Europäische Union

Zur Vorbereitung der EU für die Erweiterung wurde eine Regierungskonferenz zu den institutionellen Fragen eingerichtet, die ihre Arbeit im Februar 2000 aufgenommen hat und bis Dezember 2000 abschließen soll. Diese Konferenz soll sich insbesondere mit der Größe und Zusammensetzung der Europäischen Kommission, der Stimmengewichtung im EU-Rat und der Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit beschäftigen (Institutionenreform).

Am 19. Jänner 2000 stellte die Europäische Kommission ihre diesbezügliche Reformstrategie vor, die in den nächsten 2½ Jahren umgesetzt werden soll. Dabei ist vorgesehen, die Rechenschaftspflicht, die Effizienz und die Transparenz im öffentlichen Dienst zu erhöhen sowie Verantwortungsbewusstsein und hohe Qualitätsstandards zu gewährleisten.

Bei seinem Gipfel in Berlin im März 1999 beschloss der EU-Rat, dass die EU-Erweiterung eine his-

torische Priorität für die EU sei und die Beitrittsverhandlungen – für jedes Land im jeweils erreichbaren Tempo – so zügig wie möglich fortgesetzt werden sollten. Gleichzeitig wurde im Rahmen der EU-Finanzplanung ein Betrag von rund 22 Mrd EUR für die effiziente Durchführung des Erweiterungsprozesses in den Jahren 2000 bis 2006 bereitgestellt.

### Chronologie wichtiger Entscheidungen in der EU und im Euroraum

- Der ECOFIN-Rat beschloss am 15. März 1999 den Duty-free-Handel innerhalb der EU zu beenden.
- Am 16. März trat erstmals in der Geschichte der EU die Europäische Kommission unter dem Druck schwerer Vorwürfe der Misswirtschaft geschlossen zurück. Auslöser war der Untersuchungsbericht des „Weisenrates“, in dem festgestellt wurde, dass die Kom-

- mission die Kontrolle über Finanzen und Verwaltung verloren hätte.
- Am 1. Mai trat der Amsterdamer Vertrag in Kraft und löste damit den Vertrag von Maastricht ab. Der Vertrag strebt an, die Beschäftigungspolitik und Bürgerrechte zu zentralen Anliegen der EU zu machen, letzte Hindernisse für die Freizügigkeit zu beseitigen, die innere Sicherheit zu erhöhen, Europa in der Weltpolitik mehr Bedeutung zu verschaffen und die Organe der EU effizienter zu gestalten.
  - Das EU-Parlament stimmte am 8. Mai der Agenda 2000 – mit einigen Änderungen – gemäß dem Beschluss des EU-Rats vom 26. März in Berlin zu. Die Agenda regelt den Finanzrahmen der EU bis zum Jahr 2006. Österreichs Nettobeitrag zur EU (1999: rund 1,2 Mrd EUR) wird zurückgehen, wenn der Rabatt für das Vereinigte Königreich ausläuft.
  - Der EU-Rat von Köln vom 2. bis 4. Juni stand im Zeichen der diplomatischen Bemühungen zur Beendigung der Kampfhandlungen im Kosovo,<sup>1)</sup> konnte aber auch zu einigen anderen wichtigen Punkten Fortschritte erreichen. Dazu zählen unter anderem der Beschluss des Europäischen Beschäftigungspakts, der wirtschaftspolitischen Leitlinien und des Fahrplans für die anstehende institutionelle Reform der Union und ihrer Entscheidungsmechanismen.
  - Der ECOFIN-Rat beschloss am 8. November eine Regelung zur Einführung der Eurobanknoten und -münzen: Nach der Einführung des Eurobargelds am 1. Jänner 2002 sollen die nationalen Währungen in den elf Teilnehmerstaaten nur noch vier Wochen bis zwei Monate gültig sein. Auch danach sollen nationale Münzen und Banknoten problemlos bei Banken gegen Euro eingetauscht werden können. Die Festlegung der genauen Übergangsfristen bleibt den einzelnen Mitgliedsländern überlassen. Banken und Handelsunternehmen sollen bereits vor dem Umtausch mit den neuen Banknoten versorgt werden. Bei den Münzen ist ebenfalls ein Vorziehen der Ausgabe an die Bevölkerung vorgesehen, um den Übergang zu erleichtern.
  - Der EU-Rat beschloss am 10. und 11. Dezember in Helsinki, im Februar 2000 bilaterale Regierungskonferenzen einzuberufen, um die Erweiterungsverhandlungen auf Rumänien, die Slowakische Republik, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta auszuweiten. Mit der Türkei wird eine Beitrittspartnerschaft errichtet.

<sup>1</sup> Siehe auch Kapitel „Die OeNB als Brücke zwischen Ost und West“.



## Finanz- und Wirtschaftsorganisationen

### Internationaler Währungsfonds

Auf Grund des Übergangs zum Euro hat der IWF per 1. Jänner 1999 die Zusammensetzung der Sonderziehungsrechte (SZR) angepasst. Während dabei die festen Beiträge von D-Mark und französischem Franc durch den äquivalenten Eurobetrag ersetzt wurden, blieben der japanische Yen, der US-Dollar und das Pfund Sterling unverändert im Währungskorb. Gleichfalls wurden die Überwachungsmodalitäten hinsichtlich der Euroländer um Konsultationen mit Gemeinschaftsinstitutionen (insbesondere EZB) ergänzt, um den währungspolitischen Veränderungen im Eurogebiet Rechnung zu tragen. Die Summe der IWF-Gesamtquote beträgt zurzeit 211 Mrd SZR, diejenige Österreichs 1'87 Mrd SZR.

Die Ziehungen der IWF-Mitgliedstaaten aus dem Allgemeinen Konto (ohne Reservetranchoperationen) erreichten im Geschäftsjahr – das am 30. April 1999 endete – ein Rekordvolumen von 21'4 Mrd SZR. Die Erweiterte Struktur- anpassungsfazilität (ESAF), nunmehr auf „Poverty Reduction and Growth Facility“ (PRGF) umbenannt, wurde mit 0'8 Mrd SZR beansprucht. Die Rückzahlungen betragen 10'5 Mrd SZR. Insgesamt belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr das Gesamtvolumen der ausstehenden Fondskredite auf 67'2 Mrd SZR. Im Kalenderjahr 1999 ging die Inanspruchnahme der IWF-Mittel insgesamt auf 10'8 Mrd SZR (1998: 21'5 Mrd SZR) zurück.

Die Finanzmarkturbulenzen in den aufstrebenden Märkten führten

dazu, dass der IWF die Diskussion über die „internationale Finanzarchitektur“ intensivierte. Die Bedeutung der verstärkten Einbindung des Privatsektors, verbesserter Transparenz und Finanz- bzw. Bankenaufsicht sowie international vereinbarte Grundsätze wie z. B. Verhaltenskodizes für die Währungs- und Finanzpolitik<sup>1)</sup> wurde hervorgehoben.

Zusammen mit der BIZ, den Zentralbanken (inklusive Eurosystem), den Finanzmarktaufsichtsbehörden sowie internationalen und regionalen Organisationen wurde eine schriftliche Grundlage erarbeitet, die vom Interimskomitee des IWF bei der Jahrestagung angenommen wurde. Die Bedenken vor allem hinsichtlich Veröffentlichung von potenziell sensiblen Notenbankdaten und -informationen wurden weitgehend berücksichtigt. Der Kodex besteht aus je einem Teil für Geldpolitik und Finanzmarktpolitik. Er geht davon aus, dass die Effizienz der Geldpolitik und deren Glaubwürdigkeit sowie die Verantwortlichkeit von unabhängigen Zentralbanken durch weitgehende Transparenz erhöht werden kann. Grenzen der Transparenz bestehen dort, wo die Effizienz von Politiken bzw. des Entscheidungsprozesses gestört oder die Finanzmarktstabilität geschädigt werden könnte. Es wird allerdings festgehalten, dass Transparenz kein Substitut für verantwortungsbewusste Geldpolitik sein kann. Auch ist der Code ein rein beschreibendes, nicht proskriptives Dokument.

Um die Umsetzung des Kodex zu erleichtern, bereitete der IWF ein „Supporting Document to the

<sup>1</sup> Code of Good Practices on  
Transparency in Monetary and  
Financial Policies.

Code“ vor, das weltweit in einer ersten Runde bei regionalen Treffen diskutiert wurde. Die OeNB nahm dazu an einem Treffen am 22. und 23. November 1999 in Basel teil, das einem ersten Meinungsaustausch über den Inhalt und die Struktur des Supporting-Dokuments diente. Das Dokument soll im ersten Halbjahr 2000 fertig gestellt werden.

Ein weiteres Instrument zur Vermeidung krisenhafter Wirtschaftsentwicklungen sieht der IWF in der Bereitstellung umfassender, aktueller und aussagekräftiger Wirtschaftsstatistiken, mit deren Hilfe drohende Ungleichgewichte rechtzeitig erkannt und vorbeugende Maßnahmen gesetzt werden können. Bereits im Frühjahr 1996 hat der IWF im SDDS<sup>1)</sup> Richtlinien festgelegt, laut denen die Statistiken aus den Bereichen Realwirtschaft, Finanzwirtschaft, öffentliche Finanzen und Außenwirtschaft mit bestimmten Terminen und Frequenzen publiziert werden müssen, damit ein Land höchsten internationalen Standards entspricht. Diesem SDDS ist Österreich im Herbst 1997 beigetreten. Ebenso wie mittlerweile 46 andere Staaten hat sich Österreich damit verpflichtet, diese Mindeststandards für 20 Indikatoren spätestens ab dem Jahr 1999 einzuhalten und dem IWF mitzuteilen,

- wie oft und wie rasch diese Statistiken veröffentlicht werden,
- wer sie auf Grund welcher rechtlichen Grundlagen erhebt und
- welche Methoden und Definitionen zur Anwendung gelangen.

Weiters ist die Revisionspolitik zu beschreiben, allenfalls vorhandene

Vergleichsdaten anzuführen sowie alle Informationskanäle zu nennen, durch die der Konsument zu den gewünschten Daten kommen kann. Um die Zugänglichkeit zu erleichtern, verlangt der SDDS, dass mindestens drei Monate im Vorhinein die Veröffentlichungstermine bekannt gegeben werden. Alle diese so genannten Metadaten werden vom IWF über das Internet unter der Adresse <http://dsbb.imf.org> verbreitet.

Ab dem Jahr 2000 verlangt der SDDS, dass die Teilnehmerländer die im SDDS genannten Daten selbst möglichst rasch nach der Veröffentlichung in einheitlicher Form auch als „National Summary Data Page“ über das Internet verbreiten. Für Österreich hat es die OeNB übernommen, die Daten der beteiligten Institutionen nach ihrer Veröffentlichung zu sammeln und über Internet unter der OeNB-Homepage zu verbreiten. Im ersten Schritt erfolgt die Aktualisierung einmal wöchentlich unter <http://www.oenb.at>. Eine Umstellung auf tägliche Aktualisierung ist geplant.

### **Weltbank**

Während im Geschäftsjahr 1999 (bis Juni 1999) die Finanzierungszusagen der Weltbank mit 22,2 Mrd USD das historisch höchste Vergabevolumen erreichten, waren die Bruttoauszahlungen mit 18,2 Mrd USD im Jahresvergleich rückläufig.

Bei der Weltbanktochter IDA (International Development Association), die die Kredite zu Entwicklungshilfekonditionen zur Verfügung stellt, gingen die Kreditzusagen auf 6,8 Mrd USD zurück, die Bruttoauszahlungen betragen 6,0 Mrd USD. Im Zuge der

<sup>1</sup> *Special Data Dissemination Standard.*

12. Wiederauffüllung wurden von den Geberländern 8,6 Mrd SZR für die Finanzjahre 2000 bis 2002 zugesagt.

### **HIPC-Initiative von IWF und Weltbank**

Auf Empfehlung der G-7 wird sich die Weltbank in Zukunft stärker auf die gemeinsam mit dem IWF initiierte Entschuldung der ärmsten Länder, die HIPC-Initiative<sup>1</sup>), konzentrieren. Die grundsätzliche Voraussetzung für eine Entschuldung ist an die Durchführung erfolgsversprechender Wirtschaftsprogramme und Strukturreformen in den entsprechenden Ländern gebunden. Nun soll diese stärker als bisher auch im Kontext der Armutsbekämpfung erfolgen. Die Kombination makroökonomischer Programme mit „poverty reduction“ erfordert künftig eine engere Zusammenarbeit der Bretton-Woods-Institutionen, wobei der IWF für ersteren und die Weltbank für letzteren Fragenkomplex federführend ist. Die Gesamtkosten der HIPC-Initiative sind durch die Neugestaltung, vor allem durch die freizügigeren Zulassungsregeln, die nun über 30 Länder erfüllen können, von ursprünglich 12,5 auf über 28 Mrd USD gestiegen. Dies ist nicht der effektive, ins Auge gefasste Schuldenerlass; es handelt sich um auf das Jahr 1998 diskontierte Nettobarwerte. Die Finanzierung der Initiative erfolgt je zur Hälfte über multilaterale (davon IWF 2,3 Mrd USD und Weltbank 6,3 Mrd USD) sowie bilaterale Geber. Österreich nimmt an dieser Initiative teil. Die OeNB wird – voraussichtlich durch ein Bundesgesetz legitimiert – 14,3 Mio SZR für den IWF-Anteil an der HIPC-Initiative bereitstellen.

### **OECD-Ministerrat**

Bei der Sitzung des OECD-Ministerrats am 26./27. Mai 1999 stand die Bekämpfung der Bestechung im öffentlichen Dienst sowie die Richtlinien für multinationale Unternehmen im Vordergrund. Ein weiteres aktuelles Thema war die Initiative zum Wiederaufbau von Südosteuropa. Erstmals gab es ein eigenes Treffen („special dialogue“) mit 7 Non-Members<sup>2</sup>) vor dem eigentlichen Ministerrat.

Die OeNB ist in einer Reihe von OECD-Ausschüssen vertreten (Details dazu siehe im Annex A). Eine bedeutende Entscheidung war das offizielle Ende der MAI-Verhandlungen (Multilaterales Abkommen über Investitionen) am 3. Dezember 1998. Seither finden Diskussionen in diesem Zusammenhang auf OECD-Ebene im CIME<sup>3</sup>), in dem auch die OeNB vertreten ist, statt. Inzwischen wurde vom DAFFE<sup>4</sup>) ein Arbeitspapier zu „möglichen Elementen eines multilateralen Investitionsabkommens“ erstellt. Die Teilnehmer bekräftigten die Sinnhaftigkeit eines multilateralen Investitionsabkommens mit besonderer Berücksichtigung von nationaler Souveränität, Arbeitsrecht, Umweltschutz sowie kultureller Eigenständigkeit.

### **BIZ**

Im Oktober wurde das alle zwei Jahre stattfindende Zentralbank-Statistikertreffen betreffend die BIZ-Regionalstatistik abgehalten, an dem auch die OeNB teilnahm. Hinsichtlich der Erweiterung der Melde- und Veröffentlichungsdaten auf eine volle Länderaufgliederung inklusive der Meldeländer und die Verkürzung des Melde- bzw. Veröffentlichungsintervalls der konsolidierten Statistik auf vierteljährlich

1 HIPC, das ist die *Highly Indebted Poor Countries Initiative zur Entlastung der hochverschuldeten ärmsten Entwicklungsländer*; 1996 von IWF und Weltbank ins Leben gerufen.  
2 Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Russland sowie die Slowakische Republik.  
3 *Committee for International Investment and Multinational Enterprises*.  
4 *Directorate for Financial, Fiscal and Enterprise Affairs*.

kann die OeNB die Anforderungen erfüllen. Lediglich Daten zum letzten Risikoträger, das heißt Zuordnung von Forderungen zu dem Land, das letztlich das Risiko trägt (so genannte Ultimate-Risk-Daten), werden von den Kreditinstituten nach wie vor nicht erhoben.

Die EZB wurde 1999 zusammen mit Thailand, Malaysia, Indonesien und Argentinien BIZ-Mitglied. Jedes neue Mitglied zeichnete 3.000 Stück der 15.000 neuen Aktien, was einem 0,5-prozentigen Anteil des möglichen Grundkapitals der BIZ für jedes neue Mitglied entspricht. Die OeNB hält 1 1/3% des möglichen Grundkapitals und sichert sich damit das Mitspracherecht in der BIZ.

#### Brasilienpaket: Teilnahme Österreichs über BIZ-Garantie

Im Zusammenhang mit Brasiliens zweiter Ziehung im Rahmen der IWF-Supplemental-Reserve-Fazilität am 30. März 1999 ersuchte das Land auch um eine zweite Ziehung aus der von der BIZ koordinierten Kreditfazilität im Ausmaß von 4,5 Mrd USD. Ein Teilbetrag der zweiten BIZ-Ziehung im Ausmaß von 16,9 Mio USD wurde durch die OeNB garantiert. 70% der zweiten Ziehung (3,15 Mrd USD) wurden bei Fälligkeit am 12. Oktober 1999 um weitere sechs Monate verlängert. Der derzeit von der OeNB garantierte Betrag (durch Bundesgarantie abgedeckt) beläuft sich auf 11,7 Mio USD.

Die erste BIZ-Ziehung wurde zurückgezahlt.

#### Beobachtung der Entscheidungen

##### WTO-Millenniums-Runde in Seattle

Bei der „Millenniumsrunde“ in Seattle Ende 1999 konnten sich die Mitglieder nicht auf eine Agenda einigen. Die Vorschläge der Mitgliedsländer reichten von einer umfassenden Tagesordnung, die Themen wie Investitionsabkommen, Wettbewerbspolitik, Umwelt, Konsumentenschutz beinhaltet, über eine Built-in-Agenda<sup>1)</sup> (Landwirtschaft und Dienstleistungen sowie öffentliches Auftragswesen, elektronischer Handel und Streitbeilegungsmechanismus, jedoch nicht Investitionen) bis zu einer sehr beschränkten Verhandlungsbereitschaft über die Implementierung existierender Agreements ohne Eröffnung neuer Verhandlungsrunden.

Die Gründe für das Scheitern liegen neben der viel zitierten Uneinigkeit im Agrarbereich in entgegengesetzten Erwartungen und unnachgiebigen Positionen der USA, der EU sowie der Entwicklungsländer. Die nächste Handelsrunde soll im Jahr 2001 stattfinden.

##### G-7, G-10

In diesen beiden für die Weltwirtschaft maßgeblichen Gruppen<sup>2)</sup> ist Österreich bzw. die OeNB nicht vertreten. Ihre Grundsatzbeschlüsse über das internationale Finanzsystem werden von den internationalen Finanzinstitutionen umgesetzt. Österreich vollzog in der Vergangenheit öfters derartige Entscheidungen nach, ohne in den Entscheidungsprozess eingebunden gewesen zu sein (z. B. Finanzierungspaket für Brasilien). Mit dem Beginn der WWU hat sich diese Situation insofern verbessert, als über das Eurosystem, vor allem den EZB-Präsidenten, eine Ein-

<sup>1</sup> Built-in-Agenda deshalb, da man sich bereits während der Uruguay-Runde auf die Diskussion über die Umsetzung bereits existierender Agreements einigte.

<sup>2</sup> G-7-Teilnehmer: USA, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich. G-10-Teilnehmer: G-7 sowie Belgien, die Niederlande, Schweden und die Schweiz.

bindung in den Entscheidungsprozess gegeben ist. Die entsprechenden Informationen werden üblicherweise im Wege des IRC<sup>1)</sup> des ESZB an die NZBen – also auch an die OeNB – weitergeleitet.

#### G-20

Am 15./16. Dezember 1999 fand die erste Sitzung der auf Initiative der USA gegründeten informellen G-20-Ländergruppe<sup>2)</sup> statt. Ziel der G-20 ist es, einen neuen Mechanismus für den informellen Dialog im Rahmen der Bretton-Woods-Institutionen zu schaffen. Allerdings wird die Gruppe lediglich dem Meinungsaustausch dienen und nicht als Entscheidungs-

gremium fungieren. Damit sollen für das internationale Finanzsystem wichtige Länder, die bislang in Diskussionen über Schlüsselfragen des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems nicht ausreichend repräsentiert waren, besser eingebunden werden. Die wichtigsten Diskussionsthemen der Gruppe sind die Reduktion von Schwachstellen im internationalen Finanzsystem, Wechselkursregimes und die Beteiligung des Privatsektors an Umschuldungen und deren Modalitäten.

Die in dieser Ländergruppe vertretene EZB informiert die NZBen – also auch die OeNB – über die Ergebnisse der Sitzungen.

1 *International Relations Committee.*

2 *Teilnehmer waren: G-8, Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Korea, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, die Türkei, die EU-Präsidentschaft, der EZB-Präsident, der Generaldirektor des IWF, der Weltbankpräsident, der Vorsitzende des Entwicklungskomitees und der Vorsitzende des International Monetary and Financial Committee des IWF.*

# Die OeNB als modernes Unternehmen

Strategische  
Neuorientierung.  
Unternehmensstruktur  
an Eurosystem angepasst.  
Reform des Zulagen-  
wesens und Einführung  
eines Anreizsystems.  
Erweiterung  
der Beteiligungen  
um strategisch  
wichtige Gesellschaft  
zur Bargeldbearbeitung.  
Verstärkte Förderung  
der Wirtschafts-  
wissenschaften.

## Unternehmensstrategie und Ziele

Die OeNB hat den Übergang zur Währungsunion reibungslos bewältigt. Dies zeigt, dass die systematische Vorbereitung und die notwendigen betriebsinternen Anpassungsmaßnahmen an das ESZB richtig gesetzt wurden. In der Wahrnehmung der europäischen Interessen<sup>1)</sup> hat die OeNB aber auch nationale Anliegen<sup>2)</sup> zu berücksichtigen. Diese duale Rolle stellt für die OeNB die große Herausforderung in den kommenden Jahren dar. Die Neuausrichtung erfordert einerseits ein dynamisches und flexibles Unternehmen und andererseits klare strategische Zielsetzungen.

Durch moderne Managementmethoden, eine straffe Aufbauorganisation, eine bedarfsgerechte Anpassung der Arbeitsabläufe und eine Optimierung des Personaleinsatzes im Zuge der Restrukturierung und Umgestaltung wurde die OeNB ein modernes Dienstleistungsunternehmen mit straffem Kostenmanagement. In Zukunft wird der bisherige Kurs konsequent fortgesetzt, um die neuen und veränderten Aufgaben erfolgreich bewältigen zu können und um sich im intensivierten Wettbewerb mit den NZBen des Eurosystems zu behaupten.

Ein zweiter wesentlicher Eckpfeiler ist die strategische Neuorientierung, die im Berichtsjahr in eine Verabschiedung der „Strategischen Ziele 2000–2002“ mündete. Im ESZB, aber auch bei internationalen Organisationen, trachtet die OeNB danach, eine aktive und gestaltende Rolle einzunehmen. Neben der ressourcenmäßigen Sicherstellung der Kernfunktionen wird in diesen Bereichen ein

Schwerpunkt in der verstärkten Kundenorientierung und Verbesserung des Serviceangebots gesehen. Ferner sind auch Felder definiert, in denen die OeNB Know-how-Vorsprünge zum Anbieten von Spezialprodukten (z. B. Ostexpertise) nutzt. Durch die verstärkte Förderung der Wirtschaftswissenschaften baut die OeNB ihre Stellung als Wissensproduzent aus.

Die Führungsgrundsätze sind auf Delegation, Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit ausgerichtet, um flexibel und effizient agieren zu können. Professionalität der Betriebsführung sowie die aktive Öffentlichkeitsarbeit haben zu einer hohen Akzeptanz der OeNB in der Bevölkerung geführt, die es zu erhalten gilt. Dazu haben auch die langjährigen Fundamente wie Stabilität, Sicherheit und Vertrauen wesentlich beigetragen.

Von diesem Neuorientierungsprozess waren auch die Aktivitäten im Berichtsjahr geprägt, nachstehend sind einige wichtige Entwicklungen angeführt.

## Organisation

Die zum Jahreswechsel durchgeführte technische Buchgeldumstellung auf den Euro verlief problemlos. Für den Geschäftsbetrieb des ESZB waren die Geschäftsprozesse und Informationssysteme gemeinsam mit den zehn anderen NZBen und der EZB adaptiert worden.

Auf die erweiterten Öffnungszeiten in der Geschäftsabwicklung des ESZB hat die OeNB flexibel reagiert. Sie setzt als eine der ersten Zentralbanken Europas Telesupport für die raschere Unterstützung des Geschäftsbetriebs im Bereich der Informationstechnologie ein. Organisatorische Optimierung im Zuge

<sup>1</sup> Siehe Kapitel „Neue Aufgaben der OeNB durch die währungspolitische Integration Österreichs“, „Mitwirkung an geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems“ und „Durchführung der Geldpolitik des Eurosystems“.

<sup>2</sup> Siehe dazu vor allem die Kapitel „Die OeNB als Partner im wirtschaftspolitischen Dialog zwischen Eurosystem und Österreich“, „Erhaltung der internationalen Finanzmarktstabilität“ und „Orientierung und Information zur Währungsunion“.



des Projekts „Business Day Simulation“ hat die Basis dafür geschaffen, die im ESZB erweiterte Geschäftstätigkeit der OeNB mit effizientem Personaleinsatz zu bewältigen. Den geänderten Umfeldbedingungen im Zusammenhang mit der Reduzierung der Bankenschließtage und den Notwendigkeiten längerer Tagesgeschäftszeiten wurde durch Flexibilisierungsmaßnahmen bei den Dienstverträgen und durch organisatorische Maßnahmen begegnet.

Mit dem Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion wurden im Rahmen eines Masterplans rund 70 OeNB-Projekte und sonstige Koordinationsaktivitäten erfolgreich abgeschlossen. Damit wurde die Implementierung eines neuen Projektcontrollings unumgänglich. Seit Juli 1999 ist die Multiprojektsteuerung in der OeNB im Einsatz.

Am 14. September 1999 erhielten die Abteilung „Banknoten- und Münzenkasse“ sowie die OeNB-Zweiganstalten erstmals die ISO-9001-Zertifikate. Damit wird deren Qualitätsmanagement bis August 2002 bestätigt. Mit der ISO-9001 wird das Qualitätsmanagement in der OeNB weiterentwickelt, die Qualität der Produkte und Dienstleistungen im Bargeldbereich laufend überwacht und verbessert.

Für das Geldzentrum in der Garnisongasse wurde ein Umweltmanagementsystem gemäß der Umweltnorm der EMAS-(Environmental-Management-and-Audit-Scheme-)Verordnung der EU eingeführt.<sup>1)</sup> Die Umsetzung der EMAS-Verordnung sichert der OeNB eine ökologische Betriebsführung gemäß Leitbild und strategischen Zielsetzungen sowie die Vorreiterrolle der OeNB in Teil-

bereichen und ein effizientes Umweltmanagementsystem. Letzteres wurde Mitte 1999 von Gutachtern überprüft und gemeinsam mit der Umwelterklärung bestätigt.

### **Personal**

Mit Stichtag 1. Jänner 2000 wurde das Zulagenwesen der OeNB neu gestaltet. Eine wichtige Leitlinie war dabei die Vergleichbarkeit mit Kommerzbanken und europäischen Zentralbanken. Damit sollen eine höhere Flexibilität beim Einsatz der Mitarbeiter erreicht und langfristig Kosten gespart werden.

Die OeNB hat mit dem Abschluss eines Pensionskassenvertrags zur Harmonisierung der Pensionssysteme beigetragen. Somit verbleiben alle in die OeNB neu eintretenden bzw. seit 1. Mai 1998 eingetretenen Mitarbeiter im ASVG-System, das durch eine Zusatzpension aus einer Pensionskassenregelung ergänzt wird.

Die Neustrukturierung des Anreizsystems mit 1. Jänner 2000 wird von der Idee getragen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen leistungsorientiert zu fördern.

### **Beteiligungen**

Am 31. Dezember 1999 verfügte die OeNB über 11 direkte inländische Beteiligungen. Davon sind 6 Unternehmen zu 100% im direkten Eigentum der OeNB, und zwar die HV Hotelverwaltung GmbH, die IG Immobilien GmbH, die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH, die Münze Österreich AG, die Austria Card – Plastikkarten und Ausweissysteme GmbH sowie die BLM Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH. An der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination Ges.m.b.H.

<sup>1</sup> Ziel dieses Systems ist unter anderem die freiwillige Wahrnehmung ökologischer Verantwortung in Form eines kontinuierlichen Prozesses zur Verbesserung der umweltbezogenen Leistungen.

(GSA) ist die OeNB zu 98,6% beteiligt. An der „CARD SOLUTIONS“ – Chipkartensysteme-, Entwicklungs- und Beratungsges.m.b.H. hält die OeNB eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Bei den restlichen inländischen Unternehmen bestehen Minderheitsbeteiligungen: STUZZA<sup>1)</sup> (25%), APSS<sup>2)</sup> (10%) sowie bei der Realitäten-Verwertungs-GmbH (20%; indirekt über die HV Hotelverwaltung GmbH jedoch 100%). Mit Gesellschaftsvertrag vom 17. Februar 2000 hat sich die OeNB mit 10% an der A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH beteiligt, die als Zertifizierungsdiensteanbieter im Zusammenhang mit elektronischen Signaturen tätig ist.

Mit Abtretungsvertrag vom 28. April 1999 hat die OeNB 98,6% der Gesellschaftsanteile an der GSA erworben. Sie hat dadurch ihr strategisches Interesse an einer österreichweiten Bargeldebearbeitung bei gleichzeitiger Nutzung der OeNB-Infrastruktur und des Know-hows sichergestellt (siehe dazu auch Kapitel „Durchführung der Geldpolitik des Eurosystems“). Die restlichen GSA-Anteile werden von inländischen Banken gehalten.

Die OeNB hält für die flächendeckende Bargeldebearbeitung in Österreich ihre Zweiganstalten in den Bundesländern zur Verfügung. Diese müssen baulich adaptiert und maschinenmäßig umfassender ausgestattet werden, um den Bargeldaustausch bewältigen zu können. Dafür gründete die OeNB am 20. September 1999 eine 100-prozentige Tochtergesellschaft, die BLM Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH, die sämtliche Liegenschaften der OeNB-Zweig-

anstalten (außer Wien und Graz) erwarb und die Umbauarbeiten in diesen Gebäuden durchführt. Das Umbauvorhaben soll bis Mitte 2001 finalisiert sein.

### **Förderung von Wissenschaft und Forschung**

Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft stellt seit vielen Jahren namhafte Mittel sowohl für die Grundlagenforschung als auch für die angewandte Forschung zur Verfügung.

Im Jahr 1999 wurden die Mittel für den Jubiläumsfonds gegenüber 1998 erheblich aufgestockt – von insgesamt 21,8 Mio EUR (300 Mio ATS) auf über 58,1 Mio EUR (800 Mio ATS) –, wobei die Erhöhung praktisch zur Gänze der wirtschaftsorientierten Forschung gewidmet wurde.

Im Bereich der von der OeNB direkt vergebenen Mittel wurde, um die Vergabe effizienter zu gestalten, im Berichtsjahr beschlossen, schwerpunktmäßig die Wissenschaftsdisziplinen Wirtschaftswissenschaften und Medizin zu unterstützen sowie die Evaluierungsprozeduren laufend zu verbessern. In diesem Bereich wurden 429 Forschungsprojekte mit 9,6 nach 8,5 Mio EUR im Vorjahr gefördert.

Im Rahmen der wirtschaftsorientierten Forschungsförderung wurden im Berichtsjahr 140 Projekte mit 38,1 nach 15,0 Mio EUR im Jahr 1998 im Wege des Forschungsförderungs fonds für die gewerbliche Wirtschaft und des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt. Damit hat die OeNB einen erheblichen Beitrag zur Innovationsförderung, zur Technologieentwicklung, zur

<sup>1</sup> Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) GmbH.

<sup>2</sup> Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH.

Verbesserung des Standorts sowie der internationalen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft geleistet.

Wie auch andere Unternehmen, widmet die OeNB der Kulturförderung ein besonderes Augenmerk. So

besteht eine Sammlung von 27 wertvollen alten Streichinstrumenten, die an junge österreichische Geigenvirtuosen und österreichische Kammermusikensembles verliehen werden.

# Orientierung und Information zur Währungsunion

Zeitungsinserate, dreiteilige TV-Serie, über 140 Veranstaltungen und Vorträge zur Wirtschafts- und Währungspolitik, darunter rund 30 Fachkonferenzen. Über 100 Presseaussendungen zur Währungspolitik. Breites Publikationsangebot, spezielle Informationsfolder zu EZB-Wochenausweis und TARGET. Neues Unterrichtspaket. 15.000 Seiten auf OeNB-Website (9 Mio Zugriffe). Organisation zahlreicher Fachkonferenzen.

Die Informationstätigkeit gehört zu den Kernfunktionen der NZBen im Eurosystem, denn die gemeinsame Geldpolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie von der Bevölkerung akzeptiert wird. Darüber hinaus benötigen die Bevölkerung und die Wirtschaft praktische Unterstützung bei der Umstellung auf den Euro.

Der Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit der OeNB im Jahr 1999 lag auf der Versorgung der Bevölkerung, der medialen Öffentlichkeit und der Fachöffentlichkeit mit gezielten Informationen zur Einführung des Euro als Währung. Wesentliche Themen dieser Informationsarbeit waren das Stabilitätsziel der Geldpolitik und ihre Umsetzung durch das Eurosystem, die Euroumrechnungskurse, das Eurobuchgeld und die neue Rolle der OeNB im Eurosystem bzw. im ESZB.

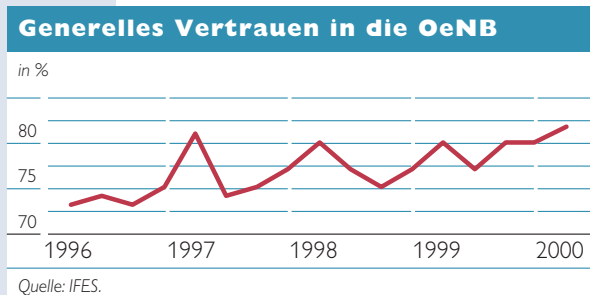
von einem im Vergleich zu anderen öffentlichen Institutionen hohen Niveau, weiter zunimmt.

Diese positiven Rahmenbedingungen sind nicht zuletzt eine Folge der langfristigen und konsequenten OeNB-Öffentlichkeitsarbeit, die auch im Berichtsjahr auf Basis eines mehrjährigen strategischen Kommunikationskonzepts umgesetzt wurde.

## Information der Medien und der Bevölkerung

In der Medienarbeit lag der Schwerpunkt auf Themen der dritten Stufe der WWU. In Pressegesprächen stellte die OeNB den ersten konsolidierten Wochenausweis des Eurosystems sowie den ersten Monatsbericht der EZB vor, um das Stabilitätsziel der Geldpolitik des Eurosystems und seine neuen Instrumente bei den Vertretern der elektronischen und Printmedien entsprechend zu verankern. Das OeNB-Management erläuterte bei 31 Pressekonferenzen sowie bei Interviews und öffentlichen Auftritten die in Frankfurt getroffenen geldpolitischen Entscheidungen, die Aufgaben der OeNB als eine der NZBen im Rahmen des Eurosystems bzw. des ESZB, die österreichische Zahlungsbilanz, Maßnahmen im Hinblick auf die Einführung des Eurobargelds im Jahr 2002 und die Vorkehrungen zur technischen Umstellung auf das Jahr 2000. Darüber hinaus wurde mit 101 Presseaussendungen zu diesen Themen Stellung bezogen.

Aufbauend auf der Informationsarbeit des Vorjahres wurden im Frühjahr und Herbst breit gestreute Informationsinserate zur Euroeinführung geschaltet, um den Informationsgrad der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Schwer-



Der Berichtszeitraum war durch eine anhaltend positive Einstellung gegenüber dem Euro gekennzeichnet, wenngleich die Sympathiewerte in der zweiten Jahreshälfte leicht zurückgingen. Nach Meinung der Bevölkerung trägt die OeNB die wesentliche Verantwortung für das Gelingen der Währungsumstellung, was von einem hohen Vertrauen in ihre Fachkompetenz begleitet wird. Meinungsumfragen ergaben auch, dass das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der OeNB, ausgehend

punktt Themen der Einschaltungen waren der Eurokurs (Umrechnungskurse), das Eurobuchgeld, die Stufen der Währungsumstellung und die Rolle der OeNB im Rahmen des Eurosystems bzw. des ESZB.

Die Inseratenserie wurde durch weitere Kommunikationsmaßnahmen unterstützt und inhaltlich ergänzt: So gelangte der Folder „Der Euro – unsere neue Währung“ österreichweit in Banken, Postämtern und Schulen, in der öffentlichen Verwaltung, in touristischen Einrichtungen und an vielen anderen Stellen zur Verteilung.

Zur Vertiefung des Wissens über die neue Währung produzierte die OeNB gemeinsam mit dem ORF die dreiteilige TV-Serie „Das neue Geld“, die im Rahmen des Wirtschaftsmagazins „Euro Austria“ im ersten Halbjahr ausgestrahlt wurde. Ebenso wie bei der vorjährigen Filmserie zeigten die überdurchschnittlichen Einschaltquoten das starke Informationsbedürfnis der Bevölkerung.

Einschließlich der Veranstaltungen mit Medienpräsenz organisierte die OeNB im Jahr 1999 142 Veranstaltungen und Vorträge zu den Bereichen Wirtschafts- und Währungspolitik. Darüber hinaus informierten die Zweiganstalten in einer Vielzahl von Veranstaltungen die interessierte Öffentlichkeit über die Euroeinführung und die stabilitätsorientierte Geldpolitik. Auch auf den wichtigsten österreichischen Messen war die OeNB mit diesbezüglichen Informationen vertreten. Mitte Mai präsentierte die OeNB das Buch „Architektur des Geldes – vom klassizistischen Palais zum zeitgenössischen Geldzentrum“.

Eine führende Rolle nimmt die OeNB seit Jahren bei Bildungs-

aktivitäten im Schulbereich ein. Das OeNB-Unterrichtspaket wurde völlig überarbeitet und didaktisch bereichert. Neben drei Broschüren zu den Themen „Das Geld“, „Das österreichische Finanzwesen“ und „Die Oesterreichische Nationalbank im Europäischen System der Zentralbanken“ sowie einem Glossar zu gängigen Geld- und Währungsbegriffen enthält es Begleitmaterialien für Lehrkräfte, Schülerarbeitsblätter, Foliensätze sowie Lernspiele. Die bereits dritte Generation des Unterrichtspakets wurde im ersten Halbjahr allen österreichischen Schulen ab der 6. Schulstufe zur Verfügung gestellt. Ähnlich wie im vorangegangenen Jahr wurde zur TV-Serie „Das neue Geld“ ein Schulvideo produziert, das dem Unterrichtspaket beigegeben wurde und darüber hinaus an Meinungsbildner in ganz Österreich erging.

Ferner veranstaltete die OeNB in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum 88 Vorträge zu aktuellen Geld-, OeNB- und Eurothemen, an denen insgesamt 3.400 Personen (davon 1.800 Schüler) teilgenommen hatten. Weiters wurde zur wirtschaftlichen Weiterbildung von Schülern eine österreichweite Wanderausstellung an Schulen unterstützt, in deren Rahmen 735 Vorträge mit insgesamt über 15.000 Teilnehmern stattgefunden hatten. In Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Österreich führte die OeNB vier Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer durch.

Der verstärkte Informationsbedarf der Bevölkerung äußerte sich auch in einer deutlichen Zunahme der Anrufe beim OeNB-Service-telefon. Die Zugriffe auf die OeNB-

Website, die Ende 1999 rund 15.000 Seiten umfasste, stiegen im Jahresabstand von 3,5 auf 9 Mio. Schließlich bietet die OeNB der Öffentlichkeit regelmäßig erscheinende Publikationen an, die „Statistischen Monatshefte“, die vierteljährlich erscheinenden „Berichte und Studien“ und „Focus on Austria“, den halbjährlich erscheinenden „Focus on Transition“, den Bericht über die Volkswirtschaftliche Tagung sowie die jährlich erscheinende Publikation „The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria’s Capital Markets“.

### **Information der Fachöffentlichkeit über die einheitliche Geldpolitik**

Der interessierten Fachöffentlichkeit sowie dem Kreditinstituts- und Finanzsektor stellt die OeNB Informationen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung. In den Fachpublikationen der OeNB wurden ausführlich Themen, wie das geldpolitische Instrumentarium, das Zahlungsverkehrssystem ARTIS/TARGET und der neue Wochenausweis des Eurosystems, dargestellt. Für Kreditinstitute und ihre Mitarbeiter gab die OeNB eine aus sechs Bänden bestehende Schriftenreihe für modernes Finanzrisikomanagement heraus. In diesem Zusammenhang wurde auf der OeNB-Website auch eine Seite mit bankenaufsichtlichen Publikationen eingerichtet.

Die diesjährige Volkswirtschaftliche Tagung fand im Juni zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik“ statt.<sup>1)</sup> Diese Veranstaltung wird durch die Mitwirkung namhafter Experten aus aller Welt und das Interesse der internationalen Medienwelt zuneh-

mend zum internationalen Präsentationsfenster der OeNB und ihrer ökonomischen Kompetenz. Schwerpunkte waren neben geldpolitischen Themen Probleme des Arbeitsmarktes und die Rolle der Geldpolitik in Abstimmung mit anderen wirtschaftspolitischen Bereichen. Die Tagung wurde erstmals auch über das Internet kommuniziert.

Mit der im November 1999 in Wien abgehaltenen Konferenz unter dem Titel „Financial Crisis: A Never-Ending Story?“ unterstrich die OeNB ihre Rolle im Dialog mit den Schwellenländern Mittel- und Osteuropas. Die über 150 Teilnehmer aus mehr als 30 Ländern und das breite Medienecho zeigten, dass sich die Ost-West-Konferenzen der OeNB von einer Fachtagung zu einer imageprägenden Veranstaltung mit starker Öffentlichkeitswirkung gewandelt haben. Auch mit weiteren Aktivitäten – z. B. durch die Präsentation des „World Investment Report“ der United Nations Conference on Trade and Development und des Jahresberichts der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – schärfte die OeNB ihr Kompetenzprofil betreffend die wirtschaftlichen Probleme der mittel- und osteuropäischen Schwellenländer.

### **Kontakt zu anderen Institutionen**

Im Rahmen des ESZB wirkte die OeNB an den EZB-Arbeitsgruppen für Öffentlichkeitsarbeit und Banknoten mit dem Ziel der Koordination der Öffentlichkeitsarbeit zwischen der EZB und den NZBen der EU-Mitgliedstaaten mit. Im österreichischen Rahmen wurde der Informationsaustausch mit den an der Euroeinführung beteiligten Partnern fortgesetzt. Mit der

<sup>1)</sup> Siehe dazu auch den Tagungsband „Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik“, der in der OeNB kostenlos bezogen werden kann.



Bundesregierung wurden die Euroaktivitäten über die Euroinitiative und mit den Banken über die Geld- und Kreditsektion der Wirtschaftskammer Österreich koordiniert. Schließlich nimmt die OeNB regelmäßig an den Koordinationssitzungen der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich teil und unterstützte 1999 – wie schon in den Vorjahren – zahlreiche Aktivitäten.

## A. Die OeNB in internationalen und nationalen Ausschüssen und deren Hauptaktivitäten

Institution/Komitee (deutsche und/oder englische Bezeichnung, Abkürzung)	Hauptaktivitäten
<b>ESZB/Eurosystem</b>	
Rechnungswesen und monetäre Einkünfte; Accounting and Monetary Income Committee AMICO	Grundsatzfragen zur Ermittlung des monetären Einkommens, Banknotenmigration
Bankenaufsicht; Banking Supervision Committee BSC	Bankenaufsichtlicher Informationsaustausch zwischen NZBen und Aufsichtsbehörden sowie EZB
Banknoten; Banknote Committee BANCO	Erstellung der Rahmenbedingungen für die Eurobargeldeinführung und des Banknotendrucks
Haushalt; Budget Committee BUCOM	EZB-Budgetbegutachtung
Presse, Information und Öffentlichkeitsarbeit; External Communications Committee ECCO	Darstellung geldpolitischer Ziele und der Aufgaben des Eurosystems in der Öffentlichkeit, Beginn der Eurobargeldeinführungskampagne
Informationstechnologie; Information Technology Committee ITC	Koordinierung des eurosystemweiten Jahr-2000-Problems, Aufbau Fälschungsdatenbank
Interne Revision; Internal Auditors Committee IAC	Eigenverantwortliche Revision der NZBen in Bezug auf für das Eurosystem relevante Projekte
Internationale Beziehungen; International Relations Committee IRC	Erarbeitung gemeinsamer Positionen und Grundsätze zu Fragen des internationalen Finanzsystems (Wechselkursregimes, internationale Rolle des Euro)
Recht; Legal Committee LEGCO	Anpassung der Rechtsgrundlagen für das EZB-Instrumentarium und für TARGET, Vertragserstellung für die Eurobanknotenproduktion
Marktoperationen; Market Operations Committee MOC	Bietverhalten der am Tenderverfahren des Eurosystems teilnehmenden Banken, Liquiditätsvorschau
Geldpolitik; Monetary Policy Committee MPC	Grundsätzliche Fragen der Geldpolitik, Prognosen, öffentliche Finanzen und Strukturfragen im Euroraum, geldpolitische Koordinierungsgespräche mit Pre-Ins

Zahlungs- und Verrechnungssysteme; Payment and Securities Settlement Systems Committee PSSC	Zahlungssystemaufsicht, EU-Richtlinie über elektronisches Geld
Statistik; Statistics Committee STC	Abstimmung der Datenanforderungen, Harmonisierung und Verbesserung der Datenqualität, statistische Methodenfragen
Jahr-2000-Koordination; ESCB Year 2000 Co-ordination Committee COCO	Y2K-Vorbereitung bei Infrastruktur und Informationstechnologie und zum kritischen Datum 29. Februar 2000

## EU

Wirtschafts- und Finanzausschuss; Economic and Financial Committee EFC	Vorbereitungsgremium des Europäischen Rats der Finanzminister; Budgetüberwachung der EU-Mitgliedstaaten, Bericht über die wirtschaftspolitische Koordination, Positionen in außenwirtschaftspolitischen Fragen, Begutachtung von Anträgen für Finanzhilfen an Drittstaaten
Wirtschaftspolitischer Ausschuss; Economic Policy Committee EPC	Länderprüfungen der EU-Mitgliedstaaten, Vorbereitung und Mitarbeit am makroökonomischen Dialog (Köln-Prozess) zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik; Beschäftigungspolitik, staatliche Beihilfen, wirtschaftliche Folgen der Überalterung der Bevölkerung, Effizienz des öffentlichen Sektors
Beratender Bankenausschuss; Banking Advisory Committee BAC	Vorschläge und Empfehlungen an EU-Kommission betreffend Rahmenrichtlinienwerk über Bankenaufsichtsgesetzgebung; Basler Eigenkapitalvorschläge; Auslegung von Bankrechts-Richtlinien

### Sonstige EU-Arbeitsgruppen

– Gemischte Arbeitsgruppe für Finanzkonglomerate; Mixed Technical Group on Financial Conglomerates	– Fragen im Zusammenhang mit Finanzkonglomeraten
– Arbeitsgruppe für Rechnungslegung und Offenlegung von Finanzinstrumenten; Joint Working Group on Accounting and Disclosure of Financial Instruments	– Erarbeitung von Empfehlungen an die EU-Kommission
– Arbeitsgruppe für interne und externe Ratings; Working Group on Internal and External Ratings	– Richtlinien und Benchmarks für die Überprüfung von Rating-Systemen in Kommerzbanken im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Eigenkapitalvorschriften
– European Committee of Central Balance Sheet Data Offices ECCB	– Verwaltung und Verbesserung der internationalen Bilanzdatenbank der EU, Ländervergleichsstudien, methodische Fragen betreffend Ratings; 1999 Präsidentschaft Österreichs

**EUROSTAT**

Ausschuss für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken AWFZ Committee on Monetary, Financial and Balance of Payments Statistics CMFB	Beratende Plattform für Meinungsbildung der NZBen und der EZB einerseits und den nationalen statistischen Ämtern und dem EUROSTAT andererseits; behandelt werden statistische Themen strategischer Natur und der Kooperation zur Vermeidung von Inkonsistenzen und Doppelgleisigkeiten; z. B. Asymmetrien in EU-Statistiken und die Zukunft der Zahlungsbilanz in der WWU
Harmonisierung von Verbraucherpreisindizes; Harmonization of Consumer Price Indices HICP	Legistische Vorbereitungsarbeiten, methodische Abstimmung, indexkonzeptive Arbeiten zur Harmonisierung des Verbraucherpreisindex
Finanzierungsrechnung; Financial Accounts Working Party FAWP	Erstellung eines Handbuchs „Öffentliches Defizit – Öffentlicher Schuldenstand“, Datenlieferverpflichtung gemäß ESVG 95 der EU-Länder im Jahr 2000
Euro-Statistical Indicators Common Site Euro-SICS	Erstellung einer makroökonomischen Datenbasis für Konjunkturindikatoren

**Internationale Organisationen****BIZ**

Concertation Group	Entwicklungen auf den Devisen-, Geld-, Renten- und Aktienmärkten
Spring and Autumn Central Bank Economists' Meetings	Frühling: Diskussion aktueller Wirtschaftsentwicklungen und Prognosen; Herbst: relevante geldpolitische Themen, nationale Entwicklungen
Data Bank Experts	Fachliche Koordination der Inhalte der Datenbank der BIZ
Central Bank Statisticians Meeting	Harmonisierung und Weiterentwicklung der internationalen Bankenstatistik

**OECD**

Wirtschaftspolitisches Komitee; Economic and Policy Committee EPC	Prognosen, Vorbereitung für OECD-Ministerrat
Short Term Economic Prospects STEP	Kurzfristige Wirtschaftsprognosen
Finanzmarktkomitee; Committee on Financial Markets CMF	Fragen des grenzüberschreitenden Handels und der Finanzdienstleistungen, Rolle der Hedge Funds, Zukunft nationaler Finanzmärkte
Kapitalverkehrskomitee; Committee for Capital Movements and Invisible Transactions CMIT	Liberalisierung der „professional services“ und Abschluss der Post-Accession-Prüfungen von Polen und Korea. Gespräche mit Russland über dessen Devisenregime

Gemeinsame Arbeitsgruppe von Kapital- und Versicherungskomitee; Joint Working Group of CMIT and Insurance Committee	Ausländische Portfolioinvestitionen von Pensionsfonds und Versicherungen (Vorsitz: OeNB)
Financial Action Task Force on Money Laundering FATF	Aktivitäten und Empfehlungen zur Vermeidung von internationaler Geldwäsche
Komitee für Volkswirtschaft und Entwicklung; Economic and Development Review Committee EDRC	OECD-Länderprüfungen
Finanzstatistik; Working Party on Financial Statistics	Grundsatzfragen der internationalen Finanzstatistik
Mitgliedschaft beim Commercial Crime Bureau CCB	Zentrale Meldestelle über Betrugs- und Geldwäscheangelegenheiten

### Nationale Arbeitsgruppen

Plattform Europäische Wirtschafts- und Währungsunion der Bundeskreditsektion der Wirtschaftskammer Österreich mit Untergruppen	Plattform von Kreditsektion, BMF, OeNB und Banken für aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der WWU, Euroumstellung
--	---

#### BMF

Expertenkommission gemäß § 81 BWG	Beratung zwischen BMF und OeNB zu Fragen des Bankwesens und der Entsendung von Prüfern
Erweiterter Beirat zur Exportförderung	Unterstützung des BMF bei Exportversicherungen und -krediten

#### Statistik Österreich

Statistikrat (ab 2000)	Kontrolle der Arbeit der Bundesanstalt Statistik Österreich in fachlich/wissenschaftlicher Hinsicht, institutionsübergreifende Koordination statistischer Aktivitäten
Statistische Zentralkommission	Beratendes Gremium für die Statistik Österreich
11 Fachbeiräte	Beratende Gremien zu speziellen Statistikbereichen
Zentrales Redaktionskomitee für den VPI	Beratung und Überwachung der Erstellung der österreichischen Inflationsrate (VPI, HVPI)
Maastricht: Expertengruppe	Fragen zur Implementierung des ESGV und der EUROSTAT-Entscheidungen im Rahmen der Excessive Deficit Procedure (budgetäre Notifikation)

## B. Für den österreichischen Finanzsektor relevante Gesetze

im Jahr 1999

### Überweisungsgesetz

In Umsetzung der EU-Richtlinie vom 27. Jänner 1997<sup>1)</sup> über grenzüberschreitende Überweisungen wurde am 22. Juli 1999 das Bundesgesetz über grenzüberschreitende Überweisungen erlassen,<sup>2)</sup> das für grenzüberschreitende Überweisungen in Währungen der Vertragsstaaten des EWR-Abkommens bis zu einem Betrag bzw. Gegenwert von 50.000 EUR gilt. Das Überweisungsgesetz trat am 13. August 1999 in Kraft und enthält insbesondere die Bestimmungen über die Überweisungsdauer, die Informationspflichten bezüglich der Berechnungsmodalitäten sämtlicher Entgelte und Umrechnungskurse sowie über eine allfällige Erstattungsspflicht der Institute bei Nichtabwicklung einer Überweisung. Das Empfängerinstitut ist in Hinblick nicht berechtigt, vom eingegangenen Betrag Teilbeträge zur Abdeckung von Entgelten und Kosten einzubehalten, es sei denn, in der Anweisung an das Empfängerinstitut ist ausdrücklich verfügt, dass Teilbeträge für Entgelt- und Kostenzwecke für Rechnung des Begünstigten zu verwenden sind. Weiters schreibt das Überweisungsgesetz die Einrichtung von unternehmenseigenen Beschwerdestellen für den Fall von Leistungsstörungen vor.

### Finalitätsgesetz

In österreichisches Recht umgesetzt wurde weiters die EU-Richtlinie vom 19. Mai 1998<sup>3)</sup> über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie in Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen.

Zentrale Bestimmungen dieser Richtlinie betreffen insbesondere die Wirksamkeit von Zahlungsbzw. Übertragungsaufträgen und Aufrechnungen im Insolvenzfall gegenüber Dritten, das Verbot der Rückwirkung eines Insolvenzverfahrens gegenüber den Teilnehmern an einem System und die Behandlung von dinglichen Sicherheiten, die für ein Zahlungssystem gestellt wurden. In Österreich wurde die Richtlinie durch das Finalitätsgesetz<sup>4)</sup> umgesetzt, das am 10. Dezember 1999 in Kraft trat. Die darin vorgesehene Anerkennung von Zahlungssystemen bzw. die Notifizierungsfunktion (unter anderem im Insolvenzfall von Systemteilnehmern) wurde – analog der Vorgehensweise in den meisten anderen EU-Staaten – vom Gesetzgeber der OeNB übertragen.

### Neuordnung des Sparkassengesetzes

Im Herbst 1998 hat der Nationalrat eine Novelle des Sparkassengesetzes verabschiedet, die am 1. Jänner 1999 in Kraft trat.<sup>5)</sup> Jene Sparkassen, die ihr gesamtes Unternehmen oder den bankgeschäftlichen Teilbetrieb in eine Sparkassen-Aktiengesellschaft eingebracht haben (so genannte anteilsverwaltende Sparkassen), können nun nach den Bestimmungen des Sparkassengesetzes formwechselnd in eine Privatstiftung gemäß Privatstiftungsgesetz (PSG)<sup>6)</sup> umgewandelt werden. Für solche, durch Umwandlung entstandene Privatstiftungen gelten grundsätzlich die Regelungen des Privatstiftungsgesetzes.

1 Siehe 97/5/EG, Abl. L. 43 vom 14. Februar 1997, Seite 25.

2 Siehe BGBl I Nr. 123/1999.

3 Siehe 98/26/EG, Abl. L. 166 vom 11. Juni 1998, Seite 45.

4 Siehe BGBl I Nr. 123/1999.

5 Siehe BGBl I Nr. 184/1998.

6 Siehe Privatstiftungsgesetz, BGBl Nr. 694/1993.



Gemäß § 92 BWG besteht für Sparkassen die Möglichkeit, ihr gesamtes Unternehmen oder ihren bankgeschäftlichen Teilbetrieb im Wege einer Sacheinlage in eine Aktiengesellschaft mit zivilrechtlicher Gesamtrechtsnachfolge einzubringen. Die einbringende Sparkasse geht dabei als Körperschaft nicht unter, sondern bleibt als sogenannte anteilsverwaltende Sparkasse weiter bestehen. Sie hält die für die Einbringung gewährte Gegenleistung – also die Aktien an der das eingebrachte Vermögen übernehmenden Tochter-Aktiengesellschaft – und das zurückbehaltenen Vermögen.

Die Sparkassenanteilsverwaltung erfüllt damit meist die Funktion einer Holding, es ist ihr jedoch nicht verwehrt, auch über anderes Vermögen außerhalb des bankgeschäftlichen Teilbetriebs, wie z. B. Grundstücke, zu verfügen. Die Umwandlung einer Sparkassenanteilsverwaltung in eine Privatstiftung ermöglicht dieser, eine international – mit anderen ähnlichen ausländischen Rechtsformen (Foundation, Trust, Stiftungen) vergleichbare – anerkannte Struktur zu erlangen. Damit wird ein Wettbewerbsnachteil des österreichischen Bankensektors beseitigt.

### **Übernahmegesetz**

Seit 1. Jänner 1999 gilt für börsennotierte Aktiengesellschaften das österreichische Übernahmegesetz.<sup>1)</sup> Auslöser für die politische Einigung auf das neue Übernahmerecht war der Erwerb der Bundesbeteiligung an der Creditanstalt-Bankverein durch die Bank Austria. Das Übernahmegesetz beruht auf einem EU-Richtlinien-Vorschlag, der bis dato nicht verabschiedet werden konnte.

Die Notwendigkeit des Übernahmegesetzes in Österreich wird insbesondere mit dem Schutz der Kleinanleger sowie mit der Förderung des Kapitalmarktes und des Börseplatzes Österreich begründet.

Das Übernahmerecht will verbindliche Regeln für öffentliche Übernahmeangebote schaffen. Die für die betroffenen Aktionäre der Zielgesellschaft nicht alltägliche Entscheidung, ob sie ein Angebot annehmen oder nicht, soll in geordneten Bahnen auf Grund hinreichender Informationen und nach ausreichender Überlegungszeit getroffen werden können. Der § 3 des Übernahmegesetzes legt allgemeine Grundsätze für öffentliche Übernahmeangebote fest, die sowohl für freiwillige Angebote als auch für Pflichtangebote gelten. Es geht dabei vor allem um Gleichbehandlung, Transparenz, Schutz vor Marktverzerrungen, ein rasches Verfahren etc.

Das Übernahmegesetz beinhaltet zwei Bereiche, nämlich freiwillig-öffentliche Übernahmeangebote und Pflichtangebote, wenn die Kontrolle an einer börsennotierten Aktiengesellschaft erfolgen wird. Das Übernahmegesetz gilt für öffentliche Angebote, die börsennotierte Aktiengesellschaften mit Sitz in Österreich als Zielgesellschaft betreffen. Erfasst ist der Erwerb von Beteiligungspapieren (Aktien oder andere übertragbare Wertpapiere), die an einer österreichischen Börse zugelassen sind.

Das Übernahmegesetz regelt detailliert den Ablauf des Übernahmeverfahrens, das von der (bei der Wiener Börse AG eingerichteten) Übernahmekommission begleitet und überwacht wird.

<sup>1</sup> Siehe BGBl I Nr. 127/1998.

**Konzernabschlussgesetz**

Mit dem Konzernabschlussgesetz soll österreichischen Konzernen und damit auch österreichischen Kreditinstituten ermöglicht werden, Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen zu erstellen.

**BWG-Novelle zur Umsetzung der Anlegerentschädigungs-Richtlinie**

Die Richtlinie 97/9 EG über Systeme für die Entschädigung der Anleger sieht vor, dass die Mitgliedstaaten zum Schutze des Wertpapiervermögens der Anleger ein Anlegerentschädigungssystem einrichten müssen. Durch die BWG-Novelle BGBl I Nr. 63/1999 wurde die Richtlinie im Rahmen der bestehenden Einlagensicherungen der österreichischen Kreditinstitute umgesetzt. Die Feststellung und Aufbringung der Entschädigungsbeiträge wird weitgehend den bestehenden sektoralen Einlagensicherungseinrichtungen übertragen. Generell wurde vorgesehen, dass die Sicherungseinrichtung Forderungen von Anlegern bis zu einer Gesamthöhe von 20.000 EUR oder den Gegenwert in fremder Währung zu sichern hat, und zwar Forderungen, die dadurch entstanden sind, dass das Kreditinstitut bzw. ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Zusammenhang mit Wertpapierdienstleistungen nicht in der Lage war, entsprechend den

gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen, a) Gelder zurückzuzahlen, die Anlegern geschuldet werden oder gehören und für deren Rechnung im Zusammenhang mit Wertpapierdienstleistungen gehalten werden, oder b) den Anlegern Instrumente zurückzugeben, die diesen gehören und für deren Rechnung im Zusammenhang mit Wertpapiergeschäften gehalten, verwahrt oder verwaltet werden.

Die Funktion der Sicherungseinrichtung für Forderungen aus Wertpapierdienstleistungen kommt bei Kreditinstituten den bereits bestehenden Einlagensicherungseinrichtungen des jeweiligen Fachverbands zu. Die Bemessung der Beiträge, die die Mitgliedsinstitute an die Sicherungseinrichtung im Falle der Auszahlung gesicherter Forderungen aus sicherungspflichtigen Wertpapierdienstleistungen zahlen müssen, richtet sich nach dem Anteil der Provisionserträge aus sicherungspflichtigen Wertpapierdienstleistungen am Gesamtbetrag aller derartiger Provisionserträge der Mitgliedsinstitute.

Die Höhe der gesicherten Forderungen des Anlegers bemisst sich nach dem Marktwert der Instrumente im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles; die Forderung umfasst auch Zinsen und Dividenden, die im Zeitraum zwischen dem Eintritt des Versicherungsfalles und der Auszahlung der Entschädigung angefallen sind.

### C. Ausgewählte Publikationen der OeNB der Jahre 1998 und 1999

Die Gesamtübersicht über die bisher erschienenen Veröffentlichungen der OeNB ist jeweils im Heft 12 des „Statistischen Monatshefts“ bzw. dem Heft 4 der „Berichte und Studien“ zu entnehmen.

Dieses Verzeichnis informiert über ausgewählte Publikationen der OeNB. Die Publikationen werden vom Sekretariat des Direktoriums/ Öffentlichkeitsarbeit kostenlos an Interessenten abgegeben. Anfragen sind schriftlich (auch telefonisch) an die im Impressum angegebene Postanschrift zu richten.

Eine vollständige Liste der Publikationen der OeNB kann unter der Internet-Adresse <http://www.oenb.at> abgerufen werden.

#### Berichte und Studien (vierteljährlich)

##### Wirtschafts- und Währungsunion und Europäische Union

Wirtschafts- und Währungsunion –	
Entscheidungen für den Übergang zum Euro	2/1998
Disinflation und Fiskalpolitik	2/1998
Einflussfaktoren der Inflation –	
Kerninflation in ausgewählten europäischen Ländern	3/1998
Das geldpolitische Instrument der Mindestreserve in der WWU	1/1999
Harmonisierte Verbraucherpreisindizes –	
Fortschritte und offene Probleme bei der Inflationsmessung	2/1999
Wirtschaftspolitische Kooperation in der WWU:	
Herausforderungen für die europäische Wirtschaftspolitik?	2/1999
Auswirkungen des Euro auf die Stabilität	
der österreichischen Banken	3/1999
Die österreichischen Banken zu Beginn der Währungsunion –	
Auswirkungen der Währungsunion auf das	
österreichische Bankensystem aus gesamtwirtschaftlicher Sicht	3/1999
Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und in der EU	vierteljährlich
Zusammenarbeit im ESZB und europäische Integration	vierteljährlich

##### Oesterreichische Nationalbank und ausgewählte monetäre Aggregate

Die Aufgaben der OeNB im ESZB	4/1998
Berechnung effektiver Wechselkursindizes als Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit	1/1999
Die Zinsstruktur im internationalen Vergleich –	
Schätzungen mit dem OENB-Modell	1/1999
Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik –	
Ergebnisse der 27. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	3/1999
Ansprache des Präsidenten anlässlich der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank <sup>1)</sup>	2/1998
Reden des Präsidenten und des Gouverneurs anlässlich der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank <sup>1)</sup>	2/1999

1 Sonderdruck.

**Finanzinstitutionen**

Kreditrisikomodelle und Kreditderivate	4/1998
Value at Risk – Evaluierung verschiedener Verfahren	4/1998
Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme Österreichs	jährlich
Großkreditevidenz Österreichs	jährlich
Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute	vierteljährlich

**Zinssätze**

Informationsgehalt von Zinsspreads	1/1998
Die Zinsstruktur im internationalen Vergleich – Schätzungen mit dem OeNB-Modell	1/1999

**Realwirtschaft**

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 1998 bis 2000	4/1998
Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der Unternehmen und privaten Haushalte in den Jahren 1995 bis 1997	1/1999
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 1999 bis 2001	2/1999
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 1999 bis 2001 vom Herbst 1999	4/1999
Effekte des jüngsten Ölpreisanstiegs auf die Inflation in Österreich – ein Vergleich mit historischen Angebotsschocks	4/1999
Konjunkturelle Entwicklung in Österreich	vierteljährlich

**Außenwirtschaft**

Internationale private Kapitalströme und Leistungsbilanz – Umstellung in der Systematik der österreichischen Zahlungsbilanz	2/1998
Sondererhebung über die Regionalgliederung der ausländischen Wertpapiere im Besitz von Inländern per 31. Dezember 1997	1/1999
Neues Konzept der Erwerbsstatistik für aus- und inländische Wertpapiere	2/1999
Coordinated Portfolio Investment Survey (CPIS) 1997 – Ergebnisse aus der ersten weltweiten Erfassung von regional gegliederten Wertpapierbeständen im Rahmen eines IWF-Statistikprojektes	4/1999
Erwerbsstatistik für in- und ausländische Wertpapiere	jährlich
Internationale Vermögensposition Österreichs	jährlich
Direktinvestitionen Österreichs	jährlich
Zahlungsbilanz	vierteljährlich

**Internationale Wirtschaft**

Notenbankunabhängigkeit in ausgewählten Reformländern – Rechtsgrundlagen und praktische Umsetzung	3/1998
Die Brasilienkrise und ihre Auswirkungen	1/1999
Entwicklungen in ausgewählten Reformländern	1 und 3
Internationale Verschuldung und Emerging Markets	2 und 4
Entwicklungen in ausgewählten Industrieländern außerhalb der EU	vierteljährlich
Zusammenarbeit im internationalen Währungs- und Finanzsystem	vierteljährlich

**Focus on Transition (halbjährlich)**

Currency Boards in Central and Eastern Europe – Experience and Future Perspectives	1/1998
The Introduction of the Euro: Implications for Central and Eastern Europe – The Case of Hungary and Slovenia	1/1998
Large Current Account Deficit – The Case of Central Europe and the Baltics	1/1998
Contagion Effects of the Russian Financial Crisis on Central and Eastern Europe: The Case of Poland	2/1998
The 1998 Reports of the European Commission on Progress by Candidate Countries From Central and Eastern Europe: The Second Qualifying Round	2/1998
Prudential Supervision in Central and Eastern Europe: A Status Report on the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovenia	2/1998
Is Direct Disinflation Targeting an Alternative for Central Europe? The Case of the Czech Republic and Poland	1/1999
The Southeast European Nonassociated Countries – Economic Developments, the Impact of the Kosovo Crisis and Relations with the EU	1/1999
Increasing Integration of Applicant Countries into International Financial Markets: Implications for Monetary and Financial Stability	2/1999
Exchange Rate Regimes in Central and Eastern Europe: A Brief Review of Recent Changes, Current Issues and Future Challenges	2/1999
Special Report: Ukraine. Macroeconomic Development and Economic Policy In the First Eight Years of Independence	2/1999

**Working Papers**

Nr. 25	Sources of Currency Crisis: An Empirical Analysis	1998
Nr. 26	Structural Budget Deficits and Sustainability of Fiscal Positions in the European Union	1998
Nr. 27 <sup>1)</sup>	Trends in European Productivity: Implications for Real Exchange Rates, Real Interest Rates and Inflation Differentials	1998
Nr. 28	What Do We Really Know About Exchange Rates?	1998
Nr. 29	Goods Arbitrage and Real Exchange Rate Stationarity	1998
Nr. 30	The Great Appreciation, the Great Depreciation, and the Purchasing Power Parity Hypothesis	1998
Nr. 31	The Usual Suspects? Productivity and Demand Shocks and Asia Pacific Real Exchange Rates	1998
Nr. 32	Price Level Convergence Among United States Citys: Lessons for the European Central Bank	1998
Nr. 33	Core Inflation in selected European Union Countries	1998
Nr. 34	The impact of EMU on European unemployment	1998
Nr. 35	Room for Manoeuvre of Economic Policy in the EU Countries – Are there Costs of Joining EMU?	1998

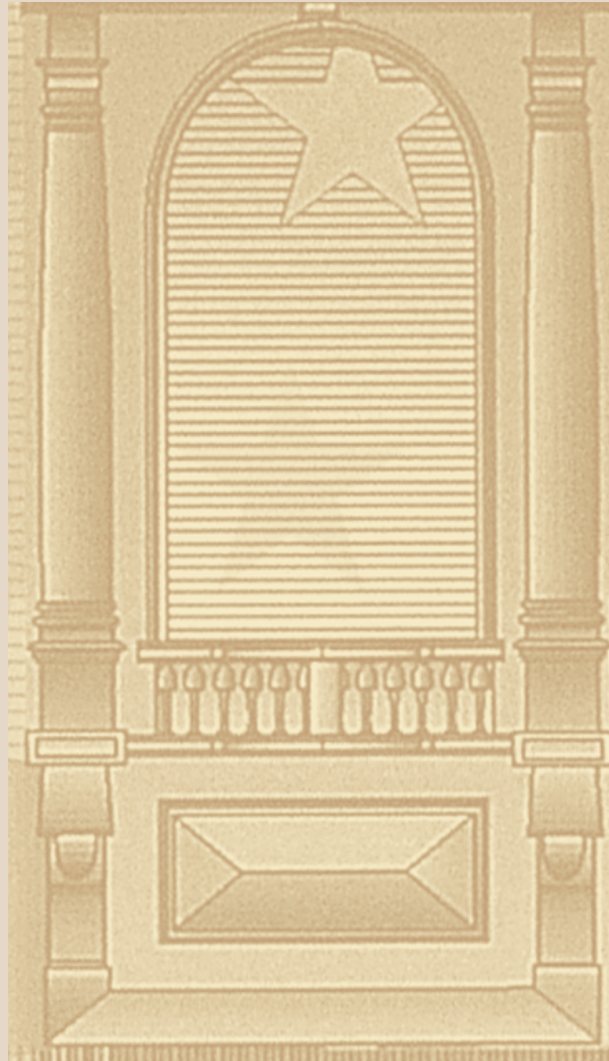
1 Vergriffen.

Nr. 36	Heterogeneities within Industries and Structure-Performance Models	1998
Nr. 37	Estimation of the Term Structure of Interest Rates A Parametric Approach	1999
Nr. 38	On the Real Effects of Monetary Policy: A Central Banker's View	1999
Nr. 39	Democracy and Markets: The Case of Exchange Rates	1999

**Sonstige Publikationen 1999**

- Architektur des Geldes –  
Vom klassizistischen Palais zum zeitgenössischen Geldzentrum
- Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik –  
Tagungsband der 27. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB
- The Austrian Financial Markets –  
A Survey of Austria's Capital Markets – Facts and Figures
- Leitfaden zum Marktrisiko (sechsbändig)





50 Euro, die Renaissance



Jahresabschluss 1999  
der Oesterreichischen Nationalbank

# Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999

## Aktiva

1. Jänner 1999

in Euro

<b>1. Gold und Goldforderungen</b>	3.404,661.689'17
<b>2. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	14.790,557.350'38
2.1 Forderungen an den IWF	1.355,097.751'73
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	13.435,459.598'65
<b>3. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet</b>	1.185,741.327'37
<b>4. Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	1.618,243.959'72
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	1.618,243.959'72
<b>5. Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet</b>	1.518,993.180'07
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	702,019.578'13
5.2 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	614,812.177'08
5.3 Sonstige Forderungen	202,161.424'86
<b>6. Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	1.767,867.320'63
<b>7. Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte</b>	194,508.771'71
<b>8. Intra-ESZB Forderungen</b>	117,970.000'—
8.1 EZB-Kapitalanteil	117,970.000'—
<b>9. Sonstige Aktiva</b>	3.574,347.182'33
9.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	111,781.443'91
9.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	41,760.830'31
9.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	2.222,848.679'40
9.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	517.738'71
9.5 Sonstiges	1.197,438.490'—
	<u>28.172,890.781'38</u>

**Passiva**

	1. Jänner 1999 in Euro	
<b>1. Banknotenumlauf</b>		12.268,858.699'97
<b>2. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber dem Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet</b>		3.974,323.059'42
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)	3.974,323.059'42	
<b>3. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>		17,423.928'78
3.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	3,146.052'95	
3.2 Sonstige Verbindlichkeiten	14,277.875'83	
<b>4. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>		13,237.364'64
<b>5. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>		292,999.594'82
<b>6. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>		770,807.254'95
6.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	770,807.254'95	
<b>7. Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte</b>		215,652.361'66
<b>8. Intra-ESZB Verbindlichkeiten</b>		1,447.632'53
8.1 Sonstige Intra-ESZB Verbindlichkeiten (Netto)	1,447.632'53	
<b>9. Sonstige Passiva</b>		958,856.897'98
9.1 Sonstiges	958,856.897'98	
<b>10. Rückstellungen</b>		92,263.319'55
<b>11. Ausgleichsposten aus Neubewertung</b>		3,742,808.418'66
<b>12. Kapital und Rücklagen</b>		5,824,212.248'42
12.1 Kapital	12,000.000'—	
12.2 Rücklagen	5,812,212.248'42	
		<u>28.172,890.781'38</u>

# Bilanz

## zum 31. Dezember 1999

### Aktiva

	31. Dezember 1999 in Euro	Eröffnungsbilanz 1. Jänner 1999 in Tausend Euro
<b>1. Gold und Goldforderungen</b>	3.793,021.625'25	3,404.662
<b>2. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	14.970,486.505'49	14,790.558
2.1 Forderungen an den IWF	1.269,391.592'13	1,355.098
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	13.701,094.913'36	13,435.460
<b>3. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet</b>	2.120,850.692'08	1,185.741
<b>4. Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	3.351,499.136'77	1,618.244
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	3.351,499.136'77	1,618.244
4.2 Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	—	—
<b>5. Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet</b>	6.465,068.129'44	1,518.993
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	2.764,742.900'—	702.020
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	2.707,505.000'—	—
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	614.812
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	—	—
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	—	—
5.7 Sonstige Forderungen	992,820.229'44	202.161
<b>6. Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	1.744,060.431'70	1,767.867
<b>7. Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte</b>	221,424.345'36	194.509
<b>8. Intra-ESZB Forderungen</b>	1.297,670.000'—	117.970
8.1 EZB-Kapitalanteil	117,970.000'—	117.970
8.2 Forderungen aus dem Transfer von Währungsreserven	1.179,700.000'—	x
8.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Bedeckung der Ausgabe von EZB-Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>	x	x
8.4 Sonstige Intra-ESZB Forderungen (Netto)	—	—
<b>9. Schwebende Verrechnungen</b>	—	—
<b>10. Sonstige Aktiva</b>	3.881,870.603'17	3,574.347
10.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	98,347.236'79	111.781
10.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	54,695.161'16	41.761
10.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	2.387,399.510'63	2,222.849
10.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	385.202'72	—
10.5 Rechnungsabgrenzungsposten	305,879.935'97	518
10.6 Sonstiges	1.035,163.555'90	1,197.438
	<u>37.845,951.469'26</u>	<u>28,172.891</u>

<sup>1)</sup> Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

## Passiva

	31. Dezember 1999 in Euro	Eröffnungsbilanz 1. Jänner 1999 in Tausend Euro
<b>1. Banknotenumlauf</b>	13.328,055.834'95	12,268.859
<b>2. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber dem Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet</b>	3.250,535.699'27	3,974.323
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)	3.235,186.199'27	3,974.323
2.2 Einlagefazilität	15,349.500'—	—
2.3 Termineinlagen	—	—
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	—	—
<b>3. Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen<sup>1)</sup></b>	×	×
<b>4. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	19,115.740'06	17.424
4.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	8,038.429'47	3.146
4.2 Sonstige Verbindlichkeiten	11,077.310'59	14.278
<b>5. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	237,316.886'23	13.237
<b>6. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	375,171.959'51	293.000
<b>7. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	1.339,701.982'26	770.807
7.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	1.339,701.982'26	770.807
7.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des VKM II	—	—
<b>8. Ausgleichsposten für vom IWF zugewiesene Sonderziehungsrechte</b>	244,392.127'92	215.652
<b>9. Intra-ESZB Verbindlichkeiten</b>	6.724,087.088'02	1.448
9.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven <sup>1)</sup>	×	×
9.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	—	—
9.3 Sonstige Intra-ESZB Verbindlichkeiten (Netto)	6.724,087.088'02	1.448
<b>10. Schwebende Verrechnungen</b>	—	—
<b>11. Sonstige Passiva</b>	887,820.659'40	958.857
11.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	23,696.986'80	—
11.2 Rechnungsabgrenzungsposten	59,207.273'43	—
11.3 Sonstiges	804,916.399'17	958.857
<b>12. Rückstellungen</b>	169,759.065'43	92.263
<b>13. Ausgleichsposten aus Neubewertung</b>	5,195,012.858'47	3,742.809
<b>14. Kapital und Rücklagen</b>	5,989,056.062'05	5,824.212
14.1 Kapital	12,000.000'—	12.000
14.2 Rücklagen	5,977,056.062'05	5,812.212
<b>15. Bilanzgewinn</b>	85,925.505'69	—
	<u>37,845,951.469'26</u>	<u>28,172.891</u>

<sup>1)</sup> Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

# Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1999

Geschäftsjahr 1999

in Euro

1. Zinsenerträge	1.148.536.986'21	
2. Zinsaufwendungen	– 385.935.407'33	
<b>3. Netto-Zinsenergebnis</b>		762.601.578'88
4. Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	356.910.475'60	
5. Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	– 212.261.337'89	
6. Zuführung /Auflösung Rückstellungen für Währungs- und Preisrisiken	576.671.826'40	
<b>7. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen</b>		721.320.964'11
8. Erträge aus Gebühren und Provisionen	1.209.855'31	
9. Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	– 1.836.469'02	
<b>10. Netto-Ergebnis aus Gebühren und Provisionen</b>		– 626.613'71
11. Erträge aus Beteiligungen		36.664.576'60
12. Netto-Ergebnis aus Monetären Einkünften		– 190.308'28
13. Sonstige Erträge		76.370.137'31
<b>14. Netto-Erträge</b>		1.596.140.334'91
15. Personalaufwendungen		– 169.056.757'24
16. Sachaufwendungen		– 67.212.892'94
17. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände		– 8.255.049'83
18. Aufwendungen für Banknoten		– 26.859.879'51
19. Sonstige Aufwendungen		– 22.854.153'99
		1.301.901.601'40
20. Körperschaftsteuer und satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes		–1.215.976.095'71
<b>21. Bilanzgewinn</b>		85.925.505'69



# Anhang zum Jahresabschluss 1999

## Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

### Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen

Mit der Teilnahme Österreichs an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) seit 1. Jänner 1999 ist die OeNB Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). Damit verbunden ist auch die Bestimmung des § 67 Abs. 2 NBG 1984 in der geltenden Fassung, wonach die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung unter Heranziehung der vom EZB-Rat gemäß Art. 26 Abs. 4 des ESZB/EZB-Statuts erlassenen Vorschriften aufzustellen sind, anzuwenden. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 1. Dezember 1998 als „Guideline of the ECB of 1 December 1998 on the Legal Framework for Accounting and Reporting in the European System of Central Banks“ (NCB/1998/NP22) beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der OeNB in ihrer Gesamtheit angewendet. Auf die im § 67 Abs. 2 2. Satz des Nationalbankgesetzes (NBG) 1984 angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wird nur dann zurückgegriffen, wenn die Guideline keine Vorgaben enthält.

Die übrigen für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 bis 69 und 72 Abs. 1 des NBG in der Fassung des BGBl I Nr. 60/1998 sowie das Handelsgesetzbuch (HGB) in der geltenden Fassung sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß §§ 244 ff. HGB ist auf Grund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Ge-

schäftsjahr 1999 unverändert nicht gegeben.

Infolge der Umstellung im Rechnungswesen der OeNB zu Beginn der dritten Stufe der WWU wurde eine Eröffnungsbilanz per 1. Jänner 1999 erstellt, wobei die Umstellung von Schilling auf Euro, die Überleitung der Bilanzstände per 31. Dezember 1998 von der alten auf die neue Bilanzstruktur sowie die durch die neuen Bewertungs- und Bilanzierungsregeln bedingten Umbuchungen gesondert dargestellt wurden.

Die Eröffnungsbilanz, die im Format der Jahresbilanz gemäß der Guideline erstellt wurde, umfasst alle aktiven und passiven Bestandskonten einschließlich dem Kapital sowie außerbilanzielle Konten.

Für die Umrechnung der Fremdwährungsbeträge und Schillingbestände in Euro wurden hinsichtlich der Währungen der Staaten, die Mitglieder der dritten Stufe der WWU sind, die Kursparitäten gemäß „Verordnung (EG) Nr. 2866/98 des Rates vom 31. Dezember 1998 über die Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedsstaaten, die den Euro einführen“, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L359 vom 31. Dezember 1998, verwendet. Für alle anderen Währungen wurden die Tageskurse des 31. Dezember 1998 auf Basis deren Relation zum US-Dollar sowie des von der EZB festgelegten US-Dollar/Euro-Kurses in Euro errechnet.

Auf Grund der Bestimmungen des Art. 29 der Guideline wurden im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz sämtliche Bestände

einer Neubewertung (Initial Valuation) unterzogen und somit mit dem Marktwert ausgewiesen. Buchmäßige Aufwertungsgewinne aus der Initial Valuation ergaben sich vor allem bei den Wertpapieren, die im Jahresabschluss 1998 noch nach dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert wurden, sowie aus Zuschreibungen bei jenen Beteiligungen, die nicht wie bisher mit dem Erinnerungswert, sondern nunmehr mit dem nach der Equity-Methode ermittelten Substanzwert bilanziert werden. Die Gewinne aus der Initial Valuation wurden in den Passivposten 13 „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ eingestellt.

Weiters erfolgte per 1. Jänner 1999 gemäß § 8 Abs. 1 NBG eine Anpassung des Grundkapitals der OeNB auf 12 Mio EUR. Die Aktionäre waren gemäß § 87 Abs. 1 NBG verpflichtet, den sich durch die Erhöhung des Grundkapitals auf Basis ihrer Beteiligungsquote zum 1. Jänner 1999 ergebenden Differenzbetrag bis spätestens 31. März 1999 nachzuzahlen. Alle Aktionäre sind dieser Verpflichtung zeitgerecht nachgekommen.

Für die Abdeckung allfälliger künftiger aus dem ESZB resultierender Verluste (Verlustabdeckung der EZB, implizites Währungsrisiko aus den an die EZB übertragenen Währungsreserven), die von der OeNB ihrem Kapitalanteil an der EZB entsprechend zu tragen sind, sowie für jene aus Wertpapierkursverlusten kann die vor dem Jahr 1999 gebildete „Reserve aus valutaren Kursdifferenzen“ nicht herangezogen werden. In diesem Zusammenhang wurde im Zuge des Jahresabschlusses 1999 ein Teil (nämlich 550 Mio EUR) der „Freien Reserve“ in die zweckgebundene

„Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken“ übertragen. Sie wurde mit einem Betrag von 6.568 Tsd EUR verwendet, um den Aufwand der OeNB an der anteiligen Abdeckung des voraussichtlichen Jahresverlustes der EZB erfolgsneutral zu halten.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur. Ein Vergleich der Bilanzstände zum 31. Dezember 1999 mit jenen zum 31. Dezember 1998 ist somit nicht möglich. Zu Vergleichszwecken werden aber die Stände der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 herangezogen. Der Jahresvergleich in der Gewinn- und Verlustrechnung 1999 wird auf Grund der geänderten Struktur grundsätzlich nicht vorgenommen bzw., wenn eine Vergleichsmöglichkeit besteht, wird diese bei den Erläuterungen des entsprechenden Postens dargestellt.

### **Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze**

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze basieren auf den vom EZB-Rat am 1. Dezember 1998 festgelegten entsprechenden Regelungen. Diese Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, die auch im übrigen Eurosystem Anwendung finden, richten sich nach – mittels Gemeinschaftsrecht harmonisierten – Rechnungslegungsprinzipien und international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst.

Der Jahresabschluss wurde nach folgenden Grundsätzen erstellt:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit,
- Bilanzvorsicht,
- Stichtagsbezogenheit,
- Wesentlichkeit,
- Unternehmensfortführung,
- Periodenabgrenzung,
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit.

Für die Verbuchung von Finanztransaktionen ist der Zeitpunkt der Zahlung maßgeblich.

Transaktionen werden in der Bilanz zu aktuellen Marktkursen bzw. -preisen erfasst. Zum Jahresende werden die Forderungen und Verbindlichkeiten zum Mittelkurs bzw. -preis neu bewertet. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die unter dem Bilanzstrich erfassten Werte gleichermaßen. Bei Wertpapieranlagen erfolgt die Neubewertung dabei jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Hierbei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskostenmethode berechnet. Grundsätzlich werden hierbei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstages gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Hingegen werden die aus der Bewertung stammenden buchmäßigen Gewinne nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz

passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Reversierung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Darüber hinausgehend werden buchmäßige Fremdwährungskursverluste, die als Aufwand gebucht werden müssen, durch eine gleich hohe Auflösung der vor dem Jahr 1999 gebildeten „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ abgedeckt. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst.

In Erfüllung der im § 69 Abs. 4 NBG enthaltenen Bestimmung, wonach sich die „Verpflichtung zur Bildung und zur Auflösung der Kursdifferenzenreserve nach der Risikoeinschätzung der valutarischen Bestände richtet“, wird für die Berechnung des Währungsrisikos der Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen. Das Ergebnis des VaR stellt jene Währungsverlustgrenze dar, die bei einem gegebenen Gold- und Fremdwährungsbestand und einer gegebenen Währungsstreueung mit einer bestimmten

Wahrscheinlichkeit (97,5%) innerhalb eines Zeithorizonts (1 Jahr) nicht überschritten wird. Zur Bedeckung des so ermittelten Verlustpotenzials werden die „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ (Kursdifferenzenreserve) und der „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ herangezogen. Reichen diese hierfür in ihrer Gesamtheit nicht aus, ist eine „Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken“ gewinnreduzierend zu dotieren. Für den Fall, dass die Kursdifferenzenreserve nicht zur Gänze zur Verlustbedeckung herangezogen werden muss, wird der entsprechende, nicht benötigte Teil gewinnerhöhend aufgelöst.

Bei unter oder über pari ausgegebenen bzw. erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsenertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers amortisiert.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert (= Eigenkapitalbasis) dieser Gesellschaft.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgen-

den Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen:

- EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge (4 Jahre),
- Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung (10 Jahre),
- Gebäude (25 Jahre).

Die betragliche Geringfügigkeitsgrenze für geringwertige Vermögensgegenstände ist mit 10.000– EUR festgelegt.

### Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss

	Realisierte Gewinne (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Realisierte Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Buchmäßige Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Buchmäßige Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten)
<i>in 1.000 EUR</i>				
Gold	125.787	0	–	565.315
Fremdwährungen	357.441	9.787	987 <sup>1)</sup>	1.608.994
Wertpapiere	27.784	152.696	202.625	71.776
Initial Valuation bei Wertpapieren	65.388	x	x	x
Eurobestände des IWF	–	56.984 <sup>1)</sup>	–	–
Beteiligungen	–	–	4.689	36.381
Außerbilanzielle Geschäfte	6	28	3.960	385
Insgesamt	576.406	219.495	212.261	2.282.851

<sup>1)</sup> Durch gleich hohe Auflösung der „Kursdifferenzenreserve“ erfolgsneutral gehalten.

## Kapitalbewegungen

Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 1999

	1. 1. 1999	Zunahme	Abnahme	31. 12. 1999
	<i>in 1.000 EUR</i>			
<b>Ausgleichsposten aus Neubewertung</b>				
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen	3,268.257	×	728.712	2,539.545
Reserve aus Initial Valuation	474.552	×	101.935	372.617
Neubewertungskonten	–	2,282.851	–	2,282.851
Zusammen	3,742.809	2,282.851	830.647	5,195.013
<b>Kapital</b>				
	12.000	–	–	12.000
<b>Rücklagen</b>				
Allgemeiner Reservefonds	1,519.915	92.037	–	1,611.952
Freie Reserve	2,078.922	22.152	550.000	1,551.074
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	–	550.000	6.568	543.432
Reserve aus ERP-Zinsenüberschüssen	475.478	22.064	–	497.542
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	7.267	–	–	7.267
Pensionsreserve	1,730.631	35.158	–	1,765.789
Zusammen	5,812.213	721.411	556.568	5,977.056
<b>Bilanzgewinn</b>				
	–	85.926	–	85.926

Hinsichtlich der Details zu den einzelnen Veränderungen wird auf die Erläuterungen des jeweiligen Bilanzpostens verwiesen.

## Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 1999

Nettowährungsposition (inkl. Gold)

	1. 1. 1999	31. 12. 1999	Veränderung	
	<i>in 1.000 EUR</i>			<i>in %</i>
Gold und Goldforderungen	3,404.662	3,793.022	+ 388.360	+11'4
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	15,100.210	16,469.559	+1,369.349	+ 9'1
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1,185.741	2,120.851	+ 935.110	+78'9
Sonstige Aktiva	–	24.052	+ 24.052	×
abzüglich:				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	293.000	375.172	+ 82.172	+28'1
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	770.807	1,339.702	+ 568.895	+73'8
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	215.652	244.392	+ 28.740	+13'3
Ausgleichsposten aus Neubewertung	–	3.099	+ 3.099	×
Zusammen	18,411.154	20,445.119	+2,033.965	+11'1
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	+ 4.881	– 363.548	– 368.429	×
Insgesamt	18,416.035	20,081.571	+1,665.536	+ 9'0

**Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz**

**Aktiva**

**1. Gold und Goldforderungen**

In diesem Posten ist der physische und nicht physische Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich am 31. Dezember 1999 auf rund 407 t. Auf Basis des Bewertungspreises von 289'518 EUR/ozf (das sind 9.308'22 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 3,793.022 Tsd EUR.

Die Veränderungen im Jahr 1999 resultieren einerseits aus der Übertragung von Goldreserven an die EZB (22.340 kgf im Gegenwert von 176.955 Tsd EUR) und andererseits aus dem Bewertungsgewinn über 565.315 Tsd EUR.

Für die Übertragung der Goldreserven hat die OeNB eine gleich hohe Forderung, die unter dem Posten Aktiva 8.2 „Forderungen aus dem Transfer von Währungsreserven“ ausgewiesen wird, erworben. Die Höhe des an die EZB übertragenen Goldbetrags wurde auf Grund des entsprechenden OeNB-Anteils am gezeichneten Kapital der EZB bestimmt.

**2. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets**

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex „Internationaler Währungsfonds“ – bestehend aus der „Forderung aus der Beteiligung am IWF“, den „Sonderziehungsrechten“ (SZR) und den „Sonstigen Forderungen gegen den IWF“ – Fremdwährungsforderungen gegen Länder, die nicht an der Währungsunion teilnehmen. Der Sitz der Geschäftspartner befindet

sich außerhalb des Eurowährungsraums.

Der gesamte IWF-Posten gliedert sich wie folgt:

	1. 1. 1999 in 1.000 EUR	31. 12. 1999	Veränderung in %	
Forderung aus der Beteiligung am IWF	1,121.606	1,056.572	-65.034	- 5,8
SZR im Rahmen des IWF	127.521	144.571	+17.050	+13,4
Sonstige Forderungen gegen den IWF	105.971	68.249	-37.722	-35,6
Insgesamt	1,355.098	1,269.392	-85.706	- 6,3

Die am 5. Februar 1999 effektuierte Erhöhung der Quote beim IWF<sup>1)</sup> von 1.188'3 Mio SZR um 684 Mio SZR auf 1.872'3 Mio SZR hat die **Forderung aus der Beteiligung am IWF** im Gegenwert von 840.433 Tsd EUR erhöht. Der österreichische Anteil am Fondskapital stieg damit von rund 0'82 auf rund 0'88%. Zuletzt erfolgte eine Aufstockung im Dezember 1992.

Weiters haben sich die Bewertung (+277.918 Tsd EUR) und Effekte aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen (+6.036 Tsd EUR) bestands erhöhend ausgewirkt.

Demgegenüber hat diese Forderung – insbesondere durch Erläge von Mitgliedstaaten – um 1,189.421 Tsd EUR abgenommen.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt auf Grund der sich wöchentlich ändernden Remunerationrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – gleich hoch wie der SZR-Zinssatz – zwischen 3'2 und 3'9% p. a. bewegte.

Die **Sonderziehungsrechte**<sup>2)</sup> stehen zum 31. Dezember 1999 mit einem Gegenwert von

1 Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen. Die Erhöhung der Quote erfolgte gemäß Bundesgesetz BGBl I Nr. 190/1998.  
2 Gemäß Bundesgesetz BGBl Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der Sonderziehungsrechte teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen Sonderziehungsrechte in ihre Aktiven einzustellen.

144.571 Tsd EUR, das entspricht 106 Mio SZR, zu Buche. Die gegenüber dem Jahresanfangsbestand eingetretene Zunahme um per saldo 17.050 Tsd EUR ist insbesondere auf die Bewertung zurückzuführen.

Käufe auf Grund von Designierungen durch den IWF erfolgten im Jahr 1999 nicht. Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

**Sonstige Forderungen gegen den IWF** fassen sämtliche übrigen Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF zusammen. Im vorliegenden Jahresabschluss besteht dieser Posten ausschließlich aus Forderungen aus Beitragsleistungen im Zusammenhang mit der „Beteiligung an der Poverty Reduction and Growth Facility“ (PRGF)<sup>1</sup> (unverändert 50 Mio SZR). Die aus „New Arrangements to Borrow“ (NAB) resultierende Forderung (erstmalig im Jahr 1998 geleistete Beiträge über 38 Mio SZR im Zusammenhang mit einer IWF-Hilfsaktion an Brasilien) wurde 1999 planmäßig getilgt.

Die **Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva** stellen sich wie folgt dar:

In den Guthaben bei Banken sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten, Festgelder und Taggeldanlagen enthalten. Die Wertpapiere wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Eurowährungsraums begeben. Sämtliche Veranlagungen werden bei Partnern mit bester Bonität vorgenommen.

Unter den Krediten außerhalb des Eurowährungsraums werden zwei der türkischen Zentralbank in den Jahren 1980 bzw. 1981 mit je 15 Mio USD zur Verfügung gestellte Kredite mit einem restlichen Gesamtwert von 1.991 Tsd EUR ausgewiesen. Die rechtliche Basis bilden für den ersten Türkei kredit das Bundesgesetz vom 21. Februar 1980, BGBl Nr. 99, und für den zweiten Türkei kredit das Bundesgesetz vom 26. November 1980, BGBl Nr. 556. Der Türkei kredit des Jahres 1980 wird durch halbjährlich zu leistende Tilgungsraten bis April 2000 völlig getilgt sein, hinsichtlich des Kredits aus dem Jahr 1981 wird dies im Februar 2001 der Fall sein.

Die Sonstigen Forderungen außerhalb des Eurowährungsraums beinhalten Valuten (6.502 Tsd EUR) und zu refundierende Kapitalertragsteuern (215 Tsd EUR).

	1. 1. 1999	31. 12. 1999	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
Guthaben bei Banken	3.186.051	4.514.768	+1.328.717	+41,7
Wertpapiere	10.239.142	9.177.619	-1.061.523	-10,4
Kredite	3.428	1.991	- 1.437	-41,9
Sonstige Forderungen	6.839	6.717	- 122	- 1,8
Insgesamt	13.435.460	13.701.095	+ 265.635	+ 2,0

<sup>1</sup> Mit Wirkung vom 22. November 1999 wurde die Bezeichnung ESAF auf PRGF geändert.



### 3. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet dienen im Wesentlichen der Eigenveranlagung und beinhalten im Detail:

	1. 1. 1999 in 1.000 EUR	31. 12. 1999	Veränderung in %	
Guthaben bei Banken	1.045.720	2.001.578	+955.858	+91'4
Wertpapiere	140.022	119.273	- 20.749	-14'8
Insgesamt	1.185.742	2.120.851	+935.109	+78'9

### 4. Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Zum 31. Dezember 1999 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	1. 1. 1999 in 1.000 EUR	31. 12. 1999	Veränderung in %	
TARGET-Salden gegenüber den an der dritten Stufe der WWU nicht teilnehmenden Notenbanken	0	1.661.756	+1.661.756	×
Wertpapier- und sonstige Veranlagungen	1.618.244	1.689.743	+ 71.499	+ 4'4
Insgesamt	1.618.244	3.351.499	+1.733.255	+107'1

Der jeweilige Tagesnettosaldo aus TARGET-Forderungen und TARGET-Verbindlichkeiten wird mit dem aktuellen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments täglich verzinst. Die entsprechenden Zahlungen werden im TARGET-System monatlich im Nachhinein durchgeführt.

Der Bestand an Wertpapieren stellt Veranlagungen in Euro bzw. in Währungen von Staaten, die an der dritten Stufe der WWU teilnehmen, dar.

### 5. Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die im Zusammenhang mit der Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt.

Die Zusammensetzung der „Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet“ zeigt folgendes Bild:

	1. 1. 1999 in 1.000 EUR	31. 12. 1999	Veränderung in %	
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	702.020	2.764.743	+2.062.723	+293'8
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	-	2.707.505	+2.707.505	-
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	614.812	-	- 614.812	-100'0
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	-	-	-	-
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	-	-	-	-
5.7 Sonstige Forderungen	202.161	992.820	+ 790.659	+391'1
Insgesamt	1.518.993	6.465.068	+4.946.075	+325'6

Als **Hauptrefinanzierungsgeschäfte** werden die regelmäßig stattfindenden liquiditätszuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den Nationalen Zentralbanken (NZBen) in wöchentlichem Abstand, mit einer Laufzeit von zwei Wochen im Rahmen von Standardtendern durchgeführt. Im Jahr 1999 wurden im Rahmen von Hauptrefinanzierungsgeschäften ausschließlich Mengentender angewendet. Bei einem Mengentender gibt die EZB den Zinssatz vor und die Teilnehmer geben Gebote über den Betrag ab, den sie bereit sind, zu diesem Zinssatz zu kaufen.

Die **längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte** sind liquiditäts-

zuführende befristete Transaktionen in monatlichem Abstand mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den NZBen im Wege von Standardtendern durchgeführt. Die im Rahmen von längerfristigen Refinanzierungsgeschäften durchgeführten Tender wurden 1999 ausschließlich nach dem Zinstenderverfahren abgewickelt. Bei einem Zinstender geben die Teilnehmer Gebote über die Beträge und die Zinssätze ab, zu denen sie Geschäfte mit den NZBen abschließen wollen.

**Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen** werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmaßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinsteuerungsinstrumente und -verfahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Feinsteuerungsoperationen werden üblicherweise von den NZBen über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen Feinsteuerungsoperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Außer den Rückführungen zu Jahresbeginn wurden keine Transaktionen während des Jahres abgewickelt. Zum Jahresultimo 1999 weist dieser Posten keinen Stand aus.

**Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen** werden eingesetzt, wenn die EZB die strukturelle Liquiditätsposition des Finanzsektors gegen-

über dem ESZB anpassen will. Im Jahr 1999 wurden keine derartigen Geschäfte getätigt.

Der Finanzsektor kann die **Spitzenrefinanzierungsfazität** in Anspruch nehmen, um sich von den NZBen Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazilität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes. Die Spitzenrefinanzierungsfazität wurde im Jahr 1999 mehrfach in Anspruch genommen.

**Forderungen aus Margenausgleich** resultieren daraus, wenn der regelmäßig ermittelte Wert der den NZBen dienenden Sicherheiten unter eine bestimmte Grenze fällt und die Geschäftspartner aufgefordert werden, zusätzliche Sicherheiten (oder Barmittel) zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 1999 bestanden aus diesem Titel keine Forderungen.

In den **Sonstigen Forderungen** sind Reverse Repos (das sind Veranlagungsgeschäfte mit Rückkaufvereinbarung) enthalten. Weiters werden ein OeNB-Festgeldkonto – das für die teilweise Gewinnausschüttung an den Bund zur Verfügung steht – sowie diverse Eurokonten bei ausländischen Banken ausgewiesen.

### 6. Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 1999	1,744.060 Tsd EUR
Eröffnungsbilanz 1. 1. 1999	1,767.867 Tsd EUR
Veränderung	- 23.807 Tsd EUR (-1,3%)

In diesem Posten sind alle marktgängigen Wertpapiere inklusive der Staatspapiere aus der Zeit vor der WWU, die auf Währungen jener Staaten, die an der dritten Stufe teilnehmen, denominated sind und nicht unter dem „Währungspolitischen Instrumentarium“ auszuweisen bzw. keinen bestimmten Veranlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Abgänge über 18.755 Tsd EUR sowie auf aus der Bewertung stammende buchmäßige Kursverluste über 5.052 Tsd EUR zurückzuführen.

### 7. Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand 31. 12. 1999	221.424 Tsd EUR
Eröffnungsbilanz 1. 1. 1999	194.509 Tsd EUR
Veränderung	+ 26.915 Tsd EUR (+13,8%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die „Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen“ dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes von 1,322.089 Tsd EUR ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte

Münzenrücklieferungen sowie um von der Münze Österreich AG direkt eingezogene beschädigte Münzen. In der Bilanz der OeNB wird gegenüber dem Bund die – um die noch nicht tilgbaren Komponenten Umlauf (1,059.204 Tsd EUR) und Kassenbestand (41.468 Tsd EUR) – reduzierte Buchforderung ausgewiesen. Umrechnungsdifferenzen zwischen Schilling- und Eurobeträgen über 7 Tsd EUR sind ebenfalls zu berücksichtigen. Diese Vorgangsweise wird auch von der EZB als vertragskonform bestätigt. Tilgungen erfolgen mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR (das sind 80 Mio ATS) aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss der OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der Münzen zur Tilgung zu verwenden. Die am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Schuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen.

Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an den Bund im Gesamtnennwert von 37.713 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss 1998 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 10.805 Tsd EUR gegenüber.

### 8. Intra-ESZB Forderungen

Die Intra-ESZB Forderungen setzen sich zum 31. Dezember 1999 wie folgt zusammen:

	1. 1. 1999	31. 12. 1999	Veränderung
	in 1.000 EUR		
8.1 EZB-Kapitalanteil	117.970	117.970	-
8.2 Forderungen aus dem Transfer von Währungsreserven	x	1,179.700	+1,179.700
Insgesamt	117.970	1,297.670	+1,179.700

Der Anteil, den die OeNB am gesamten **EZB-Kapital** von 5 Mrd EUR hält, beträgt zum Bilanzstichtag 2'3594% und ist damit gegenüber dem 1. Jänner 1999 unverändert geblieben.

Die EZB-Kapitalanteile der jeweiligen NZBen zeigt die nachstehende Tabelle:

	Kapitalanteile der 15 EU-Zentralbanken davon eingezahlt		
	in %	in EUR	
Deutsche Bundesbank	24'4935	1.224.675.000	1.224.675.000
Banque de France	16'8337	841.685.000	841.685.000
Banca d'Italia	14'8950	744.750.000	744.750.000
Banco de España	8'8935	444.675.000	444.675.000
De Nederlandsche Bank	4'2780	213.900.000	213.900.000
Banque Nationale de Belgique	2'8658	143.290.000	143.290.000
<b>Oesterreichische Nationalbank</b>	2'3594	117.970.000	117.970.000
Banco de Portugal	1'9232	96.160.000	96.160.000
Suomen Pankki	1'3970	69.850.000	69.850.000
Central Bank of Ireland	0'8496	42.480.000	42.480.000
Banque Central de Luxembourg	0'1492	7.460.000	7.460.000
	78'9379	3.946.895.000	3.946.895.000
Bank of England	14'6811	734.055.000	36.702.750
Sveriges Riksbank	2'6537	132.685.000	6.634.250
Bank of Greece	2'0564	102.820.000	5.141.000
Danmarks Nationalbank	1'6709	83.545.000	4.177.250
	21'0621	1.053.105.000	52.655.250
Insgesamt	100'0000	5.000.000.000	3.999.550.250

Die **Übertragung von Währungsreserven** von den am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken an die EZB ist im Art. 30 der ESZB-Statuten vorgesehen. Die resultierenden Euroforderungen aus dieser Transaktion werden in dieser Position ausgewiesen.

Die von der OeNB transferierten Werte werden im Namen und für Rechnung der EZB von der OeNB – separiert von ihren Eigenbeständen – verwaltet und scheinen daher nicht in der OeNB-Bilanz auf.

Die ausgewiesene, nicht rückzahlbare Euroforderung wird mit 85% des geltenden Zinssatzes des Hauptrefinanzierungsinstruments

auf täglicher Basis seitens der EZB verzinst.

### 10. Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	1. 1. 1999 in 1.000 EUR	31. 12. 1999	Veränderung in %	
10.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	111.781	98.347	- 13.434	-12'0
10.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	41.761	54.695	+ 12.934	+31'0
10.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	2.222.849	2.387.400	+164.551	+ 7'4
10.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	-	385	+ 385	-
10.5 Rechnungsabgrenzungsposten	518	305.880	+305.362	x
10.6 Sonstiges	1.197.438	1.035.164	-162.274	-13'6
Insgesamt	3.574.347	3.881.871	+307.524	+ 8'6

**Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets** stellen den Kassenbestand der OeNB an umlaufähigen Münzen der am ESZB teilnehmenden Mitgliedstaaten dar. Im Jahr 1999 sowie zum Bilanzstichtag waren in diesem Posten ausschließlich Schillingmünzen erfasst.

Details zum Scheidemünzenumlauf sowie nähere Angaben zur Ausstattung der Münzen (Durchmesser, Raugewicht, Legierung) können den im Tabellenteil enthaltenen Aufgliederungen entnommen werden. Beim Scheidemünzenumlauf handelt es sich um einen nicht in der OeNB-Bilanz aufscheinenden statistischen Wert, der sich aus den Nennwerten der von der Münze Österreich AG geprägten und von der OeNB in Umlauf gebrachten Scheidemünzen sowie von der Münze Österreich AG direkt ausgegebenen Sonderanfertigungen von Scheidemünzen bzw. Gold-

bullionmünzen, abzüglich direkt eingezogener Münzen, errechnet. Diese Vorgangsweise ist im Scheidemünzengesetz 1988 geregelt. Sie entspricht auch der harmonisierten Ausweisung der anderen Zentralbanken im ESZB.

Die **Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände** beinhalten Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen (Geschäftsausstattung, Hard- und Software, Kraftfahrzeuge) und immaterielle Vermögensgegenstände.

Die **Gebäude und Grundstücke** zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 1. 1. 1999	Zugänge im Jahr 1999	Abgänge im Jahr 1999	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 1999	Buchwert 31. 12. 1998	Abschreibungen des Jahres 1999
30.066 <sup>1)</sup>	12.191	5.123 <sup>2)</sup>	13.890	23.244	12.787	87

<sup>1)</sup> Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl Nr. 190/1954) übernommen.

<sup>2)</sup> Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 3.476 Tsd EUR.

Die **Einrichtung und Maschinen** zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungskosten bis 1. 1. 1999	Zugänge im Jahr 1999	Abgänge im Jahr 1999	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 1999	Buchwert 31. 12. 1998	Abschreibungen des Jahres 1999
57.522	10.705	8.499 <sup>1)</sup>	28.347	31.381	28.974	8.168

<sup>1)</sup> Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 8.369 Tsd EUR.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (Nutzungsrecht an einer Wohnung) zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungskosten bis 1. 1. 1999	Zugänge im Jahr 1999	Abgänge im Jahr 1999	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 1999	Buchwert 31. 12. 1998	Abschreibungen des Jahres 1999
–	70	–	–	70	–	–

Das **Sonstige Finanzanlagevermögen** setzt sich im Detail wie folgt zusammen:

	1. 1. 1999 in 1.000 EUR	31. 12. 1999	Veränderung in %
Wertpapierveranlagungen	1,543.919	1,681.192	+137.273 + 89
Beteiligungen	565.250	642.566	+ 77.316 +137
Sachwerte	24.533	24.533	– –
Sonstige Vermögensgegenstände	89.147	39.109	– 50.038 –561
Insgesamt	2,222.849	2,387.400	+164.551 + 74

Vom Gesamtbestand der **Wertpapierveranlagungen** waren 1,667.311 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 13.881 Tsd EUR der Veranlagung des Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft gewidmet. Aus der Bewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 68.627 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 686 Tsd EUR gegenüberstehen.

Die **Beteiligungen** stellen sich – bewertet nach der Substanzwertmethode – wie folgt dar:

Anschaffungskosten bis 1. 1. 1999	Zugänge im Jahr 1999	Abgänge im Jahr 1999	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 1999	Buchwert 31. 12. 1998	Abschreibungen des Jahres 1999	Neubewertung im Jahr 1999
1,094.065	45.624	–	813.437	642.566	285.317	4.689	316.314

Die Beteiligungen wurden per 1. Jänner 1999 mit ihren jeweiligen Substanzwerten in die Eröffnungsbilanz eingestellt.

Die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) hat ein Grundkapital von 100 Mio ATS und steht zur Gänze im Eigentum der OeNB. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 1998 auf 774 Mio ATS.

Weiters wird hierin die 100-prozentige Beteiligung an der Münze Österreich AG, Wien, bilanziert. Die Münze Österreich AG hat im abgelaufenen Jahr für das Geschäftsjahr 1998 eine Dividende von 3.634 Tsd EUR (1998 für das Geschäftsjahr 1997: 3.270 Tsd EUR) an die OeNB ausgeschüttet.

Da die Münze Österreich AG erst mit Ausgabe der Euromünzen (ab dem 1. Jänner 2002) entsprechende Münzgewinne (Differenz zwischen den Produktionskosten und dem Nominale der Münzen) realisieren kann, die Produktion jedoch schon Ende 1998 begonnen hat, ist die Münze Österreich AG in der Zeit zwischen Produktionsbeginn und Ausgabetermin finanziell stark belastet. Aus diesem Grund hat die OeNB bereits im Jahr 1998 der Münze Österreich AG die benötigten Mittel in Höhe von 145.346 Tsd EUR in Form einer Vorauszahlung zur Verfügung gestellt. Diese Zahlung wird bei der Auslieferung der Euromünzen ab 1. Jänner 2002 vom zu bezahlenden Nominalwert dieser Münzenlieferungen in Abzug gebracht.

Das Grundkapital der Münze Österreich AG beträgt 75 Mio ATS. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 1998 auf 2.985 Mio ATS, der Jahresüberschuss auf 247 Mio ATS.

Die OeNB hat im abgelaufenen Jahr 98,8% der Geldservice Austria Logistik für Wertpapiergestionierung und Transportkoordination GmbH (GSA) erworben. Der Ge-

sellschaftszweck dient primär der Bargeldbearbeitung und dem Bargeldumtausch sowie der Qualitätssicherung. Das Stammkapital beträgt 500 Tsd ATS. Bezüglich der übrigen Beteiligungen wird auf § 241 HGB verwiesen.

Die **Sachwerte** stellen die Sammlung von Streichinstrumenten alter Meister<sup>1)</sup> dar. Zum Bilanzstichtag 1999 besteht die Sammlung von Streichinstrumenten unverändert aus 21 Geigen, 4 Violoncelli und 2 Violen. Die Instrumente werden an förderungswürdige Musikausübende verliehen.

Der Bilanzposten 10.6 (Sonstiges) setzt sich im Detail wie folgt zusammen:

	1. 1. 1999	31. 12. 1999	Veränderung
	in 1.000 EUR		
ERP-Fonds-Nationalbankblock	817.376	839.497	+ 22.121
Vorauszahlung zur Vorfinanzierung der Euromünzenproduktion	145.346	145.346	–
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	7.142	6.360	– 782
Aktive Antizipationen	194.035	–	–194.035
Sonstige Forderungen	33.539	43.961	+ 10.422
Insgesamt	1.197.438	1.035.164	–162.274

Gemäß § 3 Abs. 2 des ERP-Fonds-Gesetzes errechnet sich der Plafonds der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abgeschrieben Betrag über 4.705,404.000'–ATS (341.955 Tsd EUR) zuzüglich der Summe angesammelter Zinsenüberschüsse. Zum 31. Dezember 1999 beliefen sich diese auf 497.542 Tsd EUR.

Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich am 31. Dezember 1999 auf insgesamt 839.497 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt in Form von Buchkrediten, wobei die rechtliche Grundlage dafür im § 83 NBG verankert ist.

<sup>1)</sup> Im Jahr 1989 hatte die OeNB begonnen, eine Sammlung historischer Streichinstrumente aufzubauen.



Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der Bank betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die Sonstigen Forderungen beinhalten solche aus dem laufenden Bankgeschäft.

**Passiva**

**I. Banknotenumlauf**

Bilanzstand 31. 12. 1999	13,328.056 Tsd EUR
Eröffnungsbilanz 1. 1. 1999	12,268.859 Tsd EUR
Veränderung	+ 1,059.197 Tsd EUR (+8'6%)

Der Posten enthält die im Umlauf befindlichen Schillingbanknoten, abzüglich jener, die bei anderen am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken eingegangen sind und dort verwahrt werden.

Die Einschränkung hinsichtlich jener Banknoten bei anderen NZBen gründet sich auf Art. 9.1 der Guideline ECB/1998/NP22 sowie auf die Umsetzung des Art. 52 der ESZB-Statuten<sup>1)</sup>. Durch diese Regelung wird die richtige Darstellung des gesamten Banknotenumlaufs des Eurosystems in der konsolidierten ESZB-Bilanz sichergestellt, da mit den künftigen Eurobanknoten ebenso verfahren werden wird. Konkret bedeutet dies, dass – sobald eine der NZBen Schillingbanknoten im Zuge der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Art. 52 der ESZB-Statuten entgegen nimmt – sie den entsprechenden Eurogegenwert als eine Intra-ESZB Forderung gegenüber der OeNB als ausgebende Zentralbank in ihre Bücher einstellt. Gleichzeitig reduziert die OeNB ihrerseits den Banknotenumlauf im gleichen Ausmaß. Solche, bei anderen NZBen einge-

gangene Schillingbanknoten werden zu einem späteren Zeitpunkt – in zwischen den beteiligten Zentralbanken festgelegten Volumina – an die OeNB repatriiert.

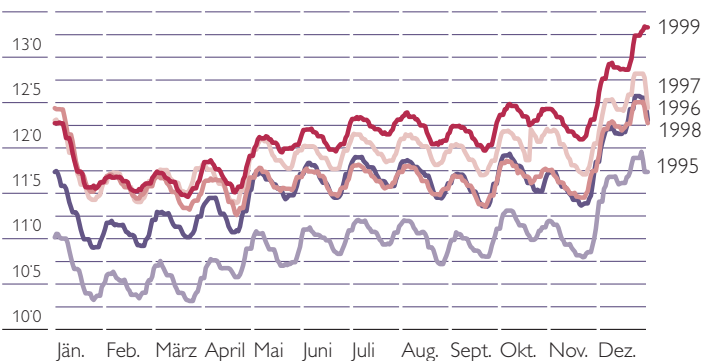
Wie die nachstehende Tabelle zeigt, ergaben sich in den Jahren 1995 bis 1997 stets Steigerungen. Während 1998 ein Rückgang zu verzeichnen war, weist der Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs 1999 wieder eine Zunahme um 407 Mio EUR auf. Seit 1995 hat sich der Umlauf um 1.180 Mio EUR oder 10'8% ausgeweitet.

	Jahres-durchschnitt des Banknotenumlaufs in Mio EUR	Veränderung zum Vorjahr	
		in Mio EUR	in %
1995	10.915	+450	+4'3
1996	11.543	+628	+5'8
1997	11.913	+370	+3'2
1998	11.688	-225	-1'9
1999	12.095	+407	+3'5

<sup>1</sup> Der Art. 52 verpflichtet die NZBen, den Umtausch von Euro-In-Währungen gegen das jeweilige, nationale gesetzliche Zahlungsmittel gebührenfrei zur Parität des unwiderruflich festgelegten Umrechnungskurses für die Allgemeinheit (zumindest an einer Stelle pro Land und auf „Haushaltsmengen“ beschränkt) zu ermöglichen. Die OeNB kommt dieser Verpflichtung in allen ihren Bankanstalten nach, wobei die Abwicklung des Valutenumtauses selbst durch beauftragte Unternehmen in den Räumlichkeiten und im Namen der OeNB, jedoch für fremde Rechnung als Dienstleistung erbracht wird.

**Banknotenumlauf**

Tagesstände in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Der historisch höchste Banknotenumlauf wurde am 29. Dezember 1999 mit 13,338.102 Tsd EUR erreicht, der niedrigste des abgelaufenen Jahres dagegen am 23. März mit 11,454.579 Tsd EUR verzeichnet.



**2. Verbindlichkeiten  
in Euro gegenüber  
dem Finanzsektor  
im Euro-Währungsgebiet**

Zum 31. Dezember 1999 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	1. 1. 1999	31. 12. 1999	Veränderung in 1.000 EUR
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)	3.974.323	3.235.186	-739.137
2.2 Einlagefazilität	-	15.350	+ 15.350
2.3 Termineinlagen	-	-	-
2.4 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>3.974.323</b>	<b>3.250.536</b>	<b>-723.787</b>

Die **Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)** werden im Wesentlichen von Kreditinstituten im Zusammenhang mit der Erfüllung der Mindestreserve gehalten.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute auf täglicher Basis verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen Zinssatz des ESZB-Hauptrefinanzierungsinstruments.

Als **Einlagefazilität** werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden.

**4. Verbindlichkeiten  
in Euro gegenüber  
sonstigen Ansässigen  
im Euro-Währungsgebiet**

Bilanzstand 31. 12. 1999	19.116 Tsd EUR
Eröffnungsbilanz 1. 1. 1999	17.424 Tsd EUR
<b>Veränderung</b>	<b>+ 1.692 Tsd EUR (+9'7%)</b>

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte sowie die Girokonten sonstiger Nichtbanken.

**5. Verbindlichkeiten  
in Euro gegenüber  
Ansässigen außerhalb  
des Euro-Währungsgebiets**

Bilanzstand 31. 12. 1999	237.317 Tsd EUR
Eröffnungsbilanz 1. 1. 1999	13.237 Tsd EUR
<b>Veränderung</b>	<b>+224.080 Tsd EUR</b>

In diesem Bilanzposten sind vor allem die Verbindlichkeiten auf TARGET-Konten mit nicht am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken in Höhe von 213.006 Tsd EUR sowie Verbindlichkeiten aus sonstigen Kontenverbindungen mit Finanzinstituten in nicht an der dritten Stufe der WWU teilnehmenden europäischen Ländern enthalten.

**6. Verbindlichkeiten  
in Fremdwährung  
gegenüber Ansässigen  
im Euro-Währungsgebiet**

Bilanzstand 31. 12. 1999	375.172 Tsd EUR
Eröffnungsbilanz 1. 1. 1999	293.000 Tsd EUR
<b>Veränderung</b>	<b>+ 82.172 Tsd EUR (+28'0%)</b>

Dieser Bilanzposten resultiert aus Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber dem Finanzsektor.

**7. Verbindlichkeiten  
in Fremdwährung  
gegenüber Ansässigen  
außerhalb  
des Euro-Währungsgebiets**

Bilanzstand 31. 12. 1999	1.339.702 Tsd EUR
Eröffnungsbilanz 1. 1. 1999	770.807 Tsd EUR
<b>Veränderung</b>	<b>+ 568.895 Tsd EUR (+73'8%)</b>

Dieser Bilanzposten weist neben Swap-Geschäften auch Fremdwährungsverbindlichkeiten aus Repo-Geschäften mit dem Finanzsektor aus.

**8. Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte**

Bilanzstand 31. 12. 1999	244.392 Tsd EUR
Eröffnungsbilanz 1. 1. 1999	215.652 Tsd EUR
Veränderung	+ 28.740 Tsd EUR (+13,3%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Marktwert errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 179 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

**9. Intra-ESZB Verbindlichkeiten**

Bilanzstand 31. 12. 1999	6,724.087 Tsd EUR
Eröffnungsbilanz 1. 1. 1999	1.448 Tsd EUR
Veränderung	+6,722.639 Tsd EUR

Hierin sind jene Salden enthalten, die aus Transaktionen zwischen der OeNB und den an der dritten Stufe der WWU teilnehmenden Zentralbanken bzw. der EZB – insbesondere aus dem Zahlungsverkehrssystem TARGET – entstanden sind. Diese werden, da sich ein Nettoverbindlichkeitssaldo der OeNB gegenüber dem Eurosystem ergibt, in diesem Bilanzposten saldiert ausgewiesen.

Die Verzinsung des Nettosaldo erfolgt auf täglicher Basis durch die EZB zum Monatsende. Als Zinssatz kommt der aktuelle Tendersatz des Hauptrefinanzierungsinstruments zur Anwendung.

**11. Sonstige Passiva**

Die Sonstigen Passiva setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	1. 1. 1999	31. 12. 1999	Veränderung
	in 1.000 EUR		
11.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	–	23.697	+ 23.697
11.2 Rechnungsabgrenzungsposten	–	59.207	+ 59.207
11.3 Sonstiges	958.857	804.917	–153.940
Insgesamt	958.857	887.821	– 71.036

Im **Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften** werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Kursverluste subsumiert, die gegen Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet werden.

Der Passivposten 11.3 (Sonstiges) setzt sich zusammen aus:

	1. 1. 1999	31. 12. 1999	Veränderung
	in 1.000 EUR		
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	745.504	773.330	+ 27.826
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds	10.683	24.949	+ 14.266
Passive Antizipationen	24.749	–	– 24.749
Sonstiges	177.921	6.638	–171.283
Insgesamt	958.857	804.917	–153.940

Der **satzungsgemäße Gewinnanteil des Bundes** errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Dem Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft wurden gemäß Beschluss der Generalversammlung aus dem Bilanzgewinn 1998 59.592 Tsd EUR zur Verfügung gestellt, wovon 50.871 Tsd EUR zur Förderung wirtschaftsnaher Forschungsprojekte zweckgewidmet sind.

## 12. Rückstellungen

	1. 1. 1999	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31. 12. 1999
	in 1.000 EUR			
<b>Rückstellung für</b>				
Körperschaftsteuer	–	–	82.557	82.557
Abfertigungen	40.338	116	681	40.903
Dienstnehmerjubiläen	9.940	–	389	10.329
Nicht konsumierte Urlaube	7.446	3	582	8.025
IWF „HIPC-Initiative“	–	–	13.030	13.030
EZB-Verlustabdeckung	–	–	6.568	6.568
Zuwendungen an den Internationalen Fonds für Opfer des Nationalsozialismus	7.421	7.421	–	–
Sonstiges	27.118	26.096	7.325	8.347
<b>Insgesamt</b>	<b>92.263</b>	<b>33.636</b>	<b>111.132</b>	<b>169.759</b>

Die Rückstellung für die Körperschaftsteuer wurde in Höhe von 82.557 Tsd EUR gebildet. Sie entspricht der Differenz zwischen der für 1999 ermittelten Körperschaftsteuer und den im Jahr 1999 darauf quartalsweise geleisteten Vorauszahlungen und der anrechenbaren Kapitalertragsteuer.

Die Rückstellung für Abfertigungen (40.903 Tsd EUR) wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter Rechnungszinsfuß von 3,40% p. a. angewendet wird. Die Zunahme (per saldo 565 Tsd EUR) resultiert aus dem Dotationserfordernis.

Die Rückstellung für Jubiläumsgelder wurden auf Grund des vom Versicherungsmathematiker errechneten Erfordernisses von 10.329 Tsd EUR im Zuge des Jahresabschlusses 1999 mit 389 Tsd EUR dotiert.

Die Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube wird mit 8.025 Tsd EUR (+579 Tsd EUR) ausgewiesen.

Die im Rahmen einer IWF-Initiative zur Unterstützung hoch

verschuldeter Länder bereitzustellenden Mittel wurden mit 13.030 Tsd EUR rückgestellt. Diese Mittel stehen dem IWF erst nach Vorliegen einer entsprechenden österreichischen gesetzlichen Regelung zur Verfügung.

Die im Zusammenhang mit der EZB-Verlustabdeckung von der OeNB anteilig zu tragenden voraussichtlichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 6.568 Tsd EUR wurden im Zuge des Jahresabschlusses 1999 rückgestellt.

Die im Jahresabschluss 1998 rückgestellten Mittel für Zuwendungen an den Internationalen Fonds für Opfer des Nationalsozialismus in Höhe von 7.421 Tsd EUR wurden zur Gänze am 11. März 1999 bestimmungsgemäß überwiesen.

## 13. Ausgleichsposten aus Neubewertung

Dieser Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	1. 1. 1999	31. 12. 1999	Veränderung
	in 1.000 EUR		
<b>Neubewertungskonten</b>			
Gold	–	565.315	+ 565.315
Fremdwährungen	–	1.608.994	+1.608.994
Wertpapiere	–	71.776	+ 71.776
Beteiligungen	–	36.381	+ 36.381
Außerbilanzielle Geschäfte	–	385	+ 385
<b>Zusammen</b>	<b>–</b>	<b>2.282.851</b>	<b>+2.282.851</b>
<b>Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1. 1. 1999 (Initial Valuation)</b>			
Wertpapiere	194.619	92.684	– 101.935
Beteiligungen	279.933	279.933	–
<b>Zusammen</b>	<b>474.552</b>	<b>372.617</b>	<b>– 101.935</b>
<b>Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen (vor 1999 gebildet)</b>	<b>3.268.257</b>	<b>2.539.545</b>	<b>– 728.712</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>3.742.809</b>	<b>5.195.013</b>	<b>+1.452.204</b>

Die auf den **Neubewertungskonten** erfassten Beträge stellen ausschließlich die aus der Bewer-

tung zum 31. Dezember 1999 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren nur durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Neubewertungsgewinne werden währungsweise für die Abdeckung des mittels VaR ermittelten Risikos bei den valutarischen Beständen berücksichtigt.

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz erfassten Aufwertungsgewinne (**Initial Valuation**) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände anteilmäßig aufgelöst.

Die OeNB ist gemäß § 69 Abs. 1 NBG verpflichtet, eine Reserve, die zur Deckung von Kursrisiken dient, die in Zusammenhang mit der Haltung von valutarischen Beständen verbunden sind, zu bilanzieren. Die in der Eröffnungsbilanz ausgewiesene **Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen** beinhaltete die aus den Vorjahren verbliebenen Kursgewinne in Höhe von 3,268.257 Tsd EUR. Sie wird zur erfolgsmäßigen Darstellung von – anlässlich von Transaktionen realisierten – Kursgewinnen herangezogen; weiters dient sie zur Abdeckung von buchmäßigen Kursverlusten, die als Aufwand zu verrechnen sind, und zur Abdeckung des mittels VaR ermittelten Kursrisikos, das nicht durch die Salden der Neubewertungskonten gedeckt ist. Eine Dotierung dieser Spezialreserve ist seit 1. Jänner 1999 nicht mehr möglich.

#### 14. Kapital und Rücklagen

Die **Rücklagen** zeigen folgendes Bild:

	1. 1. 1999	31. 12. 1999	Veränderung
	in 1.000 EUR		
Allgemeiner Reservefonds	1,519.915	1,611.952	+ 92.037
Freie Reserve	2,078.922	1,551.073	–527.849
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	–	543.432	+543.432
Reserve aus ERP-Zinsenüberschüssen	475.478	497.542	+ 22.064
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	7.267	7.267	–
Pensionsreserve	1,730.631	1,765.789	+ 35.158
Insgesamt	5,812.213	5,977.056	+164.843

Die Zuweisung an den **Allgemeinen Reservefonds** war gemäß NBG letztmalig aus dem Jahresüberschuss 1998 vorzunehmen.

Die **Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken** dient zur Abdeckung allfälliger künftiger, aus dem ESZB resultierender Verluste, die von der OeNB – ihrem Kapitalanteil an der EZB entsprechend – zu tragen sind, sowie zur Abdeckung von Wertpapierkursverlusten. Sie wurde durch Umwidmung aus der Freien Reserve gebildet. Im Zuge des Jahresabschlusses 1999 wurde diese Reserve mit einem Betrag von 6.568 Tsd EUR aufgelöst, um den Aufwand, der der OeNB durch die anteilige Abdeckung des voraussichtlichen Jahresverlustes der EZB entstanden ist, erfolgsneutral zu halten.

Die ausgewiesenen 7.267 Tsd EUR sind dem **Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft** im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 zur fruchtbringenden Anlage zugeführt worden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 569 Projekte

47.817 Tsd EUR neu beschlossen worden, wovon 47.317 Tsd EUR zur Auszahlung gelangten. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 348.648 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Für die Berechnung der **Pensionsreserve** zum 31. Dezember 1999 wurde vom Versicherungsmathematiker ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,40% p. a. angewendet.

Da die Veranlagungserträge der Pensionsreserve in Höhe von 58.878 Tsd EUR den für die Dotierung der Pensionsreserve auf das errechnete Deckungskapital erforderlichen Betrag übersteigen, konnte der nicht benötigte Ertragsanteil, nämlich 23.720 Tsd EUR, über die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet werden.

Im Wesentlichen besteht das **Pensionssystem** der OeNB darin, dass sie die volle Pensionsverpflichtung gegenüber den meisten ihrer Dienstnehmer übernommen hat und damit pensionsversicherungsfreie Dienstverhältnisse eingegangen ist. Zur Absicherung dieser Verpflichtung – insbesondere für den Fall des Übergangs der Notenbankfunktion auf einen anderen Rechtskörper – ist sie vom Gesetz her verpflichtet, eine Reserve zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt. Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Versicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Ab 1. Mai 1998 wurden daher keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagesystem einbezogen.

### **Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Außer den in der Bilanz erfassten Posten bestehen nachstehend angeführte finanzielle Verpflichtungen:

- Im Zusammenhang mit einer allfälligen Bedeckung von Verlusten der EZB ergibt sich für die OeNB eine Eventualverpflichtung aus der direkten Belastung – unter Berücksichtigung des voraussichtlichen OeNB-Anteils am EZB-Verlust 1999 – in Höhe von 114.619 Tsd EUR.
- Weiters resultiert eine Eventualverpflichtung in Höhe von 235.940 Tsd EUR für die Bedeckung buchmäßiger Fremdwährungsverluste der EZB durch die mögliche Inanspruchnahme eines maximal 20-prozentigen Verzichts auf die „Forderung aus dem Transfer von Währungsreserven“.
- Kaufverpflichtung auf Grund von Designierungen im Rahmen der „Sonderziehungsrechte im Rahmen des Internationalen Währungsfonds“ in Höhe von 588.605 Tsd EUR.
- Eventualverpflichtungen gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit „New Arrangements to Borrow“ in Höhe von insgesamt 562.370 Tsd EUR.
- Nachschussverpflichtung von 28.989 Tsd EUR (Gegenwert von 15 Mio Goldfranken) auf die mit 8.000 Stück Aktien zu je 2.500 Goldfranken bestehende Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel.
- Verpflichtungen aus verkauften Terminbeständen in Höhe von 547.914 Tsd EUR stehen Forderungen aus angekauften Terminbeständen über 528.176 Tsd EUR gegenüber.

- Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 15.642 Tsd EUR.
- Rückzahlungsverpflichtungen im Falle der Lösung von Dienst-

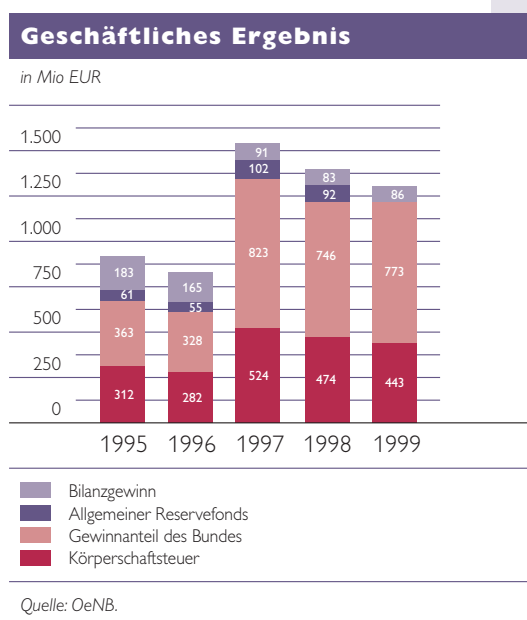
verhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern der Bank geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 7.250 Tsd EUR.

Darüber hinaus resultieren aus Gold-/Zinssatz-Swaps offene Geschäfte im Ausmaß von 18'9 t.

**Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung**

	1998	1999	Veränderung <sup>1)</sup>	
	in 1.000 EUR		in %	
Netto-Zinsenergebnis	962.277	762.602	-199.675	- 20'8
Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	392.081	721.321	+329.240	+ 84'0
Netto-Ergebnis aus Gebühren und Provisionen	- 4	- 627	+ 623	x
Erträge aus Beteiligungen	44.791	36.665	- 8.126	- 18'1
Netto-Ergebnis aus Monetären Einkünften	x	- 190	+190	x
Sonstige Erträge	296.235	76.370	-219.865	- 74'2
<b>Netto-Erträge</b>	<b>1.695.380</b>	<b>1.596.141</b>	<b>- 99.239</b>	<b>- 5'9</b>
Personalaufwendungen	- 166.304	- 169.057	+ 2.753	+ 1'7
Sachaufwendungen	- 58.891	- 67.213	+ 8.322	+ 14'1
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	- 57.647	- 8.255	- 49.392	- 85'7
Aufwendungen für Banknoten	- 10.276	- 26.860	+ 16.584	+161'4
Sonstige Aufwendungen	- 7.755	- 22.854	+ 15.099	+194'7
<b>Geschäftliches Ergebnis</b>	<b>1.394.507</b>	<b>1.301.902</b>	<b>- 92.605</b>	<b>- 6'6</b>
Allgemeiner Reservefonds	- 92.037	-	- 92.037	-100'0
Körperschaftsteuer und Gewinnanteil des Bundes	-1,219.636	-1,215.976	- 3.660	- 0'3
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>82.834</b>	<b>85.926</b>	<b>+ 3.092</b>	<b>+ 3'7</b>

<sup>1)</sup> Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.



**3. Netto-Zinsenergebnis**

Die Erträge aus Fremdwährungs- und Euroveranlagungsinstrumenten wurden per saldo mit 820.302 Tsd EUR verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 131.100 Tsd EUR und aus dem Transfer von Währungsreserven an die EZB 27.291 Tsd EUR vereinnahmt. Demgegenüber mussten erstmalig insbesondere für TARGET-Verbindlichkeiten 131.252 Tsd EUR und für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 93.669 Tsd EUR aufgewendet werden.

## **7. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen**

Die realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen resultieren aus der aus der laufenden Geschäftstätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis **bei Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften.**

Die **Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen** begründen sich mit dem veränderten Marktniveau während des Geschäftsjahres 1999 und dem daraus resultierenden Sinken der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere.

Die **Zuführung/Auflösung Rückstellungen für Währungs- und Preisrisiken** ist insbesondere auf das Ergebnis der gemäß § 69 Abs. 4 NBG vorgenommenen Risikoeinschätzung bei den valutari-schen Beständen zurückzuführen.

Die **Erträge aus Beteiligun-gen** stammen vor allem aus der Dividendenzahlung der Münze Österreich AG sowie aus der Remuneration der IWF-Beteiligung.

## **12. Netto-Ergebnis aus Monetären Einkünften**

Der Art. 32.1 der ESZB-Statuten sieht die Umverteilung der Einkünfte der Notenbanken, die aus der Erfüllung der währungspolitischen Aufgaben zufließen, am Ende jedes Geschäftsjahres vor. Abweichend von der grundsätzlichen Regelung im Art. 32.2 über die Berechnung dieser Einkünfte nach

der „Direkten Methode“ hat der EZB-Rat beschlossen, ab 1999 für vorerst drei Jahre eine alternative „Indirekte Methode“ der Berechnung der Einkünfte anzuwenden.

Von den von der EZB auf kalendertägiger Basis errechneten „Monetären Einkünften“ können Zinsaufwendungen für die in der „Monetären Basis“ enthaltenen Guthabensalden von Kreditinstituten, das heißt insbesondere aus der Haltung der Mindestreserve und aus Termineinlagen, abgezogen werden.

Der Nettoaufwand der OeNB spiegelt den Umverteilungseffekt im System, der auf den Unterschied zwischen Einbringungswert auf Basis der OeNB-Verbindlichkeiten gegenüber dem Inlandsfinanzsektor und dem im ESZB-Statut festgelegten Rückverteilungsschlüssel zurückzuführen ist, wider.

## **13. Sonstige Erträge**

Die Sonstigen Erträge werden wesentlich durch die nicht zur Dotation der Pensionsreserve benötigten Veranlagungserträge beeinflusst. Weiters sind die Erträge aus der Leistungsverrechnung mit der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) enthalten.

## **15. Personalaufwendungen**

Die Personalaufwendungen beinhalten neben den Gehältern, Pensionsaufwendungen und Abfertigungen die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwendungen und Abgaben sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen bzw. von den Mitarbeitern entrichtete Pensionsbeiträge werden in Abzug gebracht.

Die **Gehälter** abzüglich der von den aktiven Dienstnehmern ein-



gehobenen Pensionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 2.854 Tsd EUR auf 76.894 Tsd EUR zugenommen. Dies geht vor allem auf Leistungen im Zusammenhang mit Umstellungsarbeiten auf die dritte Stufe der WWU und der damit verbundenen Einführung des Euro zurück. Die kollektivvertraglichen Gehaltserhöhungen haben sich ebenfalls ausgewirkt. Demgegenüber hat die OeNB für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei der OeBS bzw. anderen Tochtergesellschaften sowie bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 7.633 Tsd EUR vereinnahmt.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pensionsanswartschaft erworben haben, statt bis dahin 5% der gesamten Schemabezüge – für den Teil der Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG – Pensionsbeiträge in Höhe von 10,25% zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2% zu leisten.

Seit 1. Mai 1998 unterliegen jene Mitarbeiter, die ab diesem Stichtag in die OeNB eingetreten sind, der ASVG-Pensionsregelung ergänzt durch ein beitragsorientiertes Pensionskassenmodell. Damit hat die OeNB den Bestrebungen nach einer Harmonisierung des Pensionsrechts mit den in Österreich geltenden Pensionsystemen im Sinne eines Mehrsäulen-Modells (ASVG-Pension und Pensionskasse) Rechnung getragen.

Der durchschnittliche Stand der Angestellten der OeNB (ohne Präsidium und ohne die Direktoriumsmitglieder) ist von 1.148 Personen im Jahr 1998 auf 1.133 Personen im Jahr 1999, das sind 15 Personen oder 1,3%, zurückgeführt worden. Unter Berücksichtigung der karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere) reduzierte sich der durchschnittliche Personalstand auf 946 Personen. Die Anzahl der Arbeiter hat von 21 auf 11 Personen abgenommen.

Die Bezüge einschließlich der Sachbezüge (steuerlicher Wert der Privatnutzung von Pkws sowie Zuschüsse zu Kranken- und Unfallversicherungen) der Mitglieder des Direktoriums gemäß § 33 Abs. 1 NBG beliefen sich auf 976 Tsd EUR (1998: 1.269 Tsd EUR). Die Vergütungen für Mitglieder des Präsidiums betragen insgesamt 66 Tsd EUR. Gemäß § 26 Abs. 2 NBG wurden an Mitglieder des Generalrats Reisekostenentschädigungen in Höhe von insgesamt 3 Tsd EUR vergütet.

Die **Pensionsaufwendungen** haben um 4.887 Tsd EUR auf 76.418 Tsd EUR zugenommen. In diesem Aufwand sind auch die Bezüge für 16 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in Höhe von insgesamt 3,7 Mio EUR (1998: 3,3 Mio EUR) sowie Pensionskassenbeiträge für ein aktives Direktoriumsmitglied enthalten.

Der Aufwand für **Abfertigungen** hat gegenüber dem Jahr 1998 um 1.287 Tsd EUR oder 18,2% auf 5.781 Tsd EUR abgenommen. Die Abfertigungsrückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Einbeziehung

eines Rechnungszinsfußes von unverändert 3,40% p. a. berechnet.

Die **gesetzlichen Sozialabgaben** enthalten neben der Kommunalsteuer (2.328 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (4.568 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (3.471 Tsd EUR).

### **18. Aufwendungen für Banknoten**

Diese Aufwendungen resultieren aus dem Ankauf von Schillingbanknoten von der OeBS.

### **19. Sonstige Aufwendungen**

Diese betreffen mit 13.030 Tsd EUR die im Zusammenhang mit geplanten Hilfsaktionen des IWF rückgestellten Mittel.

### **20. Körperschaftsteuer und satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes**

Die Entwicklung im Jahr 1999 stellt sich wie folgt dar:

	1998	1999	Veränderung
	in 1.000 EUR		
Körperschaftsteuer	474.132	442.646	-31.486
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes	745.504	773.330	+27.826
Insgesamt	1.219.636	1.215.976	- 3.660

Der Körperschaftsteuersatz beträgt unverändert 34% und ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 gilt, anzuwenden.

Der Gewinnanteil des Bundes beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG 90% des versteuerten Ergebnisses.

## Direktorium

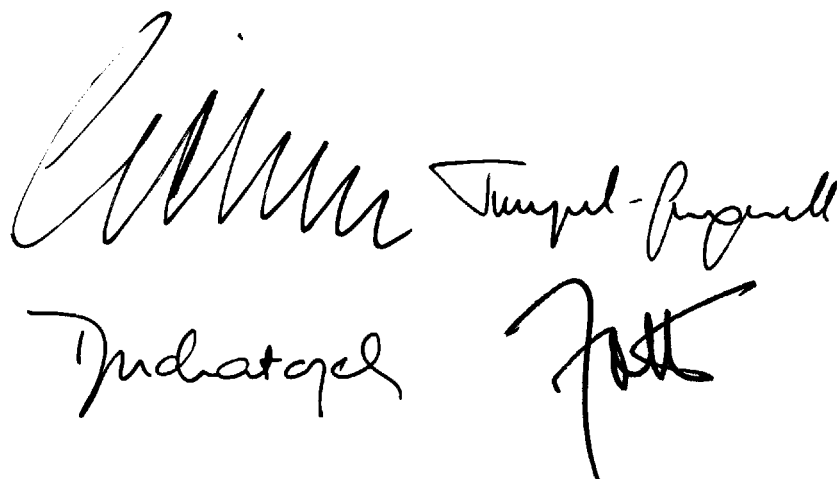
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher  
Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell  
Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek  
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

## Generalrat

Präsident Adolf Wala  
Vizepräsident Herbert Schimetschek  
Dipl.-Ing. August Astl  
Dr. Norbert Beinkofer (bis 27. Mai 1999)  
Helmut Elsner  
Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch  
Dkfm. Lorenz R. Fritz  
Dr. Rene Alfons Haiden  
Dr. Robert Launsky-Tieffenthal (bis 16. April 1999)  
Dr. Richard Leutner  
Dipl.-Ing. Johann Marihart (ab 1. August 1999)  
Mag. Werner Muhm  
Mag. Dr. Walter Rothensteiner  
Dipl.-Ing. Karl Werner Rüschi (bis 22. April 1999, ab 1. August 1999)  
Dkfm. Dr. Siegfried Sellitsch  
Dkfm. R. Engelbert Wenckheim (ab 27. Mai 1999)

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Gerhard Valenta und Mag. Thomas Reindl.

Wien, am 23. März 2000



Handwritten signatures of Gertrude Tumpel-Gugerell, Wolfgang Duchatczek, and Peter Zöllner.

### Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

Die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 1999 der Oesterreichischen Nationalbank entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl I Nr. 60/1998. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Art. 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 1 December 1998 on the Legal Framework for Accounting and Reporting in the European System of Central Banks“ (ECB/1998/NP22) erlassenen Vorschriften erstellt und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der gemäß § 68 Abs. 1 und 3 des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl I Nr. 60/1998 erstellte Geschäftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 23. März 2000

Dr. Pipin Henzl  
Wirtschaftsprüfer  
und Steuerberater

Dr. Peter Wolf  
Wirtschaftsprüfer  
und Steuerberater

### Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 3 des NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisung an den Bund in Höhe von 773.330 Tsd EUR (1998: 745.504 Tsd EUR) verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene

Bilanzgewinn 1999 von	EUR 85,925.505'69.
-----------------------	--------------------

Das Direktorium hat in der Sitzung am 29. März 2000 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

10%ige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	EUR 1,200.000'—
Zuweisung an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	EUR 65,405.550'—
Zuweisung an die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	EUR 19,319.955'69
	EUR 85,925.505'69



100 Euro, das Barock

# Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 1999

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm auf Grund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 1999 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 27. Mai 1999 gewählten Rechnungsprüfern – den

Wirtschaftsprüfern Dr. Pipin Henzl und Dr. Peter Wolf – auf Grund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 14. April 2000 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 1999 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 1999 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 1999 erstatteten Empfehlung (Seite 145) beschließen.





# Tabellenteil



## TABELLENTEIL

<b>Monetäre Entwicklung</b>	
<i>Konsolidierter Ausweis des Eurosystems</i>	4*
<i>Aggregierte Bilanz des Eurosystems</i>	8*
<i>Schillingbanknoten der Oesterreichischen Nationalbank</i>	10*
<i>Schillingscheidemünzen</i>	11*
<i>Mindestreserve-Basis</i>	12*
<i>Mindestreserve-Erfüllung</i>	12*
<i>Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute in Österreich</i>	13*
<i>Entwicklung der Geldmenge im Bilanzzusammenhang</i>	16*
<i>Ausgewählte Finanzkennzahlen der Oesterreichischen Nationalbank</i>	18*
<b>Zinssätze</b>	
<i>Basis- und Referenzzinssätze der Oesterreichischen Nationalbank</i>	20*
<i>EZB-Zinssätze für die Einlagefazilität und die Spitzenrefinanzierungfazilität</i>	21*
<i>Hauptrefinanzierungstender des Eurosystems</i>	22*
<i>Längerfristige Refinanzierungstender des Eurosystems</i>	23*
<i>Eurogeldmarktsätze</i>	24*
<i>Renditen auf dem österreichischen Rentenmarkt</i>	25*
<i>Zinssatzstatistik der österreichischen Kreditinstitute</i>	26*
<b>Österreichischer Finanzmarkt</b>	
<i>Monatsausweise der österreichischen Kreditinstitute</i>	28*
<i>Ertragslage der österreichischen Kreditinstitute</i>	32*
<i>Eigenmittelausstattung gemäß § 23 BWG 1993</i>	34*
<i>Vermögensbestand der österreichischen Investmentfonds</i>	35*
<i>Vermögensbestand der österreichischen Pensionskassen</i>	36*
<b>Österreichischer Kapitalmarkt</b>	
<i>Österreichischer Aktienmarkt</i>	37*
<i>Österreichischer Rentenmarkt</i>	38*
<i>Österreichische Börseumsätze</i>	40*
<b>Wirtschaftliche Entwicklung</b>	
<i>Wirtschaftliche Indikatoren Österreichs im Überblick</i>	41*
<i>Wirtschaftliche Indikatoren des Euroraums im Überblick</i>	42*
<i>Bundshaushalt Österreichs</i>	43*
<b>Außenwirtschaft</b>	
<i>Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse</i>	44*
<i>Referenzkurse der EZB</i>	52*
<i>Unwiderrufliche Euroumrechnungskurse</i>	54*
<i>EWS II</i>	54*
<i>Effektive Wechselkursindizes des Euro</i>	55*

# Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

## Aktiva

Position 1	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro- Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	
		insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapier- anlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapier- anlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	insgesamt	Haupt- refinanzierungs- geschäfte
Eroffnungsausweis zum 1. Jänner 1999	99.598	230.342	29.500	200.841	6.704	8.939	8.939	–	185.120	144.924
1999	116.483	254.880	29.842	225.038	14.383	4.822	4.822	–	250.079	161.988
1999										
8. Jänner	99.598	234.128	29.362	204.766	5.255	8.786	8.786	–	174.769	145.067
15.	99.589	235.398	29.180	206.218	6.541	8.110	8.110	–	173.146	122.898
22.	99.589	235.387	29.120	206.267	7.277	7.238	7.238	–	155.287	106.918
29.	99.589	233.019	29.105	203.914	7.385	9.094	9.094	–	182.912	127.967
5. Februar	99.589	231.709	26.975	204.734	7.454	6.702	6.702	–	177.677	130.994
12.	99.589	231.409	26.962	204.447	8.104	6.176	6.176	–	173.248	126.879
19.	99.589	232.211	26.987	205.224	8.448	5.277	5.277	–	173.527	126.830
26.	99.589	228.797	26.037	202.760	9.338	4.430	4.430	–	186.437	139.938
5. März	99.589	228.538	26.662	201.876	8.591	4.890	4.890	–	190.857	144.836
12.	99.589	227.441	26.588	200.853	9.834	3.990	3.990	–	188.013	141.819
19.	99.589	228.150	26.529	201.621	9.027	4.445	4.445	–	165.292	119.020
26.	99.589	228.549	26.562	201.987	8.925	3.780	3.780	–	192.221	146.030
2. April	105.323	242.761	28.011	214.750	10.618	3.492	3.492	–	187.687	140.975
9.	105.323	243.199	30.363	212.836	10.331	3.789	3.789	–	152.226	105.607
16.	105.323	241.250	30.269	210.981	11.488	4.146	4.146	–	180.495	133.600
23.	105.323	240.702	30.048	210.654	11.963	4.033	4.033	–	168.543	117.043
30.	105.323	240.747	29.993	210.754	11.683	4.002	4.002	–	174.322	128.023
7. Mai	105.323	239.350	29.551	209.799	12.366	4.018	4.018	–	166.184	119.944
14.	105.323	238.483	29.659	208.824	12.091	4.088	4.088	–	166.060	119.948
21.	105.323	240.921	29.720	211.201	11.904	4.265	4.265	–	167.728	120.953
28.	105.323	237.639	29.577	208.062	12.383	4.350	4.350	–	184.945	138.987
4. Juni	105.307	236.031	29.405	206.626	12.428	4.345	4.345	–	184.680	139.032
11.	105.307	238.154	29.375	208.779	12.499	4.216	4.216	–	174.876	129.020
18.	105.307	237.871	29.220	208.651	12.156	4.031	4.031	–	170.664	125.012
25.	105.307	238.361	29.218	209.143	11.927	3.941	3.941	–	170.641	125.020
2. Juli	101.753	244.594	29.803	214.791	12.827	3.832	3.832	–	188.687	142.963
9.	101.753	244.546	29.467	215.079	12.415	4.002	4.002	–	198.094	152.001
16.	101.753	245.833	29.523	216.310	12.344	4.140	4.140	–	193.768	148.065
23.	101.754	247.105	29.377	217.728	11.717	4.364	4.364	–	194.138	146.956
30.	101.754	245.380	29.006	216.374	12.802	4.162	4.162	–	214.012	166.954
6. August	101.754	245.853	29.019	216.834	13.027	4.162	4.162	–	194.731	149.018
13.	101.754	245.650	29.138	216.512	12.724	4.107	4.107	–	189.871	143.990
20.	101.754	246.057	28.803	217.254	12.640	4.261	4.261	–	186.895	141.042
27.	101.754	245.415	28.762	216.653	12.580	4.116	4.116	–	205.150	159.071
3. September	101.754	245.588	28.545	217.043	11.916	4.281	4.281	–	197.748	152.043
10.	101.754	245.034	28.497	216.537	12.887	4.686	4.686	–	193.931	147.991
17.	101.754	245.923	27.787	218.136	12.472	5.028	5.028	–	188.657	142.932
24.	101.754	246.058	27.745	218.313	13.054	4.919	4.919	–	198.458	152.955
1. Oktober	114.988	240.223	28.191	212.032	13.357	5.066	5.066	–	192.534	146.988
8.	114.988	240.037	28.085	211.952	13.649	5.026	5.026	–	191.099	145.071
15.	114.988	239.967	27.911	212.056	13.748	5.084	5.084	–	185.829	140.104
22.	114.988	240.735	28.064	212.671	13.741	5.084	5.084	–	171.707	125.054
29.	114.988	240.177	28.036	212.141	13.684	5.670	5.670	–	205.293	149.004
5. November	114.988	240.305	27.834	212.471	13.702	5.832	5.832	–	195.860	140.104
12.	114.988	238.617	27.776	210.841	13.749	5.336	5.336	–	196.193	140.111
19.	114.988	240.349	27.828	212.521	13.229	5.313	5.313	–	198.821	143.029
26.	114.987	239.561	27.816	211.745	12.846	5.340	5.340	–	208.995	143.046
3. Dezember	114.986	239.060	27.808	211.252	13.111	5.254	5.254	–	212.237	146.067
10.	114.955	240.344	28.103	212.241	13.728	4.394	4.394	–	230.117	164.018
17.	114.836	241.732	28.206	213.526	13.422	5.412	5.412	–	214.957	148.970
24.	114.745	242.368	28.228	214.140	13.795	4.998	4.998	–	225.423	148.972
31.	116.483	254.880	29.842	225.038	14.383	4.822	4.822	–	250.079	161.988

Quelle: EZB.

**Summe  
Aktiva**

Längerfristige Refinanzierungs- geschäfte	Feinsteuierungs- operationen in Form von befristeten Transaktionen	Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	Spitzen- refinanzierungs- fazilität	Forderungen aus Margen- ausgleich	Sonstige Forderungen	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro- Währungsgebiet	Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	Sonstige Aktiva	
5.2	5.3	5.4	5.5	5.6	5.7	6	7	8	
24.698	6.680	—	6.372	26	2.420	21.650	60.125	84.683	697.160
74.996	—	—	11.429	404	1.262	23.521	59.180	79.844	803.192
22.230	49	—	5.434	24	1.966	20.914	60.125	81.554	685.128
44.998	—	—	2.655	58	2.537	21.335	60.130	82.743	686.992
44.998	—	—	2.111	80	1.180	21.794	60.183	80.867	667.622
44.998	—	—	8.700	127	1.120	22.096	60.185	80.358	694.638
44.993	—	—	592	101	997	22.549	60.185	81.429	687.294
44.993	—	—	210	102	1.064	23.255	60.185	78.270	680.236
44.993	—	—	592	95	1.017	23.868	60.185	78.786	681.891
45.001	—	—	423	102	973	24.281	60.185	79.584	692.641
45.001	—	—	97	62	861	24.638	60.185	80.785	698.073
45.001	—	—	161	95	937	25.365	60.185	78.637	693.054
45.001	—	—	188	118	965	25.036	60.185	76.559	668.283
45.005	—	—	171	149	866	26.107	60.185	80.040	699.396
44.994	—	—	665	178	875	26.640	60.186	81.041	717.748
44.994	—	—	710	72	843	26.511	60.186	77.903	679.468
44.994	—	—	1.019	128	754	25.871	60.186	76.831	705.590
44.994	—	—	5.591	138	777	26.181	60.186	74.786	691.717
44.999	—	—	500	47	753	26.088	60.186	75.945	698.296
44.984	—	—	481	52	723	26.047	60.186	78.650	692.124
44.981	—	—	366	60	705	26.030	60.186	75.266	687.527
44.981	—	—	950	65	779	25.945	60.186	74.813	691.085
44.997	—	—	370	63	528	25.829	60.180	74.411	705.060
44.997	—	—	229	32	390	25.957	60.156	77.522	706.426
44.997	—	—	397	30	432	26.137	60.156	75.708	697.053
44.997	—	—	193	29	433	25.929	60.156	75.657	691.771
44.997	—	—	165	29	430	26.088	60.156	79.223	695.644
44.991	—	—	177	29	527	25.806	60.156	78.537	716.192
44.991	—	—	440	79	583	25.882	60.156	75.867	722.715
45.001	—	—	108	133	461	25.700	60.156	77.875	721.569
45.001	—	—	1.562	156	463	26.009	60.156	76.639	721.882
45.001	—	—	1.465	103	489	25.775	60.156	75.684	739.725
45.001	—	—	240	47	425	25.939	60.156	77.342	722.964
45.001	—	—	149	70	661	26.033	60.156	75.965	716.260
45.001	—	—	186	99	567	26.087	60.156	75.529	713.379
44.996	—	—	304	115	664	25.966	60.156	78.829	733.966
44.996	—	—	3	52	654	25.838	60.156	79.848	727.128
44.996	—	—	236	43	665	25.551	60.156	77.271	721.270
44.994	—	—	46	125	560	25.163	60.156	78.761	717.914
44.994	—	—	36	102	371	25.414	60.156	78.787	728.600
44.994	—	—	151	90	311	24.700	60.156	79.592	730.616
44.994	—	—	334	94	606	24.631	60.156	79.827	729.413
44.994	—	—	195	76	460	24.309	60.156	80.277	724.358
44.994	—	—	1.111	46	502	24.102	60.156	79.433	709.946
54.995	—	—	650	69	575	23.428	60.156	79.228	742.624
54.995	—	—	73	116	572	23.490	60.121	82.843	737.141
54.995	—	—	302	95	690	23.856	60.121	80.988	733.848
54.995	—	—	72	43	682	24.123	60.121	77.851	734.795
64.999	—	—	44	206	700	23.896	60.121	77.306	743.052
64.999	—	—	523	58	590	23.931	60.121	78.337	747.037
64.999	—	—	78	224	798	24.055	60.153	76.701	764.447
64.999	—	—	39	152	797	23.868	59.649	79.341	753.217
74.996	—	—	96	401	958	23.991	59.649	75.700	760.669
74.996	—	—	11.429	404	1.262	23.521	59.180	79.844	803.192

# Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

## Passiva

Banknoten- umlauf	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber dem Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet							Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuld- verschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	
	insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve- guthaben)	Einlagefazilität	Termineinlagen	Feinsteuers- operationen in Form von befristeten Transaktionen	Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	3		insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten
Eröffnungsausweis zum 1. Jänner 1999	341.708	87.308	84.437	973	1.886	—	12	13.835	61.477	58.612
1999	374.953	117.121	114.493	2.618	—	—	10	7.876	60.614	56.494
1999										
8. Jänner	336.551	106.002	102.518	3.475	—	—	9	11.651	32.203	28.013
15.	330.796	109.936	107.824	2.110	—	—	2	11.651	33.020	29.071
22.	326.555	87.970	87.733	234	—	—	3	11.651	43.442	39.430
29.	326.534	85.353	84.632	709	—	—	12	11.650	56.652	52.373
5. Februar	328.262	109.138	108.127	1.010	—	—	1	11.650	44.017	40.066
12.	327.341	106.048	105.821	226	—	—	1	11.650	43.556	39.355
19.	324.490	97.297	95.419	1.870	—	—	8	11.650	54.905	50.690
26.	325.207	99.970	99.261	705	—	—	4	11.650	62.143	57.444
5. März	328.763	115.173	114.900	210	—	—	63	11.650	49.724	45.317
12.	328.646	108.092	107.621	436	—	—	35	11.650	53.503	49.614
19.	327.281	87.857	84.427	3.410	—	—	20	11.650	49.493	46.034
26.	327.128	100.416	100.274	130	—	—	12	11.650	64.280	60.716
2. April	335.331	104.850	104.298	536	—	—	16	10.158	48.234	41.186
9.	333.367	79.332	79.117	213	—	—	2	10.158	39.644	36.186
16.	330.839	120.752	120.462	283	—	—	7	10.158	38.048	34.690
23.	328.984	90.190	89.605	580	—	—	5	10.158	57.279	53.847
30.	332.280	104.395	104.241	119	—	—	35	10.158	44.993	41.573
7. Mai	335.708	101.663	101.459	197	—	—	7	10.158	36.822	33.536
14.	337.375	99.361	99.229	118	—	—	14	10.158	35.681	32.183
21.	335.245	102.373	99.795	2.561	—	—	17	10.158	35.029	31.698
28.	335.147	109.477	109.340	134	—	—	3	10.158	43.901	40.398
4. Juni	338.980	106.950	106.826	101	—	—	23	10.158	44.070	40.726
11.	338.947	96.441	96.278	155	—	—	8	10.158	45.428	42.139
18.	337.865	103.238	103.141	91	—	—	6	10.158	36.035	32.699
25.	337.877	97.499	97.383	101	—	—	15	10.158	40.939	37.557
2. Juli	342.556	112.235	112.120	95	—	—	20	10.158	40.446	37.151
9.	344.694	102.529	102.185	316	—	—	28	10.158	56.382	52.918
16.	344.405	104.586	104.499	68	—	—	19	10.158	52.128	48.765
23.	342.580	94.151	92.351	1.788	—	—	12	10.158	61.172	57.192
30.	345.768	109.826	109.789	27	—	—	10	10.158	62.055	58.671
6. August	348.034	106.144	105.807	292	—	—	45	10.158	45.219	41.861
13.	346.223	103.115	103.001	96	—	—	18	10.158	44.255	40.834
20.	342.257	100.588	95.691	4.883	—	—	14	10.158	47.592	44.126
27.	340.626	110.453	110.439	13	—	—	1	10.158	57.773	54.265
3. September	344.193	106.110	106.037	49	—	—	24	10.158	53.401	49.790
10.	344.254	100.011	99.984	20	—	—	7	10.158	54.393	50.832
17.	342.188	98.993	98.237	750	—	—	6	10.158	52.897	48.688
24.	340.327	103.953	103.863	76	—	—	14	10.158	58.991	54.952
1. Oktober	343.179	109.898	109.679	154	—	—	65	8.606	45.950	41.813
8.	345.322	102.086	101.938	85	—	—	63	8.606	51.323	47.426
15.	343.752	109.329	109.011	184	—	—	134	8.606	41.971	38.095
22.	340.852	98.656	92.529	6.027	—	—	100	8.606	40.259	36.283
29.	343.584	109.886	109.399	395	—	—	92	8.606	59.464	55.342
5. November	345.416	100.927	100.826	13	—	—	88	7.876	59.276	55.311
12.	344.556	98.280	98.208	21	—	—	51	7.876	61.257	57.115
19.	342.495	106.871	106.052	748	—	—	71	7.876	56.974	52.917
26.	343.342	106.344	106.129	57	—	—	158	7.876	65.713	61.671
3. Dezember	353.009	114.526	114.227	143	—	—	156	7.876	54.635	49.534
10.	357.245	103.295	101.332	1.815	—	—	148	7.876	76.886	71.940
17.	361.633	105.625	103.606	1.870	—	—	149	7.876	56.129	51.863
24.	370.789	105.127	105.000	111	—	—	16	7.876	52.373	48.411
31.	374.953	117.121	114.493	2.618	—	—	10	7.876	60.614	56.494

Quelle: EZB.

Summe  
Passiva

Sonstige Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro- Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro- Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für vom IVF zugeteilte Sonderziehungs- rechte	Sonstige Passiva	Ausgleichsposten aus Neubewertung	Kapital und Rücklagen	Summe Passiva	
	insgesamt	Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	8	9	10	11				
4.2	5	6	7	7.1	7.2	8	9	10	11		
	2.865	9.969	595	3.314	3.314	—	5.765	60.690	59.931	52.657	697.160
	4.120	7.834	926	11.901	11.901	—	6.531	54.714	107.348	53.374	803.192
	4.191	11.538	1.051	3.929	3.929	—	5.765	63.950	59.681	52.807	685.128
	3.949	10.899	1.529	4.068	4.068	—	5.767	68.448	59.681	51.197	686.992
	4.012	9.148	1.297	4.344	4.344	—	5.767	66.492	59.681	51.275	667.622
	4.279	14.049	1.618	4.325	4.325	—	5.767	77.753	59.658	51.279	694.638
	3.951	8.161	810	5.827	5.827	—	5.767	62.725	59.658	51.279	687.294
	4.201	7.840	733	6.395	6.395	—	5.767	59.969	59.658	51.279	680.236
	4.215	8.052	746	7.172	7.172	—	5.767	60.875	59.658	51.279	681.891
	4.699	7.739	777	6.385	6.385	—	5.767	62.065	59.658	51.280	692.641
	4.407	7.141	778	6.910	6.910	—	5.767	61.229	59.658	51.280	698.073
	3.889	7.820	828	6.860	6.860	—	5.767	58.949	59.658	51.281	693.054
	3.459	8.100	856	6.729	6.729	—	5.767	59.611	59.658	51.281	668.283
	3.564	7.663	856	7.780	7.780	—	5.767	62.917	59.658	51.281	699.396
	7.048	8.468	917	7.381	7.381	—	6.043	63.535	78.685	54.146	717.748
	3.458	7.936	940	7.684	7.684	—	6.043	61.738	78.479	54.147	679.468
	3.358	7.830	930	7.389	7.389	—	6.043	50.975	78.479	54.147	705.590
	3.432	7.617	969	7.629	7.629	—	6.043	49.731	78.479	54.638	691.717
	3.420	7.207	994	7.931	7.931	—	6.043	51.177	78.479	54.639	698.296
	3.286	6.993	998	7.925	7.925	—	6.043	52.669	78.479	54.666	692.124
	3.498	7.557	896	7.199	7.199	—	6.043	50.084	78.479	54.694	687.527
	3.331	8.111	948	8.847	8.847	—	6.042	51.159	78.479	54.694	691.085
	3.503	7.751	938	8.838	8.838	—	6.042	49.520	78.479	54.809	705.060
	3.344	7.457	902	7.269	7.269	—	6.042	51.261	78.479	54.858	706.426
	3.289	7.275	776	9.603	9.603	—	6.042	50.677	78.479	53.227	697.053
	3.336	6.918	733	9.028	9.028	—	6.042	50.049	78.479	53.226	691.771
	3.382	7.075	734	9.265	9.265	—	6.042	54.349	78.479	53.227	695.644
	3.295	7.158	782	8.994	8.994	—	6.192	51.930	82.510	53.231	716.192
	3.464	6.962	757	8.559	8.559	—	6.192	50.755	82.510	53.217	722.715
	3.363	6.924	741	9.611	9.611	—	6.192	51.097	82.510	53.217	721.569
	3.980	7.265	716	9.924	9.924	—	6.192	53.997	82.510	53.217	721.882
	3.384	6.727	871	10.606	10.606	—	6.192	51.794	82.510	53.218	739.725
	3.358	6.988	1.037	10.032	10.032	—	6.192	53.432	82.510	53.218	722.964
	3.421	8.186	924	9.604	9.604	—	6.192	51.874	82.510	53.219	716.260
	3.466	7.618	952	9.701	9.701	—	6.192	52.591	82.510	53.220	713.379
	3.508	7.545	1.000	9.264	9.264	—	6.192	55.225	82.510	53.220	733.966
	3.611	7.509	905	8.372	8.372	—	6.192	54.557	82.510	53.221	727.128
	3.561	7.398	904	8.958	8.958	—	6.192	53.271	82.510	53.221	721.270
	4.209	7.180	855	9.696	9.696	—	6.192	54.024	82.510	53.221	717.914
	4.039	7.260	872	10.460	10.460	—	6.192	54.655	82.510	53.222	728.600
	4.137	7.433	1.078	9.840	9.840	—	6.229	55.357	89.826	53.220	730.616
	3.897	7.214	1.040	9.687	9.687	—	6.229	54.859	89.826	53.221	729.413
	3.876	7.127	1.039	9.909	9.909	—	6.229	53.346	89.827	53.223	724.358
	3.976	7.648	1.071	10.610	10.610	—	6.229	52.955	89.835	53.225	709.946
	4.122	7.132	1.282	9.842	9.842	—	6.229	53.539	89.835	53.225	742.624
	3.965	7.119	1.205	9.470	9.470	—	6.229	56.560	89.835	53.228	737.141
	4.142	7.143	986	8.363	8.363	—	6.229	56.092	89.835	53.231	733.848
	4.057	7.339	874	9.504	9.504	—	6.229	53.566	89.835	53.232	734.795
	4.042	7.269	965	8.653	8.653	—	6.229	53.590	89.835	53.236	743.052
	5.101	6.874	914	8.279	8.279	—	6.229	51.623	89.835	53.237	747.037
	4.946	6.054	1.261	9.794	9.794	—	6.229	52.731	89.835	53.241	764.447
	4.266	7.322	977	11.116	11.116	—	6.229	53.233	89.835	53.242	753.217
	3.962	7.343	1.027	12.008	12.008	—	6.229	54.819	89.835	53.243	760.669
	4.120	7.834	926	11.901	11.901	—	6.531	54.714	107.348	53.374	803.192



## Aggregierte Bilanz des Eurosystems

Periodenende

### Aktiva

Position 1	Kredite an Ansässige im Euro-Währungsgebiet				Wertpapiere ohne Aktien von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet				Aktien und sonstige Dividendenwerte von sowie Beteiligungen an Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets	Sachanlagen	Sonstige Aktiva
	insgesamt	MFI	Öffentliche Haushalte	Sonstige Ansässige im Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	MFI	Öffentliche Haushalte	Sonstige Ansässige im Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	MFI	Sonstige Ansässige im Euro- Währungs- gebiet			
	1.1	1.2	1.3	2	2.1	2.2	2.3	3	3.1	3.2	4			
<i>in Mrd EUR</i>														
1997	254,3	232,6	21,1	0,6	114,0	0,7	111,8	1,5	2,9	0,5	2,4	289,1	7,0	53,5
1998	225,2	204,6	20,4	0,1	87,8	1,1	86,2	0,5	5,5	1,8	3,7	322,3	7,9	49,3
1999	442,3	422,1	19,7	0,5	89,1	1,9	86,1	1,1	14,1	4,3	9,8	400,6	9,9	55,7
1999														
Jänner	524,2	503,6	20,4	0,2	89,2	1,3	87,3	0,6	8,2	4,1	4,1	416,8	9,3	57,1
Februar	647,3	626,7	20,4	0,2	90,7	1,5	88,6	0,5	8,3	4,2	4,1	365,2	9,3	56,8
März	608,5	587,9	20,4	0,2	94,0	1,5	91,9	0,6	8,1	4,0	4,1	426,0	9,3	52,2
April	540,7	520,1	20,4	0,2	93,2	1,2	91,3	0,7	8,1	4,0	4,1	435,7	9,6	52,8
Mai	481,1	460,5	20,4	0,2	93,1	1,6	90,8	0,7	8,2	4,0	4,2	387,6	9,6	51,1
Juni	788,8	768,3	20,4	0,2	92,4	1,5	90,0	0,9	8,7	4,4	4,3	499,4	9,7	47,1
Juli	755,2	734,7	20,4	0,2	92,3	1,5	89,9	0,9	8,7	4,4	4,3	452,0	9,8	51,6
August	530,8	510,2	20,4	0,2	91,9	1,1	90,0	0,7	8,8	4,4	4,4	423,0	9,9	52,8
September	456,9	436,3	20,4	0,2	92,4	1,4	89,9	1,1	8,7	4,3	4,4	427,9	9,8	47,9
Oktober	567,0	546,4	20,4	0,2	92,4	1,9	89,4	1,2	8,6	4,3	4,3	432,6	9,9	53,9
November	508,4	487,8	20,4	0,2	92,6	2,1	89,4	1,1	8,8	4,2	4,6	410,3	9,9	56,0
Dezember	442,3	422,1	19,7	0,5	89,1	1,9	86,1	1,1	14,1	4,3	9,8	400,6	9,9	55,7

Quelle: EZB.

Summe Aktiva	Passiva										Summe Passiva
	Bargeld- umlauf	Einlagen von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet				Geldmarkt- papiere	Begebene Schuld- verschrei- bungen	Kapital und Rücklagen	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets	Sonstige Passiva	
		insgesamt	MFls	Zentral- regierungen	Sonstige öffentliche Haushalte/ Sonstige Ansässige im Euro- Währungs- gebiet						
1	2	2.1	2.2	2.3	3	4	5	6	7		
7208	3540	1470	919	522	29	132	150	1056	161	698	7208
6980	3591	1520	942	550	29	85	53	971	186	574	6980
1.0117	3930	3393	2771	534	79	33	46	1751	498	467	1.0117
1.1047	3438	4675	4109	503	62	63	53	1258	993	567	1.1047
1.1777	3424	5942	5325	550	67	63	53	1229	505	560	1.1777
1.1983	3483	5495	4866	551	79	49	53	1380	979	545	1.1983
1.1402	3496	4861	4409	388	63	49	53	1390	1050	504	1.1402
1.0309	3530	4197	3695	427	74	49	53	1374	615	492	1.0309
1.4461	3558	7243	6723	441	78	49	53	1407	1714	438	1.4461
1.3698	3636	6827	6206	564	57	49	53	1399	1243	492	1.3698
1.1171	3586	4637	4032	545	59	49	53	1399	939	509	1.1171
1.0437	3594	3905	3329	507	69	33	53	1463	888	501	1.0437
1.1642	3612	5006	4408	509	88	33	53	1506	938	494	1.1642
1.0861	3629	4430	3683	650	97	33	46	1503	695	524	1.0861
1.0117	3930	3393	2771	534	79	33	46	1751	498	467	1.0117

## Schillingbanknoten der Oesterreichischen Nationalbank

### Umlauf

Notenkategorie	31. Dezember 1998		31. März 1999		30. Juni 1999		30. September 1999		31. Dezember 1999	
	in Mio ATS	in %	in Mio ATS	in %	in Mio ATS	in %	in Mio ATS	in %	in Mio ATS	in %
Banknoten mit gesetzlicher Zahlkraft										
5000 S/I. Form	56.805	33'7	55.170	34'3	58.370	34'7	58.406	34'5	63.094	34'4
1000 S/V. Form	73.775	43'7	70.059	43'5	74.265	44'2	76.290	45'0	83.612	45'6
500 S/IV. Form	11.048	6'5	10.669	6'6	10.814	6'5	10.701	6'3	11.903	6'5
100 S/VI. Form	13.667	8'1	13.379	8'3	13.682	8'2	13.684	8'1	14.454	7'9
50 S/IV. Form	2.321	1'4	2.292	1'4	2.334	1'4	2.391	1'4	2.389	1'3
20 S/V. Form	2.234	1'3	2.205	1'4	2.240	1'3	2.256	1'3	2.283	1'2
zusammen	159.849	94'7	153.775	95'5	161.706	96'3	163.727	96'6	177.735	96'9
in Mio EUR	x	x	11.176	95'5	11.752	96'3	11.899	96'6	12.916	96'9
Zur Präklusion aufgerufene Notenkategorien <sup>1)</sup>										
1000 S/III. Form	543	0'3	538	0'3	535	0'3	529	0'3	525	0'3
1000 S/IV. Form	5.932	3'5	5.284	3'3	4.834	2'9	4.438	2'6	4.105	2'2
500 S/II. Form	223	0'1	221	0'1	219	0'1	217	0'1	215	0'1
500 S/III. Form	1.565	0'9	1.412	0'9	1.307	0'8	1.193	0'7	1.113	0'6
100 S/V. Form <sup>2)</sup>	332	0'2	330	0'2	329	0'2	326	0'2	324	0'2
50 S/III. Form <sup>2)</sup>	151	0'1	150	0'1	149	0'1	148	0'1	147	0'1
20 S/IV. Form	228	0'1	227	0'1	226	0'1	225	0'1	224	0'1
zusammen	8.973	5'3	8.162	5'0	7.599	4'5	7.077	4'2	6.654	3'6
in Mio EUR	x	x	5'93	5'0	5'52	4'5	5'14	4'2	4'84	3'6
Insgesamt	168.823	100'0	161.938	100'5	169.305	100'8	170.804	100'8	184.389	100'5
in Mio EUR	x	x	11.769	100'5	12.304	100'8	12.413	100'8	13.400	100'5
Banknotenumlauferkorrektur in Höhe der bei anderen Notenbanken des Eurosystems erliegenden Schillingbestände gemäß Art. 52 ESZB/ÉZB-Statut	x	x	— 64	— 0'5	— 93	— 0'8	— 93	— 0'8	— 72	— 0'5
<b>Banknotenumlaufer</b>	x	x	11.705	100'0	12.211	100'0	12.320	100'0	13.328	100'0

### Merkmale der Banknoten

Notenkategorie	Porträt auf der Vorderseite der Banknoten	Datum der Banknoten	Erster Ausgabetag der Banknoten	Einziehungstermin (letzter Tag für die Annahme in Zahlung)	Präklusivtermin (letzter Tag für die Umwechslung der aufgerufenen Banknoten)
Banknoten mit gesetzlicher Zahlkraft					
5000 S/I. Form	Wolfgang A. Mozart	4. Jänner 1988	17. Oktober 1989		
1000 S/V. Form	Karl Landsteiner	1. Jänner 1997	20. Oktober 1997		
500 S/IV. Form	Rosa Mayreder	1. Jänner 1997	20. Oktober 1997		
100 S/VI. Form	Eugen Böhm v. Bawerk	2. Jänner 1984	14. Oktober 1985		
50 S/IV. Form	Sigmund Freud	2. Jänner 1986	19. Oktober 1987		
20 S/V. Form	Moritz M. Daffinger	1. Oktober 1986	19. Oktober 1988		
Zur Präklusion aufgerufene Notenkategorien <sup>1)</sup>					
1000 S/III. Form	Bertha v. Suttner	1. Juli 1966	21. September 1970	30. August 1985	30. August 2005
1000 S/IV. Form	Erwin Schrödinger	3. Jänner 1983	14. November 1983	20. April 1998	20. April 2018
500 S/II. Form	Josef Ressel	1. Juli 1965	24. Oktober 1966	31. August 1987	31. August 2007
500 S/III. Form	Otto Wagner	1. Juli 1985	20. Oktober 1986	20. April 1998	20. April 2018
100 S/V. Form	Angelika Kauffmann	2. Jänner 1969	19. Oktober 1970	28. November 1986	28. November 2006
100 S/V. Form (2. Auflage)	Angelika Kauffmann	2. Jänner 1969	1. Juni 1981	28. November 1986	28. November 2006
50 S/III. Form	Ferdinand Raimund	2. Jänner 1970	15. Februar 1972	31. August 1988	31. August 2008
50 S/III. Form (2. Auflage)	Ferdinand Raimund	2. Jänner 1970	19. September 1983	31. August 1988	31. August 2008
20 S/IV. Form	Carl Ritter v. Ghega	2. Juli 1967	4. November 1968	30. September 1989	30. September 2009

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Diese Banknoten haben mit Ablauf der Einziehungsfrist ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel verloren; sie werden jedoch noch bis zum Präklusivtermin von der OeNB zur Umwechslung angenommen.

<sup>2)</sup> Einschließlich Banknoten der 2. Auflage.

## Schillingscheidemünzen<sup>1)</sup>

### Umlauf

Münzenkategorie	31. Dezember 1998	31. März 1999	30. Juni 1999	30. September 1999	31. Dezember 1999
Nominalwert in Mio ATS					
Münzen aus unedlen Metallen					
50 S <sup>2)</sup>	156	146	160	160	174
20 S	506	509	511	514	514
10 S	3.036	3.054	3.086	3.119	3.109
5 S	2.015	2.019	2.048	2.075	2.065
1 S	1.584	1.593	1.617	1.643	1.634
50 g	275	276	278	281	278
10 g	298	299	301	303	301
5 g	13	13	13	13	12
2 g	4	4	4	4	4
Insgesamt <sup>3)</sup>	7.886	7.913	8.018	8.112	8.092
Goldmünzen	11.206	11.354	11.519	11.644	11.823
Bimetallmünzen					
1000 S <sup>4)</sup>	42	42	42	42	42
500 S <sup>5)</sup>	16	16	16	16	16
Silbermünzen					
500 S	9.107	9.006	8.963	8.951	8.884
200 S	26	26	26	26	26
100 S	4.651	4.614	4.587	4.565	4.533
50 S	2.180	2.167	2.156	2.146	2.134
25 S	1.026	1.022	1.019	1.016	1.012
Insgesamt	16.989	16.835	16.751	16.704	16.589

### Merkmale der Scheidemünzen

Münzenkategorie	Durchmesser in mm	Raugewicht in g	Legierung							Erster Ausgabetag der Scheidemünzen
			Gold	Silber	Kupfer	Nickel	Aluminium	Magnesium	Zink	
			in ‰							
Münzen aus unedlen Metallen										
50 S <sup>2)</sup>	26,5	8,2	—	—	920	20	60	—	—	23. Oktober 1996
20 S	27,7	8,0	—	—	920	20	60	—	—	10. Dezember 1980
10 S	26	6,2	—	—	750	250	—	—	—	17. April 1974
5 S	23,5	4,8	—	—	750	250	—	—	—	15. Jänner 1969
1 S	22,5	4,2	—	—	915	—	85	—	—	1. September 1959
50 g	19,5	3,0	—	—	915	—	85	—	—	1. Oktober 1959
10 g	20	1,1	—	—	—	—	985	15	—	27. November 1951
5 g	19	2,5	—	—	—	—	—	—	1.000	17. Juni 1948
2 g	18	0,9	—	—	—	—	985	15	—	15. Juli 1950
1 g	17	1,8	—	—	—	—	—	—	1.000	5. April 1948
Goldmünzen										
2000 S (1 ozf) <sup>6)</sup>	37	31,1	9999	—	—	—	—	—	—	10. Oktober 1989
1000 S/I. Form	27	13,5	900	—	100	—	—	—	—	22. Oktober 1976
1000 S/II. Form	30	16,2	986	—	14	—	—	—	—	15. Mai 1991
1000 S/III. Form (1/2 ozf) <sup>6)</sup>	28	15,6	9999	—	—	—	—	—	—	5. Oktober 1994
1000 S/IV. Form	28	17,0	9167	40,3	43	—	—	—	—	12. Jänner 1995
500 S/I. Form (1/4 ozf) <sup>6)</sup>	22	7,8	9999	—	—	—	—	—	—	10. Oktober 1989
500 S/II. Form	22	8,1	986	—	14	—	—	—	—	24. Jänner 1991
200 S (1/10 ozf) <sup>6)</sup>	16	3,1	9999	—	—	—	—	—	—	12. September 1991
Bimetallmünzen										
1000 S <sup>4)</sup>	40	40,0	986	900	114	—	—	—	—	31. Mai 1994
500 S <sup>5)</sup>	30	19,0	986	900	114	—	—	—	—	24. März 1995
Silbermünzen										
500 S/I. Form	38	24,0	—	640	360	—	—	—	—	10. April 1980
500 S/II. Form	37	24,0	—	925	75	—	—	—	—	15. April 1983
500 S/III. Form	37	24,0	—	925	75	—	—	—	—	23. Mai 1989
200 S/I. Form	40	33,6	—	925	75	—	—	—	—	12. Jänner 1995
100 S/I. Form	36	24,0	—	640	360	—	—	—	—	23. Dezember 1974
100 S/II. Form	34	20,0	—	900	100	—	—	—	—	24. Jänner 1991
50 S/I. Form	34	20,0	—	900	100	—	—	—	—	20. Februar 1959
50 S/II. Form	34	20,0	—	640	360	—	—	—	—	18. April 1974
25 S	30	13,0	—	800	200	—	—	—	—	1. Oktober 1955

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Münzen mit gesetzlicher Zahlkraft.

<sup>2)</sup> Bimetallmünze.

<sup>3)</sup> Darin enthalten ist auch der Umlauf an Scheidemünzen zu 1 Groschen, der sich während des Jahres 1999 im Durchschnitt auf rund 0,24 Mio ATS belaufen hat.

<sup>4)</sup> Der Goldkern enthält 13 g Feingold und die Silberumrahmung 24 g Feinsilber.

<sup>5)</sup> Der Goldring enthält 8 g Feingold und der Silberinnenteil 4,8 g Feinsilber.

<sup>6)</sup> Bullionmünzen.

## Mindestreserve-Basis<sup>1)2)</sup>

Mindestreserve-Basis per	Insgesamt	Verbindlichkeiten mit einem positiven Mindestreserve-Satz von 2%			Verbindlichkeiten mit einem Mindestreserve-Satz von 0%		
		Einlagen: täglich fällig mit vereinbarter Laufzeit und Kündigungsfrist von bis zu 2 Jahren	Schuld- verschreibungen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu 2 Jahren	Geldmarktpapiere	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und Kündigungsfrist von über 2 Jahren	Repo-Geschäfte	Schuld- verschreibungen mit vereinbarter Laufzeit von über 2 Jahren
	in Mio EUR <sup>3)</sup>						
Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999	292.730	164.583	3.138	×	53.776	333	70.900
1999							
Jänner	297.943	169.244	3.043	×	54.407	234	71.015
Februar	298.152	169.525	3.393	×	53.737	155	71.342
März	299.923	170.533	3.467	×	54.617	214	71.092
April	299.675	167.932	3.542	×	54.673	207	73.321
Mai	302.854	170.318	3.456	×	54.137	245	74.698
Juni	303.665	170.735	3.264	×	54.433	204	75.029
Juli	307.041	173.874	3.225	×	54.351	168	75.423
August	308.502	174.256	3.866	×	54.492	205	75.683
September	311.460	174.764	4.566	×	54.784	191	77.155
Oktober	316.064	177.487	4.719	×	54.862	135	78.861
November	318.252	178.917	5.335	×	54.629	176	79.195
Dezember	316.861	177.490	4.051	×	56.102	625	78.593

Quelle: EZB.

- <sup>1)</sup> Verbindlichkeiten gegenüber anderen dem Mindestreserve-System unterliegende Kreditinstitute, der EZB und den teilnehmenden Nationalen Zentralbanken sind von der Mindestreserve-Basis ausgenommen. Sollte ein Kreditinstitut den Betrag seiner Verbindlichkeiten in Form von begebenen Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu 2 Jahren und Geldmarktpapieren gegenüber den zuvor erwähnten Instituten nicht nachweisen können, kann es einen bestimmten Prozentsatz dieser Verbindlichkeiten von seiner Mindestreserve-Basis in Abzug bringen. Bis inklusive Berichtstermin November 1999 betrug dieser Prozentsatz zur Berechnung der Mindestreserve-Basis 10%, danach 30%.
- <sup>2)</sup> Die Mindestreserve-Basis der Kreditinstitute per 1. Jänner 1999 wird zur Berechnung der Mindestreserven für die Erfüllungsperiode, die am 1. Jänner 1999 begann und am 23. Februar 1999 endete, zu Grunde gelegt. Die entsprechenden aggregierten Daten werden der EZB bis Ende Februar 1999 gemeldet.
- <sup>3)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

## Mindestreserve-Erfüllung<sup>1)</sup>

Ende der Mindestreserve- Erfüllungsperiode	Mindestreserve- Soll <sup>2)</sup>	Ist-Mindestreserve <sup>3)</sup>	Überschuss- reserven <sup>4)</sup>	Unterschreitungen des Mindestreserve- Solls <sup>5)</sup>	Verzinsung der Mindestreserve <sup>6)</sup>
	in Mio EUR <sup>7)</sup>				in %
Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999	3.261	3.297	39	3	3'00
1999					
Jänner	3.358	3.434	78	3	3'00
Februar	3.371	3.414	43	0	2'84
März	3.392	3.418	26	1	2'50
April	3.343	3.358	15	—	2'50
Mai	3.391	3.410	19	—	2'50
Juni	3.393	3.403	12	2	2'50
Juli	3.456	3.469	13	0	2'50
August	3.477	3.490	13	0	2'50
September	3.501	3.513	12	—	2'73
Oktober	3.561	3.576	15	0	3'00
November	3.599	3.630	31	0	3'00
Dezember	3.545	3.570	25	—	3'12

Quelle: EZB.

- <sup>1)</sup> Diese Tabelle enthält Daten über abgeschlossene Mindestreserve-Erfüllungsperioden. Die erste Mindestreserve-Erfüllungsperiode des Mindestreserve-Systems begann am 1. Jänner 1999 und endete am 23. Februar 1999.
- <sup>2)</sup> Das Mindestreserve-Soll jedes einzelnen Kreditinstituts wird zunächst errechnet, indem auf die reservepflichtigen Verbindlichkeiten die Mindestreserve-Sätze der entsprechenden Verbindlichkeitskategorien auf der Grundlage der Bilanzdaten zum Ende eines jeden Kalendermonats angewendet werden; anschließend zieht jedes Kreditinstitut von dieser Größe einen Freibetrag in Höhe von 100.000 EUR ab. Das auf diese Weise berechnete Mindestreserve-Soll der einzelnen Kreditinstitute wird aggregiert.
- <sup>3)</sup> Aggregierte tagesdurchschnittliche Guthaben von reservepflichtigen Kreditinstituten auf ihrem Mindestreserve-Konto während der Mindestreserve-Erfüllungsperiode.
- <sup>4)</sup> Durchschnittliche Mindestreserve-Guthaben innerhalb der Mindestreserve-Erfüllungsperiode, die über das Mindestreserve-Soll hinausgehen, berechnet auf der Grundlage der Kreditinstitute, die die Mindestreserve-Pflicht erfüllt haben.
- <sup>5)</sup> Unterschreitung der durchschnittlichen Mindestreserve-Guthaben gegenüber dem Mindestreserve-Soll innerhalb der Mindestreserve-Erfüllungsperiode, berechnet auf der Grundlage der Kreditinstitute, die die Mindestreserve-Pflicht nicht erfüllt haben.
- <sup>6)</sup> Dieser Satz entspricht dem Durchschnitt des EZB-Satzes für die Hauptfinanzierungsgeschäfte des Eurosystems während der Mindestreserve-Erfüllungsperiode (gewichtet nach der Anzahl der Kalendertage).
- <sup>7)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

## Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute in Österreich/1

Perioden- ende	<b>Aktiva</b>														<b>Summe Aktiva</b>
	Kredite an Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet				Wertpapiere ohne Aktien von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet				Aktien und sonstige Dividendenwerte von sowie Beteiligungen an Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet			Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets	Sachanlagen	Sonstige Aktiva	(1, 5, 9, 12 bis 14)
	insgesamt (2 bis 4)	in Österreich		in anderen Mitglieds- ländern	insgesamt (6 bis 8)	in Österreich		in anderen Mitglieds- ländern	insgesamt (10 bis 11)	in Österreich	in anderen Mitglieds- ländern	12	13	14	15
		Öffentliche Haushalte	Sonstige Nicht-MFIs		Öffentliche Haushalte	Sonstige Nicht-MFIs									
	<i>in Mio EUR<sup>1)</sup></i>														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1997	194.260	32.565	155.567	6.127	33.556	26.499	3.834	3.222	12.963	12.622	340	74.405	4.578	11.275	331.036
1998	204.358	30.478	166.885	6.994	32.307	24.273	3.645	4.388	15.535	13.615	1.920	72.982	4.717	14.043	343.941
1999	214.305	29.955	175.633	8.717	30.243	20.742	3.841	5.660	20.472	17.919	2.553	85.045	5.036	16.256	371.357
1999															
Jän.	204.158	29.857	167.516	6.785	34.039	26.074	3.527	4.438	17.001	15.062	1.939	76.847	4.730	16.346	353.121
Feb.	203.383	30.166	166.329	6.888	34.238	25.106	4.902	4.230	17.412	15.441	1.971	77.996	4.703	15.729	353.461
März	204.287	30.175	167.339	6.773	33.393	24.074	3.941	5.378	18.178	16.192	1.986	77.331	4.712	14.823	352.724
April	203.964	30.961	166.257	6.746	32.503	23.583	4.307	4.613	18.756	16.623	2.133	80.525	4.723	15.606	356.077
Mai	204.748	30.315	167.355	7.078	34.464	23.818	4.011	6.635	19.065	16.924	2.141	81.037	4.748	16.406	360.468
Juni	205.513	30.467	168.305	6.741	32.191	23.271	3.862	5.058	20.077	17.890	2.187	81.454	4.776	14.812	358.823
Juli	205.598	29.838	168.812	6.948	32.675	23.327	4.151	5.197	21.146	19.157	1.989	80.854	4.819	14.375	359.467
Aug.	205.767	29.559	169.156	7.052	32.284	22.741	4.299	5.244	21.182	18.943	2.239	80.307	4.845	14.090	358.475
Sept.	209.436	30.966	171.302	7.168	31.469	22.179	3.885	5.405	21.265	18.923	2.342	87.007	4.924	14.151	368.252
Okt.	210.508	31.221	171.490	7.797	32.054	21.687	4.761	5.606	21.120	18.783	2.337	88.969	4.960	15.636	373.247
Nov.	212.761	30.797	173.532	8.432	31.922	22.224	3.942	5.756	21.611	19.131	2.480	86.863	5.013	16.740	374.910
Dez.	214.305	29.955	175.633	8.717	30.243	20.742	3.841	5.660	20.472	17.919	2.553	85.045	5.036	16.256	371.357

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

## Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute in Österreich/II

Periodenende	<b>Passiva</b>									
	Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M3									
	insgesamt (2, 14, 17, 18)		Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M2							
	insgesamt (3, 8, 11)		Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M1			Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Laufzeit von bis zu 2 Jahren				
		insgesamt (4 + 5)	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet			insgesamt (9 + 10)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern	
				insgesamt (6 + 7)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern				
<i>in Mio EUR<sup>1)</sup></i>										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1997	127.771	124.905	46.912	10.462	36.450	34.345	2.106	76.765	71.254	5.512
1998	131.882	129.064	51.267	10.340	40.928	38.488	2.440	77.499	72.283	5.215
1999	138.018	134.059	55.818	11.210	44.608	42.159	2.449	77.967	73.022	4.945
1999										
Jänner	131.734	128.734	51.265	10.003	41.262	38.841	2.421	77.163	72.140	5.023
Februar	131.915	128.830	50.483	9.970	40.513	38.094	2.419	78.042	73.034	5.008
März	133.339	130.195	51.416	10.031	41.385	39.031	2.354	78.464	73.448	5.016
April	133.146	129.977	51.806	10.167	41.639	39.246	2.393	77.864	72.888	4.976
Mai	133.332	130.324	52.298	10.314	41.984	39.610	2.374	77.734	72.734	5.000
Juni	132.772	130.224	53.881	10.455	43.426	40.826	2.600	76.047	71.249	4.798
Juli	133.398	131.059	55.125	10.600	44.525	42.131	2.394	75.645	70.889	4.756
August	132.068	128.750	53.018	10.410	42.608	40.260	2.348	75.455	70.795	4.660
September	134.555	130.353	54.724	10.416	44.308	41.893	2.415	75.359	70.657	4.702
Oktober	136.242	132.028	55.317	10.633	44.684	42.232	2.452	76.440	71.667	4.773
November	137.790	133.352	55.726	10.695	45.031	42.609	2.422	77.354	72.483	4.871
Dezember	138.018	134.059	55.818	11.210	44.608	42.159	2.449	77.967	73.022	4.945

Periodenende	<b>Passiva (Fortsetzung)</b>										
	Einlagen von Zentralregierungen					Nicht monetäre Verbindlichkeiten der MFIs					
	insgesamt (20 + 21)		in Österreich	in anderen Mitgliedsländern	insgesamt (23, 24, 27, 30)	Kapital und Rücklagen	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren			Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	
							insgesamt (25 + 26)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern	insgesamt (28 + 29)	in Österreich
<i>in Mio EUR<sup>1)</sup></i>											
	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	
1997	2.221	2.220	1	125.405	20.354	44.531	43.088	1.443	527	351	
1998	1.978	1.973	5	130.900	22.563	48.939	47.274	1.665	701	516	
1999	1.617	1.616	1	142.591	29.085	50.757	48.975	1.782	737	544	
1999											
Jänner	3.010	3.005	5	132.589	23.849	49.847	48.102	1.745	689	508	
Februar	2.762	2.756	6	133.007	24.002	50.011	48.251	1.760	715	534	
März	1.902	1.897	5	133.216	25.135	49.925	48.182	1.743	705	525	
April	1.322	1.317	5	135.317	24.889	49.976	48.288	1.688	717	536	
Mai	2.519	2.514	5	136.212	24.978	49.671	47.977	1.694	718	536	
Juni	2.873	2.868	5	136.408	25.290	49.694	48.005	1.689	725	541	
Juli	2.730	2.725	5	135.748	24.716	49.519	47.828	1.691	712	528	
August	3.294	3.289	5	135.606	24.898	49.651	47.961	1.690	702	519	
September	2.120	2.115	5	137.167	25.477	49.762	48.034	1.728	698	516	
Oktober	1.965	1.959	6	138.949	26.052	49.778	48.015	1.763	702	518	
November	3.048	3.042	6	139.749	26.776	49.867	48.104	1.763	719	532	
Dezember	1.617	1.616	1	142.591	29.085	50.757	48.975	1.782	737	544	

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euromarktkurs: 1 EUR = 137603 ATS.



Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten			Repo-Geschäfte mit Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet			Geldmarkt-fonds-anteile und Geldmarkt-papiere	Schuld-verschreibungen bis 2 Jahre
			insgesamt (15 + 16)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern		
insgesamt (12 + 13)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern	14	15	16	17	18
11	12	13	14	15	16	17	18
1.227	1.119	108	138	138	–	– 16	2.744
298	195	103	285	285	–	–	2.532
274	181	93	488	488	–	–810	4.281
306	199	107	201	201	–	–	2.799
305	198	107	139	139	–	–	2.946
315	208	107	153	153	–	–	2.991
307	202	105	168	152	16	–	3.001
292	189	103	198	133	65	–	2.810
296	196	100	141	141	–	–	2.407
289	188	101	132	127	5	–	2.207
277	177	100	189	123	66	–	3.129
270	171	99	162	122	40	–	4.040
271	173	98	115	115	–	–	4.099
272	177	95	145	115	30	–	4.293
274	181	93	488	488	–	–810	4.281

**Summe Passiva**  
(1, 19, 22, 31, 34, 35)

Schuld-verschreibungen von über 2 Jahren		Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten im Euro-Währungsgebiet			Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungs-gebiets	Sonstige Passiva	Summe Passiva (1, 19, 22, 31, 34, 35)	
		insgesamt (32 + 33)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern				
in anderen Mitgliedsländern	29	30	31	32	33	34	35	36
	176	59.993	6.882	3.175	3.707	37.877	30.882	331.036
	185	58.697	7.337	3.866	3.472	40.937	30.907	343.941
	193	62.012	13.131	2.090	11.041	51.012	24.988	371.357
	181	58.204	6.502	6.500	2	48.422	30.864	353.121
	181	58.279	8.356	7.531	825	47.065	30.356	353.461
	180	57.451	2.695	3.999	– 1.304	51.331	30.241	352.724
	181	59.735	9.756	5.618	4.138	47.367	29.169	356.077
	182	60.845	9.571	6.166	3.405	50.683	28.151	360.468
	184	60.699	4.247	2.946	1.301	53.684	28.839	358.823
	184	60.801	8.695	5.297	3.398	50.953	27.943	359.467
	183	60.355	5.925	2.852	3.073	53.406	28.176	358.475
	182	61.230	7.824	3.100	4.724	57.417	29.169	368.252
	184	62.417	12.993	3.237	9.156	54.684	29.014	373.247
	187	62.387	5.903	3.229	2.674	59.049	29.371	374.910
	193	62.012	13.131	2.090	11.041	51.012	24.988	371.357

## Entwicklung der Geldmenge im Bilanzzusammenhang

Periodenende	Kredite an Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet			Nettoforderungen an Länder außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Nicht monetäre Verbindlichkeiten der MFIs					Einlagen von Zentralregierungen im Euro-Währungsgebiet
	insgesamt (2 + 3)	in Österreich	in anderen Mitglieds-ländern	insgesamt (5 + 6)	OeNB	sonstige MFIs	insgesamt (8 bis 11)	Kapital und Rücklagen	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen von über 2 Jahren	
	<i>in Mio EUR<sup>1)</sup></i>											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Veränderung zum Vorjahr												
1998	+11.421	+ 7.808	+3.612	-4.483	+ 29	-4.512	+ 5.495	+2.209	+4.408	+174	-1.296	- 243
1999	+12.820	+ 9.193	+3.628	+1.988	+1.738	+ 250	+11.691	+6.522	+1.818	+ 36	+3.315	- 361
Veränderung zum Vorjahresmonat												
1999												
Jänner	+13.791	+10.344	+3.447	-4.588	-2.463	-2.125	+ 2.218	+1.619	+4.445	+207	-4.052	+1.560
Februar	+15.566	+12.525	+3.041	-4.733	- 934	-3.799	- 899	+2.474	+1.044	+229	-4.645	+1.237
März	+13.736	+ 9.462	+4.275	-9.622	-4.789	-4.833	- 1.303	+3.400	+ 870	+229	-5.802	+ 477
April	+ 8.784	+ 5.726	+3.058	- 444	+ 255	- 700	+ 1.736	+4.202	+1.367	+241	-4.073	- 633
Mai	+11.378	+ 5.912	+5.466	-4.117	- 761	-3.356	+ 3.807	+5.089	+ 840	+246	-2.368	+ 627
Juni	+11.605	+ 7.863	+3.742	-3.007	-2.744	- 263	+ 3.712	+4.753	+ 868	+252	-2.161	+ 835
Juli	+13.102	+ 9.141	+3.961	- 108	+3.163	-3.271	+ 3.031	+4.514	+ 565	+263	-2.312	+1.097
August	+12.482	+ 8.137	+4.345	-4.072	+2.773	-6.844	+ 1.431	+3.946	+ 382	+260	-3.157	+1.099
September	+11.873	+ 6.980	+4.892	+5.850	+ 732	+5.118	+ 3.376	+1.843	+ 551	+260	+ 723	+ 25
Oktober	+11.574	+ 6.231	+5.343	+5.948	+4.995	+ 954	+ 7.753	+3.558	+ 784	+257	+3.154	+ 486
November	+13.736	+ 8.409	+5.327	- 282	-3.334	+3.052	+ 8.185	+4.228	+1.251	+ 15	+2.691	+1.005
Dezember	+12.820	+ 9.193	+3.628	+1.988	+1.738	+ 250	+11.691	+6.522	+1.818	+ 36	+3.315	- 361
Veränderung zum Vormonat												
1999												
Jänner	+ 2.998	+ 3.139	- 140	-3.620	-3.058	- 562	+ 1.689	+1.286	+ 908	- 12	- 493	+1.032
Februar	- 165	- 92	- 73	+2.506	+1.731	+ 775	+ 418	+ 153	+ 164	+ 26	+ 75	- 248
März	+ 825	- 223	+1.048	-4.931	-3.371	-1.560	+ 209	+1.133	- 86	- 10	- 828	- 860
April	- 635	+ 10	- 645	+7.158	+4.085	+3.073	+ 2.101	- 246	+ 51	+ 12	+2.284	- 580
Mai	+ 3.054	+ 692	+2.362	-2.804	-1.326	-1.478	+ 895	+ 89	- 305	+ 1	+1.110	+1.197
Juni	- 496	+ 1.372	-1.868	-2.584	-2.861	+ 277	+ 196	+ 312	+ 23	+ 7	- 146	+ 354
Juli	+ 1.638	+ 1.490	+ 148	+2.131	+5.772	-3.641	- 660	- 574	- 175	- 13	+ 102	- 143
August	- 186	- 587	+ 401	-3.000	- 595	-2.405	- 142	+ 182	+ 132	- 10	- 446	+ 564
September	+ 2.937	+ 2.557	+ 380	+2.689	-2.345	+5.034	+ 1.561	+ 579	+ 111	- 4	+ 875	-1.174
Oktober	+ 1.512	+ 687	+ 825	+4.695	+4.854	- 159	+ 1.782	+ 575	+ 16	+ 4	+1.187	- 155
November	+ 2.612	+ 1.684	+ 928	-6.471	-7.619	+1.148	+ 800	+ 724	+ 89	+ 17	- 30	+1.083
Dezember	- 1.274	- 1.536	+ 262	+6.219	+6.471	- 252	+ 2.842	+2.309	+ 890	+ 18	- 375	-1.431

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Unwiderprüflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

insgesamt (15, 21 bis 23)	Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M2							Repo- Geschäfte mit Nicht-MFIs im Euro- Währungs- gebiet	Geldmarkt- fondsanteile und Geldmarkt- papiere	Schuld- verschrei- bungen bis 2 Jahre
	Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M1									
	insgesamt (16, 19, 20)	Bargeld- umlauf	täglich fällige Einlagen von Nicht-MFIs im Euro- Währungs- gebiet	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro- Währungs- gebiet mit vereinbarter Laufzeit von bis zu 2 Jahren	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro- Währungs- gebiet mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten					
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
-2.426	+ 4.111	+4.159	+4.355	-122	+4.478	+ 734	- 929	+147	+ 16	- 212
-2.657	+ 6.136	+4.995	+4.551	+870	+3.680	+ 468	- 24	+203	-810	+1.749
+ 976	+ 4.450	+4.493	+5.174	- 53	+5.226	- 316	- 365	+ 99	-	- 141
+3.749	+ 6.746	+6.453	+4.796	- 57	+4.853	+2.610	- 953	+ 27	-	+ 266
-3.809	+ 8.749	+8.257	+4.960	+204	+4.757	+4.258	- 961	+ 35	-	+ 458
- 331	+ 7.567	+7.080	+4.859	+243	+4.617	+3.205	- 984	+ 47	-	+ 440
-4.615	+ 7.442	+7.318	+4.764	+236	+4.528	+3.556	-1.003	-217	-	+ 342
-3.435	+ 7.486	+7.881	+6.441	+518	+5.922	+2.432	- 992	-285	-	- 110
+ 711	+ 8.156	+8.845	+7.978	+433	+7.545	+1.860	- 993	-281	-	- 408
-1.773	+ 7.653	+7.611	+6.392	+402	+5.990	+1.836	- 618	-228	-	+ 271
+3.875	+10.446	+9.423	+7.639	+516	+7.123	+2.412	- 628	-250	-	+1.274
- 458	+ 9.741	+8.377	+7.008	+496	+6.513	+2.031	- 662	- 99	-	+1.464
-7.112	+11.376	+9.616	+6.917	+454	+6.463	+2.710	- 10	- 87	-	+1.847
-2.657	+ 6.136	+4.995	+4.551	+870	+3.680	+ 468	- 24	+203	-810	+1.749
-3.194	- 148	- 330	- 2	-337	+ 334	- 336	+ 8	- 84	-	+ 267
+1.990	+ 181	+ 96	- 782	- 33	- 749	+ 879	- 1	- 62	-	+ 147
-4.879	+ 1.424	+1.365	+ 933	+ 61	+ 872	+ 422	+ 10	+ 14	-	+ 45
+5.195	- 193	- 218	+ 390	+136	+ 254	- 600	- 8	+ 15	-	+ 10
-2.028	+ 186	+ 347	+ 492	+147	+ 345	- 130	- 15	+ 30	-	- 191
-3.070	- 560	- 100	+1.583	+141	+1.442	-1.687	+ 4	- 57	-	- 403
+3.946	+ 626	+ 835	+1.244	+145	+1.099	- 402	- 7	- 9	-	- 200
-2.278	- 1.330	-2.309	-2.107	-190	-1.917	- 190	- 12	+ 57	-	+ 922
+2.752	+ 2.487	+1.603	+1.706	+ 6	+1.700	- 96	- 7	- 27	-	+ 911
+2.893	+ 1.687	+1.675	+ 593	+217	+ 376	+1.081	+ 1	- 47	-	+ 59
-7.290	+ 1.548	+1.324	+ 409	+ 62	+ 347	+ 914	+ 1	+ 30	-	+ 194
+3.306	+ 228	+ 707	+ 92	+515	- 423	+ 613	+ 2	+343	-810	- 12

## Ausgewählte Finanzkennzahlen der Oesterreichischen Nationalbank

Periodenende

### Aktiva

	Kredite an Ansässige im Euro-Währungsgebiet				Wertpapiere ohne Aktien von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet				Aktien und sonstige Dividendenwerte von sowie Beteiligungen an Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets
	insgesamt (2 bis 4)	MFls	Öffentliche Haushalte	Sonstige Ansässige im Euro-Währungsgebiet	insgesamt (6 bis 8)	MFls	Öffentliche Haushalte	Sonstige Ansässige im Euro-Währungsgebiet	insgesamt (10 + 11)	MFls	Sonstige Ansässige im Euro-Währungsgebiet	
	<i>in Mio EUR<sup>1)</sup></i>											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1998	2.670	2.363	194	112	1.894	767	1.080	47	1.947	118	1.829	18.771
1999	15.878	15.559	221	98	1.863	636	1.208	19	2.428	118	2.310	22.115
1999												
Jänner	15.190	14.878	200	112	2.169	840	1.245	84	2.340	118	2.222	19.087
Februar	14.513	14.199	200	114	2.195	927	1.182	86	2.342	118	2.224	19.130
März	14.596	14.280	200	116	3.086	934	2.065	87	2.364	118	2.246	19.399
April	16.585	16.265	200	120	2.103	595	1.421	87	2.363	118	2.245	21.274
Mai	16.773	16.456	194	123	2.140	678	1.374	88	2.430	118	2.312	22.349
Juni	25.586	25.268	194	124	2.289	828	1.373	88	2.387	118	2.269	22.000
Juli	23.099	22.782	194	123	2.309	802	1.420	87	2.433	118	2.315	22.001
August	20.473	20.156	194	123	1.870	418	1.365	87	2.430	118	2.312	21.884
September	24.048	23.727	194	127	1.720	437	1.197	86	2.444	118	2.326	23.391
Oktober	20.062	19.736	194	132	1.860	576	1.197	87	2.313	118	2.195	24.187
November	20.713	20.379	194	140	1.946	702	1.199	45	2.323	118	2.205	21.652
Dezember	15.878	15.559	221	98	1.863	636	1.208	19	2.428	118	2.310	22.115

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

**Passiva**

Periodenende

Banknoten- umlauf	Einlagen von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet				Geldmarkt- papiere	Begebene Schuld- verschrei- bungen	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets	
	insgesamt (3 bis 5)	MFI	Zentral- regierungen	Sonstige öffentliche Haushalte/ Sonstige Ansässige im Euro- Währungsge- biet				
1	2	3	4	5	6	7	8	
12.269	3.992	3.975	3	14	—	—	216	1998
13.328	16.230	16.211	8	11	—	—	1.821	1999
11.615	13.859	13.811	—	48	—	—	3.589	1999
11.603	14.767	14.655	—	112	—	—	1.901	Jänner
11.705	11.790	11.782	8	—	—	—	5.541	Februar
11.909	16.353	16.352	—	1	—	—	3.331	März
12.084	16.092	16.091	—	1	—	—	5.732	April
12.211	21.948	21.944	3	1	—	—	8.244	Mai
12.309	25.749	25.743	5	1	—	—	2.473	Juni
12.163	22.155	22.153	1	1	—	—	2.951	Juli
12.319	22.551	22.545	1	5	—	—	6.803	August
12.426	23.112	23.110	1	1	—	—	2.745	September
12.471	15.654	15.650	3	1	—	—	7.829	Oktober
13.328	16.230	16.211	8	11	—	—	1.821	November
								Dezember

## Basis- und Referenzzinssätze der Oesterreichischen Nationalbank

Gültig ab	Basiszinssatz	Referenz- zinssatz
	<i>in % p. a.</i>	
<b>1999</b>		
1. Jänner	2'50	4'75
9. April	2'00	3'75
5. November	2'50	4'25

Quelle: OeNB.

## EZB-Zinssätze für die Einlagefazilität und die Spitzenrefinanzierungsfazilität

Gültig ab	Einlage- fazilität	Spitzen- refinanzie- rungs- fazilität
	<i>in % p. a.</i>	
<b>1999</b>		
4. Jänner <sup>1)</sup>	2'00	4'50
22. Jänner	2'00	4'50
9. April	1'50	3'50
5. November	2'00	4'00

Quelle: OeNB, EZB.

<sup>1)</sup> Als Übergangsregelung wurden befristet bis einschließlich 21. Jänner 1999 Sätze von 2'75 bzw. 3'25% angewandt.



## Hauptrefinanzierungstender des Eurosystems

Laufzeit	Mengen- bzw. Zinstender	Gebote		Zuteilung Betrag	Fixzinssatz bzw. marginaler Zinssatz  in % p. a.
		Bieter	Betrag		
		Anzahl	in Mio EUR <sup>1)</sup>		
<b>1999</b>					
7. 1. bis 20. 1.	Mengentender	944	481.626	75.000	3'00
13. 1. bis 27. 1.	Mengentender	1.068	563.409	48.000	3'00
20. 1. bis 3. 2.	Mengentender	966	593.418	59.000	3'00
27. 1. bis 10. 2.	Mengentender	1.038	689.467	69.000	3'00
3. 2. bis 17. 2.	Mengentender	998	757.724	62.000	3'00
10. 2. bis 24. 2.	Mengentender	1.041	911.302	65.000	3'00
17. 2. bis 3. 3.	Mengentender	914	896.138	62.000	3'00
24. 2. bis 10. 3.	Mengentender	983	991.109	78.000	3'00
3. 3. bis 17. 3.	Mengentender	965	1.100.797	67.000	3'00
10. 3. bis 24. 3.	Mengentender	928	950.369	75.000	3'00
17. 3. bis 31. 3.	Mengentender	665	335.249	44.000	3'00
24. 3. bis 7. 4.	Mengentender	554	372.647	102.000	3'00
31. 3. bis 14. 4.	Mengentender	403	118.683	39.000	3'00
7. 4. bis 21. 4.	Mengentender	302	67.353	67.353	3'00
14. 4. bis 28. 4.	Mengentender	841	781.720	67.000	2'50
21. 4. bis 5. 5.	Mengentender	713	612.275	50.000	2'50
28. 4. bis 12. 5.	Mengentender	743	754.825	78.000	2'50
5. 5. bis 19. 5.	Mengentender	648	655.789	42.000	2'50
12. 5. bis 26. 5.	Mengentender	662	708.881	78.000	2'50
19. 5. bis 2. 6.	Mengentender	687	638.583	43.000	2'50
26. 5. bis 9. 6.	Mengentender	687	784.380	96.000	2'50
2. 6. bis 16. 6.	Mengentender	666	698.358	43.000	2'50
9. 6. bis 23. 6.	Mengentender	760	907.145	86.000	2'50
16. 6. bis 30. 6.	Mengentender	786	922.203	39.000	2'50
23. 6. bis 7. 7.	Mengentender	894	1.165.521	86.000	2'50
30. 6. bis 14. 7.	Mengentender	877	1.222.128	57.000	2'50
7. 7. bis 21. 7.	Mengentender	867	1.282.746	95.000	2'50
14. 7. bis 28. 7.	Mengentender	856	1.247.454	53.000	2'50
21. 7. bis 4. 8.	Mengentender	915	1.479.409	94.000	2'50
28. 7. bis 11. 8.	Mengentender	858	1.342.169	73.000	2'50
4. 8. bis 18. 8.	Mengentender	834	1.412.815	76.000	2'50
11. 8. bis 25. 8.	Mengentender	816	1.346.203	68.000	2'50
18. 8. bis 1. 9.	Mengentender	876	1.538.142	73.000	2'50
25. 8. bis 8. 9.	Mengentender	830	1.431.145	86.000	2'50
1. 9. bis 15. 9.	Mengentender	808	1.490.635	66.000	2'50
8. 9. bis 22. 9.	Mengentender	783	1.334.847	82.000	2'50
15. 9. bis 29. 9.	Mengentender	749	1.051.251	61.000	2'50
22. 9. bis 6. 10.	Mengentender	635	660.532	92.000	2'50
29. 9. bis 13. 10.	Mengentender	694	926.416	55.000	2'50
6. 10. bis 20. 10.	Mengentender	673	1.655.341	90.000	2'50
13. 10. bis 28. 10.	Mengentender	791	1.289.972	50.000	2'50
20. 10. bis 3. 11.	Mengentender	833	1.107.860	75.000	2'50
28. 10. bis 10. 11.	Mengentender	941	1.937.221	74.000	2'50
3. 11. bis 17. 11.	Mengentender	888	2.344.082	66.000	2'50
10. 11. bis 24. 11.	Mengentender	493	404.857	74.000	3'00
17. 11. bis 1. 12.	Mengentender	486	484.348	69.000	3'00
24. 11. bis 8. 12.	Mengentender	563	687.973	74.000	3'00
1. 12. bis 15. 12.	Mengentender	663	1.018.950	72.000	3'00
8. 12. bis 22. 12.	Mengentender	670	1.141.163	92.000	3'00
15. 12. bis 30. 12.	Mengentender	527	286.824	57.000	3'00
22. 12. bis 12. 1. 2000	Mengentender	840	1.505.405	92.000	3'00
30. 12. bis 19. 1. 2000	Mengentender	774	485.825	70.000	3'00

Quelle: OeNB, EZB.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

## Längerfristige Refinanzierungstender des Eurosystems

Laufzeit	Mengen- bzw. Zinstender	Gebote		Zuteilung Betrag	Fixzinssatz bzw. marginaler Zinssatz  in % p. a.
		Bieter	Betrag		
<b>1999</b>					
14. 1. bis 25. 2.	Zinstender	466	79.846	15.000	3'13
14. 1. bis 25. 3.	Zinstender	311	39.343	15.000	3'10
14. 1. bis 29. 4.	Zinstender	329	46.152	15.000	3'08
25. 2. bis 27. 5.	Zinstender	417	77.300	15.000	3'04
25. 3. bis 1. 7.	Zinstender	269	53.659	15.000	2'96
29. 4. bis 29. 7.	Zinstender	313	66.911	15.000	2'53
27. 5. bis 26. 8.	Zinstender	319	72.294	15.000	2'53
1. 7. bis 30. 9.	Zinstender	298	76.284	15.000	2'63
29. 7. bis 28. 10.	Zinstender	281	64.973	15.000	2'65
26. 8. bis 25. 11.	Zinstender	256	52.416	15.000	2'65
30. 9. bis 23. 12.	Zinstender	198	41.443	15.000	2'66
28. 10. bis 27. 1. 2000	Zinstender	313	74.430	25.000	3'19
25. 11. bis 2. 3. 2000	Zinstender	321	74.988	25.000	3'18
23. 12. bis 30. 3. 2000	Zinstender	301	91.088	25.000	3'26

Quelle: OeNB, EZB.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

## Eurogeldmarktsätze

	EONIA <sup>1)</sup>			EURIBOR <sup>2)</sup>			
	Perioden- durch- schnitt <sup>3)</sup>	niedrigster Satz	höchster Satz	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
	<i>in % p. a.</i>						
1999	2'74	1'74	3'75	2'86	2'96	3'05	3'18
1999							
Jänner	3'14	2'98	3'22	3'16	3'13	3'09	3'06
Februar	3'12	3'02	3'34	3'13	3'09	3'04	3'03
März	2'93	2'19	3'12	3'05	3'05	3'03	3'05
April	2'71	2'47	3'11	2'68	2'69	2'69	2'75
Mai	2'55	2'51	3'02	2'57	2'58	2'60	2'68
Juni	2'56	2'23	2'76	2'61	2'63	2'68	2'84
Juli	2'52	1'87	2'63	2'63	2'68	2'90	3'03
August	2'44	1'85	2'58	2'61	2'70	3'05	3'24
September	2'43	1'74	2'63	2'58	2'73	3'11	3'30
Oktober	2'50	1'76	2'80	2'76	3'38	3'46	3'68
November	2'94	2'66	3'15	3'06	3'47	3'48	3'69
Dezember	3'04	2'82	3'75	3'51	3'45	3'51	3'83

Quelle: EZB, Reuters.

<sup>1)</sup> Euro OverNight Index Average.

<sup>2)</sup> Euro Interbank Offered Rate; ungewichteter Durchschnitt.

<sup>3)</sup> Ungewichteter Durchschnitt aus den täglichen Erhebungen der EZB.

## Renditen auf dem österreichischen Rentenmarkt<sup>1)</sup>

	Emissionsrenditen			Sekundärmarktrenditen							
	Bund	inländische Emittenten gesamt	ausländische Emittenten	Bund <sup>2)</sup>	Sonstige öffentliche Stellen	Sonstige inländische Nichtbanken	Inländische Nichtbanken (1 bis 3)	Inländische Banken	Inländische Emittenten (4 + 5)	Ausländische Emittenten	Emittenten gesamt <sup>3)</sup> (6 + 7)
in % p. a.											
				1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Periodendurchschnitt</b>											
1990	8'59	8'58	9'26	8'74	x	x	x	8'66	x	9'39	8'72
1991	8'41	8'42	8'29	8'62	x	x	x	8'69	x	10'21	8'69
1992	7'91	7'94	7'98	8'27	x	x	x	8'42	x	9'90	8'39
1993	6'21	6'26	7'51	6'63	6'93	6'91	6'66	6'73	6'68	8'18	6'74
1994	6'67	6'68	8'06	6'70	6'89	6'77	6'71	6'51	6'66	7'59	6'69
1995	6'65	6'64	8'30	6'48	6'68	6'59	6'49	6'43	6'48	7'40	6'51
1996	5'76	5'75	8'24	5'30	5'63	5'67	5'32	5'25	5'31	6'32	5'33
1997	5'27	5'30	6'66	4'79	5'08	5'74	4'82	4'83	4'82	5'80	4'84
1998	4'55	4'56	6'06	4'29	4'32	6'06	4'35	4'54	4'38	5'89	4'40
1999	4'13	4'13	—	4'10	3'93	4'13	4'10	4'25	4'12	5'80	4'14
1999											
1. Quartal	3'99	3'99	—	3'53	3'47	3'68	3'54	3'85	3'58	5'48	3'61
2. Quartal	3'70	3'70	—	3'60	3'40	3'64	3'60	3'76	3'62	5'24	3'64
3. Quartal	3'99	4'00	—	4'43	4'18	4'36	4'42	4'46	4'43	6'02	4'45
4. Quartal	5'41	5'41	—	4'83	4'64	4'84	4'83	4'92	4'84	6'46	4'86
1999											
Jänner	3'71	3'71	—	3'40	3'47	3'64	3'41	3'83	3'47	5'44	3'50
Februar	4'42	4'42	—	3'53	3'43	3'66	3'53	3'82	3'57	5'53	3'60
März	3'97	3'96	—	3'65	3'51	3'72	3'65	3'88	3'68	5'47	3'71
April	3'46	3'46	—	3'42	3'26	3'53	3'42	3'69	3'45	5'19	3'48
Mai	3'29	3'29	—	3'49	3'29	3'53	3'49	3'66	3'51	5'05	3'53
Juni	4'34	4'34	—	3'86	3'63	3'86	3'86	3'92	3'87	5'44	3'89
Juli	3'93	3'93	—	4'21	3'96	4'16	4'21	4'24	4'21	5'84	4'23
August	—	—	—	4'47	4'25	4'44	4'47	4'52	4'47	6'18	4'49
September	4'05	4'08	—	4'60	4'33	4'49	4'60	4'63	4'60	6'03	4'62
Oktober	5'50	5'50	—	4'92	4'65	4'88	4'91	4'89	4'91	6'33	4'93
November	5'08	5'08	—	4'74	4'61	4'75	4'74	4'88	4'75	6'44	4'77
Dezember	—	—	—	4'84	4'65	4'90	4'84	4'99	4'86	6'62	4'88

Quelle: OeNB, OeKB.

<sup>1)</sup> Für festverzinsten Rentenwerte.

<sup>2)</sup> Benchmarkrendite (Bund 10 Jahre).

<sup>3)</sup> Emittenten gesamt = früher Anleihen im weiteren Sinn.

# Zinssatzstatistik der österreichischen Kreditinstitute<sup>1)</sup>

## Sollzinssätze

	Kommerzkredite			Wechselkredite			Privatkredite			Kredite für Wohnraumbeschaffung		
	Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite	
		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis
	in % p. a.											
1996	7,23	5,50	9,50	4,57	3,00	7,88	8,40	6,75	10,63	6,78	5,75	7,88
1997	6,66	5,25	8,50	4,33	3,00	7,50	7,85	6,50	9,25	6,25	5,00	7,25
1998	6,42	4,75	8,50	4,28	3,00	7,00	7,63	6,00	9,20	6,09	5,00	7,25
1999	5,64	3,75	8,13	4,53	3,00	6,75	6,51	5,00	8,50	5,17	4,25	6,82
1999												
Jänner	6,02	4,50	8,00	4,64	3,50	6,50	6,97	5,75	8,25	5,56	4,63	6,82
Februar	5,92	4,38	8,13	4,60	3,50	6,50	6,80	5,75	8,25	5,35	4,50	6,50
März	5,89	4,25	7,75	4,55	3,50	6,50	6,66	5,75	8,38	5,31	4,50	6,25
April	5,54	3,75	7,75	4,49	3,25	6,00	6,43	5,25	7,75	5,18	4,50	6,25
Mai	5,43	3,95	7,50	4,44	3,00	6,00	6,32	5,00	7,75	5,03	4,25	6,00
Juni	5,41	4,00	7,50	4,44	3,00	6,50	6,29	5,25	7,60	5,00	4,25	6,00
Juli	5,44	4,25	7,38	4,43	3,13	6,50	6,27	5,25	7,50	4,94	4,25	6,00
August	5,45	4,00	7,38	4,49	3,13	6,75	6,29	5,25	7,50	4,95	4,25	6,00
September	5,43	4,00	7,50	4,52	3,25	6,75	6,31	5,25	7,50	5,04	4,25	6,00
Oktober	5,63	4,50	7,75	4,62	3,50	6,75	6,45	5,25	7,38	5,09	4,50	6,00
November	5,73	4,50	7,75	4,56	3,50	5,88	6,63	5,25	8,50	5,24	4,50	6,50
Dezember	5,77	4,52	7,75	4,61	3,50	5,88	6,72	5,75	8,50	5,33	4,50	6,50

## Habenzinssätze

	Gehalts- und Pensionskonten			Spareinlagen täglich fällig			Spareinlagen bis 12 Monate			Spareinlagen über 12 Monate		
	Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite	
		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis
	in % p. a.											
1996	0,52	0,13	2,00	1,70	1,50	2,25	3,14	1,75	4,25	3,56	2,25	4,50
1997	0,43	0,13	1,50	1,51	1,50	1,75	2,74	1,75	3,50	3,17	2,00	4,00
1998	0,43	0,25	1,28	1,42	1,00	1,50	2,65	1,50	3,28	3,06	2,25	3,75
1999	0,33	0,13	1,25	0,78	0,50	1,25	2,21	1,00	3,00	2,54	1,75	3,34
1999												
Jänner	0,41	0,25	1,25	1,16	1,00	1,25	2,52	1,38	3,00	2,84	2,25	3,25
Februar	0,38	0,13	1,00	1,08	1,00	1,25	2,46	1,25	3,00	2,81	2,00	3,25
März	0,37	0,25	1,00	1,05	1,00	1,25	2,49	1,25	3,00	2,78	2,00	3,25
April	0,34	0,13	1,00	0,88	0,63	1,25	2,27	1,00	3,00	2,61	2,00	3,34
Mai	0,31	0,13	0,79	0,77	0,63	1,00	2,13	1,00	2,63	2,48	1,88	3,00
Juni	0,28	0,13	0,75	0,74	0,50	1,00	2,11	1,00	2,75	2,40	1,75	2,75
Juli	0,31	0,13	1,00	0,63	0,50	1,00	2,04	1,00	2,63	2,34	1,75	2,75
August	0,32	0,13	1,00	0,62	0,50	1,00	1,96	1,00	2,62	2,34	1,75	2,75
September	0,32	0,13	1,00	0,61	0,50	1,00	2,04	1,00	2,75	2,37	1,75	3,00
Oktober	0,32	0,13	1,00	0,61	0,50	1,00	2,05	1,00	2,75	2,40	1,75	3,00
November	0,34	0,13	1,00	0,63	0,50	1,00	2,18	1,00	2,97	2,51	1,88	3,00
Dezember	0,31	0,13	1,00	0,63	0,50	1,00	2,22	1,00	3,00	2,56	1,88	3,00

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Kreditinstitute gemäß BWG.

<sup>2)</sup> Beziehungsweise dem entsprechenden Gegenwert in EUR.

Überziehung  
von Gehalts- und Pensionskonten

Hypothekendarlehen

Kommunaldarlehen

Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite	
	von	bis		von	bis		von	bis
x	x	x	6'61	5'75	7'75	5'81	4'50	7'35
12'55	9'00	18'50	6'06	5'18	7'00	5'25	4'05	6'75
11'61	8'50	13'75	5'87	5'00	7'00	4'87	3'50	6'75
11'03	8'00	13'75	4'99	4'25	6'75	4'15	2'97	5'38
11'11	8'50	13'75	5'34	4'63	6'75	4'30	3'40	5'25
11'11	8'50	13'50	5'23	4'50	6'75	4'37	3'50	5'25
11'07	8'46	13'50	5'15	4'50	6'75	4'29	3'48	5'25
10'98	8'00	13'50	4'95	4'50	6'38	3'97	3'09	5'00
10'93	8'00	13'50	4'87	4'25	6'13	4'01	3'15	5'00
10'99	8'00	13'50	4'78	4'25	6'00	3'98	2'97	5'00
10'98	8'00	13'50	4'74	4'25	6'00	3'96	3'00	5'00
11'04	8'75	13'75	4'78	4'25	6'00	4'07	3'10	5'00
11'02	8'38	13'75	4'80	4'25	6'00	4'13	3'18	5'00
11'03	8'00	13'75	4'98	4'25	6'00	4'20	3'25	5'25
11'06	8'00	13'75	5'11	4'50	6'00	4'26	3'25	5'25
11'04	8'00	13'75	5'20	4'50	6'00	4'23	3'25	5'38

Spareinlagen  
0'5 bis 1 Mio ATS<sup>2)</sup>

Spareinlagen  
1 bis 5 Mio ATS<sup>2)</sup>

Kapitalsparbriefe (24 Monate)

Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite	
	von	bis		von	bis		von	bis
3'63	3'00	4'50	3'82	3'25	4'55	3'62	3'25	4'50
3'20	2'75	3'75	3'40	3'00	3'75	3'21	3'00	4'00
3'10	2'25	3'58	3'29	2'75	3'75	3'31	2'75	4'00
2'61	1'75	3'25	2'80	2'25	3'50	2'66	2'25	3'50
2'90	2'25	3'25	3'14	2'75	3'50	2'89	2'75	3'50
2'88	2'25	3'25	3'07	2'75	3'50	2'83	2'75	3'25
2'84	2'25	3'25	3'03	2'75	3'50	2'83	2'75	3'25
2'59	1'75	3'00	2'82	2'38	3'25	2'65	2'25	3'25
2'51	1'75	3'00	2'69	2'38	3'00	2'50	2'25	3'00
2'50	2'00	2'75	2'67	2'25	3'00	2'50	2'25	2'75
2'47	2'13	2'75	2'64	2'25	3'00	2'51	2'25	2'75
2'46	2'00	2'75	2'63	2'25	3'00	2'49	2'25	2'75
2'48	2'00	2'77	2'66	2'25	3'00	2'50	2'25	2'75
2'53	2'13	2'96	2'72	2'25	3'02	2'62	2'25	3'00
2'56	2'25	2'99	2'77	2'25	3'00	2'75	2'25	3'00
2'61	2'25	3'00	2'81	2'25	3'00	2'79	2'38	3'25

# Monatsausweise der österreichischen Kreditinstitute <sup>1) / I</sup>

Periodenende	Inlandsaktiva												
	Kassenliquidität		inländische Zwischenbankforderungen	inländische Wertpapiere und Ergänzungskapital					Direktkredite an inländische Nichtbanken				
	Kassenbestand in Euro <sup>2)</sup>	Guthaben bei der OeNB		Bundesschatzscheine	sonstige Wertpapiere, Ergänzungskapital	Anteilswerte	insgesamt (4 bis 6)	davon Ergänzungskapital	Wechsel	sonstige Eurodirektkredite <sup>2)</sup>	Eurodirektkredite <sup>2)</sup> (9 + 10)	Fremdwährungsdirektkredite	insgesamt (11 + 12)
in Mio EUR <sup>3)</sup>													
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
<b>Aktienbanken und Bankiers</b>													
1999													
März	732'89	739'99	11.675'41	1.463'54	8.974'84	1.944'73	12.383'11	97'53	388'65	43.428'66	43.817'31	8.314'45	52.131'76
Juni	751'92	856'39	12.357'23	1.518'60	8.998'45	2.030'24	12.547'29	79'97	372'91	43.580'58	43.953'48	9.053'58	53.007'06
September	885'32	633'21	10.933'88	927'53	9.482'88	1.962'75	12.373'16	86'20	352'88	43.764'93	44.117'81	10.260'41	54.378'22
Dezember	846'27	589'72	10.964'20	903'20	9.224'00	1.946'40	12.073'60	92'78	362'11	44.225'86	44.587'97	10.892'88	55.480'85
<b>Sparkassensektor</b>													
1999													
März	752'67	671'29	32.904'31	982'86	11.451'27	3.457'36	15.891'48	121'22	350'14	52.405'53	52.755'66	7.177'81	59.933'48
Juni	824'51	975'29	31.329'58	773'70	11.589'88	4.502'69	16.866'27	123'97	333'11	51.970'91	52.304'02	8.228'07	60.532'09
September	787'87	674'43	34.541'73	756'82	11.412'19	4.700'48	16.869'49	191'03	303'74	52.017'62	52.321'36	9.277'34	61.598'70
Dezember	920'19	789'67	35.117'79	610'35	11.021'67	5.220'73	16.852'74	195'05	290'52	51.822'88	52.113'40	10.286'31	62.399'71
<b>Landes-Hypothekenbanken</b>													
1999													
März	73'39	229'28	717'10	478	2.765'46	267'33	3.037'56	22'75	36'85	15.674'66	15.711'52	2.448'96	18.160'48
Juni	69'08	99'73	582'27	478	2.918'47	399'76	3.323'01	25'31	34'93	15.492'92	15.527'85	2.727'34	18.255'18
September	70'63	203'18	711'59	478	2.930'37	387'90	3.323'05	29'82	33'73	15.517'72	15.551'44	3.099'01	18.650'45
Dezember	95'13	139'96	622'48	64'66	2.897'82	352'66	3.315'14	22'44	32'99	15.669'13	15.702'13	3.354'50	19.056'62
<b>Raiffeisensektor</b>													
1999													
März	538'42	563'80	22.392'98	392'64	7.891'15	3.148'55	11.432'34	128'92	183'32	36.710'28	36.893'61	4.437'48	41.331'09
Juni	582'85	40'15	25.703'52	293'88	7.611'41	3.392'33	11.297'62	137'87	207'80	36.943'16	37.150'96	5.068'90	42.219'86
September	588'34	551'64	24.816'20	248'20	8.142'38	4.212'28	12.602'85	136'97	207'99	37.724'47	37.932'46	5.689'53	43.622'00
Dezember	725'11	1.317'99	25.350'44	292'50	7.905'76	4.264'53	12.462'78	145'71	253'28	37.971'37	38.224'64	6.000'98	44.225'62
<b>Volksbankensektor</b>													
1999													
März	137'76	262'29	3.684'45	117'40	1.868'04	694'62	2.680'06	10'71	79'06	9.446'04	9.525'10	1.648'16	11.173'26
Juni	146'89	456'51	3.866'81	117'11	1.638'34	883'54	2.639'00	12'19	83'50	9.272'36	9.355'85	1.887'38	11.243'23
September	151'27	196'56	4.017'48	23'14	1.676'50	892'43	2.592'08	12'81	77'10	9.364'55	9.441'65	2.192'80	11.634'46
Dezember	180'49	242'11	4.102'95	22'93	1.678'22	876'30	2.577'45	12'50	81'75	9.608'34	9.690'09	2.318'00	12.008'09
<b>Bausparkassen</b>													
1999													
März	1'13	17'48	1.612'68	—	1.681'69	1.268'82	2.950'51	0'92	—	11.669'01	11.669'01	2'58	11.671'59
Juni	1'18	14'87	1.807'46	—	1.993'52	1.272'39	3.265'90	0'56	—	11.124'52	11.124'52	2'38	11.126'89
September	1'24	9'25	1.521'16	—	2.186'34	1.265'08	3.451'42	0'56	—	11.082'95	11.082'95	2'28	11.085'22
Dezember	1'13	0'15	1.461'39	—	2.165'37	1.302'83	3.468'20	0'56	—	11.501'48	11.501'48	—	11.501'48
<b>Sonderbanken</b>													
1999													
März	0'83	25'62	15.693'88	51'56	1.325'53	837'37	2.214'46	12'76	3'31	5.666'47	5.669'78	123'49	5.793'27
Juni	0'87	47'54	15.307'51	43'15	1.423'67	1.003'48	2.470'29	12'76	3'41	5.570'18	5.573'59	134'11	5.707'70
September	0'78	42'57	16.600'57	62'04	1.393'25	1.049'91	2.505'20	12'77	2'95	5.649'22	5.652'16	161'20	5.813'36
Dezember	0'81	123'18	17.340'19	73'72	1.277'46	1.079'85	2.431'03	12'77	3'03	5.918'32	5.921'35	202'58	6.123'92
<b>Alle Sektoren</b>													
1999													
März	2.237'09	2.509'76	88.680'81	3.012'78	35.957'98	11.618'78	50.589'53	394'81	1.041'34	175.000'66	176.041'99	24.152'93	200.194'92
Juni	2.377'30	2.490'49	90.954'37	2.751'21	36.173'75	13.484'42	52.409'39	392'63	1.035'66	173.954'62	174.990'27	27.101'75	202.092'02
September	2.485'45	2.310'85	93.142'61	2.022'50	37.223'91	14.470'83	53.717'24	470'17	978'38	175.121'46	176.099'85	30.682'56	206.782'40
Dezember	2.769'12	3.202'78	94.959'44	1.967'35	36.170'29	15.043'30	53.180'95	481'81	1.023'68	176.717'38	177.741'06	33.055'24	210.796'30

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Kreditinstitute gemäß BWG.

<sup>2)</sup> Euro oder nationale Währungen als nicht dezimale Untereinheiten des Euro.

<sup>3)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.



				Auslandsaktiva						Summe Aktiva	
Beteiligungen und Konsortialbeteiligungen		sonstige Inlandsaktiva	Inlandsaktiva insgesamt (1 bis 3, 7, 13, 14, 16)	Kassenbestand in Fremdwährung	ausländische Zwischenbankforderungen	ausländische Wertpapiere, Beteiligungen und Konsortialbeteiligungen	Kredite an ausländische Nichtbanken	sonstige Auslandsaktiva	Auslandsaktiva insgesamt (18 bis 22)	(17 + 23)	
insgesamt	davon Partizipationskapital										
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
<b>Aktienbanken und Bankiers</b>											
1999											
2.451'31	58'61	3.524'09	83.589'38	26'65	11.811'84	9.225'26	13.515'10	133'24	34.712'09	118.351'07	März
2.437'44	58'85	3.488'13	85.390'24	28'46	11.099'68	10.589'32	14.043'22	114'85	35.875'54	121.321'66	Juni
2.527'30	58'98	3.185'55	84.871'65	26'55	10.958'82	11.098'90	14.019'90	116'41	36.220'57	121.137'65	September
2.530'65	58'65	3.329'12	85.814'41	26'87	10.807'91	12.441'74	15.735'92	279'81	39.292'24	125.106'65	Dezember
<b>Sparkassensektor</b>											
1999											
5.980'03	33'25	5.351'61	121.393'20	53'84	31.158'39	16.412'77	10.114'83	406'28	58.146'11	179.631'12	März
5.978'33	33'26	4.670'28	121.086'40	53'67	29.644'60	19.112'65	10.132'37	426'11	59.369'40	180.545'76	Juni
6.043'90	33'92	4.745'86	125.186'67	47'80	33.853'45	21.315'12	9.619'82	565'77	65.401'96	190.663'96	September
5.960'99	33'96	5.307'02	127.348'12	66'04	28.060'41	23.922'83	10.139'99	491'92	62.681'20	190.029'31	Dezember
<b>Landes-Hypothekenbanken</b>											
1999											
249'42	—	409'86	22.867'31	7'69	738'36	1.124'13	1.602'66	23'93	3.496'78	26.373'87	März
252'22	—	374'91	22.947'90	8'66	837'93	1.548'47	1.710'42	12'52	4.117'99	27.074'39	Juni
252'78	0'53	417'35	23.619'87	6'87	886'19	1.634'42	1.834'39	15'68	4.377'56	28.006'59	September
243'64	—	421'46	23.894'43	5'12	987'17	1.788'96	1.991'16	17'02	4.789'44	28.683'86	Dezember
<b>Raiffeisensektor</b>											
1999											
2.847'34	0'48	3.035'60	82.091'55	36'14	8.273'24	2.179'00	4.483'05	122'28	15.093'70	97.235'28	März
2.959'03	0'60	2.937'85	85.673'96	20'94	7.287'69	2.329'04	5.519'03	62'15	15.218'84	100.959'73	Juni
3.059'54	0'52	2.729'04	87.909'28	19'49	8.025'44	2.587'27	6.483'81	35'02	17.151'03	105.120'62	September
3.063'13	5'79	3.175'13	90.320'21	16'91	4.644'28	2.688'87	5.869'66	35'55	13.255'26	103.575'48	Dezember
<b>Volksbankensektor</b>											
1999											
335'60	—	874'09	19.131'63	6'15	735'50	825'25	562'07	4'28	2.133'26	21.280'77	März
335'80	—	838'07	19.507'46	6'16	423'22	880'60	595'82	3'94	1.909'74	21.436'06	Juni
347'32	—	846'41	19.767'06	5'91	519'58	989'29	624'40	6'41	2.145'59	21.931'16	September
382'96	—	950'19	20.444'24	4'93	445'79	1.000'40	649'34	4'50	2.104'96	22.549'20	Dezember
<b>Bausparkassen</b>											
1999											
174'19	—	307'53	16.735'11	—	1'50	398'92	16'65	—	417'07	17.152'18	März
176'38	—	329'37	16.722'05	—	1'50	493'22	16'99	—	511'71	17.233'76	Juni
176'38	—	322'75	16.567'43	—	1'50	686'60	16'39	—	704'49	17.271'92	September
179'41	—	413'30	17.025'06	—	1'50	677'58	17'00	—	696'08	17.721'14	Dezember
<b>Sonderbanken</b>											
1999											
282'80	0'66	1.795'68	25.806'49	0'05	3.971'89	1.342'66	2.128'28	602'75	8.045'63	33.852'16	März
256'89	1'19	1.803'80	25.594'57	0'06	3.999'71	1.604'86	2.176'80	568'32	8.349'75	33.944'36	Juni
266'13	—	1.833'73	27.062'31	0'05	4.107'65	1.685'39	2.199'79	422'94	8.415'82	35.478'16	September
357'54	0'22	2.027'66	28.404'34	0'23	4.167'29	1.672'33	2.284'27	440'44	8.564'57	36.968'90	Dezember
<b>Alle Sektoren</b>											
1999											
12.320'69	93'00	15.298'45	371.614'66	130'52	56.690'72	31.508'00	32.422'65	1.292'74	122.044'63	493.876'45	März
12.396'09	93'88	14.442'42	376.922'59	117'95	53.294'33	36.558'17	34.194'64	1.187'90	125.352'97	502.515'72	Juni
12.673'35	93'96	14.080'68	384.984'27	106'66	58.352'62	39.997'00	34.798'50	1.162'23	134.417'01	519.610'07	September
12.718'33	98'63	15.623'89	393.250'81	120'11	49.114'35	44.192'71	36.687'35	1.269'23	131.383'74	524.634'55	Dezember

# Monatsausweise der österreichischen Kreditinstitute<sup>1)/II</sup>

Periodenende	Inlandspassiva												
	inländische Zwischenbankverpflichtungen	Einlagen von inländischen Nichtbanken					eigene Inlandsemissionen	Nominalkapital von Inländern	Rücklagen	Hafrücklage	Partizipationskapital von Inländern	Ergänzungskapital von Inländern	
		Sichteinlagen	Termininlagen	Sparinlagen <sup>2)</sup>	Euroeinlagen <sup>3)</sup> (2 bis 4)	Fremdwährungseinlagen							insgesamt (5 + 6)
in Mio EUR <sup>4)</sup>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
<b>Aktienbanken und Bankiers</b>													
1999													
März	28.854'02	8.672'84	6.572'33	24.736'81	39.981'99	1.427'84	41.409'83	16.513'33	704'82	3.287'54	1.573'94	89'75	183'05
Juni	31.081'98	9.219'83	6.278'72	24.677'97	40.176'51	1.295'80	41.472'32	16.269'67	697'33	3.186'30	1.629'05	89'75	183'05
September	30.061'71	9.564'54	6.158'29	24.596'49	40.319'32	1.414'14	41.733'46	16.317'41	903'81	3.055'31	1.661'05	89'75	179'77
Dezember	32.160'95	10.073'29	7.209'14	25.148'89	42.431'31	1.620'70	44.052'01	16.719'49	911'97	3.067'47	1.650'23	89'75	251'91
<b>Sparkassensektor</b>													
1999													
März	27.338'46	9.759'76	5.661'81	36.214'64	51.636'21	1.365'25	53.001'47	14.617'69	1.307'59	4.698'60	2.111'67	25'45	33'67
Juni	23.197'77	10.205'31	5.579'79	35.957'62	51.742'72	1.388'55	53.131'28	14.221'79	1.307'59	4.688'92	2.111'31	25'45	34'04
September	26.773'71	10.236'26	4.773'62	35.711'38	50.721'26	1.287'52	52.008'78	13.829'34	1.318'21	4.692'90	2.111'33	25'45	34'23
Dezember	27.010'09	10.140'01	4.754'53	36.347'63	51.242'17	904'37	52.146'53	13.625'21	1.325'33	4.720'92	2.134'65	22'84	38'66
<b>Landes-Hypothekenbanken</b>													
1999													
März	2.731'74	1.481'07	719'51	4.240'56	6.441'15	41'53	6.482'68	11.922'77	159'12	544'34	295'01	2'35	33'97
Juni	2.951'29	1.462'05	799'37	4.261'10	6.522'52	43'96	6.566'49	11.978'90	159'12	544'65	295'28	2'35	33'97
September	3.143'44	1.533'72	806'51	4.266'02	6.606'24	58'26	6.664'51	12.559'96	159'12	544'72	295'28	2'35	33'97
Dezember	3.241'18	1.449'57	543'56	4.380'96	6.374'09	55'42	6.429'51	12.823'58	166'68	585'46	302'55	2'35	31'79
<b>Raiffeisensektor</b>													
1999													
März	25.696'74	5.779'57	3.219'71	32.038'19	41.037'47	381'17	41.418'64	8.725'43	791'24	2.991'92	1.340'34	11'07	86'35
Juni	27.531'66	6.391'23	2.978'08	31.715'96	41.085'27	342'16	41.427'43	9.369'30	794'05	3.025'00	1.349'84	11'07	89'67
September	28.977'22	6.860'77	2.801'72	31.601'10	41.263'60	356'57	41.620'17	9.798'64	800'96	3.046'48	1.351'33	12'08	90'55
Dezember	29.444'11	6.614'64	2.780'61	32.502'76	41.898'00	354'77	42.252'77	9.957'16	820'03	3.053'43	1.370'07	12'10	86'99
<b>Volksbankensektor</b>													
1999													
März	4.484'15	1.469'32	442'21	7.803'08	9.714'61	81'45	9.796'06	2.114'77	210'21	613'79	328'74	27'68	10'27
Juni	4.667'21	1.517'59	395'54	7.759'73	9.672'85	78'46	9.751'32	2.217'35	210'75	617'59	330'80	27'21	10'27
September	5.023'07	1.567'32	462'26	7.758'16	9.787'74	76'84	9.864'58	2.026'16	224'53	614'64	331'82	27'21	9'54
Dezember	5.327'04	1.599'08	396'43	7.942'36	9.937'87	96'22	10.034'09	2.077'09	226'77	616'29	333'67	27'20	8'22
<b>Bausparkassen</b>													
1999													
März	56'53	21'51	58'42	15.641'34	15.721'26	2'24	15.723'50	284'41	188'79	245'30	176'27	—	—
Juni	39'91	20'59	54'40	15.606'71	15.681'70	2'14	15.683'84	300'67	188'84	245'33	176'27	—	—
September	44'25	19'69	44'17	15.605'79	15.669'66	2'07	15.671'72	303'98	188'90	245'33	176'27	—	—
Dezember	156'13	18'02	34'12	15.983'89	16.036'03	—	16.036'03	320'22	188'97	248'82	176'27	—	—
<b>Sonderbanken</b>													
1999													
März	6.012'57	200'96	735'93	—	936'89	67'34	1.004'23	3.036'16	466'59	1.297'44	186'02	0'18	17'32
Juni	5.731'29	218'43	616'64	—	835'06	56'69	891'75	2.860'30	465'74	1.311'21	186'07	0'18	17'32
September	6.185'64	195'83	589'00	—	784'83	69'69	854'52	3.025'70	546'19	1.251'08	187'07	0'18	17'32
Dezember	6.490'55	246'17	562'98	—	809'15	65'08	874'24	3.141'72	535'53	1.278'81	188'03	0'18	24'59
<b>Alle Sektoren</b>													
1999													
März	95.174'23	27.385'03	17.409'93	120.674'62	165.469'58	3.366'82	168.836'40	57.214'56	3.828'36	13.678'94	6.012'00	156'48	364'63
Juni	95.201'11	29.035'03	16.702'53	119.979'09	165.716'65	3.207'77	168.924'42	57.217'98	3.823'42	13.618'99	6.078'62	156'01	368'33
September	100.209'04	29.978'13	15.635'57	119.538'94	165.152'64	3.265'10	168.417'74	57.861'19	4.141'72	13.450'45	6.114'16	157'02	365'39
Dezember	103.830'04	30.140'78	16.281'37	122.306'48	168.728'63	3.096'56	171.825'19	58.664'45	4.175'28	13.571'20	6.155'47	154'42	442'16

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Kreditinstitute gemäß BWG.

<sup>2)</sup> Davon kapitalisierte Zinsen 1999: 3.031'62 Mio EUR.

<sup>3)</sup> Euro oder nationale Währungen als nicht dezimale Untereinheiten des Euro.

<sup>4)</sup> Unwiderprüflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137'603 ATS.

## Auslandspassiva

Summe  
Passiva  
(15 + 23)

sonstige Inlands- passiva	Inlands- passiva insgesamt (1, 7 bis 14)	ausländische Zwischen- bank- verpflich- tungen	Einlagen von ausländi- schen Nichtbanken	eigene Auslands- emissionen	Nominal- kapital von Ausländern	Partizi- pations- kapital von Ausländern	Ergänzungs- kapital von Ausländern	sonstige Auslands- passiva	Auslands- passiva insgesamt (16 bis 22)	23	24
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
											<b>Aktienbanken und Bankiers</b>
											1999
5.709'33	98.325'60	11.242'18	7.435'18	810'57	311'06	0'73	36'02	189'73	20.025'47	118.351'07	März
5.665'37	100.274'81	11.956'01	7.747'71	816'49	317'83	0'73	17'12	190'96	21.046'84	121.321'66	Juni
6.064'10	100.066'37	12.269'86	7.497'45	771'17	317'91	0'73	17'12	197'05	21.071'28	121.137'65	September
5.338'14	104.241'90	11.533'39	7.924'68	829'69	312'87	0'73	17'12	246'28	20.864'75	125.106'65	Dezember
											<b>Sparkassensektor</b>
											1999
5.729'63	108.864'22	45.623'38	9.888'68	14.548'69	107'08	—	0'34	598'74	70.766'90	179.631'12	März
5.904'93	104.623'07	48.234'58	11.304'63	15.810'14	107'08	—	0'36	465'91	75.922'69	180.545'76	Juni
6.355'78	107.149'71	55.517'15	9.111'83	18.242'45	107'08	—	0'35	535'40	83.514'25	190.663'96	September
5.412'26	106.436'49	50.599'89	11.348'05	20.898'50	107'08	—	0'36	638'95	83.592'82	190.029'31	Dezember
											<b>Landes- Hypothekenbanken</b>
											1999
673'32	22.845'31	1.187'22	1.061'65	1.264'93	6'37	—	1'53	6'86	3.528'56	26.373'87	März
738'71	23.270'77	1.038'86	1.035'66	1.715'07	10'65	—	1'53	1'84	3.803'62	27.074'39	Juni
746'95	24.150'31	830'90	1.061'80	1.956'65	—	—	1'53	5'41	3.856'28	28.006'59	September
657'99	24.241'09	1.070'01	1.097'01	2.269'15	—	—	1'53	5'09	4.442'77	28.683'86	Dezember
											<b>Raiffeisensektor</b>
											1999
2.137'75	83.199'49	8.645'12	4.042'27	1.256'98	0'21	—	1'91	89'29	14.035'78	97.235'28	März
2.315'44	85.913'46	9.689'18	4.047'55	1.227'07	0'20	—	1'91	80'35	15.046'27	100.959'73	Juni
3.157'38	88.854'82	10.796'80	4.132'53	1.254'76	0'21	—	1'91	79'60	16.265'81	105.120'62	September
2.726'82	89.723'48	7.828'63	4.576'72	1.367'20	0'21	—	2'35	76'89	13.852'00	103.575'48	Dezember
											<b>Volksbankensektor</b>
											1999
958'26	18.543'93	1.392'28	1.152'94	138'69	52'11	0'28	—	0'54	2.736'84	21.280'77	März
876'28	18.708'77	1.401'72	1.132'75	140'09	52'06	0'28	—	0'40	2.727'29	21.436'06	Juni
1.045'49	19.167'03	1.428'66	1.138'64	143'97	52'02	0'28	—	0'56	2.764'13	21.931'16	September
1.044'63	19.695'00	1.492'67	1.164'70	142'32	52'05	0'28	1'63	0'55	2.854'20	22.549'20	Dezember
											<b>Bausparkassen</b>
											1999
463'59	17.138'39	—	10'29	0'77	2'73	—	—	—	13'78	17.152'18	März
584'44	17.219'30	—	10'92	0'81	2'73	—	—	—	14'46	17.233'76	Juni
627'34	17.257'81	—	10'60	0'79	2'73	—	—	—	14'11	17.271'92	September
579'63	17.706'07	—	11'47	0'88	2'73	—	—	—	15'07	17.721'14	Dezember
											<b>Sonderbanken</b>
											1999
2.614'77	14.635'28	2.982'28	100'22	15.717'80	53'44	—	—	363'14	19.216'88	33.852'16	März
2.586'56	14.050'44	2.676'60	141'28	16.682'19	53'44	—	—	340'41	19.893'92	33.944'36	Juni
2.556'92	14.624'63	3.382'75	194'99	17.008'81	53'44	—	—	213'54	20.853'54	35.478'16	September
2.817'22	15.350'87	3.231'03	266'51	17.908'74	52'90	—	—	158'87	21.618'03	36.968'90	Dezember
											<b>Alle Sektoren</b>
											1999
18.286'64	363.552'23	71.072'45	23.691'23	33.738'43	533'00	1'00	39'80	1.248'31	130.324'22	493.876'45	März
18.671'73	364.060'62	74.996'95	25.420'50	36.391'86	544'00	1'00	20'92	1.079'87	138.455'10	502.515'72	Juni
20.553'97	371.270'67	84.226'12	23.147'83	39.378'60	533'38	1'00	20'91	1.031'54	148.339'40	519.610'07	September
18.576'68	377.394'90	75.755'60	26.389'13	43.416'47	527'82	1'01	22'99	1.126'62	147.239'65	524.634'55	Dezember

## Ertragslage der österreichischen Kreditinstitute<sup>1)</sup>

Periodenende	Aktien- banken und Bankiers <sup>2)</sup>	Sparkassen- sektor	Landes- Hypotheken- banken	Raiffeisen- sektor	Volks- banken- sektor	Bauspar- kassen	Sonder- banken <sup>2)</sup>	Global
	in Mio EUR <sup>3)</sup>							
<b>Zins- und zinsähnliche Erträge</b>								
1995	6.328'06	7.478'76	1.462'98	4.549'83	1.103'76	831'30	1.607'16	23.361'85
1996	5.977'49	6.855'81	1.438'63	4.334'79	1.070'54	869'09	1.400'84	21.947'20
1997	6.195'72	6.973'25	1.435'07	4.296'35	1.017'93	897'95	1.302'73	22.118'92
1998	5.389'34	8.370'60	1.479'47	4.376'29	1.027'52	918'88	1.409'13	22.971'16
1999	5.259'70	7.997'50	1.486'74	4.306'08	944'02	855'50	1.531'43	22.380'91
<b>Zins- und zinsähnliche Aufwendungen</b>								
1995	4.924'09	5.227'28	1.155'86	2.981'26	672'30	557'18	1.277'23	16.795'27
1996	4.485'37	4.614'94	1.104'77	2.730'03	635'60	587'12	1.097'29	15.255'12
1997	4.524'03	4.866'83	1.094'74	2.728'57	597'59	657'83	1.147'87	15.617'39
1998	3.810'45	6.314'69	1.139'00	2.818'62	616'85	694'53	1.232'75	16.626'82
1999	3.726'44	6.004'23	1.119'96	2.755'61	549'99	662'34	1.273'95	16.092'60
<b>Nettozinsertrag</b>								
1995	1.403'89	2.251'48	307'12	1.568'57	431'46	274'12	329'93	6.566'57
1996	1.492'12	2.240'87	333'86	1.604'76	434'95	281'97	303'55	6.692'08
1997	1.671'69	2.106'42	340'33	1.567'77	420'34	240'11	154'87	6.501'53
1998	1.578'82	2.055'91	340'47	1.557'67	410'67	224'34	176'38	6.344'34
1999	1.533'25	1.993'27	366'78	1.550'47	393'96	193'16	257'48	6.288'31
<b>Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen</b>								
1995	169'33	245'85	19'62	135'10	38'15	17'88	22'82	648'75
1996	180'88	265'04	24'93	183'64	44'77	22'53	26'38	748'24
1997	194'33	314'82	29'58	247'81	51'31	33'94	70'78	942'57
1998	273'25	702'75	28'34	245'85	50'94	50'80	33'14	1.385'07
1999	299'19	552'39	40'33	282'12	68'09	83'86	31'18	1.357'17
<b>Provisionserträge</b>								
1995	646'28	617'43	55'59	410'24	113'95	50'80	377'97	2.272'19
1996	693'23	676'95	62'57	466'05	131'97	54'87	471'50	2.557'21
1997	794'60	732'54	65'77	515'32	143'38	33'72	459'00	2.744'34
1998	865'32	849'98	76'09	596'50	163'73	52'47	532'18	3.136'20
1999	958'99	940'46	86'63	673'39	190'84	52'40	579'57	3.482'19
<b>Provisionsaufwendungen</b>								
1995	161'12	94'26	7'78	62'06	11'55	33'28	91'28	461'47
1996	163'59	100'58	8'79	74'13	12'79	36'77	143'17	539'81
1997	139'68	127'18	9'16	90'19	14'39	31'76	182'48	594'83
1998	145'27	159'95	13'23	113'15	19'69	31'98	257'41	740'75
1999	164'46	172'38	13'74	125'58	21'51	21'22	307'55	826'36
<b>Saldo aus Provisionsgeschäft</b>								
1995	485'09	523'17	47'75	348'18	102'32	17'51	286'69	1.810'72
1996	529'64	576'37	53'78	391'92	119'18	18'17	328'41	2.017'40
1997	654'93	605'36	56'61	425'14	128'99	2'03	276'52	2.149'44
1998	719'97	690'03	62'79	483'27	144'04	20'49	274'78	2.395'44
1999	794'53	768'08	72'89	547'81	169'26	31'18	272'01	2.655'76
<b>Saldo Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften</b>								
1995	201'01	168'60	25'94	82'70	5'67	0'65	56'25	539'60
1996	182'41	214'82	25'29	90'62	7'92	x	57'19	578'26
1997	221'72	226'09	34'59	104'21	6'32	x	25'36	618'30
1998	193'60	288'73	37'35	81'18	11'85	1'67	46'58	660'89
1999	125'51	223'61	31'90	38'08	6'32	-	78'05	503'48
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>								
1995	371'65	76'96	7'27	155'30	60'97	54'36	434'95	1.161'46
1996	380'81	85'83	6'76	180'23	59'45	59'59	494'25	1.266'91
1997	435'46	92'59	9'88	179'50	56'68	86'70	340'98	1.201'79
1998	489'38	81'76	7'70	202'18	52'47	71'29	354'13	1.258'91
1999	463'51	44'62	13'59	219'11	51'09	84'95	405'73	1.282'60
<b>Betriebserträge</b>								
1995	2.631'05	3.266'06	407'69	2.289'78	638'58	363'15	1.130'72	10.727'09
1996	2.765'93	3.382'92	444'61	2.451'18	666'26	382'26	1.209'86	11.302'88
1997	3.178'13	3.345'28	470'99	2.524'44	663'65	362'71	868'44	11.413'63
1998	3.255'09	3.819'18	476'73	2.570'07	669'97	368'60	885'08	12.044'65
1999	3.215'99	3.581'97	525'42	2.637'59	688'79	393'16	1.044'45	12.087'38
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>								
1995	1.457'60	2.081'06	220'71	1.332'17	335'31	217'66	474'04	6.118'54
1996	1.553'24	2.115'80	224'56	1.393'21	351'59	226'30	529'13	6.393'83
1997	1.790'95	2.096'03	241'64	1.466'76	363'65	230'52	351'01	6.540'63
1998	1.881'28	2.207'36	252'39	1.541'46	362'20	231'17	349'63	6.825'43
1999	1.904'54	2.310'20	268'82	1.603'16	375'21	228'05	410'17	7.100'21
<b>Personalaufwand</b>								
1995	947'36	1.402'00	154'72	878'76	228'56	98'84	220'71	3.931'02
1996	996'42	1.419'16	155'81	918'58	242'00	101'31	227'25	4.060'52
1997	1.072'51	1.424'17	166'20	950'05	250'50	106'18	176'89	4.146'42
1998	1.059'72	1.508'76	167'00	989'51	243'53	110'17	168'89	4.247'51
1999	1.051'43	1.605'42	176'52	1.020'62	245'56	105'16	194'18	4.398'81

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Kreditinstitute gemäß BWG. Auf Basis des Quartalsberichts. Durch die Neugestaltung des Quartalsberichts 1995 ist ein Vergleich mit den vorangegangenen Berichtsjahren nur eingeschränkt möglich.

Zu diesem Zweck wurden die Quartalsberichtspositionen gemäß der neuen Definitionen näherungsweise berechnet.

<sup>2)</sup> Ab Berichtstermin Mai 1997 Umreihung vom Sektor Sonderbanken zum Sektor Aktienbanken und Bankiers sowie Umreihung vom Sektor Aktienbanken und Bankiers zum Sektor Sonderbanken.

<sup>3)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137'603 ATS.

<sup>4)</sup> Vorschauwerte.

<sup>5)</sup> Inklusive bereits erfolgter Direktabschreibungen.

<sup>6)</sup> Hievon für den Kreditbereich 1995: 1'80 Mrd EUR, 1996: 1'84 Mrd EUR, 1997: 170 Mrd EUR, 1998: 2'03 Mrd EUR, Vorschauwert 1999: 1'77 Mrd EUR.

Periodenende	Aktien- banken und Bankiers <sup>2)</sup>	Sparkassen- sektor	Landes- Hypotheken- banken	Raiffeisen- sektor	Volks- banken- sektor	Bauspar- kassen	Sonder- banken <sup>2)</sup>	Global
	<i>in Mio EUR<sup>3)</sup></i>							
<b>Sachaufwand</b>								
1995	510'16	679'05	65'91	453'41	106'76	118'82	253'34	2.187'52
1996	556'82	696'64	68'75	474'63	109'59	125'00	301'88	2.333'31
1997	718'52	671'86	75'43	516'78	113'15	124'34	174'12	2.394'21
1998	821'57	698'60	85'39	551'95	118'67	121'00	180'74	2.577'92
1999	853'11	704'78	92'29	582'62	129'65	122'89	215'98	2.701'39
<b>Wertberichtigungen auf die Aktivposten 9 und 10</b>								
1995	99'34	190'91	18'82	112'93	39'24	10'90	33'94	506'17
1996	107'77	192'80	18'75	123'33	36'41	11'12	34'88	525'06
1997	130'59	191'27	19'11	132'12	35'61	11'70	23'84	544'32
1998	142'08	201'96	21'22	147'96	36'92	12'14	24'05	586'40
1999	158'79	203'70	23'40	154'72	39'97	12'21	27'83	620'63
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>								
1995	284'95	35'83	1'16	43'02	35'83	67'22	321'07	803'54
1996	260'53	39'53	1'89	68'89	49'56	76'74	347'52	844'60
1997	281'03	45'78	1'74	77'11	50'00	61'19	278'48	795'33
1998	291'56	48'33	2'03	78'05	47'09	59'74	261'62	788'35
1999	307'19	33'43	1'82	88'66	50'29	57'05	279'50	817'86
<b>Betriebsaufwendungen</b>								
1995	1.841'89	2.307'87	240'69	1.488'05	424'99	295'78	829'05	7.428'33
1996	1.921'54	2.348'20	245'20	1.585'43	437'49	314'16	911'46	7.763'49
1997	2.202'57	2.333'09	262'49	1.675'98	449'26	303'41	653'33	7.880'28
1998	2.314'99	2.457'65	275'65	1.767'40	446'28	303'05	635'23	8.200'18
1999	2.370'59	2.547'26	294'03	1.846'54	465'47	297'30	717'50	8.538'69
<b>Betriebsergebnis</b>								
1995	789'15	958'19	167'00	801'65	213'59	67'37	301'59	3.298'69
1996	844'31	1.034'72	199'41	865'82	228'70	68'02	298'39	3.539'39
1997	975'49	1.012'19	208'50	848'46	214'31	59'30	215'11	3.533'35
1998	940'10	1.361'53	201'09	802'74	223'69	65'55	249'78	3.844'47
1999	845'40	1.034'72	231'39	791'04	223'32	95'78	326'96	3.548'69
<b>Erwartetes Jahresbetriebsergebnis</b>								
1995	781'81	957'83	166'35	785'01	207'77	66'42	302'90	3.268'10
1996	846'93	1.033'99	196'94	843'88	223'98	64'61	295'92	3.506'25
1997	965'46	1.011'82	205'95	827'16	212'57	54'58	200'00	3.477'54
1998	954'92	1.361'53	200'72	791'04	221'51	57'34	258'42	3.845'48
1999 <sup>4)</sup>	847'07	1.034'72	231'03	786'83	222'16	65'62	289'31	3.476'81
<b>Erwarteter Saldo Dotierung/Auflösung Wertberichtigungen<sup>5)</sup></b>								
1995 <sup>6)</sup>	453'33	502'82	73'18	321'80	90'33	2'18	77'83	1.521'48
1996 <sup>6)</sup>	458'49	596'57	88'44	357'77	101'16	9'45	22'89	1.634'78
1997 <sup>6)</sup>	319'47	610'02	93'17	387'20	74'42	1'96	28'49	1.514'79
1998 <sup>6)</sup>	428'70	616'12	96'80	363'36	103'63	6'83	89'82	1.705'27
1999 <sup>4)</sup>	480'80	385'46	111'70	365'98	100'36	28'20	36'70	1.509'20
<b>Erwartetes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>								
1995	328'41	455'08	93'17	463'22	117'44	64'24	225'07	1.746'62
1996	388'51	437'42	108'50	486'11	122'82	55'16	272'96	1.871'54
1997	645'99	401'81	112'72	439'96	138'15	52'62	171'51	1.962'82
1998	526'22	745'41	103'85	427'68	117'88	50'51	168'60	2.140'14
1999 <sup>4)</sup>	366'20	649'26	119'40	420'92	121'80	37'43	252'61	1.967'54
<b>Erwarteter Saldo außerordentlicher Erträge/Aufwendungen</b>								
1995	- 44'55	- 19'62	- 400	1'89	- 0'58	- 0'65	- 79'65	- 147'16
1996	- 97'31	- 46'15	0'07	- 16'42	- 10'39	- 1'67	2'40	- 169'40
1997	- 66'64	- 42'37	- 17'66	- 0'80	- 17'15	- 0'94	- 0'44	- 146'00
1998	- 54'87	- 158'50	- 5'67	11'77	- 1'09	- 1'16	- 0'65	- 210'17
1999 <sup>4)</sup>	143'89	- 97'38	- 8'21	4'14	- 6'10	- 2'25	- 10'90	23'18
<b>Erwartete Steuern vom Einkommen/Ertrag und sonstige Steuern</b>								
1995	35'03	34'74	18'89	127'69	15'77	13'23	59'59	304'86
1996	80'09	63'01	30'45	126'23	25'87	11'99	81'83	419'39
1997	99'20	66'42	26'60	120'93	23'26	11'55	61'12	409'15
1998	69'48	57'34	21'51	100'29	19'99	11'05	23'91	303'48
1999 <sup>4)</sup>	92'95	50'80	21'87	104'79	20'93	10'10	35'39	336'84
<b>Erwarteter Jahresüberschuss</b>								
1995	248'83	400'72	70'35	337'42	101'09	50'43	85'90	1.294'59
1996	211'11	328'34	78'12	343'52	86'55	41'57	193'53	1.282'68
1997	480'15	293'02	68'46	318'16	97'74	40'12	109'95	1.407'67
1998	401'95	529'49	76'67	339'24	96'80	38'23	144'04	1.626'49
1999 <sup>4)</sup>	417'21	501'08	89'24	320'20	94'77	25'07	206'39	1.653'89

## Eigenmittelausstattung gemäß § 23 BWG 1993

Periodenende	Eigenmittel					Bemessungs- grundlage	Eigenmittel- ausstattung (5 in 6)
	Tier-I-Kapital (Kernkapital)	Tier-II-Kapital (ergänzende Eigenmittel)	Abzugs- posten	Tier-III- Kapital	insgesamt (1 + 2 - 3 + 4)		
	in Mio EUR <sup>1)</sup>						
	1	2	3	4	5	6	7
<b>Aktienbanken und Bankiers</b>							
1997	5.260'79	2.459'54	411'33	—	7.309'00	62.021'10	11'78
1998	5.534'55	2.664'48	671'21	249'34	7.777'23	61.658'61	12'61
1999	5.732'43	3.009'24	904'34	386'11	8.223'44	69.655'24	11'81
<b>Sparkassensektor</b>							
1997	6.770'64	4.340'68	209'37	—	10.901'94	73.330'16	14'87
1998	7.692'78	4.116'99	213'88	613'79	12.209'69	78.257'45	15'60
1999	7.974'32	4.322'29	320'78	804'56	12.780'46	78.967'39	16'18
<b>Landes-Hypothekenbanken</b>							
1997	823'17	437'85	17'30	—	1.243'80	10.519'90	11'82
1998	964'08	476'52	27'62	—	1.412'98	11.689'93	12'09
1999	1.047'58	548'97	36'12	—	1.560'43	13.129'07	11'89
<b>Raiffeisensektor</b>							
1997	4.552'23	1.659'99	209'88	—	6.002'34	50.797'29	11'82
1998	4.875'04	1.819'66	192'51	938'06	7.440'32	54.522'94	13'65
1999	5.213'40	2.080'91	221'22	1.001'43	8.074'61	60.440'83	13'36
<b>Volksbankensektor</b>							
1997	1.145'76	332'11	0'65	—	1.477'29	12.470'29	11'85
1998	1.193'29	358'57	0'65	3'34	1.554'54	13.325'07	11'67
1999	1.246'85	345'41	0'36	—	1.591'90	14.754'18	10'79
<b>Bausparkassen</b>							
1997	404'57	194'84	32'92	—	566'48	6.935'90	8'17
1998	604'42	204'94	110'10	—	699'26	7.069'10	9'89
1999	616'19	196'65	110'39	—	702'46	7.122'23	9'86
<b>Sonderbanken</b>							
1997	1.115'53	208'79	31'32	—	1.293'00	6.470'21	19'98
1998	1.941'31	220'78	36'48	1'67	2.127'28	6.556'76	32'44
1999	1.959'04	264'09	27'98	31'47	2.226'62	8.359'27	26'64
<b>Alle Sektoren</b>							
1997	20.072'75	9.633'80	912'63	—	28.793'92	222.544'93	12'94
1998	22.805'46	9.861'99	1.252'44	1.806'14	33.221'15	233.079'87	14'25
1999	23.789'89	10.767'64	1.621'19	2.223'57	35.159'92	252.428'29	13'93

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

## Vermögensbestand der österreichischen Investmentfonds

Periodenende	Wertpapiere inländischer Emittenten							Wertpapiere ausländischer Emittenten					
	Bundes- schatz- scheine	Rentenwerte		Anteilswerte				Rentenwerte		Anteilswerte			
				Aktion und andere Beteiligungspapiere		Investmentzertifikate				Aktion und andere Beteiligungspapiere		Investmentzertifikate	
		Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung	Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung	Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung	Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung	Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung	Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung
in Mio EUR <sup>2)</sup>													
1999	588'55	26.112'32	358'13	1.510'86	10'30	4.635'89	363'79	17.588'25	7.566'18	5.335'05	9.444'67	546'16	806'72
1999													
1. Quartal	776'79	25.740'11	390'13	1.190'01	6'52	1.629'22	147'25	12.042'18	6.887'86	3.560'18	6.303'43	96'11	228'70
2. Quartal	1.161'16	26.313'10	357'19	1.546'69	7'03	2.841'51	228'80	14.225'01	7.261'23	3.925'28	7.435'25	135'71	305'51
3. Quartal	957'08	26.458'35	392'55	1.375'82	6'59	3.551'71	264'78	15.824'85	7.462'81	3.924'48	7.364'14	266'94	440'06
4. Quartal	588'55	26.112'32	358'13	1.510'86	10'30	4.635'89	363'79	17.588'25	7.566'18	5.335'05	9.444'67	546'16	806'72

Periodenende	Sonstige Vermögensanlagen		Vermögensbestand insgesamt		
	Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung	Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung	insgesamt
	in Mio EUR <sup>2)</sup>				
1999	4.855'24	619'00	61.172'32	19.168'80	80.341'11
1999					
1. Quartal	4.254'74	616'37	49.289'32	14.580'26	63.869'58
2. Quartal	5.508'48	687'76	55.656'94	16.282'78	71.939'72
3. Quartal	4.775'24	650'94	57.134'46	16.581'86	73.716'33
4. Quartal	4.855'24	619'00	61.172'32	19.168'80	80.341'11

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Euro oder nationale Währungen als nicht dezimale Untereinheiten des Euro.

<sup>2)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.



## Vermögensbestand der österreichischen Pensionskassen

Perioden- ende	Wertpapiere inländischer Emittenten					Wertpapiere ausländischer Emittenten				Einlagen	Darlehen	Sonstige Vermögens- anlagen	Vermögensbestand insgesamt		
	Bundes- schatz- scheine	Rentenwerte		Invest- ment- zertifikate	andere Wert- papiere	Rentenwerte		Invest- ment- zertifikate	andere Wert- papiere				Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung	insgesamt
	Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung			Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung						Euro <sup>1)</sup>	Fremd- währung	insgesamt	
	in Mio EUR <sup>2)</sup>														
1999	25'44	10'61	1'74	5.887'30	8'36	23'40	9'01	426'23	5'31	103'12	68'89	593'16	6.820'64	341'93	7.162'49
1999															
1. Qu.	—	137'21	2'40	4.439'29	7'63	31'47	0'73	261'33	5'01	49'56	82'19	178'78	4.946'91	248'69	5.195'53
2. Qu.	0'87	98'18	1'89	4.656'88	3'56	41'35	6'54	346'87	5'74	30'67	78'63	164'10	5.153'96	281'39	5.435'27
3. Qu.	—	19'69	1'38	4.834'05	5'38	24'85	10'76	376'45	5'31	25'29	78'63	98'25	5.166'24	313'73	5.479'97
4. Qu.	25'44	10'61	1'74	5.887'30	8'36	23'40	9'01	426'23	5'31	103'12	68'89	593'16	6.820'64	341'93	7.162'49

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Euro oder nationale Währungen als nicht dezimale Untereinheiten des Euro.

<sup>2)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

# Österreichischer Aktienmarkt<sup>1)</sup>

	Wiener Börse Index (WBI) <sup>2)</sup>		Gesamtkurswert		Gesamtumsatz <sup>3)</sup>		Durchschnittliche Dividendenrendite		Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen		Börseneinführungen	
	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine
31. 12. 1967 = 100	in Mio EUR <sup>4)</sup>				in % p. a.				Kurswert in Mio EUR <sup>4)</sup>			
1990	502'26	20.422'23	1.097'21	x	x	1'51	2'65	738'72	49'56	1.529'33	—	
1991	418'98	18.831'42	1.035'01	16.190'71	1.780'12	1'99	2'83	696'64	—	1.093'87	—	
1992	348'46	16.722'38	887'77	11.192'71	1.393'07	2'24	3'43	160'90	—	914'95	—	
1993	483'67	23.982'23	768'50	14.999'67	874'40	1'35	2'44	404'99	2'67	787'03	—	
1994	429'64	23.352'79	711'58	27.708'48	770'99	1'46	2'55	361'15	2'90	2.157'23	—	
1995	387'36	22.847'54	611'54	33.504'29	417'50	1'90	3'00	131'66	3'47	1.781'93	—	
1996	429'20	25.979'91	361'68	31.530'52	793'15	2'00	3'08	418'71	—	99'35	—	
1997	486'96	32.844'37	508'23	43.888'88	789'58	1'90	2'93	491'97	—	2.731'87	—	
1998 <sup>5)</sup>	464'32	29.045'26	561'53	..	..	2'11	2'49	511'57	—	125'24	—	
1999 <sup>5)</sup>	493'32	32.102'07	210'31	..	..	2'14	2'65	535'35	—	854'46	—	
1999 <sup>5)</sup>												
Jänner	448'48	27.987'20	477'09	..	..	x	x	—	—	—	—	
Februar	480'79	30.408'67	222'93	..	..	x	x	—	—	—	—	
März	484'01	30.500'80	237'05	..	..	x	x	—	—	—	—	
April	517'59	32.574'41	245'47	..	..	x	x	256'41	—	—	—	
Mai	477'35	30.313'86	230'75	..	..	x	x	—	—	—	—	
Juni	499'55	31.876'24	239'57	..	..	x	x	21'60	—	179'03	—	
Juli	481'54	30.724'93	235'03	..	..	x	x	—	—	—	—	
August	488'04	31.033'38	234'53	..	..	x	x	—	—	43'11	—	
September	461'54	30.498'36	229'76	..	..	x	x	75'72	—	—	—	
Oktober	470'08	30.091'26	221'91	..	..	x	x	163'80	—	—	—	
November	471'64	30.474'35	205'50	..	..	x	x	—	—	490'60	—	
Dezember	493'32	32.102'07	210'31	..	..	x	x	17'82	—	141'72	—	

	Notierte Emissionen				Notierte Gesell-schaften
	Aktien	Partizi-pations-scheine	Genuss-rechte	Options-scheine	
Anzahl					
1990	111	15	19	91	97
1991	117	15	20	106	103
1992	128	15	20	98	112
1993	129	15	20	154	111
1994	130	14	20	14	111
1995	128	13	20	11	109
1996	123	8	18	3	106
1997	118	8	20	3	101
1998	112	7	20	3	96
1999	113	6	21	3	98
1999					
Jänner	113	6	20	3	96
Februar	113	6	20	3	99
März	111	6	20	3	97
April	111	6	20	3	97
Mai	110	6	20	3	96
Juni	109	6	20	3	95
Juli	109	6	20	3	95
August	110	6	20	2	95
September	110	6	20	3	95
Oktober	111	6	20	3	96
November	112	6	20	2	97
Dezember	113	6	21	3	98

Quelle: Wiener Börse AG.

<sup>1)</sup> Emissionen inländischer Emittenten.

<sup>2)</sup> Ultimostände.

<sup>3)</sup> Käufe und Verkäufe.

<sup>4)</sup> Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

<sup>5)</sup> Daten der Gesamtumsätze derzeit nicht verfügbar.

# Österreichischer Rentenmarkt/I

	Nichtbankemissionen					Emissionen von Kreditinstituten			Rentenmarkt insgesamt (5 + 6 + 7)	
	Bund		Sonstige öffentliche Stellen	Sonstige inländische Nichtbanken	Inländische Nichtbanken (1 + 3 + 4)	Ausländische Emittenten	insgesamt	davon		
	insgesamt	davon Bundes- obligationen						Pfandbriefe		Kommunal- briefe
in Mio EUR <sup>1)</sup>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>Umlauf</b>										
1990	23.788'87	8.383'70	2.225'31	2.278'22	28.292'41	1.079'19	34.686'96	3.957'40	9.517'16	64.058'56
1991	27.076'52	7.773'38	2.110'42	2.247'63	31.434'56	1.442'56	35.758'96	4.136'10	9.555'46	68.636'08
1992	30.070'57	7.141'05	2.167'18	2.148'06	34.385'81	1.947'63	37.029'86	4.347'36	9.575'37	73.363'30
1993	34.912'03	6.222'32	2.180'77	2.539'55	39.632'35	2.172'92	41.967'18	4.838'78	9.590'56	83.772'45
1994	39.821'44	5.427'79	2.279'53	3.072'75	45.173'72	1.947'63	45.688'10	5.043'42	9.478'65	92.809'46
1995	44.768'79	4.885'14	1.869'94	3.677'03	50.315'76	1.893'13	49.606'26	5.201'99	9.482'21	101.815'15
1996 <sup>2)</sup>	49.027'56	3.818'67	1.719'37	3.032'86	53.779'86	1.394'59	53.462'79	4.796'04	9.272'47	108.637'24
1997	53.938'36	2.114'63	2.073'65	3.397'82	59.409'82	1.674'02	56.923'03	4.937'32	8.684'26	118.006'87
1998	61.470'32	1.310'95	1.878'74	3.758'57	67.107'55	1.743'42	56.198'41	4.902'51	8.110'14	125.049'45
1999	78.807'73	967'28	1.598'66	3.723'76	84.130'14	1.452'73	58.696'03	4.958'69	7.221'43	144.278'83
1999										
Jänner	66.341'50	1.252'81	1.852'58	3.692'36	71.886'37	1.743'42	56.282'71	4.911'52	7.916'25	129.912'57
Februar	68.439'71	1.151'07	1.759'55	3.696'07	73.895'34	1.743'42	57.019'40	4.896'55	7.881'51	132.658'23
März	67.757'75	1.151'07	1.735'21	3.830'66	73.323'62	1.743'42	57.142'36	4.905'20	7.788'64	132.209'40
April	68.753'08	1.071'12	1.735'21	3.828'48	74.316'77	1.579'91	57.106'53	4.917'77	7.734'35	133.003'28
Mai	70.047'09	1.037'26	1.735'21	3.828'33	75.610'56	1.536'30	57.813'13	4.919'59	7.789'15	134.960'07
Juni	71.697'06	1.037'26	1.733'83	3.831'89	77.262'85	1.525'40	57.558'05	4.852'58	7.645'25	136.346'30
Juli	75.998'42	1.037'26	1.733'83	3.824'63	81.556'87	1.525'40	57.744'45	4.880'05	7.530'21	140.826'80
August	75.998'42	1.037'26	1.733'10	3.860'60	81.592'12	1.452'73	57.961'75	4.884'85	7.531'45	141.006'59
September	76.157'86	1.037'26	1.726'56	3.953'55	81.838'04	1.452'73	58.341'97	4.934'05	7.384'14	141.632'74
Oktober	78.321'62	1.019'53	1.725'83	3.676'74	83.724'19	1.452'73	58.874'59	4.962'97	7.302'53	144.051'51
November	78.881'57	1.019'53	1.668'79	3.745'49	84.295'84	1.452'73	59.001'18	4.951'56	7.320'84	144.749'75
Dezember	78.807'73	967'28	1.598'66	3.723'76	84.130'14	1.452'73	58.696'03	4.958'69	7.221'43	144.278'83
<b>Bruttoemissionen</b>										
1990	2.834'97	14'53	72'67	252'47	3.160'11	454'21	6.449'42	643'95	978'47	10.063'73
1991	4.738'49	121'44	36'34	111'33	4.886'16	363'36	5.152'94	604'57	537'85	10.402'46
1992	4.348'16	—	192'58	39'97	4.580'71	541'41	6.573'26	718'01	796'13	11.695'38
1993	6.850'00	121'36	363'36	626'15	7.839'51	370'63	10.268'16	868'73	1.031'52	18.478'30
1994	7.285'02	195'49	308'86	874'76	8.468'64	330'66	9.950'73	617'57	886'25	18.750'03
1995	8.362'03	482'55	127'18	1.008'26	9.497'47	272'52	12.587'88	654'64	1.266'25	22.357'87
1996 <sup>2)</sup>	7.503'47	47'24	171'87	437'49	8.112'83	397'52	12.237'74	361'62	917'93	20.748'09
1997	8.752'43	—	398'68	792'93	9.944'04	478'84	12.430'62	687'56	735'96	22.853'57
1998	11.950'83	232'55	9'08	659'43	12.619'35	127'18	11.560'50	542'72	572'59	24.307'03
1999	19.596'30	—	39'97	690'46	20.326'74	—	13.352'54	791'70	400'43	33.679'35
1999										
Jänner	1.299'97	—	—	46'51	1.346'48	—	900'71	22'31	5'01	2.247'26
Februar	2.200'02	—	18'17	3'05	2.221'25	—	1.454'62	102'47	17'66	3.675'86
März	2.750'01	—	—	135'03	2.884'97	—	826'51	62'28	2'76	3.711'47
April	1.099'98	—	—	—	1.099'98	—	1.178'61	23'76	6'32	2.278'58
Mai	1.884'99	—	—	2'03	1.887'02	—	1.179'70	6'10	63'23	3.066'72
Juni	1.649'96	—	—	10'03	1.659'99	—	1.335'00	76'52	76'09	2.994'99
Juli	4.301'36	—	—	10'61	4.311'97	—	1.033'26	40'84	14'32	5.345'23
August	—	—	—	50'87	50'87	—	914'22	62'06	3'34	965'10
September	1.649'96	—	—	199'27	1.849'31	—	1.173'38	221'58	4'87	3.022'68
Oktober	2.200'02	—	—	31'39	2.231'42	—	1.421'48	96'36	56'83	3.652'90
November	560'02	—	—	68'53	628'55	—	873'09	47'31	99'71	1.501'64
Dezember	—	—	21'80	133'14	154'94	—	1.061'97	30'09	50'29	1.216'91

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

<sup>2)</sup> Datenbruch wegen neuer Erhebungsform ab Berichtstermin 1996.

<sup>3)</sup> Durchrechnung (Umlauf Vorperiode + Nettoemissionen = Umlauf) durch Einbeziehung von bewerteten Fremdwährungsemissionen seit 1996 nicht mehr möglich.

# Österreichischer Rentenmarkt/II

	Nichtbankemissionen					Emissionen von Kreditinstituten			Rentenmarkt insgesamt (5 + 6 + 7)	
	Bund		Sonstige öffentliche Stellen	Sonstige inländische Nichtbanken	Inländische Nichtbanken (1 + 3 + 4)	Ausländische Emittenten	insgesamt	davon		
	insgesamt	davon Bundes- obligationen						Pfandbriefe		Kommunal- briefe
in Mio EUR <sup>1)</sup>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>Tilgungen</b>										
1990	1.038'20	395'49	199'92	211'70	1.449'82	61'26	4.353'61	377'75	990'53	5.864'70
1991	1.450'84	711'76	151'23	141'93	1.744'00	—	4.080'94	425'86	499'55	5.824'95
1992	1.354'11	632'33	135'83	139'53	1.629'47	36'34	5.302'36	506'75	776'22	6.968'16
1993	2.008'53	1.040'09	349'77	234'66	2.592'97	145'35	5.330'84	377'32	1.016'33	8.069'16
1994	2.375'60	990'02	210'10	341'56	2.927'26	555'95	6.229'81	412'93	998'16	9.713'01
1995	3.414'68	1.025'20	536'76	403'99	4.355'43	327'03	8.669'72	496'06	1.262'69	13.352'18
1996 <sup>2)</sup>	2.460'70	819'82	133'35	445'05	3.039'11	290'69	8.991'08	638'36	1.051'79	12.320'88
1997	3.841'70	1.704'03	76'38	377'97	4.295'98	200'43	9.238'03	546'79	1.324'10	13.734'37
1998	4.416'18	1.036'24	204'07	262'86	4.883'18	316'13	12.014'64	581'02	1.146'70	17.213'80
1999	8.291'83	358'20	377'10	633'71	9.302'49	290'69	11.583'98	735'52	1.289'00	21.177'02
1999										
Jänner	2.461'57	72'67	26'16	112'28	2.600'02	—	875'13	13'30	198'91	3.475'14
Februar	101'74	101'74	111'19	0'51	213'44	—	793'08	117'37	52'40	1.006'45
März	3.431'97	—	24'35	0'22	3.456'54	—	771'42	53'63	95'56	4.227'96
April	104'72	79'94	—	1'82	106'54	163'51	1.233'55	11'26	60'68	1.503'60
Mai	591'05	33'87	—	2'83	593'88	43'60	508'49	4'29	8'43	1.145'91
Juni	—	—	1'38	6'03	7'34	10'90	1.656'14	143'53	219'91	1.674'45
Juli	—	—	—	18'17	18'17	—	820'84	13'30	129'28	839'01
August	—	—	0'73	15'04	15'77	72'67	802'53	57'34	2'18	890'97
September	1.490'59	—	6'54	13'74	1.510'87	—	853'40	172'38	152'10	2.364'27
Oktober	36'26	177'3	57'77	308'28	402'32	—	950'63	67'44	138'44	1.352'88
November	—	—	57'05	0'07	57'12	—	945'69	58'72	81'32	1.002'81
Dezember	73'91	52'25	91'93	154'72	320'49	—	1.373'08	22'96	149'78	1.693'57
<b>Nettoemissionen</b>										
1990	1.796'76	— 380'95	—127'25	40'77	1.710'28	392'94	2.095'81	266'20	— 12'06	4.199'04
1991	3.287'65	— 590'32	—114'90	— 30'60	3.142'16	363'36	1.072'00	178'70	38'30	4.577'52
1992	2.994'05	— 632'33	56'76	— 99'56	2.951'24	505'08	1.270'90	211'26	19'91	4.727'22
1993	4.841'46	— 918'73	13'59	391'49	5.246'54	225'29	4.937'32	491'41	15'19	10.409'15
1994	4.909'41	— 794'53	98'76	533'20	5.541'38	—225'29	3.720'92	204'65	— 111'92	9.037'01
1995	4.947'35	— 542'65	—409'58	604'27	5.142'04	— 54'50	3.918'16	158'57	3'56	9.005'69
1996 <sup>2)3)</sup>	5.042'77	— 772'58	38'52	— 7'56	5.073'73	106'83	3.246'66	—276'74	— 133'86	8.427'21
1997	4.910'72	—1.704'03	322'30	414'96	5.648'06	278'41	3.192'59	140'77	— 588'14	9.119'21
1998	7.534'65	— 803'69	—194'98	396'58	7.736'17	—188'95	— 454'13	— 38'30	— 574'12	7.093'23
1999	11.304'48	— 358'20	—337'13	56'76	11.024'25	—290'69	1.768'58	56'18	— 888'57	12.502'35
1999										
Jänner	— 1.161'60	— 72'67	— 26'16	— 65'77	— 1.253'53	—	25'58	9'01	— 193'89	— 1.227'88
Februar	2.098'28	— 101'74	— 93'02	2'54	2.007'81	—	661'54	— 14'90	— 34'74	2.669'42
März	— 681'96	—	— 24'35	134'81	— 571'57	—	55'09	8'65	— 92'80	— 516'49
April	995'25	— 79'94	—	— 1'82	993'44	—163'51	— 54'94	12'50	— 54'36	774'98
Mai	1.293'94	— 33'87	—	— 0'80	1.293'14	— 43'60	671'21	1'82	54'80	1.920'82
Juni	1.649'96	—	— 1'38	4'00	1.652'65	— 10'90	— 321'14	— 67'00	— 143'82	1.320'54
Juli	4.301'36	—	—	— 7'56	4.293'80	—	212'42	27'54	— 114'97	4.506'22
August	—	—	— 0'73	35'83	35'10	— 72'67	111'70	4'72	1'16	74'13
September	159'37	—	— 6'54	185'53	338'44	—	319'98	49'20	— 147'24	658'42
Oktober	2.163'76	— 177'3	— 57'77	—276'88	1.829'10	—	470'85	28'92	— 81'61	2.300'02
November	560'02	—	— 57'05	68'46	571'43	—	— 72'60	— 11'41	18'39	498'83
Dezember	— 73'91	— 52'25	— 70'13	— 21'58	— 165'55	—	— 311'11	7'12	— 99'49	— 476'66

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

<sup>2)</sup> Datenbruch wegen neuer Erhebungsform ab Berichtstermin 1996.

<sup>3)</sup> Durchrechnung (Umlauf Vorperiode + Nettoemissionen = Umlauf) durch Einbeziehung von bewerteten Fremdwährungsemissionen seit 1996 nicht mehr möglich.

## Österreichische Börseumsätze<sup>1)</sup>

	Anteilswerte					Investment- zertifikate	Renten- werte	
	inländische Aktien	inländische Partizi- pations- scheine	insgesamt	ausländische Aktien	Options- scheine			insgesamt
	Kurswert in Mio EUR <sup>2)</sup>							
1990	11.028'83	1.223'37	12.252'20	622'52	3.155'82	16.030'46	12'06	1.675'04
1991	10.949'33	996'64	11.945'89	507'26	1.319'96	13.773'10	11'05	2.160'71
1992	7.462'49	413'33	7.875'82	352'07	438'14	8.666'03	12'33	1.644'58
1993	11.092'03	562'94	11.654'97	792'98	301'90	12.749'85	16'15	1.062'22
1994	13.596'61	300'03	13.896'65	489'69	141'46	14.527'79	11'65	1.048'54
1995	18.871'21	151'23	19.022'44	353'42	8'76	19.384'62	7'13	1.379'19
1996	15.789'22	129'88	15.919'11	537'74	11'10	16.467'95	7'21	1.462'88
1997	21.840'56	167'11	22.007'67	551'97	2'94	22.562'58	4'47	1.035'82
1998	29.796'58	948'72	30.745'30	480'09	5'23	31.230'63	1'98	841'51
1999	21.581'65	53'95	21.635'60	285'44	2'54	21.923'58	0'98	713'12
1999								
Jänner	1.926'61	5'61	1.932'22	20'29	0'32	1.952'83	0'14	63'94
Februar	2.511'60	9'77	2.521'37	16'97	0'17	2.538'52	0'11	68'54
März	2.033'54	9'88	2.043'43	23'33	0'26	2.067'02	0'08	64'52
April	2.300'44	2'54	2.302'98	29'09	0'22	2.332'29	0'15	65'46
Mai	1.868'64	3'63	1.872'27	25'11	0'23	1.897'61	0'26	55'24
Juni	1.764'22	4'39	1.768'61	26'30	0'15	1.795'06	0'05	57'65
Juli	1.594'96	2'68	1.597'64	30'18	0'21	1.628'03	0'08	61'67
August	1.620'38	3'68	1.624'06	20'98	0'18	1.645'22	0'01	59'01
September	1.637'15	2'27	1.639'42	26'23	0'17	1.665'82	0'05	53'64
Oktober	1.055'04	2'15	1.057'19	16'80	0'42	1.074'41	—	54'92
November	1.510'69	2'59	1.513'28	25'63	0'11	1.539'02	0'05	50'51
Dezember	1.758'39	4'76	1.763'15	24'53	0'09	1.787'77	0'00	58'01

Quelle: Wiener Börse AG.

<sup>1)</sup> Amtlicher Handel; Käufe und Verkäufe.

<sup>2)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

# Wirtschaftliche Indikatoren Österreichs im Überblick

	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung<sup>1)</sup></b>								
Bruttoinlandsprodukt, nominell zu Marktpreisen	178,3	183,3	189,7	195,0	3,3	2,8	3,5	2,8
Bruttoinlandsprodukt, real zu Preisen von 1995	176,0	178,1	183,2	187,2	2,0	1,2	2,9	2,2
Verwendung real:								
Privater Konsum	96,4	97,0	98,4	100,8	3,2	0,6	1,5	2,4
Öffentlicher Konsum	35,6	35,5	36,2	36,5	1,3	-0,4	2,0	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	40,9	41,3	44,0	45,3	2,1	0,8	6,8	2,8
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	0,8	1,3	1,1	0,9	x	x	x	x
Exporte im weiteren Sinn	69,6	76,6	83,3	87,2	+6,0	+10,1	+8,7	+4,7
Importe im weiteren Sinn	71,0	77,7	83,0	86,0	+5,9	+9,4	+6,9	+3,5
	in 1.000				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Arbeitsmarkt</b>								
Unselbständig Erwerbstätige insgesamt	3.047,3	3.055,6	3.076,7	3.107,9	-0,7	0,3	0,7	1,0
davon Ausländer	300,4	298,8	298,6	306,4	0,0	-0,5	-0,1	2,6
Vorgemerkte Arbeitslose insgesamt	230,5	233,3	237,8	221,7	6,9	1,2	1,9	-6,8
	in %				Veränderung zum Vorjahr in %			
Arbeitslosenquote (nationale Berechnung)	7,0	7,1	7,2	6,7	x	x	x	x
Arbeitslosenquote (EU-Konzept)	4,3	4,4	4,5	3,7	x	x	x	x
	in 1.000 EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) nominell</b>	45,6	46,7	47,9	48,5	3,9	2,3	2,6	1,3
	1996=100				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Stundenlöhne der Sachgüterproduktion</b>								
nominell	100,0	102,4	105,1	..	3,3	2,4	2,6	..
real	100,0	101,3	103,0	..	1,5	1,3	1,7	..
	in EUR/t				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Preise und Löhne</b>								
Nationaler Verbraucherpreisindex	100,0	101,3	102,2	102,8	1,9	1,3	0,9	0,6
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	100,0	101,2	102,0	102,5	1,8	1,2	0,8	0,5
Großhandelspreisindex	100,0	100,4	99,9	99,0	0,0	0,4	-0,5	-0,8
Tariflohnindex (1986 = 100)	150,6	153,3	156,7	160,6	2,4	1,8	2,2	2,5
	in EUR/t				Veränderung zum Vorjahr in %			
Rohölimportpreis	117,5	132,0	91,0	121,8	22,6	10,3	-31,0	33,9
	1995 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
BIP-Deflator	101,3	102,9	103,5	104,2	1,3	1,6	0,6	0,6
Konsumdeflator	102,1	103,6	104,5	105,5	2,1	1,5	0,9	0,9
	Anteil in %				Veränderung zum Vorjahr in %			
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft <sup>2)</sup>	53,3	53,5	54,2	55,1	-1,0	+0,3	+1,3	+1,7
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Außenwirtschaft</b>								
Einfuhr	51,8	57,4	61,2	64,5	6,7	10,9	6,6	5,5
Ausfuhr	44,5	52,0	56,3	59,6	5,5	16,8	8,4	5,8
	in % des BIP				Veränderung zum Vorjahr in %			
Handelsbilanzsaldo	-4,1	-3,0	-2,6	-2,5	x	x	x	x
Leistungsbilanzsaldo	-2,1	-2,5	-2,2	-2,8	x	x	x	x
	Saldo aus positiven und negativen Antworten				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Vorausiehende Konjunkturindikatoren</b>								
Vertrauensindikator der Industrie	-24,0	-10,0	-9,0	-14,0	x	x	x	x
Vertrauensindikator der Konsumenten	-15,0	-12,0	-3,0	3,0	x	x	x	x
	in % des BIP				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Öffentlicher Haushalt</b>								
Einnahmen insgesamt	52,8	52,1	51,6	51,8 <sup>3)</sup>	x	x	x	x
Ausgaben insgesamt	56,6	54,0	54,1	53,8 <sup>3)</sup>	x	x	x	x
Defizit	-3,8	-1,9	-2,5	-2,0 <sup>3)</sup>	x	x	x	x
Verschuldung	68,3	63,9	63,5	64,9 <sup>3)</sup>	x	x	x	x
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Zahlungsbilanz</b>								
Leistungsbilanz	-3,7	-4,7	-4,3	-5,4	x	x	x	x
Güter	-5,6	-3,8	-3,3	-3,3	x	x	x	x
Dienstleistungen	3,5	0,9	2,1	2,3	x	x	x	x
Einkommen	-0,2	-0,3	-1,4	-2,5	x	x	x	x
Laufende Transfers	-1,4	-1,5	-1,7	-1,9	x	x	x	x
Vermögensübertragungen	0,1	0,0	-0,2	-0,1	x	x	x	x
Kapitalbilanz	3,2	4,1	5,0	6,7	x	x	x	x
Direktinvestitionen	1,9	0,6	1,8	0,2	x	x	x	x
Portfolioinvestitionen	-2,1	0,9	5,9	-1,2	x	x	x	x
Sonstige Investitionen	4,0	0,0	0,7	5,9	x	x	x	x
Finanzderivate	0,2	0,0	-0,4	-0,2	x	x	x	x
Offizielle Währungsreserven	-0,8	2,6	-2,9	2,0	x	x	x	x
Statistische Differenz	0,4	0,5	-0,5	-1,1	x	x	x	x

Quelle: OeNB, ÖSTAT, EUROSTAT, AMS, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission.

<sup>1)</sup> Berechnet nach ESVG 95.

<sup>2)</sup> Anteil der Arbeitnehmerentgelte am realen BIP.

<sup>3)</sup> Vorläufig.

## Wirtschaftliche Indikatoren des Euroraums im Überblick<sup>1)</sup>

	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung</b>								
Bruttoinlandsprodukt, nominell zu Marktpreisen	5.530,9	5.646,3	5.869,7	6.110,5	+ 4,2	+ 2,1	+ 4,0	+ 4,1
Bruttoinlandsprodukt, real zu Preisen von 1995	5.380,9	5.503,4	5.653,9	5.940,8	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 5,1
Verwendung:								
Privater Konsum	3.040,4	3.085,0	3.177,1	3.257,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 3,0	+ 2,5
Öffentlicher Konsum	1.112,2	1.120,0	1.137,7	1.151,7	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	1.106,3	1.130,1	1.179,2	1.229,7	+ 1,1	+ 2,2	+ 4,3	+ 4,3
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen	2,3	15,4	39,9	51,3	x	x	x	x
Exporte im weiteren Sinn	1.636,1	1.801,2	1.920,2	1.989,8	+ 4,3	+ 10,1	+ 6,6	+ 3,6
Importe im weiteren Sinn	1.516,4	1.648,5	1.796,0	1.896,8	+ 3,2	+ 8,7	+ 8,9	+ 5,6
	in 1.000				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Arbeitsmarkt</b>								
Unselbständig Erwerbstätige insgesamt	127.376	128.110	129.491	..	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,1	..
davon Ausländer	x	x	x	x	x	x	x	x
Vorgemerkte Arbeitslose insgesamt	14.690	14.776	13.992	..	+ 2,9	+ 0,6	- 5,3	..
	in %				Veränderung zum Vorjahr in %			
Arbeitslosenquote (nationale Berechnung)	x	x	x	x	x	x	x	x
Arbeitslosenquote (EU-Konzept)	11,5	11,5	10,9	10,0	x	x	x	x
	in 1.000 EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)</b>								
	43,4	44,1	45,3	..	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,8	..
	1996 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Stundenlöhne der Industrie</b>								
nominell (1999: 1. bis 3. Quartal)	100,0	102,5	104,8	107,0	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,5
real (1999: 1. bis 3. Quartal)	100,0	100,9	102,0	103,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,4
	1996 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Preise</b>								
Nationaler Verbraucherpreisindex	x	x	x	x	x	x	x	x
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	100,0	101,6	102,7	103,8	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,1
Erzeugerpreisindex	x	x	x	x	x	x	- 0,8	- 0,0
	USD je Barrel				Veränderung zum Vorjahr in %			
Ölpreis Brent	21,00	19,39	12,87	17,95	+ 22,2	- 7,7	- 33,6	+ 45,1
	1995 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
BIP-Deflator	102,8	102,6	103,8	105,8	+ 2,8	- 0,2	+ 1,2	+ 1,9
Konsum-Deflator	103,3	103,5	104,5	106,4	+ 3,3	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,9
	Anteil in %				Veränderung zum Vorjahr in %			
Lohnstückkosten	x	x	x	x	- 0,4	- 1,1	- 1,5	+ 0,2
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Außenwirtschaft</b>								
Einfuhr	593,9	674,2	714,6	767,1	+ 7,6	+ 13,9	+ 4,4	+ 7,3
Ausfuhr	669,7	762,8	796,3	825,1	+ 5,5	+ 13,5	+ 6,0	+ 3,6
	in % des BIP				Veränderung zum Vorjahr in %			
Handelsbilanzsaldo	2,2	2,5	2,4	1,9	x	x	x	x
Leistungsbilanzsaldo	1,2	1,6	1,3	1,5	x	x	x	x
	Saldo aus positiven und negativen Antworten				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Vorauselende Indikatoren</b>								
Industrie insgesamt	- 16	- 4	- 1	- 7	x	x	x	x
Verbrauch insgesamt	- 20	- 15	- 5	- 2	x	x	x	x
	in % des BIP				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Öffentliche Haushalte</b>								
Einnahmen insgesamt	46,2	46,4	46,1	46,5	x	x	x	x
Ausgaben insgesamt	51,0	49,7	48,7	48,7	x	x	x	x
Defizit	- 4,2	- 2,6	- 2,0	- 1,6	x	x	x	x
Verschuldung (brutto)	74,0	73,8	72,4	71,9	x	x	x	x
	in Mrd. EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Zahlungsbilanz</b>								
Leistungsbilanz	x	x	60,3	43,2	x	x	x	x
Warenhandel	x	x	118,8	99,9	x	x	x	x
Dienstleistungen	x	x	- 0,9	- 6,6	x	x	x	x
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	x	x	- 11,9	- 7,3	x	x	x	x
Laufende Übertragungen	x	x	- 45,8	- 42,8	x	x	x	x
Vermögensübertragungen	x	x	12,7	12,8	x	x	x	x
Kapitalbilanz	x	x	- 69,1	- 62,7	x	x	x	x
Direktinvestitionen	x	x	- 102,6	- 147,2	x	x	x	x
Wertpapieranlagen	x	x	- 85,3	- 21,3	x	x	x	x
Finanzderivate	x	x	- 8,2	- 0,8	x	x	x	x
Übriger Kapitalverkehr	x	x	118,5	93,2	x	x	x	x
Währungsreserven	x	x	8,5	13,4	x	x	x	x
Restposten	x	x	- 3,8	6,7	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Datastream.

<sup>1)</sup> 1999 Werte vorläufig.



# Bundeshaushalt Österreichs<sup>1)</sup>

	1996			1997			1998			1999		
	Stand in Mio ATS	Veränderung zum Vorjahr in %		Stand in Mio ATS	Veränderung zum Vorjahr in %		Stand in Mio ATS	Veränderung zum Vorjahr in %		Stand in Mio ATS	Veränderung zum Vorjahr in %	
<b>Allgemeiner Haushalt</b>												
Ausgaben <sup>2)</sup>	754.788	- 9.805	- 1'3	749.937 <sup>3)</sup>	- 4.851	- 0'6	777.600	+ 27.663	+ 3'7	787.610	+ 10.010	+ 1'3
Einnahmen <sup>2)</sup>	665.422	+18.732	+ 2'9	682.718 <sup>3)</sup>	+17.296	+ 2'6	711.573	+ 28.855	+ 4'2	719.415	+ 7.842	+ 1'1
davon öffentliche Abgaben (netto)	383.470	+37.697	+10'9	413.189	+29.719	+ 7'8	460.220	+ 47.031	+11'4	449.663	- 10.557	- 2'3
Abgang des Allgemeinen Haushalts <sup>4)</sup>	89.366	-28.537	-24'2	67.219	-22.147	-24'8	66.027	- 1.192	- 1'8	68.194	+ 2.167	+ 3'3
Primärsaldo <sup>5)</sup>	- 3.244	+32.845	-91'0	20.592	+23.836	x	24.090	+ 3.498	+17'0	23.193	- 897	- 3'7
<b>Bruttofinanzierung<sup>6)</sup></b>	198.876	-41.938	-17'4	163.288	-35.588	-17'9	233.215	+ 69.927	+42'8	228.000	- 5.215	- 2'2
<b>Finanzschuldenaufwand<sup>7)</sup></b>												
Zinsen	86.122	+ 4.308	+ 5'3	87.811	+ 1.689	+ 2'0	90.117	+ 2.306	+ 2'6	91.388	+ 1.271	+ 1'4
Tilgungen	107.600	-10.970	- 9'3	96.069	-11.531	-10'7	151.300	+ 55.231	+57'5	159.058	+ 7.758	+ 5'1
Sonstige Kosten	2.413	+ 160	+ 7'1	920	- 1.493	-61'9	- 4.059	- 4.979	x	59	+ 4.118	x
Finanzschuldenaufwand insgesamt	196.135	- 6.502	- 3'2	184.800	-11.335	- 5'8	237.358	+ 52.558	+28'4	250.505	+ 13.147	+ 5'5
<b>Finanzschuld<sup>8)</sup></b>												
Schilling-/Euroschild <sup>9)</sup> <sup>10)</sup>	1.100.840	+49.559	+ 4'7	1.171.000	+70.160	+ 6'4	1.347.670	+176.670	+15'1	1.392.485	+ 44.815	+ 3'3
Anleihen <sup>11)</sup>	624.589	+74.650	+13'6	715.868	+91.279	+14'6	972.036	+256.168	+35'8	1.097.622	+125.586	+ 12'9
Bundesschatzscheine	57.546	- 9.675	-14'4	34.098	-23.448	-40'7	45.728	+ 11.630	+34'1	17.805	- 27.922	- 61'1
Bundesschatzscheine	109.170	+ 878	+ 0'8	125.570	+16.400	+15'0	81.781	- 43.789	-34'9	84.459	+ 2.678	+ 3'3
Darlehen	329.302	+ 1.086	+ 0'3	315.181	-14.121	- 4'3	284.268	- 30.913	- 9'8	255.631	- 28.638	- 10'1
Sonstige Kredite	48	+ 5	- 9'4	43	- 5	-10'4	649	+ 606	x	3.320	+ 2.671	+411'5
Fremdwährungsschuld <sup>12)</sup> <sup>13)</sup>	296.017	+ 4.903	+ 1'7	304.926	+ 8.909	+ 3'0	188.016	-116.910	-38'3	230.876	+ 42.860	+ 22'8
Finanzschuld insgesamt	1.396.857	+54.462	+ 4'1	1.475.926	+79.069	+ 5'7	1.535.687	+ 59.760	+ 4'0	1.623.361	+ 87.674	+ 5'7
	in % des nominellen BIP <sup>14)</sup>											
<b>Budgetindikatoren</b>												
Ausgaben <sup>2)</sup>		30'8			29'7			29'8			29'3	
Einnahmen <sup>2)</sup>		27'1			27'1			27'3			26'8	
Öffentliche Abgaben (netto)		15'6			16'4			17'6			16'7	
Abgang des Allgemeinen Haushalts <sup>4)</sup>		3'6			2'7			2'5			2'5	
Primärsaldo <sup>5)</sup>		- 0'1			0'8			0'9			0'9	
Finanzschuldenaufwand <sup>7)</sup>		8'0			7'3			9'1			9'3	
Finanzschuld <sup>8)</sup>		56'9			58'5			58'8			60'4	

Quelle: B/MF, ÖBFA, WIFO, Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Bis 1998 Bundesrechnungsabschluss; 1999 vorläufiger Gebarungserfolg.

<sup>2)</sup> Berücksichtigung der Währungstauschverträge in Bruttodarstellung (in den Bundesrechnungsabschlüssen und im vorläufigen Gebarungserfolg verwendete offizielle Darstellung).

<sup>3)</sup> Die Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts wurden um saldoneutrale Transaktionen im Zuge der ASFINAG-Ausgliederung (je 82.998 Mio ATS) verringert.

<sup>4)</sup> Entspricht dem Begriff „Nettodefizit“.

<sup>5)</sup> Abgang des Allgemeinen Haushalts („Nettodefizit“) minus Finanzschuldzinsen.

<sup>6)</sup> Schuldaufnahmen zur Bedeckung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts, für die durchgeführten Finanzschuldtilgungen sowie 1996 zur Bezahlung der vom Bund bedienten ÖIAG-Schuldentilgungen.

<sup>7)</sup> Wirtschaftliche Zinsen- und Tilgungsbelastung unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge in Nettodarstellung.

<sup>8)</sup> Verpflichtungen aus Finanzschulden des Bundes unter Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben auf Grund der Währungstauschverträge.

<sup>9)</sup> Seit 1998 Datenbruch infolge der Einführung des Euro: Die Euroschild des Bundes umfasst die rednominierte Schillingschuld sowie die Fremdwährung in Eurowährungen.

<sup>10)</sup> Von der gesamten sich ergebenden Schilling-/Euroschild wurde der Eigenbesitz an Bundstiteln abgezogen (1996: 19.815 Mio ATS, 1997: 19.760 Mio ATS, 1998: 36.792 Mio ATS, 1999: 66.352 Mio ATS).

<sup>11)</sup> Bundesanleihen und in Euro gewappte Anleihen.

<sup>12)</sup> Seit 1998 Datenbruch infolge der Einführung des Euro: Der Fremdwährungsschuld des Bundes werden nur noch Verbindlichkeiten des Bundes in Nicht-Euro-Währungen zugerechnet. Bewertet mit den Devisenmittelkursen per Jahresultimo.

<sup>13)</sup> Von der gesamten sich ergebenden Fremdwährungsschuld wurde der Eigenbesitz an Bundstiteln (1996: 457 Mio ATS, 1998: 416 Mio ATS, 1999: 547 Mio ATS) abgezogen.

<sup>14)</sup> Laut ESVG 95; 1996 bis 1998 gemäß Statistik Österreich, 1999 gemäß WIFO (vorläufiger Wert).

## Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/I

Leistungsbilanz														
insgesamt														
Güter, Dienstleistungen und Einkommen														
insgesamt														
Güter und Dienstleistungen														
insgesamt														
Güter														
Dienstleistungen														
insgesamt														
in Mio EUR <sup>1)</sup>														
	9930			9920			9910			1000			2000	
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet
1992 <sup>2)</sup>	63.910	64.488	- 579	62.867	62.640	+ 226	57.285	55.925	+1.360	35.522	41.634	-6.112	21.763	14.291
1993 <sup>2)</sup>	63.836	64.685	- 848	62.768	62.766	+ 2	56.654	55.747	+ 907	34.042	39.514	-5.472	22.612	16.233
1994 <sup>2)</sup>	67.590	69.995	-2.406	66.456	67.966	-1.510	60.581	61.030	- 449	37.340	43.897	-6.557	23.241	17.133
1995 <sup>2)</sup>	74.588	78.514	-3.926	72.413	75.085	-2.672	65.890	67.385	-1.495	42.253	47.127	-4.874	23.637	20.258
1996 <sup>2)</sup>	80.753	84.442	-3.689	78.330	80.652	-2.321	70.700	72.797	-2.097	44.615	50.213	-5.598	26.085	22.585
1997 <sup>2)</sup>	90.096	94.758	-4.662	87.521	90.677	-3.156	78.303	81.205	-2.903	52.038	55.816	-3.777	26.264	25.390
1998 <sup>3)</sup>	95.102	99.444	-4.342	92.488	95.092	-2.604	82.939	84.106	-1.167	56.413	59.702	-3.289	26.525	24.404
1999 <sup>4)</sup>	101.394	106.812	-5.418	98.675	102.235	-3.560	88.844	89.868	-1.024	59.807	63.118	-3.311	29.037	26.750
1999 <sup>4)</sup>														
1. Quartal	24.361	24.601	- 241	23.580	23.330	+ 249	21.160	20.269	+ 891	14.018	15.226	-1.208	7.142	5.043
2. Quartal	24.117	25.841	-1.724	23.570	24.797	-1.227	21.315	21.742	- 427	14.813	15.385	- 572	6.502	6.357
3. Quartal	25.469	27.417	-1.948	24.935	26.317	-1.382	22.610	23.384	- 774	14.863	15.922	-1.059	7.746	7.462
4. Quartal	27.447	28.952	-1.505	26.590	27.790	-1.201	23.759	24.474	- 714	16.113	16.585	- 472	7.646	7.889

Quelle: OeNB, Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euroumrechnungkurs: 1 EUR = 137603 ATS.

<sup>2)</sup> Endgültige Daten.

<sup>3)</sup> Revidierte Daten.

<sup>4)</sup> Provisorische Daten.

## Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/II

Leistungsbilanz														
Güter, Dienstleistungen und Einkommen														
Güter und Dienstleistungen														
Dienstleistungen														
Transport														
Reiseverkehr														
Kommunikationsdienstleistungen														
Bauleistungen														
sonstiger Transport														
insgesamt														
im Ausland														
	2140			2360			2450			2490			2500	
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet
in Mio EUR <sup>1)</sup>														
1992 <sup>2)</sup>	1.566	1.453	+113	10.975	6.302	+4.673	72	83	-11	564	328	+236	x	x
1993 <sup>2)</sup>	1.594	1.474	+120	10.793	6.572	+4.221	83	144	-61	497	342	+155	x	x
1994 <sup>2)</sup>	1.810	1.621	+189	10.167	7.293	+2.873	101	117	-15	686	415	+271	x	x
1995 <sup>2)</sup>	1.474	1.408	+ 66	9.883	7.958	+1.925	219	222	- 3	561	436	+125	x	x
1996 <sup>2)</sup>	1.602	1.424	+179	9.835	8.481	+1.354	260	278	-17	570	476	+ 94	x	x
1997 <sup>2)</sup>	1.837	1.394	+443	9.744	8.956	+ 788	283	334	-51	679	437	+242	629	347
1998 <sup>3)</sup>	2.166	1.651	+515	10.058	8.556	+1.502	379	440	-61	663	418	+245	628	301
1999 <sup>4)</sup>	2.197	1.505	+692	10.316	8.572	+1.744	406	471	-64	525	269	+256	489	172
1999 <sup>4)</sup>														
1. Quartal	489	347	+141	3.334	1.549	+1.785	119	102	+17	116	48	+ 68	110	30
2. Quartal	533	371	+163	2.009	2.135	- 126	120	131	-12	157	79	+ 78	146	54
3. Quartal	583	382	+201	2.912	2.838	+ 74	102	150	-48	123	74	+ 48	114	49
4. Quartal	592	405	+187	2.062	2.051	+ 12	66	87	-21	128	67	+ 61	120	40

Quelle: OeNB, Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euroumrechnungkurs: 1 EUR = 137603 ATS.

<sup>2)</sup> Endgültige Daten.

<sup>3)</sup> Revidierte Daten.

<sup>4)</sup> Provisorische Daten.

Transport												
Netto	insgesamt			davon internationaler Personentransport			Seetransport			Lufttransport		
	2050	Debet	Netto	2055	Debet	Netto	2060	Debet	Netto	2100	Debet	Netto
	Credit			Credit			Credit			Credit		
+7.472	2.507	2.202	+ 304	627	401	+225	150	193	- 43	790	556	+234
+6.379	2.636	2.274	+ 362	655	412	+243	158	197	- 39	884	602	+282
+6.108	2.904	2.520	+ 384	748	509	+239	172	215	- 43	922	683	+238
+3.379	2.735	2.398	+ 337	804	585	+220	56	114	- 59	1.206	876	+330
+3.501	3.080	2.484	+ 597	882	588	+295	131	219	- 88	1.348	842	+506
+ 874	3.599	2.592	+1.007	1.119	544	+575	105	215	-110	1.656	982	+674
+2.122	4.065	2.819	+1.246	1.299	730	+568	80	127	- 47	1.819	1.041	+778
+2.287	4.048	2.717	+1.331	1.432	743	+689	75	225	-150	1.776	988	+788
+2.099	905	610	+ 295	324	151	+174	17	52	- 36	400	210	+190
+ 146	969	676	+ 292	331	192	+139	18	55	- 37	417	251	+166
+ 285	1.109	715	+ 394	421	220	+201	20	57	- 37	506	277	+229
- 243	1.066	716	+ 350	356	181	+175	20	61	- 40	453	250	+203

in Österreich												
Netto	Versicherungsdienstleistungen			Finanzdienstleistungen			EDV- und Informationsleistungen					
	2510	Debet	Netto	2530	Debet	Netto	2600	Debet	Netto	2620	Debet	Netto
Credit			Credit			Credit			Credit			
x	x	x	x	417	510	- 93	320	362	- 42	33	68	- 35
x	x	x	x	443	527	- 84	387	386	+ 1	39	78	- 39
x	x	x	x	448	527	- 79	369	427	- 58	47	88	- 41
x	x	x	x	466	602	-136	451	526	- 75	60	110	- 50
x	x	x	x	583	641	- 58	678	672	+ 6	64	132	- 68
+283	50	91	-41	577	699	-122	523	515	+ 9	71	139	- 68
+327	35	117	-82	718	840	-122	680	638	+ 42	78	206	-127
+317	35	96	-61	785	873	- 88	885	789	+ 96	104	212	-108
+ 79	7	18	-11	210	215	- 6	234	106	+128	33	57	- 24
+ 92	11	25	-14	186	218	- 32	181	264	- 83	25	48	- 23
+ 65	9	26	-17	181	194	- 13	204	170	+ 34	23	54	- 31
+ 80	8	28	-19	208	245	- 37	266	249	+ 17	23	53	- 30

## Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/III

Leistungsbilanz													
Güter, Dienstleistungen und Einkommen													
Güter und Dienstleistungen													
Dienstleistungen													
Patente und Lizenzen			sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen										
			insgesamt			Transit-	sonstige Handelsleistungen			Operational Leasing			
						handels-							
						erträge							
2660			2680			2700	2710			2720			
Credit			Credit			Netto	Credit			Credit			
Debet			Debet				Debet			Debet			
Netto			Netto				Netto			Netto			
in Mio EUR <sup>1)</sup>													
1992 <sup>2)</sup>	98	335	-237	2.550	2.468	+ 82	+ 689	328	849	-521	298	111	+187
1993 <sup>2)</sup>	100	353	-253	2.853	2.317	+ 537	+ 796	389	758	-369	352	107	+245
1994 <sup>2)</sup>	107	377	-270	3.065	2.416	+ 648	+ 763	399	731	-333	343	93	+249
1995 <sup>2)</sup>	98	390	-292	3.352	2.657	+ 696	+ 798	414	707	-294	306	86	+220
1996 <sup>2)</sup>	140	534	-395	3.686	3.062	+ 624	+ 817	430	718	-288	307	117	+189
1997 <sup>2)</sup>	166	611	-445	4.275	3.267	+1.008	+1.357	459	778	-319	274	169	+105
1998 <sup>3)</sup>	88	728	-639	4.624	3.389	+1.235	+ 953	466	785	-318	445	165	+279
1999 <sup>4)</sup>	112	574	-462	4.731	3.393	+1.338	+1.041	510	722	-211	515	216	+299
1999 <sup>4)</sup>													
1. Quartal	31	197	-166	1.052	882	+ 170	+ 280	98	203	-105	66	73	- 7
2. Quartal	28	130	-102	1.207	785	+ 422	+ 248	139	160	- 21	187	46	+141
3. Quartal	25	109	- 84	1.268	805	+ 463	+ 289	130	168	- 38	155	39	+116
4. Quartal	27	138	-110	1.204	921	+ 283	+ 224	143	190	- 47	107	58	+ 49

Quelle: OeNB, Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

<sup>2)</sup> Endgültige Daten.

<sup>3)</sup> Revidierte Daten.

<sup>4)</sup> Provisorische Daten.

## Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/IV

Leistungsbilanz															
Güter, Dienstleistungen und Einkommen															
Einkommen															
Erwerbseinkommen			Vermögenseinkommen												
			insgesamt			aus Direktinvestitionen			aus Portfolioinvestitionen			aus Sonstigem			
3100			3200			3300			3390			3700			
Credit			Credit			Credit			Credit			Credit			
Debet			Debet			Debet			Debet			Debet			
Netto			Netto			Netto			Netto			Netto			
in Mio EUR <sup>1)</sup>															
1992 <sup>2)</sup>	650	164	+486	4.932	6.552	-1.619	-229	607	- 836	653	2.055	-1.402	4.508	3.890	
1993 <sup>2)</sup>	650	244	+406	5.464	6.774	-1.311	- 67	623	- 690	1.164	2.799	-1.635	4.366	3.353	
1994 <sup>2)</sup>	698	242	+457	5.177	6.694	-1.518	195	1.146	- 951	1.198	2.798	-1.600	3.783	2.751	
1995 <sup>2)</sup>	741	253	+488	5.782	7.447	-1.664	9	1.547	-1.538	1.613	2.755	-1.142	4.161	3.145	
1996 <sup>2)</sup>	758	267	+491	6.873	7.587	- 714	530	1.399	- 869	1.656	3.117	-1.461	4.686	3.071	
1997 <sup>2)</sup>	811	304	+507	8.407	9.168	- 761	736	1.741	-1.005	2.765	3.620	- 855	4.906	3.807	
1998 <sup>3)</sup>	841	336	+505	8.709	10.650	-1.942	863	2.065	-1.202	2.905	4.645	-1.740	4.940	3.940	
1999 <sup>4)</sup>	956	394	+561	8.875	11.972	-3.098	1.018	2.182	-1.164	3.471	5.799	-2.328	4.385	3.991	
1999 <sup>4)</sup>															
1. Quartal	227	102	+125	2.193	2.960	- 767	241	564	- 322	748	1.352	- 604	1.203	1.044	
2. Quartal	229	95	+134	2.026	2.960	- 934	244	564	- 320	795	1.496	- 701	988	901	
3. Quartal	233	96	+137	2.091	2.837	- 746	243	535	- 292	921	1.420	- 499	927	883	
4. Quartal	267	102	+165	2.564	3.215	- 651	290	520	- 230	1.007	1.532	- 525	1.267	1.164	

Quelle: OeNB, Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

<sup>2)</sup> Endgültige Daten.

<sup>3)</sup> Revidierte Daten.

<sup>4)</sup> Provisorische Daten.

													Einkommen		
													insgesamt		
übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen			Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit			Regierungsleistungen a. n. g.			Nicht aufteilbare Leistungen						
2730			2870			2910			9820			3000			
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	
1.235	1.508	-273	90	115	-25	330	89	+241	3.807	1.429	+2.378	5.582	6.716	-1.134	
1.316	1.452	-135	109	112	- 4	336	88	+247	4.336	3.041	+1.295	6.114	7.019	- 905	
1.560	1.591	- 31	135	122	+13	435	124	+311	4.777	2.707	+2.071	5.875	6.936	-1.061	
1.836	1.864	- 28	118	142	-24	381	111	+270	5.312	4.705	+ 607	6.524	7.700	-1.177	
2.133	2.227	- 94	155	175	-20	424	105	+320	6.609	5.545	+1.064	7.630	7.854	- 224	
2.185	2.320	-136	187	220	-33	342	122	+220	5.817	7.498	-1.681	9.218	9.472	- 254	
2.760	2.439	+321	189	205	-17	475	113	+362	4.507	6.052	-1.545	9.549	10.986	-1.437	
2.664	2.455	+209	209	194	+15	408	109	+299	6.508	8.578	-2.070	9.830	12.367	-2.536	
608	606	+ 2	52	57	- 5	106	20	+ 85	950	1.199	- 249	2.420	3.061	- 642	
632	579	+ 54	51	43	+ 8	122	20	+102	1.448	1.828	- 381	2.255	3.056	- 800	
694	597	+ 97	50	44	+ 6	75	34	+ 41	1.675	2.274	- 598	2.325	2.933	- 608	
729	673	+ 56	56	50	+ 6	106	35	+ 70	2.435	3.277	- 842	2.831	3.317	- 486	

													Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz			
													insgesamt	Vermögensübertragungen		
													insgesamt			
laufende Transfers																
insgesamt			öffentlicher Sektor			privater Sektor										
Netto	3790	Debet	Netto	3800	Debet	Netto	3900	Debet	Netto	9960	9940	Debet	Netto			
	Credit			Credit			Credit			Saldo	Credit					
+ 619	1.043	1.848	- 805	157	646	- 489	886	1.202	-316	- 191	197	236	- 39			
+1.013	1.069	1.919	- 851	152	718	- 566	917	1.201	-284	+1.096	208	589	-381			
+1.033	1.133	2.029	- 896	169	771	- 602	964	1.258	-294	+2.603	547	620	- 73			
+1.016	2.175	3.429	-1.254	1.375	2.415	-1.040	799	1.014	-214	+4.280	395	441	- 46			
+1.615	2.422	3.790	-1.367	1.503	2.631	-1.128	919	1.159	-240	+3.245	454	395	+ 59			
+1.099	2.575	4.080	-1.506	1.520	2.889	-1.369	1.055	1.191	-136	+4.152	521	501	+ 19			
+1.000	2.614	4.352	-1.738	1.480	2.828	-1.349	1.134	1.523	-389	+4.832	431	610	-180			
+ 395	2.719	4.577	-1.858	1.590	3.000	-1.411	1.130	1.577	-447	+6.535	500	634	-134			
+ 159	781	1.271	- 490	518	940	- 422	263	331	- 68	+1.236	114	159	- 45			
+ 87	547	1.044	- 497	287	629	- 342	260	415	-155	+2.146	106	117	- 11			
+ 44	535	1.101	- 566	234	732	- 498	301	369	- 68	+2.719	140	196	- 56			
+ 104	857	1.162	- 305	551	699	- 148	306	463	-157	+ 435	140	162	- 22			

## Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/V

Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz

	Vermögensübertragungen									Kapitalbilanz				
	unentgeltliche Vermögensübertragungen						Erwerb/Veräußerung von nicht produzierten oder nichtfinanziellen Vermögensgegenständen			insgesamt		Direktinvestitionen		
	öffentlicher Sektor			privater Sektor								insgesamt		im Ausland
	4010	4300	4800	9950	5000	5050								
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Saldo	Saldo	Credit	Debet	Netto	
in Mio EUR <sup>1)</sup>														
1992 <sup>2)</sup>	x	x	x	197	236	- 39	x	x	x	- 152	- 211	275	1.631	-1.356
1993 <sup>2)</sup>	x	x	x	208	589	-381	x	x	x	+1.477	- 46	455	1.462	-1.006
1994 <sup>2)</sup>	x	x	x	547	620	- 73	x	x	x	+2.675	+ 702	385	1.428	-1.043
1995 <sup>2)</sup>	31	-	+ 31	355	439	- 84	9	2	+ 7	+4.326	+ 567	596	1.424	- 828
1996 <sup>2)</sup>	168	-	+168	282	392	-110	4	3	+ 2	+3.186	+1.917	530	2.018	-1.488
1997 <sup>2)</sup>	186	3	+182	291	469	-178	44	29	+15	+4.132	+ 591	10.733	12.495	-1.762
1998 <sup>3)</sup>	166	57	+109	244	521	-277	20	32	-11	+5.011	+1.758	1.717	4.369	-2.652
1999 <sup>4)</sup>	201	15	+186	246	595	-349	53	25	+28	+6.669	+ 233	6.528	9.062	-2.534
1999 <sup>4)</sup>														
1. Quartal	35	6	+ 29	73	147	- 74	6	6	+ 0	+1.281	+ 207	827	1.572	- 745
2. Quartal	18	5	+ 13	49	104	- 55	38	8	+30	+2.157	+ 465	1.222	1.763	- 540
3. Quartal	84	2	+ 82	51	191	-140	5	3	+ 2	+2.774	- 328	3.399	4.347	- 948
4. Quartal	64	2	+ 62	73	152	- 79	3	8	- 4	+ 457	- 111	1.081	1.381	- 300

Quelle: OeNB, Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Unwiderrufflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

<sup>2)</sup> Endgültige Daten.

<sup>3)</sup> Revidierte Daten.

<sup>4)</sup> Provisorische Daten.

## Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/VI

Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz

Kapitalbilanz

sonstige Investitionen

	insgesamt													
	Forderungen													
	insgesamt	Handelskredite		Kredite					Sicht- und Termineinlagen					
		insgesamt	Handelskredite	insgesamt	Währungsbehörden	öffentlicher Sektor	Banken	sonstige Sektoren	insgesamt	Währungsbehörden	öffentlicher Sektor	Banken	sonstige Sektoren	
7000	7030	7060	7140	7150	7190	7220	davon langfristig	7250	7300	7310	7320	7330	7340	
Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	
in Mio EUR <sup>1)</sup>														
1992 <sup>2)</sup>	-3.041	- 5.838	+ 73	- 2.680	x	- 35	-2.048	- 641	- 596	-3.396	x	+108	-2.762	- 741
1993 <sup>2)</sup>	-1.662	- 4.293	+145	- 601	x	+135	- 327	+ 87	- 409	-3.624	x	- 8	-3.959	+ 342
1994 <sup>2)</sup>	+2.949	- 2.311	-291	- 734	x	-109	+ 219	+ 474	- 843	-1.242	- 13	+ 25	-1.459	+ 205
1995 <sup>2)</sup>	-2.078	- 7.414	+262	- 1.599	x	+140	-1.745	-1.611	+ 6	-5.877	- 95	-100	-6.172	+ 491
1996 <sup>2)</sup>	+4.020	+ 651	+785	- 2.734	x	+ 8	-1.760	-1.248	- 981	+2.102	+ 107	+454	+2.556	-1.015
1997 <sup>2)</sup>	+ 46	- 4.526	+211	- 3.770	x	+ 9	-3.005	-1.851	- 774	+ 963	- 0	-385	+1.059	+ 290
1998 <sup>3)</sup>	+ 741	- 825	+641	- 3.840	x	+ 55	-2.457	-1.986	-1.438	+2.405	- 16	-429	+2.953	- 102
1999 <sup>4)</sup>	+5.869	-11.317	-263	-11.576	x	+ 77	-7.974	-3.950	-2.675	+1.770	-1.125	+281	+2.489	+ 125
1999 <sup>4)</sup>														
1. Quartal	+ 51	- 6.368	-129	- 861	- 16	+ 17	- 528	- 339	- 334	-4.240	- 151	+571	-4.715	+ 54
2. Quartal	+2.352	- 2.521	-129	- 3.985	-287	+ 58	-3.261	-1.002	- 496	+1.594	- 163	-898	+2.738	- 82
3. Quartal	+1.873	- 7.009	+ 33	- 4.214	+287	- 2	-3.386	-1.073	-1.114	-2.677	- 732	+ 97	-1.456	- 587
4. Quartal	+1.592	+ 4.580	- 38	- 2.515	-987	+ 4	- 800	-1.536	- 731	+7.094	- 79	+511	+5.922	+ 740

Quelle: OeNB, Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Unwiderrufflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

<sup>2)</sup> Endgültige Daten.

<sup>3)</sup> Revidierte Daten.

<sup>4)</sup> Provisorische Daten.

in Österreich			Portfolioinvestitionen									
			insgesamt					inländische Wertpapiere				
5550 Credit	Debet	Netto	6000 Saldo	ausländische Wertpapiere			inländische Wertpapiere					
				6020 Saldo	6100 Saldo	langfristige festverzinsliche Wert- papiere 6200 Saldo	Geldmarkt- papiere 6300 Saldo	6520 Saldo	Anteils- papiere 6600 Saldo	langfristige festverzinsliche Wert- papiere 6700 Saldo	Geldmarkt- papiere 6800 Saldo	
1.371	227	+1.144	+5.107	- 2.172	- 144	- 2.013	- 16	+ 7.279	+ 125	+ 4.749	+2.405	
1.251	290	+ 961	+5.130	- 1.596	- 513	- 1.019	- 64	+ 6.726	+1.006	+ 7.704	-1.985	
2.028	283	+1.745	- 136	- 3.744	- 727	- 2.834	-184	+ 3.608	+1.093	+ 2.555	- 39	
2.466	1.071	+1.395	+6.934	- 2.073	- 400	- 1.780	+108	+ 9.006	+ 910	+ 8.661	- 565	
3.819	414	+3.405	-2.100	- 6.396	- 887	- 5.024	-485	+ 4.295	+2.051	+ 3.141	- 896	
3.503	1.150	+2.354	+ 853	- 8.890	-2.123	- 7.080	+313	+ 9.742	+2.327	+ 6.288	+1.127	
6.370	1.959	+4.411	+5.865	-10.153	-4.709	- 5.775	+331	+16.018	+ 908	+14.807	+ 304	
5.006	2.239	+2.767	-1.226	-25.833	-5.085	-20.647	-101	+24.607	+2.367	+18.704	+3.536	
1.699	747	+ 952	- 931	- 7.940	-1.558	- 6.087	-294	+ 7.009	+ 385	+ 6.007	+ 616	
1.529	523	+1.006	- 678	- 6.764	-1.096	- 5.588	- 80	+ 6.086	+ 901	+ 5.438	- 252	
1.057	437	+ 620	+1.140	- 5.197	- 646	- 4.599	+ 48	+ 6.337	+ 417	+ 3.691	+2.229	
722	533	+ 190	- 758	- 5.933	-1.784	- 4.373	+225	+ 5.175	+ 664	+ 3.568	+ 943	

sonstige Forderungen					Verpflichtungen						
					insgesamt		Handels- kredite	Kredite			
insgesamt	Währungs- behörden	öffentlicher Sektor	Banken	sonstige Sektoren	insgesamt	Handels- kredite	Kredite				
7360 Saldo	7370 Saldo	7400 Saldo	7430 Saldo	7460 Saldo	7530 Saldo	7560 Saldo	7640 Saldo	7650 Saldo	7690 Saldo	7720 Saldo	7750 Saldo
+ 165	x	+144	+ 45	- 25	+ 2.797	-182	+1.279	x	+ 299	-168	+1.148
- 213	x	- 58	- 68	- 87	+ 2.631	- 29	- 101	x	- 324	-249	+ 472
- 45	x	- 73	- 68	+ 96	+ 5.260	+509	+1.013	x	+1.355	+140	- 481
- 199	x	-209	- 170	+180	+ 5.336	-218	+1.189	x	+ 485	+102	+ 602
+ 497	x	-213	+1.056	-345	+ 3.369	- 73	+ 116	x	- 153	+209	+ 61
-1.930	x	-216	-1.412	-303	+ 4.572	+355	- 382	x	- 134	+ 78	- 325
- 30	- 120	-111	+ 190	+ 10	+ 1.566	-266	+ 59	x	+ 333	+173	- 447
-1.249	-1.180	- 70	+ 145	-144	+17.186	+ 97	+1.862	+477	+ 17	+762	+ 606
-1.137	-1.180	- 26	- 30	+ 98	+ 6.419	+ 68	+ 605	+ 5	+ 677	-115	+ 39
- 1	-	- 14	+ 54	- 40	+ 4.873	- 73	- 91	+ 41	- 314	+ 56	+ 126
- 150	-	- 18	+ 11	-143	+ 8.882	+ 15	+ 47	+131	- 342	+ 97	+ 161
+ 40	-	- 12	+ 110	- 58	- 2.988	+ 87	+1.301	+300	- 4	+725	+ 280



## Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/VII

Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz

Kapitalbilanz

	sonstige Investitionen								Finanzderivate			offizielle Währungsreserven <sup>1)</sup>		
	Verpflichtungen								insgesamt	Forderungen	Verpflichtungen	insgesamt	Gold	
	Sicht- und Termineinlagen				sonstige Verpflichtungen									
insgesamt	Währungsbehörden	Banken		insgesamt	Währungsbehörden	öffentlicher Sektor	Banken	sonstige Sektoren	9100	6400	6900	8000	8100	
		insgesamt	davon kurzfristig						Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Netto	
	7810	7830	7835	7860	7870	7900	7930	7960	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Netto	
	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Netto	
in Mio EUR <sup>2)</sup>														
1992 <sup>3)</sup>	+ 1.614	x	+1.614	+1.298	+ 86	x	-118	+130	+ 74	+ 11	+ 11	x	-2.017	x
1993 <sup>3)</sup>	+ 2.693	x	+2.693	+3.543	+ 68	x	-117	+151	+ 34	- 17	- 17	x	-1.929	x
1994 <sup>3)</sup>	+ 3.416	x	+3.416	+3.111	+322	x	- 55	+278	+ 99	- 71	- 71	x	- 768	x
1995 <sup>3)</sup>	+ 4.086	x	+4.086	+3.251	+279	x	-117	+303	+ 93	- 96	- 96	x	-1.001	x
1996 <sup>3)</sup>	+ 3.869	x	+3.869	+4.225	-544	x	-385	-181	+ 23	+158	+158	x	- 809	x
1997 <sup>3)</sup>	+ 4.808	x	+4.808	+3.611	-210	x	-150	- 71	+ 11	+ 35	-170	+204	+2.608	x
1998 <sup>4)</sup>	+ 1.465	x	+1.465	+1.823	+308	x	+138	+183	- 13	-439	-356	- 83	-2.914	-657
1999 <sup>5)</sup>	+14.855	x	+9.663	+8.585	+372	x	+ 45	+176	+151	-169	-262	+ 93	+1.963	+153
1999 <sup>5)</sup>														
1. Quartal	+ 5.903	+6.120	- 216	-2.127	-158	x	-126	- 0	- 32	+107	+ 67	+ 41	+1.846	+153
2. Quartal	+ 4.963	-1.257	+6.220	+5.415	+ 74	x	- 53	+135	- 9	- 72	-158	+ 86	+ 89	+ 0
3. Quartal	+ 8.601	+3.120	+5.482	+7.392	+220	x	+112	+ 30	+ 78	+159	+255	- 95	- 70	+ 0
4. Quartal	- 4.613	-2.790	-1.823	-2.096	+236	x	+111	+ 11	+114	-364	-425	+ 61	+ 97	+ 0

Quelle: OeNB, Statistik Österreich.

<sup>1)</sup> Seit Jahresbeginn 1999 werden – gemäß der neuen im Eurosystem einheitlichen Abgrenzung – unter der Position „offizielle Währungsreserven“ neben dem Goldbestand und der IWF-Position nur mehr jene Forderungen in Fremdwährung ausgewiesen, die die OeNB gegenüber Gebietsansässigen außerhalb des Eurowährungsgebiets hält. Alle anderen grenzüberschreitenden Forderungen und Verpflichtungen der OeNB sind den entsprechenden Finanzierungsinstrumenten zugeordnet.

<sup>2)</sup> Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 13.7603 ATS.

<sup>3)</sup> Endgültige Daten.

<sup>4)</sup> Revidierte Daten.

<sup>5)</sup> Provisorische Daten.

Sonder- ziehungs- rechte	Reserve- position IWF	Reserve- position EWI	Bargeld und Einlagen	Wert- papiere	Finanz- derivate	andere Forde- rungen	
8200 Netto	8300 Netto	8455 Netto	8456 Netto	8600 Netto	8770 Netto	8800 Netto	9980 Netto
x	x	x	x	x	x	x	+ 770
x	x	x	x	x	x	x	- 248
x	x	x	x	x	x	x	- 197
x	x	x	x	x	x	x	- 354
x	x	x	x	x	x	x	+ 443
x	x	x	x	x	x	x	+ 510
+ 0	-241	+2.856	- 204	-4.669	x	x	- 490
- 79	+439	x	- 562	+2.010	x	x	-1.117
+ 5	+252	x	-1.070	+2.506	x	x	- 995
-174	+ 35	x	+1.261	-1.033	x	x	- 422
+ 89	+135	x	- 782	+ 490	x	-1	- 771
+ 2	+ 17	x	+ 29	+ 48	x	+2	+1.071

## Referenzkurse der EZB<sup>1)</sup>

	New York USD	Tokio JPY	Athen GRD	Kopenhagen DKK	Stockholm SEK	London GBP	Oslo NOK	Prag CZK	Lefkosa CYP	Tallinn EEK	Budapest HUF	Warschau PLN
<i>nationale Währungseinheiten pro EUR<sup>2)</sup></i>												
<b>Periodendurchschnitt</b>												
1999	1'0668	121'43	325'74	7'4356	8'8102	0'65920	8'3144	36'880	0'57887	15'6466	252'74	4'2269
1999												
Jänner	1'1608	131'35	323'56	7'4412	9'0826	0'70291	8'6512	35'741	0'58174	15'6466	250'79	4'1047
Februar	1'1208	130'78	321'98	7'4352	8'9077	0'68851	8'6497	37'800	0'58057	15'6466	250'30	4'2483
März	1'0883	130'20	322'50	7'4325	8'9403	0'67127	8'5065	37'993	0'57959	15'6466	253'64	4'2962
April	1'0704	128'16	325'53	7'4327	8'9140	0'66502	8'3186	37'982	0'57924	15'6466	252'37	4'2796
Mai	1'0628	129'71	325'21	7'4333	8'9722	0'65825	8'2348	37'685	0'57877	15'6466	250'21	4'1805
Juni	1'0378	125'32	324'16	7'4314	8'8284	0'65025	8'1676	37'094	0'57792	15'6466	249'35	4'0939
Juli	1'0353	123'71	324'95	7'4388	8'7446	0'65779	8'1811	36'503	0'57780	15'6466	250'43	4'0172
August	1'0604	120'10	326'41	7'4381	8'7519	0'66014	8'2602	36'413	0'57871	15'6466	253'52	4'1966
September	1'0501	112'39	327'—	7'4337	8'6337	0'64683	8'2270	36'313	0'57830	15'6466	255'28	4'2908
Oktober	1'0706	113'52	329'20	7'4334	8'7272	0'64587	8'2885	36'620	0'57903	15'6466	257'63	4'4014
November	1'0338	108'25	328'72	7'4366	8'6330	0'63702	8'1907	36'372	0'57782	15'6466	254'96	4'3970
Dezember	1'0110	103'72	329'67	7'4403	8'5865	0'62651	8'0977	36'048	0'57699	15'6466	254'37	4'2160
<b>Höchste und tiefste Notierung im Jahr 1999</b>												
höchste	1'1790	134'40	330'68	7'4501	9'4696	0'71220	8'8550	38'583	0'58231	15'6466	258'95	4'5182
	(5. 1.)	(18. 2.)	(24. 12.)	(4. 1.)	(4. 1.)	(5. 1.)	(4. 1.)	(24. 3.)	(4. 1.)	×	(1. 10.)	(4. 11.)
tiefste	1'0015	102'48	320'78	7'4302	8'5500	0'62150	8'0435	34'850	0'57663	15'6466	248'35	3'9545
	(3. 12.)	(22. 12.)	(3. 2.)	(4., 14., 15., 16. 6.)	(23. 12.)	(14. 12.)	(22. 12.)	(6. 1.)	(3. 12.)	×	(8. 7.)	(19. 7.)
Differenz in %	16'28	26'95	3'04	0'27	10'21	13'60	9'60	10'17	0'98	×	4'18	13'31

Quelle: Reuters, EZB, IWF.

<sup>1)</sup> Die im Tabellenkopf angeführten Abkürzungen stellen den ISO-Code dar.

<sup>2)</sup> Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

Laibach SIT Zürich CHF Montreal CAD Sydney AUD Wellington NZD Sonderziehungsrechte (SZR) XDR

in EUR für 1 Währungseinheit

Laibach SIT	Zürich CHF	Montreal CAD	Sydney AUD	Wellington NZD	Sonderziehungsrechte (SZR) XDR	
194'4215	1'6004	1'5857	1'6540	2'0158	1'28325	<b>Periodendurchschnitt</b>
						1999
						1999
189'0726	1'6055	1'7646	1'8387	2'1588	1'20995	Jänner
190'2366	1'5979	1'6786	1'7515	2'0623	1'23204	Februar
190'4445	1'5954	1'6510	1'7260	2'0451	1'25283	März
192'0508	1'6015	1'5944	1'6684	1'9723	1'26576	April
193'7697	1'6025	1'5527	1'6046	1'9249	1'26926	Mai
195'4837	1'5951	1'5244	1'5805	1'9479	1'29132	Juni
196'8874	1'6040	1'5403	1'5757	1'9664	1'29361	Juli
196'9873	1'6004	1'5833	1'6451	2'0154	1'28662	August
196'3492	1'6015	1'5518	1'6186	2'0097	1'31068	September
196'7657	1'5943	1'5808	1'6414	2'0798	1'29765	Oktober
196'8145	1'6051	1'5160	1'6179	2'0178	1'33141	November
198'1957	1'6010	1'4906	1'5798	1'9891	1'35790	Dezember
						<b>Höchste und tiefste Notierung im Jahr 1999</b>
199'2296	1'6168	1'8123	1'9100	2'2229	1'36693	höchste
(16. 12.)	(4. 1.)	(13. 1.)	(4. 1.)	(4. 1.)	(3. 12.)	
187'1333	1'5858	1'4608	1'5274	1'8916	1'19679	tiefste
(15. 1.)	(7. 6.)	(30. 12.)	(6. 7.)	(3. 5.)	(4. 1.)	
6'26	1'94	21'48	22'26	16'10	13'27	Differenz in %

## Unwiderrufliche Euromrechnungskurse

	ISO-Code	1 EUR =
Belgien	BEF	40'3399
Deutschland	DEM	1'95583
Spanien	ESP	166'386
Frankreich	FRF	6'55957
Irland	IEP	0'787564
Italien	ITL	1.936'27
Luxemburg	LUF	40'3399
Niederlande	NLG	2'20371
<b>Österreich</b>	ATS	13'7603
Portugal	PTE	200'482
Finnland	FIM	5'94573

Quelle: EZB.

## EWS II

	Dänemark DKK	Griechenland GRD
	1 EUR =	
Oberer Interventionspunkt	7'62824	406'075
Leitkurs	7'46038	353'109
Unterer Interventionspunkt	7'29252	300'143

Quelle: OeNB, EZB.

## Effektive Wechselkursindizes des Euro (nominell und real)

Periodendurchschnitt	Effektiver Wechselkurs			
	nominell		real	
	Index 4. 1. 1999 = 100	Veränderung in %	Index Jänner 1999 = 100	Veränderung in %
1999	92'5	x	94'1	x
1999				
Jänner	98'5	x	100'0	x
Februar	96'5	x	98'2	x
März	95'1	x	96'9	x
April	93'9	x	95'4	x
Mai	93'6	x	95'1	x
Juni	91'7	x	93'3	x
Juli	91'7	x	93'6	x
August	92'2	x	93'9	x
September	90'3	x	91'6	x
Oktober	91'1	x	92'3	x
November	88'8	x	90'2	x
Dezember	87'0	-12'5	88'5	-12'7

Quelle: BIZ.



500 Euro, die Moderne

Periodische Publikationen,  
Impressum



PERIODISCHE PUBLIKATIONEN  
DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

	<i>Erscheinungsweise</i>
Statistisches Monatsheft	<i>monatlich</i>
Focus on Statistics <i>englische Fassung des „Statistischen Monatshefts“</i>	<i><a href="http://www.oenb.at">http://www.oenb.at</a></i>
Leistungsbilanz Österreichs, revidierte Jahresdaten <i>gegliedert nach Regionen und Währungen</i>	<i>jährlich</i>
Berichte und Studien	<i>vierteljährlich</i>
Focus on Austria <i>englische Kurzfassung der „Berichte und Studien“</i>	<i>vierteljährlich</i>
Focus on Transition	<i>halbjährlich</i>
Geschäftsbericht	<i>jährlich</i>
Annual Report <i>englische Übersetzung des „Geschäftsberichts“</i>	<i>jährlich</i>
Volkswirtschaftliche Tagung	<i>jährlich</i>
The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria’s Capital Markets – Facts and Figures	<i>jährlich</i>

---

**Eigentümer, Herausgeber und Verleger:**

*Oesterreichische Nationalbank*

**Für den Inhalt verantwortlich:**

*Mag. Wolfdietrich Grau, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit*

**Redaktion:**

*Beatrix Kossinowsky, Christiana Weinzettel, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen*

**Inhaltliche Gestaltung:**

*Mag. Manfred Fluch, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen*

*Ing. Mag. Johann Elsinger, Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland*

*Manfred Zipko, Abteilung Bilanzierung*

**Grafische Gestaltung:**

*Peter Buchegger, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit*

*Hannes Jelinek, Hausdruckerei*

**Fotografien:**

*Herbert Fidler, Foto Simonis, Ulrich Schnarr*

**Papier:**

*Salzer Demeter, 100% chlorfrei gebleichter Zellstoff, säurefrei, ohne optische Aufheller*

**Satz, Druck und Herstellung:**

*Oesterreichische Nationalbank, Hausdruckerei*

**Rückfragen:**

*Oesterreichische Nationalbank,*

*Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit*

*Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3*

*Postanschrift: Postfach 61, A-1011 Wien*

*Telefon: 01/404 20 Durchwahl 6666*

*Telefax: 01/404 20 Durchwahl 6696*

**Nachbestellungen:**

*Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Post- und Aktenwesen*

*Wien 9, Schwarzspanierstraße 5*

*Postanschrift: Postfach 61, A-1011 Wien*

*Telefon: 01/404 20 Durchwahl 2345*

*Telefax: 01/404 20 Durchwahl 2399*

**Internet:**

*<http://www.oenb.at>*

**DVR 0031577**

**Wien 2000**